

EU-Parlamentspräsident Schulz

„Ja, die EU kann scheitern“

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, sieht die Europäische Gemeinschaft an einem kritischen Punkt. Die Situation sei „schwierig und gefährlich“, sagt er im Interview mit der F.A.Z.

16.09.2016, von JASPER VON ALTENBOCKUM UND KLAUS-DIETER FRANKENBERGER



© DPAMartin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

Herr Präsident, das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich ist ein schwerer Schlag. Beginnt jetzt die Rückabwicklung der EU?



Autor: Jasper von Altenbockum, Verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik

Nein. Ich glaube, dass die 27 zusammenrücken werden. Dennoch ist die Situation schwierig und gefährlich.

Gefährlich? Fürchten Sie Nachahmer?

Zur allgemeinen Überraschung ist in den Ländern, in denen es Nachahmungsbefürchtungen gab, plötzlich die Zustimmung zur EU gestiegen, etwa in Dänemark.

Zeigt sich hier ein Abschreckungseffekt?

Das könnte so sein. Wenn die Leute sehen, welche Risiken es mit sich bringt, den größten Wirtschaftsraum der Welt zu verlassen, werden sie vorsichtiger. Dennoch müssen wir nüchtern feststellen: Großbritannien ist ein G-7-Staat, die zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Ohne Britannien ist die EU schwächer. Umgekehrt muss man fragen: Warum ist es ein G-7-Staat und die zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa? Weil es ungehinderten Zugang zum europäischen Markt hat und auf dieser Basis weltweit Handel treibt. Der Brexit bedeutet: Wir alle verlieren!

Was ist denn Ihre Analyse der Motive der Brexit-Wähler?

Viele Dinge spielten da mit. Großbritannien ist nie vollständig integriertes Mitglied der EU gewesen; die Briten wollten das einfach nicht. Dann gibt es eine tiefe Entfremdung eines Teils der Bevölkerung gegenüber Kontinentaleuropa, das mit dem Brüsseler Europa gleichgesetzt wird. Und wir haben bestimmte Entwicklungen einfach unterschätzt. Die Interpretation jedoch, die Bürokratie in Brüssel sei daran schuld, dass die Leute für den Brexit gestimmt haben, halte ich für falsch. Für den Brexit haben Leute aus unterschiedlichen Gründen gestimmt.

Wähler, die wütend sind, die genug haben von Globalisierung, EU und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Was folgt politisch daraus?

Sie haben recht. Ein großer Teil dieser Wutausbrüche und der allgemeinen Verunsicherung hängt mit der Globalisierung zusammen. Die Konsequenz? Wir brauchen einen Dreiklang im Erklären und im Handeln. Erstens: Wir müssen den Leuten offen sagen, dass die Globalisierung nun mal existiert und dass diejenigen, die ihnen erzählen, man könne sie durch Renationalisierung aufhalten, nicht die Wahrheit sagen. Zweitens: Die Globalisierung bringt Vorteile und Risiken; das muss man offen ansprechen. Drittens: Die breite Mitte unserer Gesellschaften, ob in Deutschland, Großbritannien

oder Italien, fühlt sich bedroht; diese Bedrohungen sind real. Derjenige, der diese Bedrohung ausspricht, wird deswegen nicht gleich zum Antieuropäer oder Globalisierungsgegner, sondern trägt nur berechtigte Sorgen vor. Er hat Anspruch darauf, dass die Politiker ihn ernst nehmen und Vorschläge machen, wie man damit fertig werden kann. Europa kann ein Instrument zur Lösung sein. Viele Menschen aber glauben, Europa sei die Ursache. Die müssen wir davon überzeugen, dass es ein Mittel zur Bewältigung der Probleme ist.

Drastisch formuliert: Viele Leute haben zwar die Schnauze voll von „mehr Europa“, aber die Therapie lautet „mehr Europa“?

Die Leute haben nicht die Schnauze voll von „mehr Europa“, sie haben die Schnauze voll von diesem Europa. Ich glaube, die Leute wollen ein anderes Europa. Eine kleine Minderheit sind Nationalisten, die große Mehrheit hält die Kooperation von Nationen und Staaten, über Grenzen hinweg, für sinnvoll.

Einen europäischen Staat wollen die Leute aber nicht.

Den muss man auch nicht haben. Ich habe auch nie für den europäischen Bundesstaat plädiert. Was wir brauchen, ist ein vertiefter Bund souveräner Staaten; dazu gehört eine präzise Kompetenzordnung, die wir in dieser Form nicht haben. Brüssel muss nicht alles machen, sondern sich um die großen Themen kümmern, anderes kann besser auf der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene angepackt werden. Aber bestimmte Sachverhalte können nun mal nicht mehr national gesteuert werden.

Wer sagt in Europa, wo es langgehen soll? Rat, Parlament, die deutsche Kanzlerin?

Die EU ist so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es wollen. Sie bilden diese Union. Deshalb haben am Ende die Mitgliedstaaten und ihre Regierungschefs das Sagen; die müssen sich Europa wirklich zu eigen machen. Was Deutschland betrifft, so ist das Land geographisch und politisch, gerade nach dem Brexit, in einer zentralen Rolle.

Aber Hegemon ist es nicht.

Nein. Die europäische Integration ist, historisch gesehen, eine doppelte Absage: eine Absage an deutsche Hegemonie und eine an die Kommunisten. Beides ist über einen langen Zeitraum gelungen. Die Einführung des Euros und Kohls Politik, Deutschland nach der Einheit in eine Währungsunion einzubetten, um eine zu starke Dominanz der D-Mark zu verhindern, waren richtige Entscheidungen. Die unausgewogene Entwicklung in der Euro-Zone führt allerdings zu einem ökonomischen Übergewicht Deutschlands, das wir politisch managen müssen.

Und der moralische Imperialismus?

Ich verstehe Ihre Frage, aber ich stimme dem nicht zu. Ich habe es nicht für moralischen Imperialismus gehalten, was [Angela Merkel](#) vor einem Jahr gesagt hat. Das war richtig, und es ist richtig, dass die Bundesrepublik als größtes Mitgliedsland der EU den größten Anteil bei der Bewältigung der Migrationsprobleme leisten muss. In dieser Frage übt Deutschland nicht etwa moralischen Imperialismus aus, sondern wird im Stich gelassen.

Deutschland will und kann nicht Hegemon sein, aber deutsche Führung gilt als unverzichtbar. Wie soll die aussehen?

Es war klug, dass wir die deutsch-französische Achse um Italien erweitern. Es wäre klug, das Weimarer Dreieck wieder mit Leben zu füllen, sofern das mit der gegenwärtigen polnischen Regierung möglich ist. Die traditionelle deutsch-französische Achse ist unverzichtbar, aber sie muss ergänzt werden.

Obwohl Frankreich im Moment ausfällt?

Frankreich ist immer noch Frankreich, ob es von [Nicolas Sarkozy](#) regiert wird oder von François Hollande. Machen wir uns keine Illusionen. Selbst wenn Angela Merkel in den Meinungsumfragen in Deutschland ganz schlecht abschnitte, träte sie in Brüssel dennoch als deutsche Bundeskanzlerin auf, und da spielen Umfragen keine Rolle. Die deutsch-französische Achse ist unverzichtbar, aber sie allein reicht nicht. Deutschland ist geographisch und damit auch politisch der ökonomische Block von 82 Millionen in der Mitte des Kontinents; es ist das Relais zwischen Nord und Süd und Ost und West. Deshalb können die Deutschen dem Schicksal, die Führungsnation in Europa zu sein, nicht entfliehen. Aber wenn man dieses Relais ist, müssen wir die Teile mitnehmen: Deutschland, Frankreich, Polen, Visegrád, Italien als

Brückenstaat im Mittelmeerraum. Wir müssen ein neues System dialoger Kooperationsformen finden. Und wir brauchen eine Kompetenzordnung, die darlegt, wer macht was. Das ist für Deutschland besonders wichtig. Denn wenn es zur Erosion kommt, weil die Leute nicht mehr erkennen können, wer verantwortlich ist, und sich fremdbestimmt fühlen, dann könnte es tatsächlich gefährlich werden für die EU. Darin liegt ein großes ökonomisches Risiko für Deutschland.

Frau Merkel hat keinen Einfluss in Europa verloren wegen ihrer Flüchtlingspolitik? „Queen of Europe“ ist sie nicht mehr.

Ich weiß nicht, ob sie das je gewesen ist. Denken Sie etwa an die Schuldenkrise. Ich musste Frau Merkel im griechischen Parlament gegen Nazi-Vergleiche verteidigen. „Queen of Europe“ war Deutschland, weil es die ökonomische und finanzpolitische Führungsmacht war und den Anspruch formulierte: Wir garantieren, wir zahlen, aber wir wollen auch entsprechende Kriterien mit definieren. In einigen Ländern sah man sie keineswegs als „Queen of Europe“. Heute wird Deutschland in anderen europäischen Ländern von anderen Gruppen unterstützt, von denen, die damals gesagt hatten, das ist Nazi-Diktatur, und heute sagen: Ohne die Deutschen wären wir nicht da, wo wir sind. In Staaten, die Deutschland gefeiert haben, wird sie heute kritisiert.

Hat sich ihre Rolle in der EU nicht geändert? Merkel tritt heute eher als Suchende auf, weniger als Bestimmende.

Man kann die Europa-Politik nicht auf die Flüchtlingspolitik reduzieren. In der Brexit-Frage ist Angela Merkel die führende Kraft. Es geht gar nicht anders.

Wird man bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit den Briten entgegenkommen? Oder bleibt es bei dem Dogma Freizügigkeit?

Sie können in einem Binnenmarkt von 500 Millionen Menschen, in dem Sie die totale Freizügigkeit von Dienstleistungen, Kapital und Waren haben, die Personenfreizügigkeit nicht einschränken. Das geht gar nicht. Die Freizügigkeit im Rahmen des Binnenmarktes und die Freizügigkeit zur Einwanderung in ein Sozialsystem sind allerdings zwei verschiedene Dinge. Bei der Freizügigkeit zur Einwanderung in ein Sozialsystem heißt die Antwort: nein. Dass die Engländer hier Vorbehalte haben, kann ich verstehen, aber nicht die gegenüber den jungen, gutausgebildeten Polen und Balten, die nach Großbritannien gekommen sind, von denen es profitiert hat und die jetzt irgendwie am Pranger stehen.

Aber viele Engländer haben offenkundig ein Gefühl der Überfremdung.

Die jungen Polen in London oder Manchester, die als IT-Spezialisten gekommen sind, sind nicht das Problem. Die Brexit-Debatte über die Einwanderer war am heftigsten in Regionen, in denen es gar keine gibt. Was es gibt, ist ein starker Stadt/Land-Gegensatz.

Dieser Gegensatz zwischen kosmopolitisch und nichtkosmopolitisch Orientierten ist ja auch für Ihre Partei ein großes Problem.

Ein ganz großes Problem.

In Osteuropa und im Baltikum ist keine Bereitschaft zu erkennen, Flüchtlinge aufzunehmen. Wie wollen Sie in der Frage der Quoten und Kontingente weiterkommen?

Zunächst einmal: Der Beschluss zur Verteilung wurde auf der Grundlage des Lissabon-Vertrages getroffen, regelkonform und mit qualifizierter Mehrheit.

Aber der Beschluss wurde nicht ausgeführt.

Nein, und das ist bedauerlich und problematisch. Der Quoten-Beschluss ist auf der Grundlage einer Regel gefasst worden, mit qualifizierter Mehrheit. Auch die Haushalte der EU werden mit qualifizierter Mehrheit beschlossen. Das wird nie in Frage gestellt. Aber der Quoten-Beschluss schon! Einige Mitgliedstaaten, Ungarn und Polen zum Beispiel, akzeptieren ihn nicht und sagen „Wir sind überstimmt worden, damit ist das für uns nicht bindend“. Das ist ein grundsätzliches Infragestellen der Europa-Politik. Stellen wir uns vor, wir würden das jetzt auf anderen Feldern machen, in der Struktur- und Regionalpolitik. Was würde da geschehen? Nein, wir müssen zu den Regeln zurück.

Beim Referendum im Oktober in Ungarn werden die Wähler gefragt, ob sie es akzeptieren, wenn Ungarns Parlament nicht an der Entscheidung über Quoten beteiligt wird.

Wenn mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird, bedarf es keines Parlamentsbeschlusses mehr. Wenn der Gesetzgebungsprozess der EU unter den Ratifizierungsvorbehalt nationaler Parlamente gestellt wird, können wir den Laden dichtmachen. Ungarn hätte 1920 Flüchtlinge aufnehmen müssen, 1920 von 160000. Wenn das nicht mehr geht, kriegen wir die Flüchtlingsströme nicht geregelt. Und was die Arbeitnehmerfreizügigkeit angeht: Es ist schon merkwürdig, dass die Länder, deren Bürgerinnen und Bürger von der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa massiv Gebrauch machen, die Gleichen sind, die mit der Migration nach Europa nichts zu tun haben wollen.

Sie haben kein Verständnis für die Argumente dieser Länder?

Doch, das habe ich. Es gibt Argumente, über die man nachdenken muss. Aber ich kann nicht akzeptieren, wenn gesagt wird: „Wir sind ein katholisches Land, Muslime haben darin keinen Platz.“ Das widerspricht fundamental der von allen ratifizierten Grundrechtecharta. Sie ist Vertragsbestandteil und schließt ein Diskriminierungsverbot ein. Trotzdem habe ich Verständnis dafür, dass Länder sich überfordert fühlen, deren Bürger ungeheure Veränderungen erlebt haben. Deswegen muss man darüber verhandeln, welches Land unter welchen Bedingungen wie viele Leute aufnehmen kann. Aber wie der ungarische Ministerpräsident zu sagen, die Flüchtlingskrise sei ein deutsches Problem, ist ein starkes Stück.

Als Folge der Flüchtlingskrise erstarken rechte, rechtspopulistische Parteien.

Den Populismus und rechtsextreme Parteien gab es schon vorher. Denken Sie an die Erfolge der FPÖ unter Haider vor 15 Jahren. Verstärkt wird jetzt aber die Mischung aus Angst vor der Zukunft, vor Abstieg und vor Verlust einer als sicher geglaubten Lebensgrundlage und dem Zweifel, ob die politischen Akteure und Institutionen noch in der Lage sind, die Zukunft zu meistern. Angst ist jedoch ein schlechter Ratgeber und führt zu angstbesetztem Handeln, etwa in der Wahlkabine. Die Konjunkturritter der Angst sind diejenigen, die für alles einen Sündenbock, aber für nichts eine Lösung haben.

Was tun Sie dagegen?

Konkrete Lösungen anbieten. Das beginnt damit, das berechtigte Äußern von Angst nicht zu ignorieren. Wenn mir jemand sagt „Ich habe Angst“, dann muss ich auf ihn zugehen und sagen: Ich verstehe dich. Man muss dann aber auch über Ursachen reden. Warum haben die Leute Angst? Dann wird man relativ schnell zu konkreten Lösungen kommen.

Zerreißt es die SPD wegen der Antworten, die es darauf gibt oder die es nicht gibt?

Nein, aber natürlich gibt es zentrifugale Bewegungen.

Haben nicht auch Politiker Angst, etwa davor, mit der AfD in einen Topf geworfen zu werden? Ist die SPD deshalb für eine Obergrenze, fordert aber so umfangreiche Integrationsmaßnahmen, dass sie überflüssig ist?

Ich habe einen anderen Ansatz. Die Bundesregierung hat nicht die Moralkeule geschwungen, sondern sie hat etwas anerkannt. Deutschland ist das größte EU-Mitglied und muss auch die größte Last tragen. Anders geht es nicht. Im Gegenzug wird es aber im Stich gelassen. Andere EU-Mitglieder haben nämlich gesagt: Tragt mal ruhig diese Last, wir haben damit nichts zu tun. So kann es nicht gehen. Wir brauchen eine europäische Lösung.

Aber wenn es die nun nicht gibt?

Wenn sich einzelne Länder weigern, daran mitzuwirken, hat die Bundesrepublik das Recht zu sagen: Dann müssen wir mal insgesamt über die Europapolitik und über die Lastenverteilung reden.

Befeuert eine solche Haltung nicht noch die Unzufriedenheit der Mitte? Wird Deutschland zu viel zugemutet?

Viele Leute haben in der Tat das Gefühl, dass Deutschland das allein schultert. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Debatten. Die hart arbeitenden Leute, die sich an die Regeln halten, haben das Gefühl, dass sie die ganze Last tragen, aber keiner sich um sie kümmert. Das ist eines unserer Hauptprobleme. bertragen auf Europa heißt das: Es kann nicht

sein, dass einige wenige Länder die Last weitgehend allein tragen. Denn Deutschland trägt auch anderswo eine enorme Last, nämlich bei der finanziellen Unterstützung der Länder, die sich verweigern. Polen erhält netto jedes Jahr aus dem EU-Haushalt mehr als 17 Milliarden Euro. Die werden mitfinanziert von den hart arbeitenden Leuten in Deutschland. Deshalb muss man Polen und anderen Ländern sagen: Alles hängt mit allem zusammen! Auch deshalb müssen wir die Migrationsfrage europäisch lösen.

Löst das wirklich das Problem?

Nein, nicht allein, aber das Problem lässt sich auf alle Fälle nicht lösen, wenn Deutschland allein handeln muss. Das funktioniert nicht.

Hat sich die EU mit dem Flüchtlingsdeal mit Ankara einem Autokraten ausgeliefert?

Eindeutig nein. Das ist ein Vertrag auf Gegenseitigkeit. Es war ein klares Signal, die Visaerleichterungen nicht umzusetzen, weil die Türkei die Bedingungen nicht erfüllt.

Wie können die EU-Außengrenzen in Zukunft geschützt werden?

Militärische und polizeiliche Mittel sind nötig, reichen aber nicht. Wir brauchen ein System der legalen Einwanderung und ein Asylsystem, das von dieser legalen Einwanderung abgekoppelt ist. Die Möglichkeit der legalen Einwanderung, über Quoten oder Kontingente, wäre ein harter Schlag gegen Schleuser.

Die EU ist von einem Krisengürtel umgeben. Warum können wir nicht schneller handeln?

Wer ist „wir“?

Zum Beispiel die europäischen Regierungen.

Dann fragen Sie die. Ich bin Repräsentant einer Gemeinschaftsinstitution. Diese Zuständigkeit haben wir nicht. Überall dort, wo die Mitgliedstaaten auf ihrer Souveränität beharren und damit ihre partikularen Interessen pflegen, leidet das Gemeinschaftsinteresse.

Es gibt EU-Mitglieder, die beides miteinander verbinden, etwa mit Blick auf Russland.

Ja, außer Ungarn und Victor Orbán. Das ist der einzige Osteuropäer mit engen Verbindungen zu Putin. Aber es ist auch so: Es gibt Länder, die sich von Russland bedroht fühlen und mehr Soldaten und Waffen wollen. Das bekommen sie – ein Akt der Solidarität. Wir verhängen Sanktionen, obwohl einzelne EU-Länder darunter leiden – auch praktizierte Solidarität. Wenn anschließend aber Flüchtlinge kommen, sagen dieselben Länder, die gestern noch erfolgreich Solidarität eingefordert haben, sie seien nicht bereit, etwas zu tun. Das ist Rosinenpickerei und geht schief.

Sie beschreiben die Lage der EU als dramatisch. Was könnte passieren?

Als ich vor 22 Jahren in das Europaparlament gewählt worden bin, hätte ich mir nicht vorstellen können, jemals in eine solche Lage zu kommen. Ja, die EU kann scheitern. Wenn wir nicht aufpassen, fällt sie auseinander. Diese Möglichkeit hat für viele ihren Schrecken verloren. Die sagen: Es wird schon irgendwie weitergehen, wenn die EU auseinanderfällt. Das ist dramatisch. Die europäische Integration ist nicht perfekt, sie ist manchmal nicht praktikabel. Aber vom Grundsatz ist sie richtig und eine der größten Errungenschaften, die unser Kontinent je gesehen hat.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/article158162106/Warum-Lehrer-dringend-weniger-arbeiten-sollten.html>

148,6

<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-15981.html> (7:58)

Warum Lehrer dringend weniger arbeiten sollten

Von [Inga Michler](#) | Stand: 08:58 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Die OECD hat ihren neuesten Bericht "Bildung auf einen Blick" vorgestellt. Deutschland kommt dabei grundsätzlich recht gut weg, aber es gibt auch Schattenseiten.

Quelle: Die Welt

Die OECD hat die Probleme der Lehrer in Deutschland analysiert. Besonders kritisiert wird die Art der Bezahlung.

- Es gehe zu sehr nach dem Senioritätsprinzip statt nach Leistung. Auch die Feedbackkultur sei zu schwach ausgeprägt.
- Zudem sei das Durchschnittsalter zu hoch. Die Probleme drängen – vor allem wegen der Flüchtlingskrise.

24

Ein hartnäckig hoher Anteil an Geringqualifizierten könnte sich als gravierendes Problem für Deutschlands Zukunft erweisen. Besonders Migranten aus bildungsfernen Familien gelingt der Aufstieg nur selten. Das ist ein Ergebnis des Bildungsberichts 2016, den die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Donnerstag vorstellte.

Demnach hat sich der Anteil der Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert. Er liegt bei den heute 25- bis 34-Jährigen bei 13 Prozent, fast genauso hoch wie bei den 55- bis 64-Jährigen. In Ländern wie Österreich und der Schweiz dagegen sank der Anteil Geringqualifizierter in den vergangenen 30 Jahren deutlich und liegt jetzt bei zehn beziehungsweise acht Prozent. In Korea gelang es gar, die Quote von 43 Prozent auf zwei Prozent zu verringern.

Besonders oft verpassen hierzulande Migranten den Bildungsaufstieg. Nur rund die Hälfte der 25- bis 44-Jährigen mit Migrationshintergrund erreicht einen Abschluss auf mindestens Sekundarstufe II, wenn beide Eltern selbst gering qualifiziert und im Ausland geboren sind. Sind die Eltern dagegen gering qualifiziert, aber im Inland geboren, stehen die Chancen immerhin bei 85 Prozent, dass der Bildungsaufstieg gelingt.

Flüchtlinge sollen länger die Schulbank drücken

Flüchtlinge sollen in Deutschland länger zur Schule gehen und Sprachkurse besuchen. Das will die Mehrheit der Bundesbürger laut einer Ifo-Studie. Sie schätzen den Bildungsstand als zu niedrig ein.

Quelle: Die Welt

„Das muss nicht so sein“, kommentierte OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher. „In Australien, England, Estland, Irland, Israel, Kanada, Neuseeland oder Singapur schafft ein deutlich höherer Anteil der Migranten den Aufstieg aus einem bildungsfernen Hintergrund.“ Gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise sollte sich Deutschland an diesen Ländern ein Beispiel nehmen.

Mehr Zeit für Weiterbildung

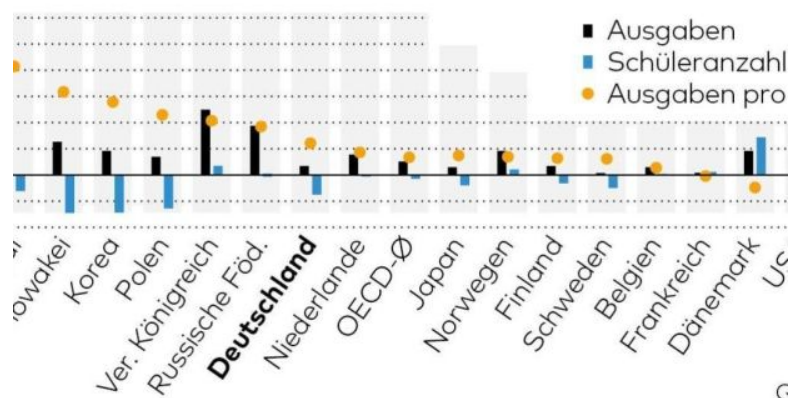
Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) räumte ein: „Die Gruppe der Geringqualifizierten ist für Deutschland zu groß. Daran müssen wir weiter arbeiten.“ Einige Programme hätten auch bereits gegriffen und würden sich in künftigen Statistiken niederschlagen. So seien rund 1, 2 Milliarden Euro in die individuelle Berufsberatung von Schülern der 7. und 8. Klassen geflossen.

Zudem würden Menschen ohne Abschluss über 25 Jahren durch Initiativen der „2. Chance“ angesprochen.

Damit Deutschland zu anderen Ländern aufschließt, schlägt Schleicher eine Reihe von Reformen an den Schulen vor. So sollten Lehrer von übermäßig vielen Unterrichtsstunden entlastet werden, um Zeit für Weiterbildung und mehr individuelle Förderung ihrer Schüler zu gewinnen. Während ein deutscher Lehrer im Sekundarbereich II 714 Stunden im Jahr unterrichte, seien es bei einem Kollegen in Japan nur 513 Stunden. Ein Lehrer in Singapur wiederum investiere etwa 100 Stunden im Jahr für die berufliche Weiterbildung.

Investitionen ins Schulsystem

Verhältnis von Ausgaben und Schülerzahlen (2008 = 100)



Quelle: Infografik Die Welt

Die Entlohnung von Lehrern will die OECD stärker an deren Leistung knüpfen. „In erster Linie bekommt man in Deutschland mehr Geld, wenn man älter wird“, beklagte Schleicher. Weder Qualifikation noch Leistung hätten leider wesentlichen Einfluss auf das Gehalt.

Viel Nachholbedarf hätten deutsche Schulen auch bei der Feedbackkultur. Der regelmäßige Austausch von Lehrern mit Experten, die gegenseitige Hospitation im Unterricht sowie ein Mentoring für neu beginnende Lehrkräfte hätten sich in vielen Ländern sehr bewährt.

Bei den Löhnen für die Lehrerschaft dagegen ist Deutschland nach Einschätzung der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2016“ durchaus wettbewerbsfähig, besonders in der Sekundarstufe. Dort seien, anders als in vielen anderen Ländern, die Verdienste erfahrener Lehrer sogar etwas höher als in anderen qualifizierten Berufen mit ähnlichen Bildungsabschlüssen.

Streitfall Akademisierung

Sehr erfahrene Lehrer allerdings gibt es mehr als genug. Deutschland hat laut OECD gleich nach Italien die älteste Lehrerschaft. An den Grund- und Sekundarschulen I ist etwa die Hälfte aller Lehrer über 50 Jahre alt.

Ein dickes Lob bekommt Deutschland von der OECD für die berufliche Bildung. Sie sei ein entscheidender Baustein dafür, dass der Übergang von der Ausbildung in den Beruf in Deutschland so gut funktioniere wie in kaum einem anderen Industrieland. So liegt die Arbeitslosenquote unter Erwachsenen mit beruflichem Abschluss mit 4,2 Prozent deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 7,7 Prozent.

Für 51 Prozent der 25- bis 34-Jährigen ist die Berufsausbildung bis heute der höchste Abschluss. Immer mehr junge Leute zieht es jedoch an die Hochschulen oder zur Meisterausbildung. So stieg der Anteil derjenigen mit tertiärem Abschluss in Deutschland binnen der vergangenen zehn Jahre von 22 auf 30 Prozent.

Die OECD mahnt seit Jahren eine höhere Akademisierung in Deutschland an und wurde immer wieder dafür kritisiert, die duale Ausbildung in Deutschland gering zu schätzen. „Es gibt überhaupt keinen Widerspruch zwischen einem soliden System der beruflichen Bildung und einem Ausbau akademischer Angebote“, sagt OECD-Direktor Schleicher. „Es gibt keine Anzeichen dafür, dass der Arbeitsmarkt für höhere Qualifikationen gesättigt ist.“

Gespart wird an den Jüngsten

Laut OECD-Statistiken zahlt sich zusätzliche Bildung in jedem Fall aus. Wer sich in Deutschland zum Handwerksmeister weiterqualifiziert, erhält im Durchschnitt 26 Prozent mehr Gehalt als ein Ausgelernter. Eine dreijährige Meister- oder Techniker Ausbildung oder ein Bachelor einer Fachhochschule/Universität versprechen mehr als 50 Prozent Gehaltsvorteil. Beim Master oder Staatsexamen liegt der Zuschlag sogar bei fast 80 Prozent.

Was die Finanzierung der Bildung betrifft, so stehen in Deutschland die Verhältnisse noch immer Kopf. Für die frühkindliche Bildung tragen die privaten Haushalte etwa ein Viertel der Kosten. Das ist mehr als im OECD-Durchschnitt von 19 Prozent.

Dagegen werden sie bei der Finanzierung von Hochschulstudien deutlich weniger belastet. Ihr Anteil liegt hier bei gerade einmal 14 Prozent – OECD-weit ist es mehr als doppelt so viel. „In Deutschland bittet man die Jüngsten zur Kasse“, kritisierte Schleicher. Das sei genau dort, wo Nachteile aufgrund von bildungsfernen Elternhäusern am ehesten ausgeglichen werden könnten.

Qualitätseinbußen bei der Lehre

Positives gibt es dagegen aus den Schulen zu berichten. Hier erhöhte Deutschland trotz sinkender Schülerzahlen (minus acht Prozent binnen fünf Jahren) seine Ausgaben um drei Prozent. Pro Schüler waren die Ausgaben mit rund 10.300 Dollar (9157 Euro) rund 1000 Dollar höher als im OECD-Durchschnitt.

Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD), forderte zudem, mehr in den Ausbau von Ganztags-Grundschulen zu investieren. In frühen Jahren würden die Grundlagen für Integration und Spracherwerb gelegt. Da profitierten Kinder von Migranten und aus bildungsfernen Schichten ganz besonders von mehr Zeit in der Schule.

Ins internationale Spitzenfeld hat sich Deutschland inzwischen beim Besuch von Kindergärten katapultiert. 94 Prozent aller Dreijährigen und sogar 98 Prozent aller Vierjährigen im Land gehen heute in eine Kita. Jetzt, so OECD-Experte Schleicher, müsse man an der Qualität arbeiten. Pro Kita-Kind gebe Deutschland nur etwa halb so viel aus wie zum Beispiel Norwegen. Da gebe es noch Luft nach oben.

Das gleiche gilt für den Hochschulbereich. Bei einem massiven Anstieg der Studienanfänger (plus 28 Prozent in den Jahren 2008 bis 2013) sanken die Ausgaben je Studierendem um zehn Prozent.

Berücksichtigt man nur das Geld, das unmittelbar in den Unterricht fließt – und klammert die Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus – liegt Deutschland um mehr als 1000 Dollar unterhalb des OECD-Durchschnitts. Pro Studierendem stehen gut 9000 Dollar (8000 Euro) im Jahr zur Verfügung. Das deutet darauf hin, dass der Run auf die Hochschulen zu Qualitätseinbußen bei der Lehre geführt hat.

Nicolas Sarkozy épinglé sur la Libye

LE MONDE | 15.09.2016 à 11h23 • Mis à jour le 15.09.2016 à 11h59



Nicolas Sarkozy et David Cameron à Benghazi le 15 septembre 2011. STEFAN

ROUSSEAU / AP

Editorial du « Monde ». On doit à Aragon cette belle formule : « *Il faut juger alors avec les yeux d'alors* ». La reconstitution des événements ayant conduit à telle ou telle décision politique bute toujours sur cet obstacle : rendre le climat d'« alors », l'atmosphère politico-médiatique du moment. Le rapport publié cette semaine par la Chambre des communes britannique sur l'intervention occidentale en Libye, en mars 2011, n'échappe pas à cette difficulté.

Il contient beaucoup de bonnes choses. Il est sévère pour les deux responsables européens à cette époque au pouvoir, Nicolas Sarkozy et David Cameron, qui vont prendre l'initiative de cette intervention. Barack Obama est, au départ, plus réticent, mais se laissera convaincre sous la pression de sa secrétaire d'Etat, Hillary Clinton. Sans les Etats-Unis, la France et la Grande-Bretagne eussent été militairement incapables de mener l'opération.

LE RAPPORT BRITANNIQUE DIT FORT JUSTEMENT QU'ON EST PASSÉ D'UNE INTERVENTION PONCTUELLE DE DÉFENSE DE LA POPULATION DE BENGHAZI À UNE OPÉRATION DE CHANGEMENT DE RÉGIME

Etabli par la commission des affaires étrangères des Communes, le rapport contient un rappel des faits détaillé. Déclenchée dans la foulée des « printemps arabes », une guerre civile s'installe dans la Libye du colonel Mouammar Kadhafi. Le gros d'une insurrection armée naissante, appuyée par l'Arabie saoudite et le Qatar notamment, est replié sur la côte Est, à Benghazi. La population civile de la deuxième ville du pays est menacée d'une contre-attaque des colonnes blindées du régime.

La Ligue arabe et l'Union africaine réclament une intervention extérieure. Nombre de journalistes et d'ONG pointent le risque, plus que plausible, d'un massacre de civils à Benghazi de la part de la soldatesque kadhafiste. Le Conseil de sécurité de l'ONU donne son accord à une intervention au nom de la protection des civils. Mais Londres, Paris et Washington vont bien au-delà et, durant plus de deux mois, mènent une campagne de bombardements qui appuie, de facto, l'avance de la rébellion au sol.

Menace exagérée

Le rapport britannique dit fort justement qu'on est passé d'une intervention ponctuelle de défense de la population de Benghazi à une opération de changement de régime – que l'ONU n'avait pas votée et à laquelle ni la Russie ni la Chine n'avaient donné leur accord. Le rapport pointe l'irresponsabilité des trois intervenants occidentaux : le régime effondré, l'absence totale d'opposition organisée livre la Libye à la guerre des milices, aux djihadistes et au drame humanitaire des réfugiés. Si l'on n'était pas prêt à un long et coûteux « suivi » d'accompagnement politique post-Kadhafi, alors il ne fallait pas appuyer la rébellion.

Les élus britanniques écrivent que la menace pesant sur Benghazi a été exagérée. Peut-être. Mais, à l'époque, au moment même de la décision politique, ce n'est pas ce que jugeait la majorité des observateurs, y compris chinois et russes.

Sans les raids occidentaux, Tripoli ne serait pas tombée aux mains de la rébellion, certes, mais la guerre civile aurait pu se poursuivre longtemps, aboutissant au même résultat : la désintégration d'un Etat qui n'en n'était pas un et l'entrée en action de groupes djihadistes (déjà présents au sein de la rébellion).

La Libye de Kadhafi n'était pas ce parangon de stabilité politique intérieure et régionale que laisse entrevoir le rapport. Mais le travail des députés britanniques confirme bel et bien qu'il aurait fallu arrêter la campagne de bombardements après la défense de Benghazi. Aller au-delà supposait un retour devant l'ONU et une vraie réflexion sur l'avenir de ce pays. On ne l'a pas fait, hélas !

148,11

Joseph Stiglitz

Beerdigt den Euro - nicht die EU

29. August 2016

von Dieter Schnaas

Starökonom Joseph Stiglitz klagt in seinem neuen Buch den Neoliberalismus und Merkel an. Ohne Solidarunion sei der Euro nicht zu retten. Dann schon lieber eine schnelle Scheidung.

Scheitert der Euro, dann scheitert Europa, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einmal gesagt.

Glaubt man Joseph Stiglitz, ist es nun so weit. Der Kontinent hat ein Jahrzehnt verloren, viele seiner Volkswirtschaften stagnieren, in Südeuropa sind 20 bis 50 Prozent der Jugendlichen arbeitslos – und alle Reformen in den vergangenen acht Jahren haben die Probleme Europas nicht etwa gelöst, sondern verschärft.

Die Staatsschulden der Krisenländer sind explodiert, der politische Extremismus ist auf dem Vormarsch und die Ungleichheit wächst, nicht zuletzt zwischen den Mitgliedstaaten. Vor acht Jahren erwirtschaftete Deutschland 10,4 Mal so viel wie Griechenland, heute das 15-Fache. Für Stiglitz, Träger des Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaft, ist die Sache daher klar: Der Euro hatte drei Ziele, und er hat sie verfehlt. Er hat nicht die Integration Europas vertieft, weder Wachstum noch Wohlstand verbreitet und schon gar nicht für Harmonie unter den Mitgliedsstaaten gesorgt. Besser also, man beerdigt ihn.

Deutschland raus aus dem Euro – warum nicht?

Es gehört zu den Vorzügen von Stiglitz' neuem Buch, dass es in der Analyse der Währungsunion ohne politisches Gift auskommt. Der US-Ökonom schreibt mit schulterzuckender Verve, mit interessiertem, aber unbeteiligtem Blick, ganz im Stile eines Notars, der etwas Ungeheuerliches beurkundet. Vielleicht muss man jenseits des Atlantiks leben, um so kühl und mitreißend zugleich über den Anfang und das Ende des Euro-Raums schreiben zu können. Beides, so Stiglitz im überraschenden Anschluss an Hans-Werner Sinn und Hans-Olaf Henkel, sei letztlich ein und dasselbe: Ohne flexible Zinssätze und Wechselkurse sei der Euro zum Scheitern verurteilt (gewesen), von Anfang an. Die gemeinsame Währung hat die südeuropäischen Länder zunächst begünstigt – und ihnen in der Krise keine Chance gelassen, ihre Exportwaren durch Abwertung zu verbilligen und damit wettbewerbsfähiger zu machen.

Um das Drama der Stagnation zu beenden, stellt Stiglitz Europa vor vier Alternativen: die solidarische Vertiefung Europas zu einer Haftungunion mit gemeinsamem Einlagenschutz, Euro-Bonds und europäischer Arbeitslosenversicherung – eine Lösung, die er als passionierter als Kritiker von Ungleichheit präferiert. Die Rückkehr Deutschlands zur D-Mark. Der Austritt der Südländer. Oder eine Teilung des Euro-Raums in zwei Währungsgebiete. Allein eine Fortsetzung des muddling through, eine Politik des Durchmogelns, die Misstrauen säe und internationale Animositäten schüre, die zwar „den Kollaps des Euro verhindert, aber auch Europas ökonomische Wiederauferstehung“, lehnt Stiglitz entschieden ab. Die Europäische Union, so der jederzeit thesenstarke Starökonom, sei zu wichtig, um sie auf dem Altar des Euro zu opfern.

Huldigt die Bundesbank dem Götzen Preisstabilität?

Das alles ist unbedingt diskutabel und anregend. Wenn nur der Aktivist nicht ständig dem Wissenschaftler ins Wort fallen würde! Stiglitz' Denken ist begriffstarr geworden, sein neo-keynesianisches Weltbild stabil; man wird den Verdacht nicht los, dass er nur noch aus Prominentenstolz und Überzeugung schreibt und nicht mehr aus Erkenntnisinteresse. Besonders sein Sinn für Ordnungspolitik ist schwach entwickelt. Stattdessen betet er, ausgesprochen selbstreferenziell, das Mantra der varoufakischen Globalisierungskritik nach: Der Neoliberalismus ist an allem schuld. Die Bundesbank huldigt dem Götzen Preisstabilität. Deutschland muss sein Handelsbilanzdefizit abbauen. Merkel spart Südeuropa zu Tode. Kurz: Stiglitz sucht keine Gründe, sondern Schuldige. Er analysiert nicht, sondern richtet. Er erklärt Deutschland für schuldig und spricht Griechenland frei. Jedenfalls kommen die ökonomischen Sünden der Problemstaaten viel zu kurz. Es wäre so leicht gewesen, sie zu behandeln, um die Argumentation wider die Fantasielosigkeit der Euro-Rettungspolitik zu kräftigen. Stiglitz vergibt die Chance, wie schade. Was ist gewonnen, wenn man nüchtern feststellt, dass Europa sich nicht aus der Krise sparen kann, nur um dann kühn zu behaupten, dass Südeuropa sich in eine vitale Wirtschaft hineinzukonsumieren vermag? Nichts.

148,12

EU Leaders Set Course for Bloc After Brexit Vote

The 27 heads of government vowed increased cooperation, but there were immediate signs of discord



ENLARGE

EU leaders gather during a summit at Bratislava Castle on Friday. PHOTO: ASSOCIATED PRESS

By [VALENTINA POP](#) and [DREW HINSHAW](#)

Updated Sept. 16, 2016 3:54 p.m. ET

[6 COMMENTS](#)

BRATISLAVA, Slovakia—European Union leaders sketched out a tentative agenda Friday aimed to [set the bloc on a path to recovery](#) after Britain’s June vote to leave, but there were immediate signs the bloc’s deep divisions, particularly on migration, hadn’t been overcome.

At the end of a meeting in the Slovak capital’s hilltop castle, leaders pledged to step up their cooperation on protecting the bloc’s borders, fighting terrorism and improving the region’s economy. They said this was the only way to counter what they called in a joint statement the “simplistic solutions” of populist, nationalist political movements.

Speaking after the first extended gathering of the 27 heads of government without Britain’s participation, German Chancellor [Angela Merkel](#) said the bloc must prepare for the post-Britain era. She said it cannot afford to offer more “empty words.”

“Our voters are expecting us to deliver results” on reducing migration, boosting living standards and modernizing the bloc’s telecommunications infrastructure, she said. “But if we don’t do this, then we stand no chance whatsoever. So today was a step in the right direction but only one step.”

However, Italian Prime Minister Matteo Renzi, who is under political pressure at home, said he wouldn’t join the French and German leaders for their final press conference because he wasn’t “satisfied with the conclusions on growth and migration.”

Mr. Renzi, who has complained about the lack of burden sharing in the migration crisis, said that describing the conclusions reached as progress required an act of “imagination.”

European Council chief Donald Tusk said leaders agreed “never to allow for the return of uncontrolled refugee flows of last year and to ensure full control of our external border.”

While the summit was originally called to help EU leaders prepare for negotiations over exit terms with Britain, U.K.’s Prime Minister Theresa May hasn’t yet triggered those talks and isn’t expected to do so this year. Despite some pressure from France, Belgium and other EU countries, Ms. May has signaled she won’t start the talks this year.

Mr. Tusk said on Friday he expects the two-year negotiation period to begin in January or February.

“The negotiations must lead to a result where it is clear it is worth being a member of the EU, that there are more advantages than disadvantages,” said Slovak Prime Minister Robert Fico. To be “perfectly frank, unlike the U.K., we know what we want.”

In their discussions, EU leaders mapped out several key areas to focus on and set themselves a six-month timeline to start delivering. Follow-up meetings will take place in Malta early next year and Italy in March, leaders decided.

The plans included a commitment to speed up the rapid reaction capacity of the bloc's newly formed border and coast guard agency and improve security on Bulgaria's EU border with Turkey.

Leaders pledged to improve the flow of information on who enters and exits the bloc and to take further steps to combat religious radicalization in EU countries. They also pledged to push ahead with efforts to reach new trade deals, deepen defense cooperation and keep pressure up for progress on creating a single EU digital market.

Still, the echoes of the bloc's divisions were audible in Bratislava. Mr. Renzi's comments about economic policy underscored the continued divergence between those who want to see the bloc's fiscal rules made more flexible and others, like Germany, who are pushing for continued discipline and economic reforms.

One senior diplomat said Mr. Renzi's criticism of Friday's discussions were driven by his political problems at home.

"I think he had totally other things on his mind than what was going on in there," a senior diplomat said.

Mr. Renzi's government is expected to hold a plebiscite on a constitutional reform aimed at creating more stable governments. The prime minister has staked his government on a positive outcome, threatening to resign if it fails.

The bloc is still divided on how to share the burden of past and future inflows of refugees. Despite Mr. Fico's confidence, the negotiations with Britain could expose a major divergence between those who want a tight relationship with the U.K. and others who are more focused on highlighting the costs of leaving the bloc.

Friday's gathering steered clear from big controversies, such as debating the balance of power between Brussels and the national governments or changing the EU's founding treaties.

However, French President François Hollande said difficult, sensitive issues were addressed.

"Nothing was set aside," he said, including how Europe handles the migration crisis, its fragile agreement with Turkey to stem the inflow of migrants and the need for Europe to play a "fuller role" in helping end the Syria conflict.

—Margit Feher in Budapest contributed to this article.

Umfrage

Wähler von Linkspartei und AfD stehen sich nahe

Jeder dritte Wähler der AfD nennt die Linke als zweitliebste Partei. Laut einer Umfrage, die der F.A.S. vorliegt, ist die Ablehnung der Rechtspopulisten bei Linken zudem geringer als bei Wählern anderer Parteien.

17.09.2016, von **MARKUS WEHNER**, BERLIN



© REUTERS/Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry macht Wahlkampf in Berlin.

Bei den Landtagswahlen in diesem Jahr hat die Linke erhebliche Verluste erlitten. Viele ihrer Wähler entschieden sich für die **AfD**. Ein Grund dafür war: Der Protest wanderte von links nach rechts. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern lag die Linke gar acht Prozentpunkte hinter der AfD. Im Nordosten wechselten 16.000 Wähler von ihr zur rechtspopulistischen Partei. Insgesamt hat die Linke etwa ein Sechstel ihrer Wählerschaft an die AfD verloren.



Autor: Markus Wehner, Politischer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin, Folgen:

Wie nah aber sind sich Anhänger der Linkspartei und der AfD? Eigentlich sollte man meinen, dass die am weitesten links stehende politische Kraft des Landes der am weitesten rechts stehenden Partei im parlamentarischen Spektrum besonders feindlich gesinnt ist - und umgekehrt. Eine bisher unveröffentlichte repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, aus der die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (F.A.S.) berichtet, zeichnet allerdings ein anderes Bild.

Demnach nennt rund ein Drittel der AfD-Anhänger, nämlich 31 Prozent, die Linkspartei als zweitliebste unter allen Parteien. Das sind deutlich mehr als bei den Grünen oder der **SPD**, bei denen 24 beziehungsweise 15 Prozent die Linkspartei als zweitliebste Partei nennen. Bei den Linken-Wähler nennen immerhin 22 Prozent die AfD als ihre zweitliebste Partei. Das sind erheblich mehr als bei allen anderen Parteien: Bei der CDU kommt die AfD nur bei fünf Prozent der Anhänger auf Platz zwei der Sympathien, bei den Grünen sind es drei, bei der SPD zwei Prozent. „Bei aller Abgrenzung überschneidet sich ein beträchtlicher Teil der Anhängerschaft von Linken und AfD“, sagte Thomas Petersen vom Allensbach-Institut.

Dieser Artikel ist aus der **Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung**. Wenn Sie mehr davon lesen wollen, testen Sie die F.A.S. doch einfach als digitale Zeitung. Wie es geht, erfahren Sie hier ...

Dieses Ergebnis wird gestützt durch die Antworten auf die Frage, welche Partei am wenigsten sympathisch sei. Bei den Anhängern der Linken nannten 57 Prozent die AfD als unsympathischste Partei. Bei den Anhängern anderer Parteien ist dieser Prozentsatz allerdings deutlich höher: 64 Prozent bei der FDP, 69 Prozent bei der **CDU**, 77 Prozent bei der SPD und 78 Prozent bei den Grünen. Bei den AfD-Anhängern nennen 34 Prozent die Linke als unsympathischste Partei, gefolgt von FDP und CDU mit 27 und 21 Prozent.

Die Abneigung der AfD-Anhänger gegenüber der Linkspartei ist also geringer als jene der Linken-Wähler gegenüber den Rechtspopulisten. Aber dennoch lehnen die Anhänger aller anderen Parteien die AfD in weit höherer Zahl ab als die Linken-Wähler. „Es gibt strukturell eine relative Nähe zwischen AfD und Linkspartei“, sagte Meinungsforscher Petersen der F.A.S. Für die Umfrage wurden 1429 Personen befragt.

Les musulmans de France, une population jeune et diverse

LE MONDE | 18.09.2016 à 02h39 • Mis à jour le 18.09.2016 à 07h27

Un rapport esquisse un portrait des musulmans de France à rebours de certaines idées reçues. Cette étude de l'Institut Montaigne, « *think tank* » d'obédience libérale s'adosse à une enquête « *inédite* » de l'IFOP, réalisée alors que la vague d'attentats depuis 2015 et l'approche de la présidentielle enflamment les débats sur la place de l'islam. Intitulée « Un islam français est possible », elle a été réalisée sous le contrôle d'Antoine Jardin, docteur en science politique et chercheur au CNRS, et [publiée en exclusivité par le JDD](#), dimanche 18 septembre.

Selon l'étude, les musulmans comptent pour 5,6 % des habitants de métropole. Contredisant les chiffres souvent avancés (de 8 à 10 % de la population française), l'étude estime entre 3 millions et 4 millions leur nombre. Et les conversions de non-musulmans seraient deux fois moins nombreuses que les « sorties » de l'islam. Ils représentent 5,6 % des plus de 15 ans, 10 % des moins de 25 ans. 84 % des musulmans ont aujourd'hui moins de 50 ans, rapportant l'âge moyen à 35,8 ans. 74 % des musulmans sont Français, et 50 % sont nés Français.

60 % pour le voile à l'école

Durant neuf mois, cette population a été sondée sur ses opinions et ses pratiques. 66 % des musulmans interrogés « *accordent une grande importance à la religion* », selon l'étude. Mais l'Institut Montaigne a souhaité aller au delà de cette affirmation.

Trois profils principaux se détachent. 46% sont « *soit totalement sécularisés, soit en train d'achever leur intégration* » sans renier leur religion. Un deuxième groupe, représentant 25%, est plus pieux et plus identitaire tout en rejetant le voile intégral. Le dernier groupe, que l'Ifop évalue à 28%, réunit des croyants qui ont « *adopté un système de valeurs clairement opposé aux valeurs de la République* », s'affirmant « *en marge de la société* ». Les jeunes, les moins insérés dans l'emploi et les convertis sont les plus disposés à adhérer à ce modèle.

Ainsi, 80 % des pratiquants (contre 67 % des non-religieux) voudraient que leurs enfants puissent manger de la viande halal dans les cantines scolaires. Ils sont 60 % des sondés (et 37 % de non-musulmans) à estimer que les filles devraient pouvoir porter le voile à l'école et au collège.

Un tiers de la population musulmane ne se rend jamais à la mosquée, 29 % y va chaque semaine, et 5 % quotidiennement.

« Rattrapage social »

Alors que le gouvernement souhaiterait pousser l'islam de France à s'organiser plus efficacement, le diagnostic est, de fait, sévère pour le Conseil français du culte musulman (CFCM) qui n'est connu que par 32 % des personnes interrogées. Pour obtenir une information sur la religion, elles préfèrent se tourner vers leur famille (80 %), Internet (70 %) plutôt que vers un imam (47 %).

L'étude s'est également penchée sur le profil social des personnes se déclarant musulmanes. Si 15 % sont sans diplôme, et 4 % seulement sont cadres, le directeur de l'Institut Montaigne, estime dans le *JDD* qu'un « *rattrapage social* » est en cours, avec plus de diplômés qu'attendu à origine sociale équivalente.

Enfin, un musulman sur deux seulement se dit sûr d'aller voter, contre 62 % pour l'ensemble de Français.

Le sondage a été conduit auprès de 1 029 personnes de confession ou de culture musulmane (dont 874 se déclarant musulmanes), extraites d'un échantillon de 15 459 métropolitains âgés de 15 ans et plus.

The EU after Brexit

European leaders in Bratislava avoided all the difficult questions

Contentious issues about growth, migration and European defense have been postponed to later meetings

Sep 17th 2016 | [Europe](#)



RIVEN by crisis and recrimination, the European Union has lost its way in recent years. The European Union was in a “critical situation” after Britain’s unprecedented vote in June to leave the club, warned Angela Merkel, the normally sober German chancellor, when she arrived at a European summit in Bratislava on September 16th. By the end of the day the 27 EU leaders—all bar Britain’s prime minister, Theresa May, who was not invited—had drawn up a “Bratislava road-map” to give direction to their floundering club. But the way ahead remains as murky as ever.

Divisive issues were left for another day; so were serious policy proposals. Mrs Merkel and Donald Tusk, who presided over yesterday’s meeting, had spent the preceding weeks trying to find common ground among governments for a reboot of the European project. But their soundings revealed more disunion than harmony, so expectations for Bratislava were played down. Mr Tusk’s limited aim was to diagnose common problems and to identify areas of potential co-operation. Most importantly, he sought to produce a show of unity in a club split by many quarrels, particularly over the management of asylum-seekers.

The mood in Bratislava Castle, venue for the talks, was mostly free of the rancour that has often characterised recent EU summits. Mrs Merkel and François Hollande, the French president, gave a rare joint press conference. Mr Tusk had warned the Polish and Hungarian governments to keep the “cultural counter-revolution” they recently threatened to bring to Europe at home. The broadside issued by Viktor Orban, Hungary’s combative prime minister, against ‘Brusselian’ elites was not enough to ruin the mood.

But the six-page declaration issued by the leaders was anodyne. Its details, such as they were, focused on illegal migration and security. The leaders were able to agree that there could be no repeat of last year’s uncontrolled rush of migrants into Europe. Hence their support for a European border guard, more resources to strengthen Bulgaria’s frontier with Turkey, as well as renewed backing for a migrant deal with Turkey and as-yet unsigned “migration compacts” with African countries.

The leaders promised more talks on investment across the EU, youth unemployment and their languishing trade and single-market policies. Plans for more military co-operation, as sketched out in a joint Franco-German policy paper this week, will be discussed in detail at a December summit in Brussels.

The role of spoiler was left to Matteo Renzi. Italy’s prime minister said the declaration’s statements on migration were conjured by “word-jugglers” ignorant of reality. He lamented the lack of ideas to promote

growth across the EU. He even took a jab at Germany's yawning current-account surplus, which violates EU rules but goes largely unmentioned in Brussels.

Some of this was to be expected. Mr Renzi has maintained the grand Italian tradition of blaming euro-zone rules rather than domestic paralysis for his country's disastrous economic performance. He will have been mindful of a coming row with the European Commission over his government's failure to cut its budget deficit quickly enough. He has also, to other leaders' irritation, developed a habit of raising hell at European summits when he faces trouble at home. Mr Renzi's outbursts yesterday were no doubt designed in part to improve his prospects later this year of winning a referendum on constitutional reforms, to which he has tied his political fate.

But Mr Renzi's dissent did serve two useful purposes. First, he exposed the fearful, almost timid mood that has taken hold in Europe. Mr Hollande, facing a difficult re-election bid next year, spoke endlessly yesterday of "protecting" citizens. The summit declaration spoke of tackling Europeans' fears but had little to say about their aspirations. Mrs Merkel at least acknowledged the failure of Europe's "promise of prosperity" to its citizens, but did not say how it might be met.

Second, Mr Renzi highlighted the difficulty of finding common ground on the toughest issues Europe faces. Around 150,000 migrants cross the Mediterranean for Italy each year; perhaps two-thirds are not entitled to international protection. Tougher border checks mean fewer are making their way to the richer countries of northern Europe. EU-wide relocation schemes are not working (they are not supposed to apply to economic migrants anyway) and Europe remains woefully bad at returning failed asylum-seekers home. Despite endless meetings, debates and votes, Europe's leaders have found no durable answer to this problem. It was not unreasonable for Mr Renzi to draw attention to this fact.

Still, others found room for optimism. Speaking after the meeting Mr Tusk declared that Britain's departure could ultimately leave the EU stronger than ever—quite a turnaround for someone who before the vote had warned that Brexit could bring about the collapse of Western civilisation. He also revealed that Mrs May had told him she was prepared to trigger Article 50, the formal process for Britain's withdrawal, in January or February next year. That is far more than Mrs May herself has been prepared to say on timing thus far.

The leaders will return to most of the Bratislava road-map topics at their regular summits, this time with Mrs May in attendance; the next of these is in October. But the 27 will also continue their deliberations without Britain—first in Valletta, the capital of Malta, probably in February, and then in Rome at the end of March, to mark the 60th anniversary of the Treaty of Rome, the EU's founding document.

It will be difficult for the Rome summit, in particular, to meet the heavy expectations that leaders have begun to place upon it. That is in part because it falls between the difficult Dutch and French elections, in which anti-EU parties will figure prominently, so reducing the scope for big leaps in European integration. If he holds on that long, Mr Renzi will be hoping that what Mrs Merkel now calls "the spirit of Bratislava" can somehow give life to the summit he will find himself hosting. On the evidence of this weekend, that looks like a long shot.

148,18

September 18, 2016 12:30 pm

Europe's leaders set their minds on the next distraction

Wolfgang Münchau

The degree of integration is no longer determined by what you believe in, but by what you need



EU Heads of state gather at the Bratislava Summit

The Chinese talk about the monkey mind as a failure to focus. We in the west have the notion of an attention deficit disorder. Both are fitting descriptions for the state of the discussion about the future of the EU in general, and last Friday's [summit in Bratislava](#) in particular.

Our leaders were all over the place — more unfocused than ever. The EU has a still unresolved financial crisis; an unfinished monetary union; an incomplete banking union; large and growing internal and external imbalances; too little investment; [negative interest rates](#); and falling real incomes in parts of the union.

And yet in Bratislava our leaders essentially decided that it was time to move on from such unpleasant realities, and focus their minds on the co-ordination of other policy areas. Having messed up the economy for the past 15 years, they are now turning to security.

The truth is that the EU is not going anywhere before critical elections next year in France and Germany. After that, further integration will happen, not by choice but necessity.

There was a time, two decades ago, when things were different. Then the debate was ideological: you were either a European integrationist, a Eurosceptic, or something in between. There are vestiges of this debate in non-eurozone countries, but with the arrival of the euro in 19 out of the EU's still 28 member states, most could no longer afford that luxury. The degree of integration is no longer determined by what you believe in, but by what you need. Yes, there are ideological differences between German ordoliberalists and Italian Keynesians. But few, even in Germany, believe that a monetary union can be left to its own devices. Most agree that the EU needs more integration to make the eurozone work.

The simple political reason is that they would otherwise end up impoverishing increasing numbers of voters. This has already happened in Italy and Greece. Even in Germany there is now a strong anti-establishment party. In the UK, [Brexit](#) shows what can happen to politicians when real incomes fall over long periods of time. The [median UK household suffered an actual fall in real incomes](#) after housing costs over 13 years, according to official data. This insurrection happened for a reason.

What will drive EU integration forward is the next crisis and those after that. One trigger may be Germany's extreme [current account surplus](#). It is approaching 9 per cent of gross domestic product this year. The country's savings surpluses are recycled into the eurozone's weak banking system.

This would not matter if it were denationalised, with a central European deposit insurance scheme and a central fiscal backstop. But it is not. Nor will it be anytime soon. If, or rather when, the next banking crisis arrives, the

eurozone will hit a moment of truth. The Italian state is too big to rescue, but also too big to fail. Something will have to give.

The combination of a non-resolution of toxic assets in some German banks, non-performing loans on the books of their Italian peers, an economic recovery in Italy that is going nowhere and negative interest rates could tip the balance. The need to fix this problem, or to prevent it, is what will determine the next stage of European integration.

In the first eurozone crisis in 2010-2012, member states reluctantly created the European Stability Mechanism, an anti-crisis backstop. They introduced new rules on economic co-ordination including early warning systems. The European Central Bank expanded its set of policy instruments, including a safety net and quantitative easing. We could go further. A eurobond, a jointly issued European debt security, may well be one, two, or three crises away.

I am not predicting that the eurozone will invariably muddle through into a bright future, integrating deeper and deeper, step by step. It is just a conceivable scenario. Judging by their current performance it seems more likely that Europe's leaders get stuck half way. In that case, it would be reasonable to expect the eurozone to unravel eventually under the pressure of its oppressive imbalances and unprofitable banks.

While we cannot predict the precise choices the leaders will make, we can say that if they ever were to end up taking the right decisions, they will have done so reluctantly, with their backs against the wall. They will not plan ahead. The next step of integration will not be the result of a brainstorming session, but some emergency meeting after midnight during a weekend.

This is why informal debating summits like the junket in Bratislava are a waste of time. This is not how the next stage in European integration will happen. As we saw on June 23 in the UK referendum, it is the voters who lead the process now. Our best hope is that this shift will focus the monkey mind of Europe's leaders eventually.

Analyse der Wahl in Berlin

Die Berliner CDU ist an ihrem Wahldesaster selbst schuld – nicht die Kanzlerin

Die Hauptstadt hat gewählt. Im armen Osten AfD, im reichen Westen CDU: Von wem die AfD profitiert hat, wieso Nichtwähler die Wahlsieger sind und warum die Berliner CDU an ihrem desaströsen Abschneiden selbst schuld ist – nicht Angela Merkel. Die Analyse.

19.09.2016, von **TIMO STEPPAT**

© AFP, REUTERSDie Union sackt in Berlin auf einen historischen Tiefststand

Bei der Wahl in Berlin hat eine Partei gewonnen, die gar nicht auf dem Wahlzettel stand. Sie hat ein stattliches Ergebnis erzielt; deutlich vor der **SPD**, die sich am Sonntag als Wahlsiegerin inszeniert hat. Es sind die Nichtwähler.



Autor: Timo Steppat, Redakteur in der Politik, Folgen:

Wären sie nicht zuhause geblieben, sondern hätten für eine Partei gestimmt, sie wären als stärkste Kraft aus der Wahl gegangen. Eindeutig: Regierungsauftrag. Würde man den Stimmanteil ins Verhältnis setzen, käme die SPD nur auf 14,4 Prozent.

Prozente, Sitze, Wahlkreise

[Ergebnisse im Detail](#)

Das ist nur ein Gedankenspiel. Die Motive der Nichtwähler sind viel zu verschieden, um sie unter dem Wappen einer Partei zu vereinen. Manche sind enttäuscht, andere zu faul, wieder andere haben sich längst von der Politik verabschiedet. Der theoretische Sieg der Nichtwähler setzt die Wahlergebnisse aber ins Verhältnis: Die SPD wird mit 23 Prozent stärkste Kraft. Fünf Prozentpunkte dahinter trotzt die **CDU** ins Ziel. Grüne und Linke knapp dahinter. Vier Parteien erzielen Ergebnisse zwischen 16 und 23 Prozent. Den Stärksten trennt vom viertplatzierten sieben Prozent. Von CDU und SPD als Volksparteien kann keine Rede sein. Am meisten profitiert von den Nichtwählern hat übrigens die **AFD**. Sie ist mitverantwortlich dafür, dass die Wahlbeteiligung um sechs Prozent angestiegen ist.

Haben Flüchtlinge die Wahl entschieden?

Als wahlentscheidendes Thema erachten mehr als die Hälfte der Wähler soziale Gerechtigkeit. Darauf folgen laut einer Nachwahlbefragung von **Infratest** Dimap Wirtschaft und Arbeit sowie Schule und Bildung. Nur ein Viertel misst Flüchtlingen eine hohe Bedeutung bei. Mit etwas anderer Fragestellung, nämlich nach den „wichtigsten Problemen“ der Stadt, hat die Forschungsgruppe Wahlen nach der Stimmabgabe gefragt. 44 Prozent der Wähler halten danach Flüchtlinge sehr wohl für das wichtigste Problem. Ein Drittel sieht in den Mieten das größte Problem Berlins, 23 Prozent in den Schulen.

Die Berliner CDU ist am Wahldesaster selbst schuld – nicht die Kanzlerin. Datenanalyse von @timesteppat

Auch wenn die Ergebnisse auseinandergehen, wird deutlich, dass diese Wahl nicht ausschließlich über das Themenfeld Integration und Flüchtlinge entschieden. Anders als in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern sind es keine Abstimmungen über die Flüchtlingspolitik von **Angela Merkel**. Dafür spricht auch, dass ein Großteil der Berliner (50 Prozent) mit der Politik der Bundeskanzlerin zufrieden sind. Berliner Themen wie Mieten, Arbeitsplätze, Schulen und Sicherheit waren offenbar auch von großer Bedeutung. Bei der Wahlentscheidung haben die Wähler ihnen letztlich vielleicht doch die höhere Bedeutung beigemessen – sie lassen sich schließlich auch auf der Ebene des Landes lösen.

Die SPD warb für ein weltoffenes Berlin, ähnlich Grüne und Linke. Die AfD hat als einzige der Parteien, die jetzt im Abgeordnetenhaus sitzen werden, versucht mit einem Anti-Zuwanderungs-Kurs zu punkten. Ihr wird von ihren Wählern im Themengebiet **Flüchtlinge** und Migration eine hohe Problemlösungskompetenz zugemessen (81 Prozent). 89 Prozent der AfD-Wähler sind außerdem überzeugt, dass Berlin unsicherer geworden ist. Ein hoher Wert – unter Grünen-Wähler liegt er nur bei 19 Prozent. Auch das ist eines der Motive, letztlich für die AfD zu stimmen (43 Prozent).

Berliner AfD-Wähler haben sich außerdem besonders stark nach der Politik im Bund gerichtet. Landesthemen waren für sie eher nachrangig.

Von wem gewinnt die AfD Wähler?

Die AfD gewinnt von allen Parteien. Den größten Anteil erzielt sie bei den Nichtwählern, 64.000 Stimmen sind es laut Infratest. 45.000 Stimmen kommen von anderen Parteien, darunter fällt etwa auch die NPD. 37.000 Stimmen hat die CDU an die AfD verloren. Die geringsten Verluste verzeichnen die Grünen mit 3000.

Auch wenn die Piraten aus einem anderen politischen Milieu stammen, galten sie 2011, als sie erstmals ins Parlament einzogen, vielen als typische Protest-Partei. Häufig wurde als Motiv für die Wahlentscheidung genannt, dass man mit den etablierten Parteien unzufrieden sei.

Wofür haben die Piraten-Wähler diesmal gestimmt? Ein Großteil wandert zur **Linkspartei** ab. Wie aus einer Berechnung von Infratest hervorgeht, sind es 23.000 stimmen. Weitere 19.000 Piraten-Wähler von 2011 haben diesmal nicht abgestimmt.

Der Denkkzettel der Enttäuschten

Nach der Wahl schrieb der SPD-Politiker **Ralf Stegner**, 90 Prozent der Wähler in Berlin seien anständig. Stegner spielte damit auf das Abschneiden der AfD an. Das Ergebnis erscheint gering, wenn Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Vergleichsgrößen sind. Dort hat teilweise jeder Vierte für die Partei gestimmt. Trotzdem sind 14 Prozent für die AfD in der Hauptstadt ein hohes Ergebnis – gerade in einer Stadt wie Berlin, die sich als weltoffene Metropole versteht. Der Abstand zur stärksten Partei, der SPD, liegt nur bei gut sieben Prozent, zur CDU bei drei Prozent.

Der AfD-Wähler findet, dass der Zuzug von Ausländern stärker begrenzt werden sollte (99 Prozent stimmen der Aussage zu). Er ist überzeugt, dass die AfD sich um die Sicherheit kümmern und eine Ausbreitung des Islam in Deutschland verhindern wird. Das geht aus der Nachwahlbefragung von Infratest Dimap hervor.

Und, das ist besonders interessant: 91 Prozent der Anhänger wählen die Partei, um ein klares Zeichen gegen die anderen Parteien zu setzen. Eine Denkmahl-Wahl also.

Was die Problemlösungskompetenz bei anderen Themen betrifft, schneidet die AfD vergleichsweise schlecht ab. Bei Mieten und sozialer Gerechtigkeit messen Wähler ihr geringe Kompetenzen bei. Anders ist das, wie oben beschrieben, im Themenfeld Flüchtlingspolitik. 13 Prozent der Berliner Wähler glauben, dass die AfD hier als einzige Partei die Probleme löst.

Wie viel Einfluss hat Michael Müller auf das SPD-Abschneiden?

Die SPD verteidigt in Berlin wie schon in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern ihre Position als stärkste Kraft und Partei des Regierungschefs. Wie in den anderen beiden Bundesländern hängt das vor allem mit der Person des Spitzenkandidaten zusammen. Michael Müller genießt hohe Zustimmungswerte. 40 Prozent der Wähler ist er laut Forschungsgruppe Wahlen sympathischer als [Frank Henkel](#) von der CDU.

Hätte eine Direktwahl des Bürgermeisters stattgefunden, hätten laut 53 Prozent für [Müller](#) gestimmt. Das ist nur leicht unter dem Ergebnis des SPD-Kandidaten von 2011. Für Klaus Wowereit (SPD), der damals für die Partei kandidierte, wollten 60 Prozent stimmen.

Die CDU hat, anders als Spitzenkandidat Henkel sagte, wenig Schaden von der Bundespolitik genommen. 76 Prozent der CDU-Wähler sagten laut Infratest Dimap, Angela Merkel sei für sie ein wichtiger Grund für die Partei zu stimmen. Die Hälfte der Berliner ist mit der Arbeit der Kanzlerin zufrieden.

Dagegen verliert die Landes-CDU bei den Kompetenzzuschreibungen unter CDU-Wählern deutlich: Nur 32 Prozent der Wähler trauen den Christdemokraten zu, am besten gegen Kriminalität vorzugehen. Auch bei Wirtschaft, Bildung und Arbeitsplätzen sinken die Werte.

Dabei hatte sich Henkel, der fünf Jahre Innensenator war, gerade über Themen der inneren Sicherheit zu profilieren versucht. Es ist ihm offenbar nicht gelungen. Nur 29 Prozent sind überzeugt, dass Henkel als Innensenator für mehr Sicherheit gesorgt hat.

Die AfD ist im armen Osten stark, die CDU im reichen Westen

Die AfD ist dort stark, wo Berlins Boom nicht ankommt. Es ist der arme Osten, in dem sonst die Linkspartei Direktmandate erzielt: Ihre Hochburgen liegen bei der Bezirksverordneten-Wahl in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick. Über 20 Prozent erzielt die AfD dort. Für die Abgeordnetenhaus-Wahl sind die Ergebnisse ähnlich.

Auch sonst zeigt ein Blick auf die Hochburgen der Parteien eine klare Verteilung: Das gentrifizierte Kreuzberg wählt Grün. Die urbane Mitte im Westen der Stadt wählt SPD, die Mitte im Osten die Linkspartei. Und die CDU ist am westlichen Stadtrand stark, wo die Besserverdienenden wohnen. In Stadtteilen wie Steglitz oder Zehlendorf erzielt sie noch vergleichsweise hohe Ergebnisse.

SPD und CDU profitieren von Rentnern

Eine Erkenntnis der zurückliegenden Landtagswahlen wiederholt sich: Laut Infratest Dimap erreicht die AfD bei den 45 bis 59 Jahre alten Wählern 18 Prozent. Es sind die Mittelalten, die für die Rechtspopulisten stimmen. Bei Jungen dagegen schneiden sie schwach ab (Altersgruppe bis 34: 8 Prozent).

Deutlich zeigt sich, dass SPD und CDU den höchsten Anteil bei Wählern über 70 erzielen. 26 Prozent stimmen dort für die Partei von Innensenator Henkel, 28 Prozent für Michael Müller und die SPD. Bei den Älteren spielt die Wählerbindung an traditionelle Parteien eine deutlich größere Rolle. Bei der CDU liegt die langfristige Parteibindung bei 30 Prozent.

Passend zur Altersstruktur sind es vor allem Rentner, die CDU (24 Prozent) und SPD (26 Prozent) wählen. Die AfD ist unter Arbeitern (28 Prozent) die stärkste Partei, 22 Prozent erzielt sie bei Arbeitslosen. Unter Wählern mit einfacher Bildung ist die AfD stark (22 Prozent), mit hoher Bildung (9 Prozent) dagegen schwach.

Quelle: FAZ.NET

148,22

Kommentar

Monsanto ist nicht böse

Monsanto stellt einige Produkte her, die Bauern und Umwelt nutzen. Aber wer das sagt, gilt gleich als ahnungslos oder gekauft.

18.09.2016, von **SEBASTIAN BALZTER**



© DPA/Monsanto-Pflanzen in Bangalore.

Die Baumwoll-Eule ist keine Eule, sondern ein Schmetterling. In Indien kennt diese falsche Eule jeder Baumwollbauer, weil ihre Raupe den Landwirten die Ernte wefrisst. Früher schnallten sie sich deshalb Plastiksäcke mit Insektengift auf den Rücken und versprühten es auf ihren Feldern. Das tötete nicht nur die Raupen, es machte auch die Menschen krank. Heute gibt es eine Baumwollpflanze, die das Insektengift selbst produzieren kann. Knabbert die Raupe an der Pflanze, stirbt sie daran. Für die Landwirte ist das ein Segen, sie bleiben gesund und ernten mehr.



Autor: Sebastian Balzter, Redakteur in der Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Genauso wie für **Monsanto**, den Agrarkonzern, aus dessen Labors und Gewächshäusern die wehrhafte Pflanze kommt. Dort wurden in ihr Erbgut Gene jenes Bakteriums eingeschleust, aus dem seit je das Gift gegen die Baumwoll-Eule gewonnen wird. Das Saatgut lässt sich Monsanto nun von den Bauern gut bezahlen. Aber für sie lohnt sich das, so groß ist der zusätzliche Nutzen. Sie brauchen außerdem viel weniger Pflanzenschutzmittel als früher, das ist gut für die Öko-Bilanz. Kurzum: Die Welt sollte froh sein über solche Geschäfte.

Wer Monsanto Produkte für gut hält, gilt als ahnungslos

Sie darf es aber nicht. Weil Monsanto nichts Gutes tut auf dieser Welt. So haben es Öko-Aktivistinnen und Gentechnikgegner, Antikapitalisten und Fortschrittsskeptiker beschlossen. Und wer daran rüttelt, muss selbst gierig sein, verantwortungslos und korrupt. Das Urteil trifft sogar Wissenschaftler, die jahrzehntelang für den Biolandbau gekämpft haben, jetzt aber zu dem Schluss kommen, dass der Totalverzicht auf moderne Technik in der Landwirtschaft auf Dauer weder der Umwelt hilft noch die Weltbevölkerung satt machen wird.

Von den Ämtern und Ministerien, die das Saatgut aus dem Labor für unbedenklich halten und auch gegen die anderen Produkte von Monsanto nichts haben, lässt man sich erst recht nicht das Weltbild stören: Die haben alle keine Ahnung. Oder sie haben sich von den Bösewichten kaufen lassen.

Wer das alles schon vorher weiß, muss sich um die Wahrheit nicht mehr kümmern. Das spart Zeit. Denn die Wahrheit ist, wie so oft, komplex. Zum Beispiel hat nicht Monsanto damit angefangen, das Erbgut von Pflanzen zu beeinflussen. Die Pioniere dieser Technik lebten vor mehr als 100.000 Jahren: Damals begannen die Menschen Getreide zu züchten, indem sie nur die Körner der kräftigsten Pflanzen aussäten. Die grundlegenden Experimente mit der Kreuzung von Arten, die zu ertragreichen Nachkommen führen kann, erledigte dann im 19. Jahrhundert ein Augustinermönch namens Mendel.

Monsanto ist kein Teufel und kein Wohltäter

Monsanto gab es damals noch nicht, die Firma wurde 1901 gegründet. Sie hat manches auf dem Kerbholz: Sie hat das Nervengift Agent Orange hergestellt, das im Vietnam-Krieg Schrecken und Elend verbreitete. Und sie hat vor mehr als vierzig Jahren Roundup erfunden, ein Unkrautmittel, das die Chemikalie Glyphosat enthält. Die ist in Verruf gekommen, weil sie Krebs auslösen kann – aber erst dann, wenn sie in absurd großen Mengen aufgenommen wird. Monsanto hat viel Geld damit verdient, Landwirten ein Paket aus Roundup und Pflanzen zu verkaufen, die eigens dagegen widerstandsfähig gemacht wurden. Der Ansatz, zuerst ein Gift zu erfinden und dann Pflanzen eine Resistenz dagegen anzuzüchten, ist abwegig. Allerdings zwingt niemand die Landwirte dazu, auf jedes Angebot von Monsanto einzugehen. Und gegen die inzwischen viel intensiver verfolgte Idee, Pflanzen weniger anfällig gegen natürliche Schädlinge, Hitze und Trockenheit zu machen, lässt sich wenig sagen.

Monsanto ist nicht des Teufels. Monsanto ist auch kein Wohltäter. Monsanto ist ein stinknormales Unternehmen, dessen Chef sich einst ausrechnen ließ, was eine Umbenennung kosten würde. Schätzungsweise 25 Millionen Dollar, lautete das Ergebnis. Der Chef lehnte ab. Das sei ein Riesenfehler gewesen, gab er später zu. **Aber künftig ist das nicht mehr sein Problem, sondern das von Bayer.**

148,23

Le Figaro, no. 22429

Le Figaro Économie, mardi 20 septembre 2016, p. 21

Économie

La France doit se préparer à payer sa dette plus cher

Robin, Jean-Pierre

La messe est-elle dite avant même que l'office ait commencé ? Sans attendre ce qu'allait leur annoncer le prêtre (la direction collégiale de la Fed présidée par Janet Yellen), les fidèles (les marchés) ont déjà réagi. Ainsi, les taux d'intérêt se sont redressés partout la semaine dernière sur les marchés obligataires. Aux États-Unis, mais également en Europe et même au Japon.

Pour la première fois depuis le 14 juin, les taux de rendement des Bunds à 10 ans (les emprunts de l'État fédéral allemand) sont redevenus positifs. Au Japon, les emprunts à 30 ans, à taux nuls en juillet dernier, sont repassés au-delà de 0,5 %. En une semaine, quelque 1 000 milliards de dollars de dettes d'État et d'entreprise, qui se négociaient à des taux négatifs, sont rentrés en territoire positif. Ce n'est pas tout l'hippopotame qui est sorti de l'eau - début septembre, on estimait à 12 600 milliards de dollars la masse des dettes publiques ou privées à taux négatifs -, mais du moins recommence-t-on à en voir le dos.

Une ample vague de fond

Faut-il incriminer une fois encore le pouvoir d'influence exorbitant de l'Amérique sur le reste du monde, suspendu aux caprices de la Fed ? Pas seulement. La vague de fond est bien plus ample.

C'est tout d'abord l'anticipation d'une normalisation des prix du pétrole qui va se répercuter très vite sur les niveaux d'inflation des pays consommateurs. Ainsi les experts de Capital Economics tablent-ils sur une inflation annuelle moyenne de 2 % dans les pays du G7 en 2017.

La zone euro redécouvre combien étaient artificielles les craintes de déflation. Hors pétrole, la hausse des prix n'est pratiquement jamais descendue en deçà de 1 %.

Deuxième explication, les investisseurs anticipent que « *la BCE ne maintiendra pas perpétuellement le quantitative easing* », selon l'expression de Patrick Artus, économiste de Natixis. **Et, depuis l'été, tout un chacun a compris que les taux d'intérêt négatifs avaient atteint une limite, le point de cristallisation où le remède risquait de devenir pire que le mal.**

Tout en se gardant de sortir de l'ambiguïté à cet égard, **Mario Draghi**, le président de la BCE, ne cesse désormais de marteler que « *la politique monétaire ne peut tout faire* ». C'est même le seul message, à l'adresse des gouvernements, qu'il ait délivré depuis trois mois. **L'épisode des taux d'intérêt négatifs, contre-nature pour beaucoup, ne saurait être éternel.**

Tout semble en place pour que les conditions d'emprunts extravagantes dont ont bénéficié les États deviennent moins avantageuses. Quel qu'il soit en mai 2017, l'hôte de l'Élysée devrait envisager cette perspective. Ne serait-ce que pour mettre fin à la malédiction qui veut que les présidents de la République à peine élus sont pris à contre-pied par la conjoncture internationale. En 2007, Nicolas Sarkozy avait été piégé par la crise financière mondiale qui s'esquissait au moment même de son élection. Tout comme en 2012, François Hollande n'avait pas su prendre la mesure de la tempête financière qui secouait la zone euro.

Marine Le Pen, l'attrape-tout

LE MONDE | 20.09.2016 à 10h46 | Par [Gérard Courtois](#)



Marine Le Pen peut aborder la précampagne présidentielle le sourire aux lèvres, ce sourire qu'elle a arboré à Fréjus (Var), le week-end passé, lors du grand raout de rentrée du Front national. Depuis son échec aux élections régionales de décembre 2015, elle a observé une cure de silence presque complète, hormis son discours du 1-mai sur « *la France apaisée* », dont elle se veut la championne. La présidente du FN travaille, réfléchit, se prépare, répète-t-on en boucle autour d'elle.

Or, cette ostensible discrétion ne lui a pas porté préjudice, bien au contraire. Trois sondages en témoignent ces derniers jours. Selon le baromètre de l'IFOP, elle recueille 33 % de bonnes opinions, en hausse de 5 points par rapport à juillet. Plus modestement, le baromètre de septembre d'Ipsos lui accorde 26 % d'opinions favorables, en hausse de 1 point ; mais il n'est pas anodin que la présidente du FN recueille 29 % de bonnes opinions (en hausse de 7 points) parmi les sympathisants des Républicains, alors que les candidats de ce parti à la primaire de la droite, à l'exception de Nicolas Sarkozy, régressent de 5 à 8 points. Enfin, dans la dernière enquête de BVA, elle est créditée de 29,5 % à 33 % des intentions de vote au premier tour de l'élection présidentielle (en hausse de 1 à 4 points), selon le candidat qui portera les couleurs de la droite.

L'actualité travaille pour elle

Tout se passe comme si l'actualité travaillait pour elle, sans qu'elle ait besoin de lever le petit doigt. Ainsi, BVA a demandé aux personnes interrogées quels sujets ont le plus influé sur leurs intentions de vote. Le résultat est éloquent : pour 79 %, c'est la menace terroriste, pour 75 % l'immigration, pour 75 % également la crise des migrants, pour 73 % la laïcité (après la polémique estivale sur le « burkini »), pour 67 % la loi travail, et pour 64 % la situation de la « jungle » de Calais. Si l'on excepte la loi travail, ces préoccupations sont au cœur de la croisade de toujours du Front national, de sa dénonciation obsessionnelle de la menace que ferait peser l'immigration – la « *submersion migratoire* », a martelé M^{me} Le Pen à Fréjus – sur l'identité nationale.

Quant au lien établi entre immigration et danger islamiste, il est, lui aussi, d'origine, ou presque. Ainsi, lors de sa campagne présidentielle de 1988, le fondateur du FN soulevait l'enthousiasme de ses partisans en déclarant, à Marseille : « *Quand on n'est pas capable de défendre son identité, son territoire, sa culture, ce sont les autres qui viennent vous l'imposer par la force, parfois avec des fusils, parfois avec des babouches. Nous vivants, la France ne sera jamais une République islamique !* » Sa fille peut bien euphémiser son propos et déclarer que « *nous n'avons ni raison ni droit de critiquer ces peuples chez eux, sur leur terre, dans leur histoire* », sa conclusion revient au même : « *Ils n'ont pas vocation à être en France.* »

Sur ce terrain, donc, et en dépit des surenchères de Nicolas Sarkozy, en particulier, pour apparaître comme le meilleur protecteur contre la « *menace du terrorisme islamiste* » et le plus vigoureux défenseur de l'identité

nationale, la présidente du FN peut escompter que les Français choisiront l'original plutôt que la copie. A priori, cela lui garantit un socle solide : un bon quart de l'électorat et l'assurance d'être présente au second tour.

Reste à franchir cette dernière marche, la plus haute. M^{me} Le Pen n'ignore rien des obstacles qui l'en empêchent : des idées qui paraissent dangereuses pour la démocratie à une majorité de Français, un programme économique jugé, de même, aussi périlleux qu'irresponsable, une capacité à gouverner qui ne convainc que ses partisans et, enfin, une image personnelle toujours très dissuasive. Ces obstacles, elle sait qu'elle ne les écartera pas d'un coup de baguette magique.

Bric-à-brac

Elle a donc décidé de les contourner. Et de développer une stratégie attrape-tout dont son discours de Fréjus offre, à ce jour, la meilleure synthèse. Ce n'est pas la première fois que la présidente du FN se targue d'être la digne héritière du gaullisme, mais elle fait désormais de la défense, du rétablissement de « *la France libre* » – dix fois invoquée avec emphase – le ressort principal de sa démarche : « *Nos lois ne sont plus nos lois, nos mœurs ne sont plus nos mœurs, la politique de la France est le plus souvent dictée de l'étranger, de Washington, Berlin ou Bruxelles. Nous vivons une dépossession de notre souveraineté nationale. Le peuple français n'est plus maître chez lui... La France libre, voilà où tout commence, où tout se joue !* »

Bien des souverainistes peuvent s'y retrouver, espère-t-elle. De même quand elle revendique le retour aux « *Etats-nations* », les « *bénéfices du capitalisme national* » et d'un « *protectionnisme intelligent* », contre les « *dogmes* » dévastateurs du capitalisme sans frontière. Les « souverainistes » de gauche ne sont pas oubliés, avec ce plaidoyer pour « *l'égalité sociale* » dans un pays qui « *tolère, dénonce-t-elle, les plus grandes inégalités* ». A quoi s'ajoute ce gros clin d'œil aux électeurs de Jean-Luc Mélenchon : la France libre, c'est la « *France insoumise* », la France qui parle « *au nom du peuple* ». Quant aux femmes, depuis toujours plus rétives que les hommes aux sirènes du FN, M^{me} Le Pen entend bien les convaincre que leurs libertés sont désormais menacées par « *les victoires du fondamentalisme* » et qu'elles peuvent compter sur elle pour les défendre.

Nationalistes de toujours ou populistes de fraîche date, souverainistes de tout poil, insoumis de toutes sortes, protectionnistes encouragés par le Brexit, nostalgiques d'un gaullisme d'Epinal, féministes déboussolées, on aurait tort de traiter ce bric-à-brac par le mépris. Si cela ne fait pas un projet, cela peut faire un électorat. Inquiétant.



Gérard Courtois

148,26


20 Minutes (site web)
Société, lundi 19 septembre 2016

Enquête de l'Institut Montaigne: Qu'est-ce qui se cache derrière les 28% de musulmans «ultras»?

Mis à jour le 19.09.2016 à 17:57

C'est un chiffre qui fait couler beaucoup d'encre. L'étude sur les musulmans de France de l'IFOP pour l'Institut Montaigne, publiée dans le Journal du Dimanche, a dévoilé quantité d'informations sur les profils des musulmans français. Deux tiers d'entre eux pensent que la laïcité permet de vivre librement sa religion, un tiers ne se rend jamais à la mosquée, 85 % des femmes acceptent de se faire soigner par un médecin de sexe opposé... Mais c'est un chiffre et un seul qui a fait réagir les politiques : 28 % de ces musulmans ont adopté un système de valeurs clairement opposé à celles de la République. Dont une moitié de jeunes. Une donnée à prendre avec des pincettes.

Problème de définition

Dans un contexte marqué la peur du terrorisme et la campagne électorale, les amalgames peuvent s'accélérer. L'étude précise que ce groupe, à la marge, « autoritaire » défend « des valeurs clairement opposées aux valeurs de la République » Ils sont majoritairement jeunes, peu qualifiés et peu insérés dans l'emploi et vivent dans les quartiers populaires périphériques des grandes agglomérations. Il est intéressant de voir que parmi les nombreux enseignements de cette enquête de l'Institut Montaigne, ce chiffre de 28 % de musulmans dits « ultras » a retenu l'attention des politiques. Sur son blog, le candidat à la primaire de la droite Alain Juppé a estimé que, face à ce « durcissement de la religion musulmane », il fallait bâtir « un Etat fort ». De son côté, François Fillon a relevé au « Grand rendez-vous » Europe 1/iTELE/Les Echos « une sorte de dynamique en faveur de la radicalisation ».

« Cela ne veut pas dire radicalisés »

Mais ce chiffre mérite précisions. Sur Europe 1, la journaliste Marie-Christine Tabet auteure de l'article du JDD nuance : « C'est 28 % de musulmans qui seraient dits "autoritaires", beaucoup plus fermés sur la religion (...) «ça ne veut pas dire radicalisés. » Et ce chiffre recouvre une multitude de réalités. Certains portent la burka, d'autres défendent la polygamie... « La qualification de marginal n'est pas adéquate, car elle dépend d'où on met le curseur : est ce qu'on s'intéresse à l'habillement, au comportement alimentaire, au rapport à l'éducation..., souligne le sociologue Raphaël Liogier.

Un dynamisme peu étonnant

Ce dynamisme d'un islam plus rigoriste chez les jeunes n'étonne pas le chercheur. « Depuis les années 2000, il y a un revival de l'islam de la jeunesse mais en dehors de l'islam structuré de la génération précédente, analyse Raphaël Liogier. Avant, aller à la mosquée, ça rappelait le pays. Aujourd'hui, les jeunes se retrouvent dans un islam globalisé. Ces préceptes minutieux répondent au désir d'individualisation des adolescents. S'habiller différemment, c'est une façon de montrer qu'ils sont différents. » Et ce n'est pas l'apanage de l'islam. « Dans toutes les religions du monde, le converti est plus jeune et plus rigoriste. Cela ne veut pas dire que ce sont des gens dangereux, plaide l'auteur de La guerre des civilisations n'aura pas lieu. On a tendance à faire un lien immédiat entre comportement extrême et violence. » Car rigoriste ne rime pas avec salafiste, qui ne signifie pas terroriste... Un détail détaillé, passé plutôt inaperçu dans les commentaires sur cette enquête : contrairement aux

préjugés, « les conversions à l'islam de jeunes dont les parents ne sont pas musulmans apparaissent deux fois moins nombreuses que les « sorties » de l'islam - c'est-à-dire la désaffiliation de jeunes issus de familles musulmanes », poursuit le chercheur.

Pourquoi ce rigorisme séduit les jeunes ?

L'étude de l'Institut Montaigne avance quelques pistes pour expliquer l'attrait d'un islam plus rigoriste par les jeunes Français musulmans. « Un islam qui apparaît comme une réponse au malaise identitaire car il permet de répondre à la question "Qui suis-je si je ne suis ni vraiment français ni citoyen du pays d'origine de mes parents ?" Un islam qui se veut en rupture avec celui des grands-parents, des parents qui ont baissé la tête [...]. Un islam, qui, de fait n'est plus transmis par la famille mais par des groupes politico-religieux divers (Tariq Ramadan, Frères musulmans, Tabligh, salafistes, voire État islamique). Mais, les causes extérieures sont loin d'expliquer à elles seules ce phénomène : les difficultés de l'intégration jouent un rôle majeur. » Quatre facteurs sont ainsi cités : la désindustrialisation (deux tiers des musulmans sont des enfants d'ouvriers et d'employés), la dépolitisation; et l'école et l'État qui ne sont plus synonymes d'espoir.

Les risques d'un discours stéréotypé sur les jeunes musulmans

Justement, François Burgat, directeur de l'Institut de recherches et d'études sur le monde arabe et musulman explique cette tendance par « les ratés évidents de la machine républicaine à fabriquer des citoyens », soulignant la défiance des autorités à l'égard des musulmans.

Le risque, c'est d'alimenter ce repli identitaire par l'islamophobie. « L'islamophobie peut provoquer des vocations chez les plus fragiles, insiste Raphaël Liogier. Les politiques jouent aux pompiers pyromanes à force de parler de burkini et de nourrir les stéréotypes. » Et les chercheurs de l'enquête de l'IFOP mettent en garde. « Le pire serait que l'on réponde à la pulsion de révolte d'une partie des jeunes, fondée sur l'idée qu'il y a "eux" - les "impurs" - et "nous" - les musulmans fiers de l'être, mais victimes de l'islamophobie ambiante - par un discours politique fondé lui aussi sur cette dichotomie. Dans le contexte sécuritaire actuel, cette tentation sera difficile à éviter. Mais, il faut savoir résister aux provocations et à la haine. Surtout quand elles proviennent d'une part significative de la jeunesse française. La France peut faire la guerre à Daesh, elle ne peut pas entrer en guerre avec une partie de sa jeunesse. »

© 2016 20 Minutes (site web). Tous droits réservés.

148,28

Le Figaro, no. 22430

Le Figaro Économie, mercredi 21 septembre 2016, p. 22

Économie

Moscovici : « Sur les 3 %, il n'y aura ni sursis ni exception en 2017 »

Mével, Jean-Jacques

Dans un entretien accordé au *Figaro* et à six autres grands journaux européens, Pierre Moscovici, commissaire européen en charge des Affaires financières, met en garde contre toute tentation de laxisme budgétaire. L'ex-ministre français des Finances, qui avait obtenu en 2013 un délai de deux ans auprès de Bruxelles pour ramener le déficit public sous les 3 % du PIB, sera désormais intraitable.

LE FIGARO. - À droite comme à gauche, les programmes des présidentiables français ne donnent pas cher de la discipline budgétaire européenne et du plafond de déficit public à 3 %. Allez-vous desserrer l'étau ?

Pierre MOSCOVICI. - La règle demeure et la Commission européenne ne la changera pas, quel que soit le gouvernement au pouvoir. **Il n'y aura ni sursis supplémentaire, ni entorse, ni exception pour la France. Le déficit public doit tomber nettement en dessous de 3 % en 2017 selon nos critères, qui ne sont pas ceux de Paris.**

Fin 2017, les chiffres seront ensuite vérifiés à l'épreuve des faits. Que la gauche ou la droite soit au pouvoir, la France devra respecter les 3 %. Certains diront qu'un gouvernement n'est pas lié par les engagements de celui qui précède. Par avance, je réponds que les objectifs budgétaires doivent être tenus, qu'ils s'inscrivent dans les traités européens et que la France doit retrouver une politique crédible.

Ce n'est pas le discours de candidats qui, pour la plupart, cherchent des « marges » budgétaires afin de relancer la croissance...

Il y a une stratégie de croissance qui marche, celle qui consiste à mener davantage de réformes. La croissance ne passe ni par plus de déficit en France, ni par plus de dette publique en Italie. Regardez le tableau. Dans l'Union européenne (UE), une grande économie a rétabli ses comptes et fait reculer le chômage. Une autre vit avec un déficit accroché au-dessus de 3 % et un chômage à plus de 10 %. La première c'est l'Allemagne, la seconde c'est la France. Pour moi, l'argument est clos. (...) Au bout du compte, tout euro consacré au fardeau de la dette accumulée ampute les moyens de l'État et réduit l'investissement, parce que c'est un euro perdu pour la justice sociale, l'école ou la sécurité des citoyens.

Diriez-vous qu'une partie de la classe politique française jette de la poudre aux yeux ?

L'état du débat me désole. Des responsables politiques prétendent qu'il faut rogner les pouvoirs de l'Europe, ou l'affaiblir afin de la réconcilier avec l'opinion. D'autres soutiennent que l'extrême droite pose les bonnes questions, même si elle apporte de mauvaises réponses. Ce diagnostic n'est pas le bon, parce qu'à la fin l'UE est toujours perdante. C'est d'ailleurs la leçon essentielle du référendum britannique, après quarante ans de dénigrement de l'Europe par une bonne partie des hommes politiques et des médias du Royaume-Uni.

À l'approche d'élections tous azimuts, la Commission est-elle en guerre contre le populisme ?

Je ne veux pas que les Français, les Allemands ou les Néerlandais soient entraînés sur la même pente que les Britanniques. Je ne parle pas ici de l'extrême droite européenne, de Marine Le Pen ou de l'AfD allemande. La Commission ne roule pas pour eux. Je pense d'abord à des dirigeants au sein des partis traditionnels. Ce ne sont pas des populistes. Mais ils ne combattent pas le populisme avec assez de nerfs. De fait, ils font le lit du populisme.

Allensbach-Umfrage

Der deutsche Pass ist nicht genug

Was braucht es, um Deutscher zu sein? Eine relative Mehrheit der Deutschen ist sich einig. Sie definiert sich auch über gewachsene Kultur und gemeinsame Herkunft.

22.09.2016, von THOMAS PETERSEN



© PICTURE-ALLIANCE/Allensbach-Umfrage will wissen: Was ist deutsch? Fans singen die Nationalhymne während der Europameisterschaft 2016.

Man kann die Frage, wer oder was deutsch ist, welche Personen oder kulturellen und religiösen Traditionen zu Deutschland gehören und welche nicht, wirklich nicht als besonders originell oder gar neu bezeichnen, wohl aber ihrerseits als „typisch deutsch“. Schon vor 130 Jahren schrieb [Friedrich Nietzsche](#), es kennzeichne die Deutschen, dass bei ihnen die Frage „Was ist deutsch?“ niemals aussterbe.

Daran hat sich seitdem nichts geändert, und doch lohnt es sich in diesen Tagen, der Frage mit besonderer Aufmerksamkeit nachzugehen. Es gibt einige konkrete Anlässe dazu: die anhaltende Debatte über die Äußerung des ehemaligen Bundespräsidenten [Christian Wulff](#), der Islam gehöre mittlerweile zu Deutschland, oder aber die kürzlich vermeldete Tatsache, dass inzwischen jeder fünfte Bewohner der Bundesrepublik Deutschland einen Migrationshintergrund hat, also entweder selbst im Ausland geboren wurde oder das Kind von Einwanderern ist. Auch die Wahlerfolge der AfD bei verschiedenen Landtagswahlen, zuletzt vergangenen Sonntag in Berlin, scheinen angesichts mancher Äußerungen von Vertretern dieser Partei eine Diskussion über die deutsche Identität geradezu zu erzwingen.

Zwei Lager der Bevölkerung

Jasper von Altenbockum hat am 1. Juni in dieser Zeitung dazu geschrieben, nach seinem Eindruck drohe die Diskussion um die nationale Identität die Bevölkerung in zwei Lager zu spalten. Da gebe es einmal diejenigen, deren Vorstellungen tief im 19. Jahrhundert wurzelten und für die zur nationalen Identität eine gewisse kulturelle, religiöse und ethnische Homogenität gehöre. Auf der anderen Seite stünden die „Multikulturalisten“, für die die Zugehörigkeit zur Gesellschaft allenfalls noch an die Beherrschung der Sprache geknüpft sei, alles Weitere regle das Grundgesetz.

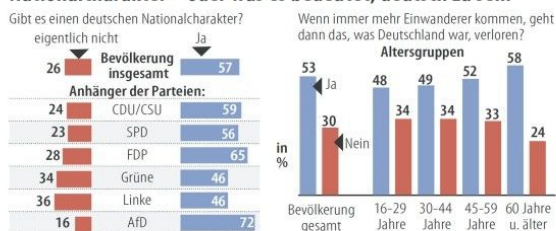
Stimmt das? Finden sich wirklich diese zwei Lager in der Bevölkerung, und, wenn ja, welches Lager dominiert? Welchen Blick haben die Deutschen im Spätsommer 2016 auf die eigene Identität? Dieser Frage ist das [Institut für Demoskopie Allensbach](#) in seiner aktuellen Repräsentativumfrage im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nachgegangen.

Die Ergebnisse zeigen, dass deutsch sein für eine klare Mehrheit etwas ist, was deutlich über die formelle Staatsbürgerschaft hinausgeht. Auf die Frage „Gibt es so etwas wie einen deutschen Nationalcharakter, oder gibt es das eigentlich nicht?“ antworteten 57 Prozent, es gebe einen solchen Nationalcharakter, lediglich 26 Prozent meinten, so etwas gebe es nicht. Dabei ist auffällig, wie sehr sich die Antworten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gleichen. Es gibt praktisch keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen und nur sehr geringe zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Die Vorstellung, wonach der Begriff „Nationalcharakter“ für ein veraltetes Konzept stehe, das mit nachwachsenden Generationen überwunden werde, führt in die Irre. Auch die parteipolitische Orientierung spielt keine große Rolle. Selbst die Anhänger der Grünen sagen mit einer Mehrheit von 46 zu 34 Prozent, es gebe einen deutschen Nationalcharakter.

Plakative, klischeehafte Antworten

Fragt man nach, was denn diesen Nationalcharakter ausmache, erhält man auffallend plakative, klischeehafte Antworten, vor allem dann, wenn man mit einer sogenannten „offenen Frage“ die spontanen Reaktionen der Befragten ermittelt, sie also bittet, ihre Antworten selbst zu formulieren, statt ihnen vorformulierte Antwortmöglichkeiten vorzulegen. Von denen, die sagten, es gebe einen deutschen Nationalcharakter, verwiesen bei einer solchen Frage 41 Prozent auf Pünktlichkeit, 25 Prozent meinten, Deutsche zeichneten sich durch Ordnungsliebe aus, 24 Prozent nannten Fleiß, 19 Prozent Zuverlässigkeit. Für eine offene Frage sind das bemerkenswert hohe Werte.

Nationalcharakter – oder was es bedeutet, deutsch zu sein



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel

© F.A.Z.



Sogar Anhänger der Grünen meinen mehrheitlich, dass es so etwas wie einen Nationalcharakter gibt.

Dieses Bild ändert sich nur wenig, wenn man verschiedene Antwortvorgaben schriftlich vorlegt. Auf die Frage, welche von 27 zur Wahl gestellten Eigenschaften „typisch deutsch“ seien, meinten 88 Prozent, Deutsche seien pflichtbewusst, diszipliniert, 82 Prozent bezeichneten sie als ordnungsliebend, 81 Prozent als

arbeitsam, fleißig. Dabei fällt auf, dass das Selbstbild der Deutschen im vergangenen Jahrzehnt positiver geworden ist. So hatten 74 Prozent der damals Befragten die Deutschen als pflichtbewusst beschrieben, 73 Prozent als ordnungsliebend und 67 Prozent als arbeitsam. Dagegen ging die Zuschreibung „überheblich, arrogant“ von 36 auf 18 Prozent zurück, „rechthaberisch“ von 36 auf 31 und „pessimistisch“ von 42 auf 30 Prozent. Es ist offensichtlich, dass die Deutschen selbstbewusster geworden sind und sich die nationalen Klischees dabei nicht abgenutzt haben.

Beim Thema Einwanderung hin- und hergerissen

Das ist nicht gleichzusetzen mit einer grundsätzlichen Ablehnung gegenüber Einflüssen aus anderen Kulturen, vor allem im Alltag. In einer weiteren Frage wurden den Befragten Karten überreicht, auf denen verschiedene Dinge des Alltagslebens standen, mit der Bitte, die Karten danach zu sortieren, welche dieser Dinge ihrer Ansicht nach „unbedingt“ oder „auch noch“ zu einem Leben in Deutschland gehörten und bei welchen man dies „eher nicht“ oder „gar nicht“ sagen könne. 97 Prozent sagten, dass Weihnachtsmärkte „unbedingt“ oder „auch noch“ zu einem Leben in Deutschland gehörten, 95 Prozent nannten Fußball, 94 Prozent eine große Auswahl von Brot- und Wurstsorten. Aber immerhin 79 Prozent fanden, dass auch Pizzerien zum Leben in Deutschland gehörten, 57 Prozent sagten das Gleiche über Dönerbuden. Fragt man allerdings nach Dingen von größerer kultureller Symbolkraft, fallen die Antworten deutlich anders aus: Dass Moscheen zum Leben in Deutschland dazugehörten, fanden nur 19 Prozent der Befragten.

Es ist erkennbar, dass die Bevölkerung beim Thema Einwanderung hin- und hergerissen ist. Auf der einen Seite haben die Allensbacher Umfragen immer wieder gezeigt, dass viele Deutsche großes Verständnis für die Einwanderer aufbringen. Doch gleichzeitig reicht die Furcht vor dem Verlust der kulturellen Identität weit über den Kreis der AfD-Anhänger hinaus. Das zeigen die Antworten auf die Frage „Wenn immer mehr Einwanderer nach Deutschland kommen, geht dann das, was Deutschland war, allmählich verloren, oder glauben Sie das nicht?“ 53 Prozent sagen heute, sie glaubten, das, was Deutschland ausmache, gehe langsam verloren, nur 30 Prozent widersprechen.

Durchsetzung einer neuen Leitkultur

Konsequenterweise fordern auch rund drei Viertel der Deutschen die Durchsetzung einer deutschen Leitkultur: 76 Prozent stimmen der Aussage zu: „Ausländer, die in Deutschland leben, sollten sich an der deutschen Kultur orientieren. Natürlich können sie ihre eigenen Bräuche, Sprache oder Religion pflegen, aber im Konfliktfall sollte die deutsche Kultur Vorrang haben.“ Im Jahr 2000 vertraten nur 61 Prozent diese Position.



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/FAZ-Grafik Niebel



© F.A.Z. Stichwort Leitkultur: Sollten sich Ausländer, die hier leben, primär an der deutschen Kultur orientieren?

Konfrontiert man die Befragten direkt mit der Frage, welche Bevölkerungsgruppen als Deutsche bezeichnet werden können und welche nicht, zeigt sich deutlich die Verunsicherung, und es zeigt sich, wie wenig sich die Vorstellungen der Menschen in den vergangenen beiden Jahrzehnten verändert haben. 1993 wurde zum ersten Mal die Frage gestellt: „Ein Italiener, der in der Bundesrepublik geboren und hier aufgewachsen ist, ist der für Sie eher ein Deutscher oder eher ein Italiener?“ 49 Prozent antworteten damals, der Betreffende sei für sie eher ein Deutscher, 31 Prozent meinten, er sei eher ein Italiener. Heute sagen 42 Prozent, er sei eher ein Deutscher, 30 Prozent sehen ihn als Italiener an.

Kulturtradition und Herkunft

In einer anderen Variante der Frage war statt von einem Italiener von einem Türken die Rede. Auch hier ist seit 1993 nur wenig Veränderung zu verzeichnen: 1993 wie 2016 sagten jeweils 36 Prozent der Befragten, ein in Deutschland geborener Türke sei für sie eher ein Deutscher. Der Anteil derjenigen, die ihn eindeutig als Türken einstufen, ist in der gleichen Zeit von 41 auf 31 Prozent zurückgegangen. Ein bemerkenswert hoher Anteil von 33 Prozent bleibt heute unentschieden.

Und so fällt auch die von Jasper von Altenbockum beschriebene Grundsatzfrage, ob deutsch sein heute vor allem eine Frage des Passes und der Haltung ist oder doch etwas mit Kulturtradition und Herkunft zu tun hat, recht deutlich zugunsten der zweiten Meinung aus. Bei einer Frage legten die Interviewer ein Bildblatt vor, das zwei Personen im Gespräch zeigte, jede mit einem Statement in einer Sprechblase versehen. Die erste Person sagte: „Ich finde, deutsch sein hat nicht unbedingt etwas mit Herkunft und Tradition zu tun. Für mich sind alle diejenigen Deutsche, die den deutschen Pass besitzen, das Grundgesetz und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung akzeptieren und danach leben.“ Die Gegenmeinung lautete: „Für mich reicht das allein zum Deutsch sein nicht aus. Deutsch sein ist mehr und hat auch mit Herkunft und Tradition zu tun. Menschen ausländischer Herkunft, die den deutschen Pass besitzen und schon länger hier leben, sind für mich daher noch lange keine ‚richtigen‘ Deutschen.“ 39 Prozent der Befragten entschieden sich für das erste Argument, 49 Prozent für das zweite, und angesichts der beschriebenen Ergebnisse zur Einordnung von in Deutschland geborenen Italienern oder Türken ist auch nicht zu erwarten, dass sich an diesem Meinungsbild kurzfristig etwas ändert.

Man kann, je nachdem, welchen Standpunkt man in dieser Frage selbst einnimmt, solche Ergebnisse vielleicht beklagen, doch es ist wichtig, sie zur Kenntnis zu nehmen und zu respektieren. Politik muss sich an der Wirklichkeit orientieren. Zur Wirklichkeit in Deutschland gehört, dass mindestens eine relative Mehrheit der Bevölkerung ihre eigene Nationalität auch über eine in Jahrhunderten gewachsene Kulturtradition und eine gemeinsame Herkunft definiert. Das hat mit Chauvinismus oder Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun, sondern es ist Ausdruck eines meist nicht tiefer reflektierten, aber dafür umso tiefer im Unterbewusstsein verankerten Identitätsgefühls. Wer solche Vorstellungen pauschal als „völkisch“ diffamiert, verwässert damit nicht nur diesen Begriff, sondern er wird den Zuspruch der Menschen verlieren und sie nationalistischen Bewegungen in die Arme treiben.

148,31

OPINION

Central Bankers at Wit's End

At the Fed and in Japan, monetary policy has lost its mojo.



ENLARGE

Bank of Japan Governor Haruhiko Kuroda speaks during a news conference at the central bank's headquarters in Tokyo on Sept. 21. PHOTO: BLOOMBERG NEWS

Sept. 21, 2016 7:11 p.m. ET

The Federal Reserve and [Bank of Japan](#) issued new policy statements on Wednesday, and the common message is that the central bankers aren't sure what to do. The BOJ tried to clean up for past mistakes, while the Fed postponed a rate increase amid substantial internal dissent.

The Fed's delay wasn't surprising given the proximity to Election Day and last week's broadside by Fed Governor and Obama appointee Lael Brainard against higher rates. The Federal Open Market Committee chose to punt by signaling a greater willingness to raise rates while waiting until perhaps December. The decision nonetheless drew three hawkish dissents, the most in five years.

More striking was the Fed's new consensus view of future economic growth: No more than 1.8% to 2% a year through 2019, and 1.8% a year over the "longer run." Get your head around that one. The central bank may raise rates in December and beyond despite growth rates that in an earlier era would have been defined as stagnation.

The growth estimate is probably right given the current U.S. economic policy mix, but it certainly underscores the limits of monetary stimulus. Not even the Fed's dominant Keynesians are promising they can still elevate the economy, after years of asserting the opposite.

The slow growth raises questions about whether the Fed will raise rates even in December. The best Chair [Janet Yellen](#) could muster in her press conference is a version of the Fed's familiar Phillips Curve calculation that the jobless rate is low and inflation rises when labor markets are tight. So interest rates must rise. We agree with those who think the Fed would do better by first announcing it will stop rolling over the bonds that mature on its balance sheet. But the Yellen Fed seems committed to raising rates first. Good luck. As for the Bank of Japan, Governor Haruhiko Kuroda also seems flummoxed by how to revive growth. The BOJ Policy Board's most significant decision was deciding to change the way it buys bonds to target long-term bond yields. Typically, central banks have targeted short-term rates, but since the financial panic central banks have used bond-buying to influence long rates. The Bank of Japan will now directly target the 10-year yield, which has dropped as low as minus-0.3%, in an attempt to keep it at zero.

Wednesday's policy is aimed at establishing a steeper yield curve that will help the profitability of banks, which take in short-term deposits and lend long-term. Japanese bank stocks rallied, as did the wider market as fears for the financial system's stability receded. The country's retirees, dependent on returns from their savings, will also be relieved.

But the policy is also a tacit admission that Mr. Kuroda's plunge this year into negative interest rates has failed as monetary stimulus, making bank loans unprofitable and harming consumer confidence.

Setting interest rates along the range of different maturities could have unintended consequences. A steepening yield curve usually means that more growth and inflation are expected. But an artificial curve without those expectations could encourage more long-term saving, worsening deflation. It could also make Japan's inefficient banks complacent about restructuring.

One obstacle to creating inflationary expectations is the BOJ's damaged credibility. Three years ago Mr. Kuroda set an unrealistic inflation target of 2% and promised to meet it within two years, a horizon that has been continually pushed forward. On Wednesday Mr. Kuroda gave up on a timetable and said the central bank is now aiming to "overshoot" the target "at the earliest possible time." This sounds like an attempt to tell markets that this time he really, really means it—seriously.

All of this shows that the era of relying on central bankers as economic saviors should be coming to an end. Whatever the earlier disputes about post-2008 policy, the recovery from stagnation that central bankers promised has not materialized.

Politicians need to look elsewhere to revive the prosperity that the world's liberal democracies need to restore confidence and address their many problems. Japanese Prime Minister Shinzo Abe will have to implement the supply-side reforms he promised in 2012. And the next U.S. President needs a new growth agenda focused on tax reform and regulatory relief, among other things. The central bankers have lost their mojo, if they ever had it.

148,32

September 20, 2016 7:27 pm

Fiscal stimulus would serve Germany's interest

A consumer boom is welcome but Berlin could do more to support it



AFP Finance minister Wolfgang Schäuble is intent on running a balanced budget

For years, [Germany's](#) government has resisted calls to end its ideological attachment to thrift and do more to support domestic demand. At last, there are signs that the eurozone's largest economy is rebalancing: growth in exports has slackened and consumer spending is rising at the fastest rate in almost 20 years. This is a welcome development, yet the domestic upswing owes little to government policy. There is far more Berlin could do to boost demand — to the mutual benefit of the eurozone and its own voters.

Consumers have considerable inducement to head out shopping. After decades of pay restraint, in which earnings increased at a far slower pace than productivity, workers are now enjoying wage growth above inflation (although union negotiators could still be more ambitious in areas of high employment). The fall in oil prices has helped household budgets. People do not need to dig into their savings in order to spend more. Employment has been rising, with the number of people in work the highest since reunification — and this has lifted consumer confidence, according to a recent survey, to its highest level since 2001.

There has also been a modest boost from fiscal policy. Although finance minister Wolfgang Schäuble remains [intent on running a balanced budget](#), rising tax revenues have made this commitment to the “black zero” compatible with higher refugee-related spending, an increase in social transfers and modest tax cuts.

However, Germany's consumption boom owes far more to the stimulus delivered by the European Central Bank than it does to domestic policy. German savers may decry the ECB's policy of negative interest rates, but a dislike of eurozone monetary policy does not stop people taking advantage of cheap mortgage rates. House prices are rising, as is associated spending on furniture and durable goods.

German politicians have also been loath to recognise the degree to which their pursuit of fiscal prudence has been aided by the ECB's action to drive down the cost of public borrowing. Rather than carping at the ECB, they would do [better to use the fiscal space](#) the central bank has helped to create.

Mr Schäuble has taken a step in this direction, saying he sees scope for some €15bn of tax cuts, aimed at people on low and middle incomes, after next autumn's elections.

This seems a strange inversion of the pressure most governments feel to cut taxes in the run-up to elections, and tighten the purse-strings afterwards. Both German politicians and the German public believe in the need to practise the austerity that has been imposed on the EU's indebted periphery. Yet other than the self-imposed constraint of running a surplus, there is little reason to delay a fiscal stimulus. It is true that German voters do not always support tax cuts — but it is hard to imagine them opposing a drive to invest in public infrastructure.

Again, the government has already taken some steps in this direction, publishing plans for long-term investment in transport infrastructure. But it has not committed funds. This is short-sighted. Despite media reports of crumbling bridges and ageing railways, German infrastructure remains a huge national strength, but it will remain so only if the money is made available to maintain it. Moreover, there are other areas in which Germany risks falling behind — it is lagging, for example, in internet connection speed and other aspects of digital infrastructure.

A well-directed fiscal stimulus would not only aid the eurozone recovery: more important, it would be in Germany's best interests.

FINANCES PUBLIQUES LE GRAND BLUFF DU BUDGET 2017

MARC VIGNAUD

Sur le papier, ça passe. En dévoilant son projet de budget pour 2017, Michel Sapin a promis de ramener le déficit public à 2,7 % du PIB l'an prochain, au-dessous de la barre fatidique de 3 % fixée par les traités européens. Reste à savoir si la Commission européenne peut souscrire au scénario pour le moins optimiste du ministre des Finances. Depuis avril et la présentation de sa trajectoire budgétaire, le gouvernement a multiplié les dépenses nouvelles. Il y a d'abord eu le renforcement des dépenses de sécurité, puis le relâchement des efforts demandés aux collectivités locales (1 milliard d'euros), la revalorisation de la consultation des médecins généralistes à 25 euros (1 milliard) ou encore la baisse d'impôt sur le revenu des plus modestes (1 milliard). Si bien que le dernier budget du quinquennat risque le dérapage incontrôlé. Un de plus.

Même les candidats de la droite, pourtant si prompts à dénoncer le relâchement de la discipline budgétaire depuis quatre ans, en profitent pour annoncer qu'ils s'affranchiront de la règle des 3 %.

François Fillon table ainsi sur un déficit public de... 4,7 % du PIB en 2017 ! Au nom de la baisse des impôts et de la relance de la croissance, bien évidemment. **Le problème, c'est qu'ils ont déjà fait le coup en 2003 et en 2007. Résultat, l'activité n'avait pas été au rendez-vous et les déficits s'étaient creusés.**

Cette fois, les tenants de la discipline budgétaire, l'Allemagne en tête, sont à bout de patience. Le commissaire européen chargé du dossier, Pierre Moscovici, qui lui-même avait obtenu un délai de deux ans en 2013 lorsqu'il était ministre des Finances, le dit sans détour : la France ne pourra pas repousser l'échéance une troisième fois en cinq ans. Cela nécessiterait de changer les traités et l'approbation unanime des Etats-membres de l'Union européenne. **Ce qui a longtemps été impensable - une sanction financière s'élevant à 0,2 % du PIB (soit 4 milliards d'euros) - ne relève plus de la science-fiction.**

European defence

The fog of politics

After the Brexit vote, the European Union is pushing for more military integration. Its proposals mostly miss the point

Sep 24th 2016 | [From the print edition](#)



TERRORISM, Russian bullying, chaos in the Middle East and the possibility of a President Donald Trump: it is no surprise that the European Union wants to put defence and security at the top of its agenda. As the European Commission's president, Jean-Claude Juncker, put it in his "State of the Union" speech on September 14th: "Europe needs to toughen up. Nowhere is this truer than in our defence policy."

Although personally devoted to the federalist vision of a European army, Mr Juncker was careful not to raise its spectre on this occasion. Instead, he rattled off a number of ostensibly more achievable goals, some of which had been floated a few days before in a paper prepared by the French and German defence ministers. It was discussed at last week's informal summit of European leaders in Bratislava; next week, EU defence ministers will be back there to take the talks further. The goal is to have a set of proposals agreed in time for the next summit in December.

Most of the ideas are fairly old ones to enhance co-operation between the armed forces of willing EU members; they are being dusted off to meet the new mood of anxiety. The proposals include the establishment of a permanent military headquarters to plan and run EU military and civilian missions, such as Operation Sophia, launched last year against migrant-traffickers in the Mediterranean, and Operation Atalanta, an anti-piracy campaign off the coast of Somalia that began in 2008. Up till now, such missions have been run from HQs in nominated member states.

Britain has long vetoed the idea, worried that it would be expensive, duplicate stuff that NATO is much better equipped to do and unsettle the alliance. Brexit makes the new HQ more probable. NATO seems relaxed, as long as it stays relatively small: say, a few hundred people compared with the 8,500 NATO employs to do this sort of work. Finding the money for even such a modest outfit, though, will not be easy.

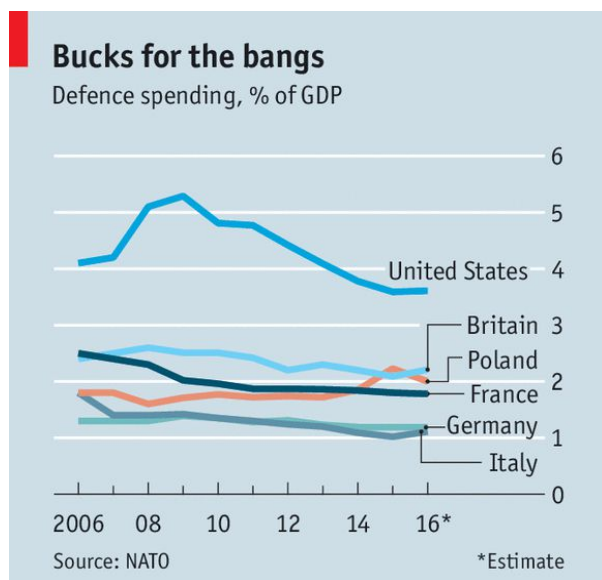
Another goal of the Franco-German plan is something called "permanent structured co-operation", or PESCO. This would allow a core group of countries voluntarily to take steps towards greater integration of their military capabilities. There has been nothing to prevent it being used in the past; Britain could not have stopped it. But the desire to do so has been lacking. Nick Witney, a former head of the European Defence Agency (EDA), which promotes co-operation in acquiring military equipment, remains sceptical of PESCO because it is hard to decide who should join and who should not.

Relations between NATO and the EU, often tense, have recently improved. At the NATO summit in Warsaw this summer, the two organisations issued a joint declaration on how they would work together against new threats such as cyber-attacks, uncontrolled migrant flows and “hybrid warfare” (the mix of conventional force, political subversion and disinformation that helped Russia conquer Crimea). NATO insiders say “the atmospherics are different now” and there is little risk of the EU supplanting NATO.

An idea that deserves a cautious welcome is the creation of an EU fund to finance defence-related research and development. It will start small but the aim is for it to grow to around €3.5 billion (\$3.9 billion) within a few years. Again, the problem is not the concept, but getting member states to cough up the money.

Similarly, a new emphasis on “pooling and sharing” military kit, a longstanding aim of the EDA and of NATO, is nice in theory but has proved hard in practice because governments fret about losing control of their forces. Some countries have come together to share aerial-tanker capacity, but pooling and sharing can work only if there is a firm understanding about how such assets will be used in a crisis.

Europe’s biggest shortcoming in defence is not its command structure but its capabilities. Successive American administrations have implored their European allies to stop cutting their military budgets and to spend what money they have on the things that matter. That means modern equipment rather than static divisions, bloated bureaucracies and pork, says Kori Schake, a former Pentagon official now at the Hoover Institution, a think-tank.



Economist.com

In the past year, most European defence budgets have stopped declining. Some are now gently rising. But only a handful of NATO’s European members—Britain, Estonia, Greece and Poland—meet the alliance’s 2% of GDP spending target (see chart). If the new push for EU defence acts as a spur to more spending on modern kit, the Americans will be happy; but if it is just posturing, their exasperation will only be reinforced.

Jonathan Eyal of RUSI, a British think-tank, has a different concern. Much of this activity, he believes, is a sign of desperation on the EU’s part that the member state with the most effective armed forces will soon quit the club. But Europe, he says, is having the wrong debate. “The most urgent need,” he says, “is to find a way to keep Britain as integrated in Europe’s defence as possible.”

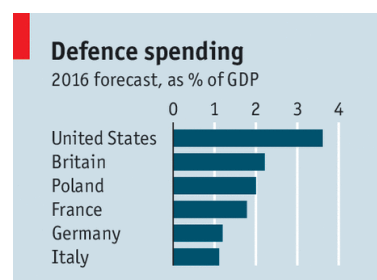
From the print edition: [Europe](#)

European defence

Potemkin Euro-armies

Grand talk of a “defence union” risks exposing Europe’s weakness

Sep 24th 2016 | [From the print edition](#)



Economist.com

THE idea of a European army is as old as the hope for European unity. After creating the European Coal and Steel Community, the embryo of today’s European Union, the six founding members agreed in 1952 to form a supranational European force. But the plan was voted down by the French parliament; thereafter countries focused on gradual economic integration.

Now that the **EU is in trouble** and Britain has voted to leave, the idea of military integration is being revived (see [article](#)). Some countries talk of a “European Defence Union”. Others, evoking the “Schengen” passport-free travel area, envisage a “Schengen for defence”. Eurocrats want to show there is life in the EU after Brexit: with the British gone, they say, the biggest obstacle to defence integration will be gone, too. France, left as the unrivalled EU military power, delights in the chance to reclaim leadership from Germany. The danger is not that such big talk will threaten NATO, as some fear, but that it will come to nothing and expose Europe’s weakness. That would aggravate two big threats to its security: bullying by an emboldened Russia and abandonment by an exasperated America.

EU and whose army?

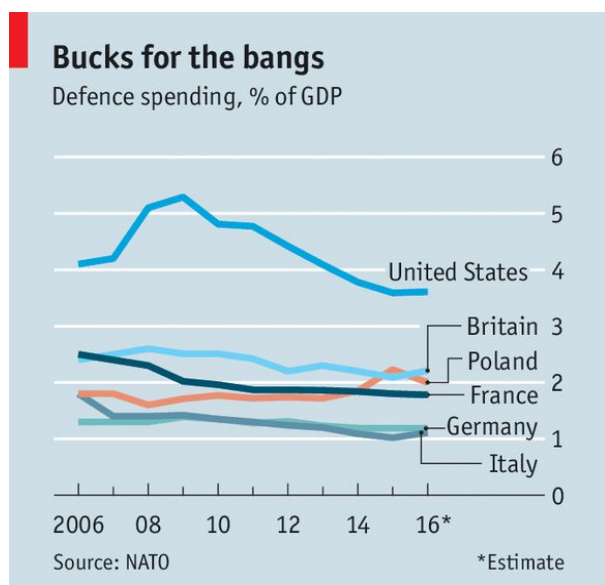
Europeans have every reason to do more. Russia is a growing menace, and the transatlantic alliance is fraying. American isolationism, were Donald Trump to be elected president, could wreck NATO; Hillary Clinton would like Europeans to do more. Why should America, with a smaller population and economy than the EU, keep underwriting Europe’s security? Only four of its 25 European allies—Britain, Estonia, Greece and Poland—meet the minimum standard of spending 2% of GDP on defence. And Europeans waste much of their money on mostly useless toy armies, navies and air forces. Any serious European policy must start from the fact that Europeans have to spend more on defence. And they should share critical equipment. Not even the biggest EU powers can do it all alone, as Britain and France discovered in Libya in 2011.

The EU can add value. Many modern-day threats—from terrorism to energy blackmail and cyber-security—are best dealt with by civilian bodies. The EU is better placed than NATO to muster these. In Afghanistan, Iraq and other places, the generals have learnt that soldiers alone cannot fix broken countries; they are the first to plead for the aid and state-building advice that the EU can offer. The EU can also provide a stepping-stone for neutral Nordic countries, Sweden and Finland, to be more involved in the defence of vulnerable Baltic states and

ultimately join NATO. And the European Commission can put up money for defence research; as with its monitoring of deficits, it can scrutinise national defence budgets.

The risk is that, in their desire to show quick results, European leaders will seize only on the symbols of military integration and not the substance. One obsession is a separate headquarters for EU operations. This is a waste: NATO and EU states already have lots of headquarters. But it would be churlish for Britain, as it negotiates its new ties with the EU, to block the idea; and the EU should still aim for close defence co-operation with Britain. The EU's military ambitions need not displace NATO: they will remain puny compared with America's heft.

A Franco-German defence paper talks vainly of "strategic autonomy". But there is nothing less autonomous than armies that cannot move, fight or even see the enemy without American help. The Europeans need transport planes, air-refuelling tankers, helicopters, drones, satellites, field hospitals and much else. It does not matter whether these are acquired in the name of NATO or the EU. Military forces are national: the stronger they are, the stronger will be both the EU and NATO.



Economist.com

From the print edition: [Leaders](#)

148,38

COMMENTARY

The Gaping Hole in Europe's Defenses

There'll be no bolstering of Continental defenses against Russia unless France and Germany get on board.

By

JOHN VINOCCUR

Sept. 26, 2016 3:54 p.m. ET

When the anti-Islamic State coalition launches its planned offensive—perhaps in the coming weeks—against the caliphate's stronghold of Mosul in northern Iraq, France will support the assault with its Caesar 155mm self-propelled howitzers.

And Germany? Defense Minister Ursula von der Leyen was in Iraq last week with the Bundeswehr trainers of Kurdish fighters, who are important elements of the coalition's attack plans. She assured her troops that they would remain at a distance from battle zones, adding that for the German army, "security is the highest priority."

Germany, one of the world's biggest arms dealers and a founding NATO member, is again making clear it is a limited-risk, nonlethal player. Even with a barbaric anti-Western force as an enemy, its military doctrine effectively says no to maximum prejudice.



ENLARGE

German Chancellor Angela Merkel and French President Francois Hollande leave after the European Union Summit of 27 Heads of State or Government in Bratislava, Slovakia on Sept. 16. PHOTO: AGENCE FRANCE-PRESSE/GETTY IMAGES

It came at a remarkable moment, when the governments in Paris and Berlin, trying to breathe some life and unity into a European Union battered by Britain's departure and its own failure to cope with the influx of millions of immigrants from the Middle East, were calling for new attempts at a European Defense initiative distinct from NATO.

The Franco-German plan involves setting up an EU military headquarters in Brussels, a joint surveillance satellite, the pooling of medical and logistic services, and "concrete support" to the European defense industry. All this combines with the prospect of direct new EU funding. It recalls, although less confrontationally, the French and German notions of "emancipation" from America's NATO at the start of the Iraq War with a failed call for a similar separate headquarters.

This time, the EU plan has a European hole in it. It advocates the creation of "European strategic autonomy."

The truth is that Germany keeps demonstrating its absence from any military strategy apart from its no-skin-in-the-game approach. The truth also says that no European strategic unity or European creed of shared risk exists.

Following the French-German plan's publication earlier this month, its vague promises of "protection" and more "security" seemed saleable to many EU members.

But in often-interventionist France—think of its incursions into Libya and Mali, and anger at [Barack Obama](#)'s 2013 fade on attacking Syria—Germany's evasions couldn't be fully cosmeticized by the French government.

“It's two years or more that Germany has been promising us to lift its military profile in international crises. But when it comes to going in on the ground, we don't see anything coming,” Arnaud Danjean, a defense expert and European parliamentarian from Nicolas Sarkozy's Republican Party, told *Le Figaro*. As for the initiative's specific proposals, Mr. Danjean said, “France and Germany pulled stuff out of the back of their desk drawers.”

A propos, *Le Monde* wrote, “Germany and France always diverge when it comes to the use of military force.”

Germany tried in June to clarify its military doctrine by issuing for the first time in 10 years a lengthy Defense White Paper. But it hardly presented a new notion of German engagement. For example, it spoke of a “challenge” from Russia in the years to come. Meanwhile, NATO's language specifies Russian “threats,” and its new commander, U.S. Gen. Curtis Scaparrotti, expects expanding Russian aggression.

Kurt Volker, a former U.S. ambassador to NATO under both the [George W. Bush](#) and Obama administrations, has read the White Paper. “The analysis part talks about Russia, but when it comes to action, it's largely touchy, feely stuff,” he told me. “When the Germans talk about deterrence, you're left asking, ‘how will they deter?’ And will they ‘defend and defeat’? You're in the dark.”

Han ten Broeke, chairman of the Dutch Parliament's armed-services commission, regards the EU defense proposal—still to be approved by the European Council—as a significant mistake. “Europe's real concerns are things like how NATO's rapid reaction forces can actually prepare to face down threats from the east. The only defense the EU should concern itself with is that of its external borders,” he said.

It's here, in their facing away from an activist policy toward Russia, that real French-German compatibility begins.

Who could imagine a draft paper for “European strategic autonomy” without a stance on how the EU deals with an aggressive, nuclear-armed neighbor? There is none, of course. Rather, bad precedents lurk in the combined French-German refusal to acknowledge the link between [Vladimir Putin](#)'s attacks in Syria and his takeovers in Ukraine. Add to that the joint Paris-Berlin failure in negotiations with Moscow to pressure it into restoring Ukraine's eastern borders.

With America's hand on world stability palsied at least through the installation of a new administration next year, the European Defense initiative comes at the wrong time. It's not only strategically empty and internally contradictory, but an invitation for another shove against the West by a Russia that sees it deep in a rut of passivity.

148,40

Le Figaro, no. 22435

Le Figaro, mardi 27 septembre 2016, p. 8

International

L'AfD et la tentation de la dédiabolisation

Après ses succès aux dernières régionales, le parti anti-immigration tente d'allier radicalité et respectabilité.

Barotte, Nicolas

ALLEMAGNE L'AfD se rêve l'égal des autres. Après ses succès aux dernières élections régionales, l'Alternative für Deutschland, qui a notamment devancé le SPD en Saxe-Anhalt et battu la CDU en Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, se voit en *Volkspartei*, en parti prêt à assumer des responsabilités. « *Nous disons la vérité aux citoyens. Nous sommes des patriotes* », a lancé Frauke Petry, la chef de file du mouvement, la semaine dernière sur l'ARD, lors d'un talk-show populaire. Si elle ne prétend pas gouverner immédiatement, elle se prépare : « *Après une première législature, nous serons prêts* », a-t-elle promis. Crédité de 16 % d'intentions de vote en 2017 dans la dernière enquête Infratest-Dimap, l'AfD espère devenir la troisième force au Bundestag. À côté d'elle, la leader de Die Linke, Sahra Wagenknecht, fulmine : « *Vous êtes irresponsable. Dans votre parti, il y a des nazis.* »

Pour offrir un visage respectable à l'AfD, Frauke Petry ne ménage pas ses efforts. Mais elle a encore beaucoup à faire. Si le parti anti-immigration et anti-Europe, qui plaide pour une fermeture des frontières, attire des électeurs de tous bords, voire de toutes les catégories de la population, il accueille aussi des individus venus de l'extrême droite, séduits par un discours radical plus présentable. Localement, ils organisent le mouvement.

Ces réseaux ont nourri l'AfD, notamment en Allemagne de l'Est. Mais parfois, le scandale éclate. À Berlin, à peine élu dans le quartier de Lichtenberg avec 26 % des suffrages, Kay Nerstheimer vient d'être mis au ban du parti. Nostalgique du IIIe Reich, dont il vantait notamment les Panzer sur Internet, l'élu s'en était pris aux réfugiés, traités de « *parasites vivant sur le dos des Allemands* ». Face à la polémique, l'AfD a pris ses distances en évoquant une dérive « *individuelle* ». Mais le même problème risque de se poser en Sarre : le leader local Rudolf Müller est soupçonné de vendre des reliques nazies sur Internet, ce qui est un délit en Allemagne. Frauke Petry avait déjà cherché à dissoudre la fédération de Sarre au printemps pour sa proximité avec les néonazis. En vain.

Entre radicalité et dédiabolisation, les chefs de l'AfD tentent le grand écart. Frauke Petry a, elle aussi, plusieurs fois joué avec le feu : en envisageant que la police allemande fasse feu sur des réfugiés traversant la frontière ou bien plus récemment en cherchant à redonner un vernis acceptable au mot *völkisch*. Le terme, qui signifie « national » en allemand, est associé irrémédiablement à la propagande nazie. « *Nous travaillons à ce que le concept soit à nouveau perçu positivement* », a-t-elle affirmé en septembre. Pour Frank Decker, professeur de sciences politiques à l'université de Bonn, la formule est à double tranchant. « *Elle cherche à profiter du climat de protestation actuel contre les réfugiés*, explique-t-il. *Mais dans quelque temps, si le calme revient, une partie de l'électorat pourra la trouver trop radicale.* »

Occuper les médias

L'AfD change de visage suivant les interlocuteurs. Jörg Meuthen, le coprésident du parti et rival de Petry, a pris son contre-pied en jugeant le terme *völkisch* « *impossible à réhabiliter* ». Mais, durant la campagne électorale en Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, il n'avait pas écarté l'idée de voter des propositions du parti NPD pour attirer les voix des sympathisants néonazis. « *Petry, comme Meuthen, sont avant tout des stratèges politiques. Sur le fond, leurs positions ne sont pas arrêtées*, explique Timo Lochocki, spécialiste des mouvements populistes au German Marshall Fund à Berlin. *Leur objectif est d'occuper les médias.* » Cette stratégie de court terme fonctionne pour l'instant : en troublant le consensus, l'AfD réussit à convaincre des abstentionnistes et les déçus des formations traditionnelles. Le parti capitalise sur un vote de colère. Mais pour obtenir aussi l'adhésion des électeurs, l'AfD devra cesser d'effrayer. - **N. B.** (CORRESPONDANT À BERLIN)

148,41

• **Wer ist schuld an der Krise der EU?**

In seiner Rede zur Lage der Union hat Kommissionschef Juncker am Mittwoch mangelnde Solidarität unter den Nationalstaaten beklagt. Die EU befinde sich nach dem Brexit-Votum in einer „existenziellen Krise“, sagte er vor dem Europaparlament in Straßburg. Auch einige Journalisten sehen die Schuld für den desolaten Zustand bei den Einzelstaaten. Andere werfen Juncker vor, die Verantwortung anderen in die Schuhe zu schieben.

JYLLANDS-POSTEN (DK) / 15. September 2016

Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung

Juncker hat den schlechten Zustand der EU offen angesprochen, lobt Jyllands-Posten:

„Die aktuelle Situation hat aufgedeckt, was gleichzeitig die Stärke und die Schwäche der EU ist. Dass die EU zusammen nicht stärker ist, wenn die Nationalstaaten sich nicht einig sind. Viele sind der Meinung, dass die Lösung der Flüchtlingskrise nicht bei den einzelnen Mitgliedsländern liegt, aber es fällt schwer, sich darauf zu einigen, welche Kompetenzen der EU überlassen werden sollen. Viele sind sich auch einig, dass der Ausbau eines gut funktionierenden Binnenmarktes der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Konkurrenzkraft hilft, aber die Freizügigkeit, die der Binnenmarkt beinhaltet, ist in vielen EU-Ländern ein umstrittenes Thema. Juncker hat sich zur Krise bekannt. Diese Erkenntnis ist die Voraussetzung dafür, eine Lösung zu finden.“

DE TIJD (BE) / 15. September 2016

Nur starke Nationalstaaten können EU stützen

Zuerst müssen die Nationalstaaten wieder das Vertrauen ihrer Wähler zurückgewinnen, dann kann man an die europäische Ebene denken, erklärt De Tijd:

„Einerseits wird der EU Ohnmacht vorgeworfen, etwa wenn es um Entscheidungen zur Migrationsfrage geht. Andererseits kritisiert man die EU als Superstaat, der undemokratisch Macht an sich reißt. ... Daher muss die Antwort auf diese widersprüchliche Kritik auch widersprüchlich sein. Die Europäische Union muss in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten das Vertrauen zurückgewinnen. Von dort aus muss man versuchen, hier und da Resultate zu verbuchen und Legitimität zu gewinnen. Das wird nur gelingen, wenn man pragmatisch entscheidet, wo politischer Konsens und Fortschritt möglich sind und wo nicht. Die Migrationspolitik kann erst dann wieder wirklich in Gang kommen, wenn man einen Schritt zurück macht und jedes Land freiwillig entscheiden kann, wie viele Asylsuchende es aufnehmen will. Das könnte eine europäische Politik vielleicht wieder in Schwung bringen.“

Bart Haeck

FRANKFURTER RUNDSCHAU (DE) / 15. September 2016

Juncker blendet eigene Fehler aus

Dass Juncker die Verantwortung für den jämmerlichen Zustand der EU den einzelnen Staaten zuschiebt, ist der Frankfurter Rundschau zu wenig:

„Wer erwartet hat, dass Juncker eigene Fehler oder die der Kommission benennt, statt auf andere zu zeigen, der wurde enttäuscht. Viel wichtiger wäre ohnehin gewesen zu sagen, für was die EU künftig stehen soll. Er hätte also sagen können, die Kommission habe in der Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren zu wenig auf einen Ausgleich innerhalb Europas geachtet, weshalb die EU nun die Währungsunion weiterentwickeln wolle. Juncker skizzierte auch keinen Ausweg aus der Flüchtlingskrise. Stattdessen schob er den Schwarzen Peter den einzelnen Staaten zu. Auch mit denen und nicht ohne sie muss er künftig Lösungen erarbeiten. Was nicht ist, kann aber noch werden.“

Andreas Schwarzkopf

NAFTEMPORIKI (GR) / 15. September 2016

Union zerstrittener denn je

Wenig Hoffnung, dass die Europäische Union in den großen Fragen auf einen gemeinsamen Nenner kommt, hat Naftemporiki:

„Die EU-Mitglieder entschieden auf den vorangegangenen Gipfeltreffen, dass die heutigen Herausforderungen gemeinsame Maßnahmen und einheitliche Lösungen erfordern - von der Flüchtlingskrise bis hin zur finanziellen Stabilität und der

Bekämpfung von Terrorismus und Steuerhinterziehung. ... In der Praxis geht alles in die entgegengesetzte Richtung. Zäune werden errichtet, das Schengen-Abkommen wird de facto abgeschafft. Im Kampf gegen den Terrorismus hört man zwar von einer stärkeren Zusammenarbeit und einem Austausch von Informationen - Europol meint jedoch, dass nicht viel geschehen ist. ... Es gibt nicht viel Spielraum, um wichtige Schritte für die Union zu entscheiden. Die Regierungen sollten im Auge behalten, was Juncker betonte: Die Geschichte wird sich nicht ihre Namen merken. Sie wird sich an ihre Entschlossenheit oder ihre Fehler erinnern.“

- **Natasa Stasinou**

SUPER EXPRESS (PL) / 14. September 2016

Europa nach wie vor gebeutelt

Um Europa ist es in diesem Sommer 2016 nicht besonders gut bestellt, bestätigt der linke Politiker und Ex-Premier Leszek Miller in einem Gastbeitrag für Super Express:

„Nach den vergangenen zwölf Monaten ist es schwer, jetzt noch optimistisch zu sein. Die Briten werden den Einflussbereich Brüssels verlassen. Migrations- und Wirtschaftskrise befinden sich in einer Phase der Stagnation, ohne dass es eine Lösung gibt. Frustrationen und Zukunftsängste der Bürger nehmen zu. Und die Terroranschläge in Frankreich, Belgien und Deutschland haben die ganze Schwäche der Sicherheitssysteme der Länder und der EU offengelegt. Immerhin gibt es auch ein paar positive Entwicklungen. Das BIP [der EU] ist etwas gestiegen, die griechische Wirtschaft besteht fort und die Stimmen, die sagen, die Eurozone breche auseinander, sind leiser geworden.“

- **Leszek Miller**

NRC HANDELSBLAD (NL) / 14. September 2016

Kommission steht mit peinlich leeren Händen da

Nach fast zwei Jahren im Amt kann Juncker keine gute Bilanz vorweisen, meint NRC Handelsblad und fürchtet, dass die Kritik an ihm nicht abreißen wird:

„Sein wichtigstes Ziel, eine Perspektive für Europa zu entwickeln, hat er kaum erreicht. In der Flüchtlingskrise wollte die Kommission eine Hauptrolle spielen, aber das ließen die Mitgliedsstaaten nicht zu. Auch in Sachen Griechenland konnte Juncker die Initiative nicht an sich reißen. Das Ergebnis nach zwei Jahren: Eine Kommission, die in den Hauptfragen wenig Einfluss hat. Eine EU-Leitung mit peinlich leeren Händen. ... [Auch wenn es durchaus Erfolge gibt], muss der 61-jährige Luxemburger doch vor allem Kritik einstecken. Die Kommission ist immer schon ein beliebter Punchingball für nationale Politiker, die selbst nicht weiter wissen. Und seit dem Brexit gibt es von dieser Sorte noch mehr.“

- **Stephane Alonzo**

TAGES-ANZEIGER (CH) / 14. September 2016

Immer noch zu wenig Europa und zu wenig Union

Eigentlich eine Nummer zu groß für den EU-Kommissionspräsidenten ist das Format der Rede zur Lage der Union nach Ansicht des Tages-Anzeigers:

„Vorbild war vor einiger Zeit die jährliche Speech des US-Präsidenten zur Lage der Nation. Ein EU-Kommissionschef hat allerdings nur einen Bruchteil der Macht eines amerikanischen Staatsoberhauptes. Und zudem spielt in der EU die Musik immer mehr in den Mitgliedsstaaten. ... Das ist auch Juncker schmerzlich bewusst. ... Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist auf der Kippe, die Zentrifugalkräfte in der EU haben eher noch zugenommen. Es gebe zu wenig Europa und zu wenig Union in der Europäischen Union, sagte Juncker vor einem Jahr. Den Satz könnte er heute auch wiederholen.“

- **Stephan Israel**

LES ECHOS (FR) / 14. September 2016

EU als politisches Projekt weiterbauen

Will die EU ihr Fortbestehen sichern, sollte sie an begonnenen Projekten weiterarbeiten, rät schließlich Les Echos:

„Die Organisation der Flüchtlingsaufnahme sollte vorangetrieben werden. Der Juncker-Plan zur Investitionsförderung, dessen Erfolge trotz Bekundungen des Gegenteils noch kaum merkbar sind, braucht mehr Dynamik. Die Grenzen Europas sollten gestärkt und der Informationsaustausch zwischen Justizbehörden und Polizei im Schengenraum beschleunigt werden, wie es anfangs vorgesehen war, jedoch nie umgesetzt wurde. Das Erasmus-Programm, Aushängeschild Europas in der öffentlichen Meinung, wartet auf eine Demokratisierung. Die 'Garantie für die Jugend', die für alle jungen Menschen ein Job- oder Ausbildungsangebot vorsieht, sollte Realität werden. Nichts ist einfach. Aber alles bleibt möglich. Vorausgesetzt, Europa soll als politisches Projekt weitergebaut werden und mehr sein als nur das Trittbrett für einen Posten bei einer US-Geschäftsbank.“

148,43

EU-Gipfel in Bratislava: Solidarität nur aus Eigeninteresse

Nach Brexit und Flüchtlingskrise herrscht auf dem EU-Gipfel in der Slowakei schnöder Realismus. Nur das derzeit Mögliche wird verhandelt, auf Kosten der Gemeinschaft.

Von Ulrich Ladurner, Bratislava

16. September 2016, 21:06 Uhr [254 Kommentare](#)



Kanzlerin Angela Merkel (links) und der französische Präsident François Hollande laufen zur gemeinsamen Pressekonferenz in Bratislava. © Filip Singer/EPA/dpa

Für ein kleines Land wie die Slowakei ist es ein großes Ereignis, wenn sich die Regierungschefs der EU in seiner Hauptstadt Bratislava versammeln; ein historischer Gipfel war es noch dazu, der erste seit 43 Jahren, der ohne Großbritannien stattfindet. Und damit nicht genug: Migration, Wachstum, Terror, Kriegsgefahr. Der EU geht es so schlecht wie nie zuvor.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte am Dienstag in seiner Rede zur Lage der EU im Europaparlament das Wort von der "existenziellen Krise" der EU verwendet. Keiner widersprach ihm. Das war also der dramatisch-historische Rahmen für den Gastgeber, den slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico.

Der Mann, das muss man wissen, kann selbst große Dramen verbal noch steigern. Nach den Anschlägen von Paris im November 2015 sagte Fico, er werde jeden Muslim im Land überwachen lassen. Migranten, sprich Muslime, sind für ihn offenbar nichts weiter als ein Sicherheitsproblem.

Fico sagte weiter im November 2015: "Ich sehe keinen Grund, auch nicht die Menschenrechte, auch nicht den Humanismus, auch nicht eigennützige Gründe wie es zum Beispiel die billige Arbeitskraft ist, dafür, dass wir die riesigen Sicherheitsrisiken ignorieren oder verschweigen sollten, die diese Migrationswelle mit sich bringt!"

In Sachen Migration ist er also ein Hardliner, in trauter Gesellschaft mit seinen Amtskollegen, der Visegrád-Staatengruppe, Polen, Ungarn, Tschechien. Was aber macht Fico auf der großen Bühne des Gipfels als Erstes? Er sagt etwas ganz und gar Unspektakuläres. Er sagt: "Bratislava-Prozess."

Abkühlung der Gemüter

Man muss sich das Wort auf der Zunge zergehen lassen, um seine Bedeutungsebenen zu erfassen. Prozess kann heißen: innehalten, Luft holen, einen Schritt weitergehen, innehalten. Prozess kann heißen: Wir einigen uns darauf, dass wir uns nicht einigen können, bleiben aber im Gespräch, in der Hoffnung, dass wir uns irgendwann einigen werden. Prozess kann heißen: alle Probleme auf die lange Bank schieben, bis sie irgendeine höher Macht zum Verschwinden bringt.

Was auch immer Fico gemeint haben mag, wenn er vom "Bratislava-Prozess" sprach, es ging um Abkühlung der Gemüter. Es ist ja kein Geheimnis, wie groß die Spannungen zwischen den einzelnen EU-Staaten sind. Bis kurz vor dem Gipfel war es noch mal ordentlich zur Sache gegangen.

Ungarns Viktor Orbán und Polens Jarosław Kaczyński propagierten drohend eine europäische Konterrevolution. Der stets angriffslustige Orbán beschimpfte den Präsidenten des EU-Parlaments Martin Schulz als "Mitglied einer nihilistischen Elite". Nun, in Bratislava beschimpfte man sich nicht mehr – man hatte einen "Prozess" begonnen. Alle Teilnehmer waren sich dem Vernehmen nach darin einig, dass sich ein Jahr wie 2015 nicht mehr wiederholen dürfe.

Die unkontrollierte Massenwanderung hat nicht nur die Legitimität der EU untergraben, sondern den Glauben europäischer Bürger an die Steuerungsfähigkeit von Politik insgesamt erschüttert. Daraus ergab sich schnell eine konsensfähige Sache: besserer Schutz der europäischen Grenzen. Frontex wird noch größeres Gewicht bekommen, an einem gemeinsamen Asylsystem wird weiter gearbeitet, der Datenaustausch soll verbessert werden. Das ist beschlossene Sache und es soll alles möglichst schnell gehen. Denn, darin war man sich auch einig, die EU beschleibe allzu oft Dinge, die sie nicht umsetze.

Eine Gewichtsverschiebung hat stattgefunden

"Die Wähler und Wählerinnen", sagte Merkel bei ihrer Schlusspressekonferenz, "interessieren konkrete Taten. Daran werden wir gemessen!" Im April nächsten Jahres, pünktlich zum sechzigsten Jahrestag der EU, sollen die konkreten Ergebnisse vorliegen. Nur keine Visionen, nur keine Wertedebatte. Das würde Europa nur weiter spalten und die Gräben vertiefen, insbesondere zwischen Ost und West.

Die Gipfelteilnehmer konzentrierten sich auf das derzeit Mögliche, aufs Konkrete. Der europäische Bürger soll nach ihrem Willen spüren, dass Europa ihn schützen kann, vor unkontrollierter Wanderung, vor Terror, Krieg und Wirtschaftskrise. Realismus war angesagt.

Flexible Solidarität

Freilich, auch der schönste Realismus ist politisch. So technokratisch der Gipfel von Bratislava sich auch präsentieren wollte, so klar ist doch, dass eine Gewichtsverschiebung innerhalb der Gemeinschaft stattgefunden hat. Auch wenn es niemand so sagen mochte. Nationalstaaten wurden tendenziell gestärkt, die europäische Institutionen geschwächt.

Am deutlichsten erkennbar wurde das in einem Satz, den die Visegrád-Staaten kurz vor dem Gipfel in einem Papier präsentiert haben und der unwidersprochen blieb: "Migrationspolitik sollte auf dem Prinzip der 'flexiblen Solidarität' gründen", heißt es dort. Und weiter: "Dieses Konzept sollte die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, selbst zu entscheiden in welcher Form sie auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und ihres Potenzials einen Beitrag leisten möchten!"

"Flexible Solidarität", das ist das Prinzip, das sich in Bratislava geradezu schleichend durchgesetzt hat. Die Flüchtlingsquoten der Kommission sind damit endgültig Vergangenheit. Wie die Visegrád-Staaten zur Bewältigung beitragen werden, das blieb offen. Merkel jedenfalls betonte, dass auch diese Staaten "an einer Lösung" interessiert sind.

In den nächsten Monaten wird man jedenfalls sehen, ob der EU ein besserer Grenzschutz gelingt und zu welchem Preis das geschehen wird. In Bratislava war jedenfalls weniger eine Wertegemeinschaft am Werk, sondern eine Interessengemeinschaft.

148,45

Nach Bratislava-Gipfel: Europas Schein-Einigkeit

In Bratislava wollten die Staats- und Regierungschefs der EU Zusammenhalt demonstrieren. Doch die Fassade hielt nicht einmal über das Wochenende. Besonders aus Italien kommt Kritik.

Von [Markus Becker](#), Brüssel



Matteo Renzi

Montag, 19.09.2016 16:00 Uhr

Es sollte sein wie in den guten alten Tagen der deutsch-französischen Europa-Achse: Berlin und Paris schreiten einig voran, der Rest folgt. "Der Geist von Bratislava war ein Geist der Zusammenarbeit", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, als sie am Freitag nach dem [informellen EU-Gipfel von Bratislava](#) gemeinsam mit Frankreichs Präsident François Hollande vor die Presse trat.

Doch dieser Geist, sollte er jemals existiert haben, überlebte nicht einmal das Wochenende. Schon direkt nach dem Treffen erklärte Matteo Renzi, er habe nicht gemeinsam mit Merkel und Hollande auftreten wollen. "Ich teile ihre Schlussfolgerungen nicht", erklärte Italiens Premierminister. Von anderer Seite war dagegen zu hören, dass Renzi gar nicht zur Pressekonferenz eingeladen war.

Am Sonntag legte Renzi nach. Das Treffen sei nicht mehr als eine "nette Bootsfahrt auf der Donau" gewesen, sagte er im Interview mit dem "Corriere della Sera". "Wenn wir den Nachmittag damit verbringen wollen, Dokumente ohne Seele oder Horizont zu verfassen, können sie das allein tun", sagte Renzi an seine EU-Kollegen gerichtet. Er wisse nicht, was Merkel meine, wenn sie vom "Geist von Bratislava" spreche. "Wenn es so weitergeht wie bisher, werden wir statt vom Geist von Bratislava vom Gespenst Europas reden."

Renzi: "Keine Verhandlungen" mit Brüssel über Italiens Haushalt

Renzi erklärte auch, was sich seiner Meinung nach ändern muss: Die EU müsse endlich mit nordafrikanischen Staaten ein Abkommen zur Kontrolle der Migrantenströme aushandeln - so wie mit der Türkei. Vor allem aber müsse die EU ihre Sparpolitik lockern. Renzi stellte den Fiskalpakt infrage, der den EU-Staaten vorschreibt, ihre Defizite und Schulden in den Griff zu bekommen. Über seinen Haushaltsplan, den er nächsten Monat vorstellen will, werde es "keine Verhandlungen" mit Brüssel geben.

Wäre es nur Renzis Renitenz gewesen, hätte das Bild der Einigkeit in Bratislava vielleicht noch einigermaßen gehalten. Doch auch die Osteuropäer schossen quer. Das Treffen "war insofern erfolglos, als dass es nicht gelungen ist, die Einwanderungspolitik Brüssels zu ändern", sagte der rechtskonservative ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán. Die sogenannte Viségrad-Gruppe, zu der auch die Slowakei, Tschechien und Polen gehören, lehnt die bereits beschlossene Umverteilung von Flüchtlingen ab und fordert ihrerseits eine "flexible Solidarität": Wer mehr für den gemeinsamen Grenzschutz tue, müsse weniger Flüchtlinge aufnehmen.

Selbst einer der wenigen Punkte, die in Bratislava weitgehend unstrittig erschienen, dürfte noch für Ärger sorgen: die verstärkte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Über die Details wollen die EU-Staats- und Regierungschefs beim offiziellen Gipfel im Dezember entscheiden. Wohin die Reise gehen soll, skizzierte EU-

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach dem Bratislava-Treffen: ein gemeinsames Hauptquartier für militärische Operationen, den Einsatz von EU-Battle-Groups in Krisengebieten und einen Fonds zur Förderung der europäischen Verteidigungsindustrie.

Briten wollen Verteidigungs-Zusammenarbeit blockieren

Das aber ist mit den Briten nicht zu machen, betonte Londons Verteidigungsminister Michael Fallon. In der "Times" äußerte er sich "besorgt über eine unnötige Verdopplung dessen, was wir bereits in der Nato haben". Das, sagte Fallon, werde man nicht zulassen. "Wir sind Vollmitglied der EU und werden uns auch weiterhin jedem Versuch widersetzen, einen Rivalen zur Nato zu schaffen."

Zwar wird es mit Widerstand der Briten vorbei sein, wenn sie erst einmal die EU verlassen haben - doch das könnte sich hinziehen. Denn wenn London den offiziellen Austrittsantrag gestellt hat, was frühestens zum Jahresende geschehen wird, muss der Europäische Rat die Leitlinien der Verhandlungen festlegen. Und hier könnten die Briten massiven Ärger mit den Osteuropäern bekommen.

Denn inzwischen leben und arbeiten mehr als eine Million Bürger der Visegrad-Staaten in Großbritannien - und was mit ihnen nach einem Brexit geschieht, ist derzeit völlig unklar. Die Visegrad-Staaten würden "ein Veto gegen jede Einigung einlegen", die diese Menschen schlechter stelle, sagte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico der Nachrichtenagentur Reuters. In dieser Frage gebe es für die Visegrad-Staaten "keinen Raum für Kompromisse". Auch die Kommission und das EU-Parlament haben mehrfach klargemacht, dass die Briten nur dann Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten werden, wenn sie die Arbeitnehmer-Freizügigkeit respektieren. Deren Einschränkung aber war eines der Hauptargumente der britischen Befürworter eines EU-Austritts.

Sollte es in dieser Frage keinen Kompromiss geben, könnten die Austrittsverhandlungen im Extremfall ergebnislos enden, was einen ungeordneten Brexit zur Folge hätte. Wahrscheinlicher aber ist, dass sie wesentlich länger dauern als die eigentlich vorgesehenen zwei Jahre - jede Menge Zeit also für Vetos und gegenseitige Blockaden.

148,47

WIRTSCHAFT

SCHARFE KRITIK AN DRAGHI

„Aggressive und völlig unerprobte Geldpolitik der EZB“

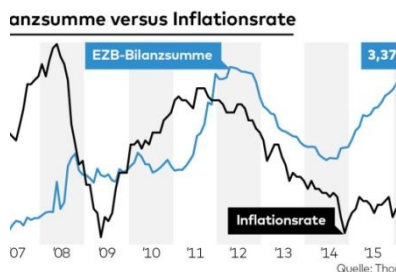
Von Anja Ettel | Stand: 15:15 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Kurz vor dem Auftritt von EZB-Präsident Mario Draghi im Bundestag warnt der IWF vor der Machtlosigkeit von Währungshütern. Und die Deutsche Bank geht mit der EZB-Politik scharf ins Gericht.

Kurz vor dem wichtigen Auftritt von Mario Draghi im Deutschen Bundestag übt der Chefökonom der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, heftige Kritik am Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB).

Europa müsse sich fragen, inwieweit die „aggressive, unkonventionelle und völlig unerprobte Geldpolitik der EZB – bis hin zu negativen Zinsen – zur Verschärfung der Probleme Europas beiträgt“, moniert der ökonomische Vordenker der Deutschen Bank in einem Gastkommentar in der „Welt“.

Europas Zukunft stehe auf dem Spiel, so Folkerts-Landau weiter: „Noch nie war eine Region so abhängig von dogmatischen Entscheidungen nicht direkt gewählter Technokraten. Wollen wir wirklich das Scheitern des wichtigsten wirtschaftspolitischen Projekts der Geschichte riskieren? Zukünftige Generationen würden uns das naive Vertrauen in die Geldpolitik nicht verzeihen.“



Die niedrige Inflationsrate belastet vor allem krisengeplagte Staaten Quelle: Infografik Die Welt

Draghi wird am Mittwoch zum ersten Mal seit Herbst 2012 vor Abgeordneten des Bundestages sprechen. Vor vier Jahren stand sein Auftritt vor den deutschen Parlamentariern ganz im Zeichen der berühmten „Whatever-it-takes“-Rede, die Draghi drei Monate zuvor in London gehalten hatte.

Für seine ausufernde Rettungspolitik – vor allem für den Beschluss, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Euro-Krisenländern zu kaufen – war Draghi schon damals heftig kritisiert worden. Mittlerweile hat die Zentralbank ihr Kaufuniversum auch auf europäische Unternehmensanleihen ausgeweitet und Strafzinsen für Bankeinlagen eingeführt. Für ihre Politik des extrem billigen Geldes steht die EZB nach wie vor vor allem in Deutschland unter Beschuss.

Geldpolitik verliert ihre Macht

Doch auch weltweit wächst die Sorge vor den Nebenwirkungen der ultralockeren Geldpolitik. So deutlich wie selten zuvor warnt der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner Neuauflage seines halbjährlichen „World Economic Outlook“ vor einer zunehmenden Machtlosigkeit der Geldpolitik.

„Das Risiko einer lang anhaltenden Phase schwacher Inflation wächst in jenen Ländern, in denen die Geldpolitik zusehends an ihre Grenzen stößt“, heißt es in dem IWF-Bericht. „Die Durchschlagkraft der Geldpolitik beim Kampf gegen hartnäckig fallende Inflationsraten dürfte vor allem in jenen Ländern schwinden, in denen die Zinsen nahe Null liegen.“

Genau das ist aber derzeit in nahezu allen großen Währungsräumen der Fall. Besonders in Europa und in Japan haben die Notenbanken ihre Bilanzsummen enorm ausgeweitet. Doch trotz der Billionenbeträge – allein in der Euro-Zone sind es 3,7 Billionen Euro – liegen die Inflationsraten weiterhin am Boden. Zuletzt lag die Teuerungsrate in der Euro-Zone bei 0,2 Prozent. In Japan fiel sie zuletzt sogar auf minus 0,5 Prozent.

Der schleichende Verfall der Preise lässt sich weltweit beobachten: Ende 2015 – aktuellere Daten sind nicht verfügbar – wiesen dem IWF zufolge insgesamt 85 Prozent von insgesamt 120 untersuchten Ländern Inflationsraten aus, die unterhalb der Erwartungen lagen.



Deutsche-Bank-Chefvolkswirt David Folkerts-Landau Quelle: REUTERS

In 20 Prozent dieser Nationen war die Volkswirtschaft bereits in einen Zustand abgeglitten, den Notenbanker so sehr fürchten wie kaum ein anderes Phänomen: einen Preisverfall auf breiter Front, kurz Deflation, gegen den sich mit geldpolitischen Mitteln kaum noch etwas ausrichten lässt.

„Niedrige und fallende Inflationsraten sind mittlerweile ein Phänomen über Länder, Branchen und Maßnahmen hinweg geworden“, konstatieren die IWF-Ökonomen. Gleichzeitig kommt das Wirtschaftswachstum trotz niedriger Zinsen nicht richtig in Gang, vor allem in Europa.

Null-Inflation belastet Schuldenstaaten wie Italien

Die niedrige Inflationsrate wird vor allem für hoch verschuldete Länder zum Problem. Wenn die Preise nicht mehr steigen, bleiben zusätzliche Steuereinnahmen aus. Gleichzeitig werden Schulden nicht automatisch weginflationiert. Italien beziffert die Kosten für die Null-Inflation auf nicht weniger als sieben Milliarden Euro pro Jahr. Diese würden durch die niedrigeren Zinsen nicht vollständig ausgeglichen.

Der IWF hält das Risiko, in eine Deflationsfalle abzudriften, noch für überschaubar. Grund zur Sorglosigkeit gebe es aber keineswegs. Die Staaten sollten mit einer aktiveren Fiskalpolitik die Geldpolitik flankieren. Außerdem sollten die Regierungen Krisenaltlasten abbauen, etwa die hohen Bestände an faulen Krediten abtragen.

"Niedrige Zinsen sollen Stimmung steigern"

Die lockere Geldpolitik hat die Ungleichheit in der Gesellschaft laut Bundesbank nicht erhöht. Holger Zschäpitz aus der „Welt“-Wirtschaftsredaktion erklärt, welche Folgen die Niedrigzinsen haben.

Quelle: Die Welt

Doch genau solche notwendigen Maßnahmen würde die Notenbankpolitik verhindern, sagt Folkerts-Landau. Entsprechend hart geht der Deutsche-Bank-Chefökonom mit der aktuellen Geldpolitik ins Gericht.

„Nicht nur die schwachen Konjunkturdaten nähren Zweifel an der Wirksamkeit und Ausrichtung der Geldpolitik – sondern vor allem die Tatsache, dass die Probleme Europas struktureller und nicht zyklischer Natur sind“, kritisiert er. Die Länder der Peripherie seien nicht in der Lage, ein für den

Abbau der Verschuldung und Arbeitslosigkeit ausreichendes Wachstum zu generieren. Ursache hierfür seien mangelnde Reformen der Arbeitsmärkte sowie der Rechts-, Sozial- und Steuersysteme.

„Die Regierungen haben nicht gehandelt, weil die extrem lockere Geldpolitik der EZB und insbesondere ihr Versprechen, zu tun ‚whatever it takes‘, Untätigkeit zur kurzfristig attraktiveren Option gemacht haben“, so der Chefökonom. Durch das Versprechen der EZB, in Schieflage geratene Länder mit Hilfe von Anleihekäufen aufzufangen, seien Reformanreize zunichte gemacht worden.

Lockere Geldpolitik sorgt für mangelnde Disziplin

So sei bereits die Ankündigung des damaligen Anleihekaufprogramms OMT eine „großzügige Subvention für die Peripherie“ gewesen. Der durchschnittliche Risikoaufschlag für Staatsanleihen fiel damals um fast fünf Prozentpunkte. Auf diese Weise seien etwa die Zinszahlungen Italiens 2012 um nahezu ein Drittel gesunken, obwohl die Verschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung anstieg.

„Diese gewaltige Entlastung wurde jedoch nicht genutzt, genauso wenig wie der Zinsrückgang durch den Euro-Beitritt um die Jahrtausendwende“, kritisiert Folkerts-Landau.

Seit 2012 hielten die Rettungsprogramme der EZB Europa davon ab, der Realität ins Auge zu sehen. Als Beispiel verweist Folkerts-Landau vor allem auf Italien, dessen Staatsverschuldung von mehr als 100 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht tragfähig sei, angesichts von Nullwachstum und einem Haushaltsdefizit von 2,5 Prozent.

Dabei zahle Rom für zehnjährige Anleihen nur ungefähr einen Prozentpunkt mehr Zinsen als Berlin. „Ungeachtet ihrer guten Absichten hat die EZB die Disziplinierungsmechanismen steigender Anleihezinsen außer Kraft gesetzt und trägt damit die Verantwortung für das Ausbleiben der so dringend nötigen strukturellen Veränderungen“, mahnt Folkerts-Landau. „Dabei werden nur wachstumsfreundliche Reformen ein langsames Auseinanderbrechen der EU aufgrund wirtschaftlicher Stagnation verhindern.“

148,50

Umfrage unter Abgeordneten

Was Frankreich und Deutschland mit der EU vorhaben

Haben Frankreich und Deutschland eine gemeinsame Vision für Europa? Forscher haben Abgeordnete aus den beiden Ländern gefragt und machen Chancen aus für die Zeit nach dem Brexit.

28.09.2016, von HEIKE GÖBEL



© DPA Mächtige Motoren innerhalb der EU: Frankreich und Deutschland

Der geplante Austritt der Briten aus der Europäischen Union hat eine Debatte über die weitere europäische Integration ausgelöst. Weil aber keine Reform ohne Zustimmung des EU-Motors Paris und Berlin möglich ist, haben Wissenschaftler nun deutsche und französische Parlamentarier nach ihren Wünschen gefragt. **Wo sollte „Brüssel“ mehr Macht bekommen, wo lieber nicht? Das Ergebnis zeigt Übereinstimmung nur in der Verteidigung und in der Einwanderung:** Eine Mehrheit befürwortet die Einrichtung einer aus dem EU-Haushalt finanzierten europäischen Armee und größere Entscheidungsbefugnisse der EU bei der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen.



Autorin: Heike Göbel, Verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik, zuständig für „Die Ordnung der Wirtschaft“.

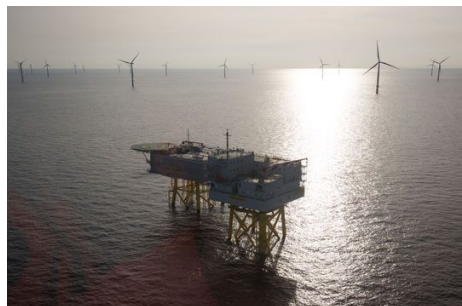
Hier könnten Chancen für eine deutsch-französische Reforminitiative liegen, glaubt Friedrich Heinemann vom Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Der Ökonom ist Mitautor der Studie, die an diesem Mittwoch in Brüssel vorgestellt wird. Für die Umfrage hat das ZEW zusammen mit der Pariser École Polytechnique und der Universität Mannheim Ende April **mehr als 1500 Politiker befragt, von denen sich 232 (15 Prozent) beteiligten**. Die Wissenschaftler wollen eine Informationslücke schließen. So würden zwar regelmäßig die EU-Bürger nach ihren Vorstellungen zur Integration befragt, nicht aber die Politiker.

Heinemann weist auf die unterschiedliche Lage beider Länder hin: Deutschland sei von der Flüchtlingskrise viel stärker betroffen als Frankreich, das hingegen mit seinen speziellen Afrika-Interessen und als Nuklearmacht immer sehr eigenständige Verteidigungsinteressen gepflegt habe. Dass sich die Parlamente hier dennoch einig über „mehr Europa“ sind, deutet für Heinemann „auf einen Grundkonsens jenseits nationaler Eigeninteressen“. Großbritannien wiederum hat eine stärkere Integration gerade auf diesen Feldern bisher verhindert. Mit dem Auszug der Briten aus der EU „könnte sich hier ein Reformfenster für neue europäische Aufgaben öffnen“, erwartet Heinemann. Die Bewertung der Abgeordneten decke sich mit Erkenntnissen der Föderalismusforschung. Gerade in der Verteidigung und der Immigration seien die Chancen hoch, dass Europa einen wirklichen Mehrwert für die Mitgliedstaaten schaffen könnte.

Während französische Abgeordnete der EU auch mehr Macht in der Energiepolitik, in Steuerfragen und der Regulierung der Arbeitsmärkte bis hin zu Eingriffen in die Lohnpolitik zugestehen wollen, lehnen deutsche Abgeordnete hier größere Befugnisse der Europäischen Kommission ab. Große Unterschiede zwischen den Bundestagsabgeordneten und den Vertretern der französischen Nationalversammlung sowie des französischen Senats gibt es auch in der Frage, wie die Eurozone weiter reformiert werden soll. Eine gemeinschaftliche Haftung über Eurobonds oder eine europäische Arbeitslosenversicherung sind in Frankreich populär, nicht aber in Deutschland. Auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sehr unterschiedlich bewertet. Französische Abgeordnete begrüßen die aktuellen Wertpapierkäufe der EZB, während viele Bundestagsabgeordnete skeptisch sind.

Hambourg, centre névralgique de l'énergie éolienne en Europe

LE MONDE ECONOMIE | 28.09.2016 à 10h19 | Par Cécile Boutelet (Berlin, correspondance)



La ferme éolienne de DanTysk, en mer du Nord, l'un des parcs offshore proches de Hambourg. Au premier plan, la plate-forme de maintenance où vivent et travaillent 45 techniciens. CHRISTIAN CHARISIUS / DPA/PICTURE-ALLIANCE

Dans le ciel limpide de la fin septembre, elles apparaissent tout d'un coup, comme des roseaux blancs dressés vers le ciel, fouettant doucement l'air du grand large. Sans bruit, et si loin des côtes qu'elles se font oublier des hommes, les 80 turbines du parc éolien DanTysk, (« danois-allemand », en danois) changent le vent en électricité depuis un peu plus d'un an. La grande ferme plantée au large de l'île allemande de Sylt, en mer du Nord, a une capacité de 288 mégawatts (MW). De quoi produire 1,3 milliard de KWh de courant 100 % renouvelable par an, pour alimenter 400 000 foyers.

Délicatement, l'hélicoptère affrété par l'énergéticien suédois Vattenfall, le copropriétaire de DanTysk, dépose les visiteurs pressés sur la plate-forme de maintenance du parc. Cette île d'acier est la première du genre sur un parc éolien. En été, la haute saison pour l'entretien des turbines, 45 techniciens y travaillent en continu, douze heures par jour par tranche de quinze jours. Christoph Huss dirige la plate-forme et a supervisé son installation :

« On s'est décidé pour l'hébergement sur place car il faut plus de trois heures de bateau pour rejoindre le port le plus proche, Esbjerg, au Danemark. C'est une question de temps et de coût. Mais les hommes sont en général très contents de travailler ici pendant deux semaines et d'être libres le reste du temps. »

Cette énergie a le vent en poupe en Allemagne. DanTysk est l'un des neuf parcs mis en service en 2015 et, avec 2 300 MW, le pays concentre 75 % des nouvelles capacités installées dans l'éolien offshore en Europe. De quoi le propulser au premier rang du marché européen. Aujourd'hui, le vent assure près de 15 % de la production totale d'électricité et plus de 40 % de l'énergie renouvelable du pays. Et ce n'est qu'un début.

DÉJÀ À L'ORIGINE D'UN TIERS DE L'ÉNERGIE PRODUITE OUTRE-RHIN, L'ÉOLIEN DEVRAIT VOIR SA PART PASSER À 40 % OU 45 % EN 2025 ET 80 % EN 2050

Depuis la décision prise par le gouvernement d'Angela Merkel en 2011, après l'accident de la centrale nucléaire japonaise de Fukushima, de sortir du nucléaire, le développement des énergies renouvelables a été considérablement accéléré. En 2015, elles sont déjà responsables de 33 % du total de l'énergie produite outre-Rhin. Selon les plans du gouvernement, cette part devrait passer à 40 % ou 45 % en 2025 et 80 % en 2050. L'éolien offshore doit jouer un rôle clé dans cet ambitieux projet, car il est considéré comme une source d'énergie constante. Un critère indispensable pour

l'approvisionnement de base de l'économie allemande, dotée de nombreuses industries très gourmandes en électricité.

D'ici à 2030, le gouvernement prévoit qu'une capacité de 15 000 MW d'énergie éolienne offshore soit raccordée au réseau, contre 3 300 fin 2015. Aujourd'hui, 5 000 personnes travaillent dans ce secteur en Allemagne. Le chiffre pourrait quadrupler d'ici à 2020.

Rejet du nucléaire et du charbon par l'opinion

Dans ce contexte, une ville tente de s'imposer comme un centre incontournable de cette industrie : Hambourg. Dans la grande ville portuaire du nord de l'Allemagne, le coupe-vent est un accessoire indispensable tant la brise est permanente. Est-ce pour cela qu'elle abrite les pionniers allemands de l'énergie éolienne ? Dans les années 2000, les premiers pôles de compétences y ont vu le jour. Avec le rejet du nucléaire, puis du charbon, dans l'opinion publique allemande, le maire de Hambourg, Olaf Scholz, a flairé l'opportunité

A son arrivée en 2011, il s'est fixé pour objectif de faire de sa ville la « capitale européenne de l'éolien ». Mission accomplie cette année, où le salon biennal WindEnergy Hamburg accueille, du mardi 27 au vendredi 30 septembre, 1 200 exposants venus de 30 pays, représentatifs d'une branche en forte croissance qui pèse quelque 60 milliards d'euros de chiffre d'affaires dans le monde.

Hambourg profite de sa position géographique idéale, entre la mer du Nord et la mer Baltique – les deux sites qui accueillent actuellement le plus de parcs éoliens offshore –, et sa proximité avec d'autres grandes nations de l'éolien : le Danemark, la Suède et les Pays-Bas. En installant un véritable pôle de compétence dans la ville, avec des centres de recherche, elle a su attirer les grands noms du secteur.

SI HAMBOURG ABRITE LES BUREAUX, IL NE FAUT PAS ALLER BIEN LOIN POUR TROUVER LES USINES. LÜBECK, ROSTOCK, HUSUM... TOUTE L'ALLEMAGNE DU NORD SE SPÉCIALISE

L'énergéticien Vattenfall, présent à Hambourg depuis la libéralisation du marché allemand de l'énergie à la fin des années 1990, y a installé ses activités dans le secteur. Le danois Dong Energy, numéro un mondial de l'éolien offshore, y dispose d'un siège, tout comme les branches spécialisées des grands énergéticiens allemands E.ON Climate and Renewables et RWE Innogy. Siemens, numéro un mondial de la construction éolienne, y a créé un siège en 2011, de même que ses concurrents Nordex et Senvion. Sans compter les nombreux sous-traitants. Au total, plus de 6 000 personnes travaillent en lien avec l'énergie du vent à Hambourg.

Fortes innovations techniques

Aucune usine n'est installée dans la ville elle-même, qui regroupe principalement les activités de distribution, planification, financement et recherche. Mais il ne faut pas aller bien loin pour trouver des pièces en construction. C'est toute l'Allemagne du Nord qui se spécialise sur ce secteur. Dans un rayon de 200 km autour de Hambourg, les usines de Husum, Cuxhaven, Bremerhaven sur la mer du Nord, Lübeck et Rostock sur la Baltique voient sortir les nacelles, les générateurs et les gigantesques pales des hélices actuelles.

La technique avance à grande vitesse. Selon les prévisions de Siemens, le diamètre des hélices dernière génération devrait atteindre 240 m de long en 2020, contre 37 m en 1990. Dans le même temps, la capacité moyenne de production des parcs éoliens a augmenté de façon exponentielle : de 6 MW en 1990, un parc est aujourd'hui capable de produire 350 MW d'électricité par an.

Sur la plate-forme DanTysk, de nombreux techniciens parlent allemand et beaucoup ont un lien avec les côtes germaniques. Ils sont électriciens, techniciens spécialisés en mécanique ou en mécatronique

et ont accumulé un savoir-faire unique. *« Ici on respire un air pur, on travaille sur la mer. On doit souvent faire face à l'imprévu. Je n'échangerai ma place pour rien au monde »*, raconte un technicien originaire de Rostock. Tous ont conscience de participer aux débuts stimulants d'une technologie en plein essor. *« Il y a le défi technique, le lien à la mer et à la nature, et le côté idéaliste de travailler pour une énergie renouvelable. Tout ça fait de l'éolien une technologie très attractive »*, explique Andreas Parchman, de Vattenfall.

Contrôles précis des coûts et des prix

Vattenfall possède 1 100 éoliennes installées en mer, pour une puissance de 2 200 MW, sur cinq pays européens. Tout ce réseau est géré depuis le port de Esbjerg, où est implanté le centre de contrôle. Dans la « salle des machines », la production des éoliennes est scrutée au kWh près. On peut les arrêter ou les faire repartir à distance en fonction de leur état bien sûr, mais aussi de la situation de marché.

« Nous sommes en lien étroit avec le département de vente. Car il peut arriver, par exemple, quand le vent souffle très fort, que l'offre de courant dépasse tant la demande que son prix passe en zone négative. Nous procédons alors à l'arrêt de certaines turbines », explique Jan Jorgensen, responsable du centre de contrôle d'Esbjerg.

Le contrôle des coûts et les prix obtenus occupent une place croissante dans l'esprit des énergéticiens du renouvelable. L'époque des subventions très généreuses accordées sans conditions à l'époque où cette industrie était en phase de développement a pris fin en Allemagne. Selon la nouvelle réglementation, le prix de rachat du courant d'origine renouvelable n'est plus fixé par l'Etat mais résulte d'une mise en concurrence, ce qui a changé la donne.

« Nous avons prouvé avec Vattenfall que nous étions en mesure de faire baisser considérablement le coût de l'éolien », explique Gunnar Groebler, vice-président des activités éoliennes du groupe. *« Nous avons payé très cher les projets pionniers dans l'éolien offshore, avec des problèmes de raccordement notamment. C'est la raison pour laquelle le parc de DanTysk est entré en fonctionnement avec un an de retard. Ces problèmes sont derrière nous »*, explique-t-il, avançant une baisse de 40 % des coûts sur ce secteur. Vattenfall a remporté en septembre la construction d'un parc offshore au Danemark en proposant un prix de 64 euros le MWh, un prix comparable aux coûts de production des sources énergies conventionnelles.

148,54

MEINUNG

ALTERSVERSORGUNG

Die gerechteste Lösung für alle? Rente mit 70 plus

Von Dorothea Siems | Stand: 07:14 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Die Bundesregierung will sich in der Rentenpolitik ehrlich machen. Spät, hoffentlich nicht zu spät, legt Arbeitsministerin Nahles jetzt erstmals Zahlen vor, die zeigen, wie sich die Beiträge und die Leistungen nach dem Jahr 2030 entwickeln werden.

Es sind bittere Wahrheiten, die Nahles verkündet, und sie hätten längst schon in die Öffentlichkeit gehört. Denn bislang endeten die offiziellen Prognosen stets genau vor dem Zeitpunkt, wenn die dramatische Alterung der Gesellschaft das Rentensystem in nie da gewesenem Maße strapazieren wird.

Die bisherige Kurzsichtigkeit der Sozialpolitik war Absicht. Schließlich wollte die große Koalition die enormen Kosten ihrer Rentengeschenke für die künftigen Beitragszahler nicht offenlegen. Und geht es nach Gewerkschaften, Sozialverbänden und unzähligen Politikern jedweder Couleur, so soll auch weiterhin in der Sozialpolitik die Devise gelten: Nach uns die Sintflut.

Der Druck, den DGB & Co. ausüben, ist immens. Die Gewerkschaften haben eigens eine Rentenkampagne gestartet, um die Parteien mit Blick auf die Bundestagswahl vor sich herzutreiben. Mit irreführenden Zahlen wird die Angst vor Altersarmut geschürt, um dem Ruf nach einer Stabilisierung der Renten auf heutigem Niveau Nachdruck zu verleihen.

Doch Nahles' Berechnungen zeigen, dass für weitere Leistungsausweitungen überhaupt kein Spielraum vorhanden ist. Mehr noch: Um den drohenden massiven Beitragsanstieg wenigstens zu dämpfen, sind neue Reformschritte unumgänglich.

Abstand zur Grundsicherung wird größer

Das Einfrieren des Rentenniveaus ist von allen derzeit debattierten sozialpolitischen Maßnahmen nicht nur die mit Abstand teuerste, sondern sie nutzt auch herzlich wenig, um die Bevölkerungsgruppen, die tatsächlich im Alter ungenügend abgesichert sind, vor Armut zu schützen.

Nahles muss diese Erkenntnis nicht nur den Gewerkschaften und Sozialverbänden nahebringen, sondern vor allem auch ihrem eigenen Parteichef. Denn Sigmar Gabriel hat sich ebenso wie CSU-Chef Horst Seehofer schon vor Monaten für eine Stabilisierung des Sicherungsniveaus ausgesprochen. Und auch vom Arbeitnehmerflügel der Unionsfraktion kommt die Forderung, das Rentenniveau einzufrieren.

Doch solcher Rentenpopulismus käme die junge Generation teuer: 40 Milliarden Euro pro Jahr müssten die Beitragszahler zusätzlich zu ihren ohnehin immer schwerer werdenden Lasten schultern. Der Rentenbeitragssatz würde von 18,7 Prozent auf 26,5 Prozent im Jahr 2045 in die Höhe getrieben.

Eine Anhebung des Rentenniveaus soll es nicht geben

Gewerkschaften und Sozialverbände fordern eine Anhebung des Rentenniveaus. Dies lehnen nach „Welt“-Informationen jedoch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) und ihr Ministerium ab.

Quelle: Die Welt

Vorschläge, die Mehrkosten dem Steuerzahler aufzubürden, sind Taschenspielertricks. Schließlich ist es Arbeitnehmern vollkommen egal, ob ihre Nettoeinkommen wegen höherer Steuern oder steigender Sozialabgaben schrumpfen.

Außerdem ist schon heute der Bundeszuschuss in die Rentenkasse der mit Abstand größte Einzelposten im Bundeshaushalt, denn ein Drittel der Rentenausgaben finanziert bereits der Bund. Und je mehr Geld aus dem Steuersäckel für die Alimentation der Ruheständler benötigt wird, desto weniger bleibt für Infrastruktur und Schulen übrig.

Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet überdies keineswegs, dass die Renten künftig niedriger sind als heute. Tatsächlich werden die Ruheständler auch in Zukunft steigende Altersbezüge erhalten. Zudem wird der Abstand zur Grundsicherung, anders als oft suggeriert, nicht kleiner, sondern vielmehr größer. Altersarmut wird deshalb auch in einigen Jahrzehnten kein Massenphänomen sein.

Es geht um harte Verteilungspolitik

Nur wenn SPD und Union der Versuchung widerstehen, den Rentenpopulisten ein weiteres Mal hinterherzulaufen, gibt es eine Chance für einen fairen Interessenausgleich zwischen den Generationen.

Da die staatliche Alterssicherung im Gegensatz zu privaten Versicherungen kein Geld anspart, sondern die Beiträge gleich an die Rentner weitergibt, lebt das System von der Hand in den Mund. Es ist anfällig für politische Eingriffe. Mit der Mütterrente und der abschlagsfreien Rente mit 63 wurde den Älteren eine zusätzliche Leistung gewährt, für die die Jüngeren jahrzehntelang bezahlen werden.

Auch beim Rentenniveau geht es wieder um harte Verteilungspolitik – was allerdings mit blumiger Rentenlyrik kaschiert wird. Die Soziallobbyisten reden von Lebensleistung, die angemessen zu honorieren sei, von einem Generationenvertrag, der erfüllt werden müsse und von Anerkennung für Erziehungsleistung. Selbst die Jüngeren wollen da nicht widersprechen.

Und weil die Kosten für die Leistungsausweitung in einem Umlageverfahren vor allem in der Zukunft zu Buche schlagen, sind politische Mehrheiten meist leicht zu organisieren. So debattiert die Gesellschaft über Altersarmut, obwohl es in Wahrheit die junge Bevölkerung ist, die finanziell ausblutet.

Es ficht Gewerkschaften und Sozialverbände nicht an, dass die steigenden Sozialabgaben schon heute ein Hauptgrund dafür sind, dass Familien sehr viel häufiger arm sind als die Senioren. Der DGB ist ausdrücklich bereit, zusätzliche Beitragssteigerungen als Preis für die Rücknahme von Rentenreformen zu akzeptieren.

Die Menschen bleiben ohnehin länger fit

Den Arbeitnehmern erweisen die Gewerkschaften mit diesem Kurs einen Bärendienst. Schließlich steht Deutschland schon jetzt bei der Steuer- und Abgabenquote von rund 50 Prozent für Durchschnittsverdiener weltweit an der Spitze.

Und ohne Einsparungen werden die Sozialabgaben von jetzt 40 Prozent auf 54 Prozent im Jahre 2040 ansteigen, prophezeit der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Denn auch im Gesundheitswesen und in der Pflegeversicherung droht infolge der Alterung eine Ausgabenexplosion.

DGB warnt vor Altersarmut durch sinkende Renten

Wer bei diesen ungemütlichen Aussichten weitere Leistungsverbesserungen propagiert, riskiert einen Aufstand der Jungen. Denn diese sollen nicht nur deutlich mehr in die Sozialkassen zahlen als ihre Eltern und Großeltern, sondern auch noch hinnehmen, dass sie infolge stark steigender Lohnnebenkosten um ihre Beschäftigungschancen gebracht werden.

Es gibt einen rentenpolitischen Königsweg, um die finanziellen Lasten, die der demografische Wandel mit sich bringt, gerecht zwischen Jung und Alt aufzuteilen. Die Menschen werden immer älter und bleiben länger fit.

Nur mit einer Kopplung des Renteneintrittsalters an die stetig steigende Lebenserwartung lässt sich auf Dauer der Kollaps des Rentensystems verhindern. Für die heute Jüngeren heißt das „Rente mit 70 plus“. Doch dafür bräuchte Deutschland mutige Reformer.

148,56

EUROPE

Hungary Referendum Tests EU's Migrant Policy

Voters set to endorse Orban's push to reject refugee quotas, despite skills shortage



ENLARGE

A boy washing his hair at a makeshift migrant camp near the Serbian town of Horgos, close to Hungary's border, on Thursday. Thousands of migrants are waiting at the country's southern border in the hope of entering the European Union. PHOTO: ANDREJ ISAKOVIC/AGENCE FRANCE-PRESSE/GETTY IMAGES

By MARGIT FEHER

Sept. 29, 2016 9:44 p.m. ET

TIHANY, Hungary—At a tavern in this lakeside resort town, the waiter scurrying from table to table could use some help.

Most of his colleagues have gone abroad to seek better pay, leaving Ferenc Punk's family-run business heavily understaffed.

Mr. Punk could have tapped a vast pool of potential workers: Scores of migrants, mainly from Syria, Iraq and Afghanistan, have traveled through the Central European country over the past two years, and [thousands more are waiting at its southern border](#) in the hope of entering the European Union.

Instead, the 67-year-old restaurant owner plans to make his dining room smaller. He won't recruit migrants, especially if they are Muslims.

"I wouldn't know what to do with them," Mr. Punk said. "I'm not against them but they are coming from a totally different culture."

Mr. Punk's tavern is a microcosm of the wider forces shaping Hungary's society and economy ahead of [Sunday's referendum on immigration](#). Prime Minister Viktor Orban, [who opposes Muslim immigration](#), wants voters to say no to an [EU policy to impose](#) "the obligatory resettlement of non-Hungarian citizens."

Although Hungary's working population is expected to shrink by more than 10% over the next four years, according to a central-bank estimate, Mr. Orban objects to allowing large numbers of refugees to settle in the country, saying they would threaten its ethnic cohesion.



ENLARGE

Ferenc Punk and his wife, Zsuzsanna, the owners of a tavern in Tihany on Lake Balaton in Hungary. Mr. Punk has had trouble hiring waiting staff, but said he has no plans to hire migrants. PHOTO: MARGIT FEHER/THE WALL STREET JOURNAL

The prime minister argues migrants also represent a security threat because some Islamist radicals have made their way into the EU by posing as refugees.

In tandem with Poland's Jaroslaw Kaczynski, leader of the country's ruling Law and Justice party, Mr. Orban is campaigning in Brussels against the EU plan to impose refugee quotas on bloc members.

That has put him on a collision course with other EU leaders, notably German Chancellor [Angela Merkel](#), who has made the acceptance of refugees a cornerstone of her policy. But Ms. Merkel's approach has suffered setbacks at home, where an upstart anti-immigration movement outpolled her ruling conservative party in a recent state election and now has seats in 10 state parliaments.

"Courageous politicians in Germany and Austria do say that what the Hungarians are doing is good for Germany and for Austria as well," Mr. Orban said on state television Tuesday.

Since joining the EU in 2004, the country of nearly 10 million has seen an estimated 350,000 of its skilled and educated workers leave. At least 90,000 alone have relocated to the U.K. The "brain drain"—along with a low birthrate and aging population—has resulted in chronic labor shortages in service industries and at factories and farms.

Students, who were mandated to provide cheap labor at apple-picking camps during the communist era, are no longer coming to the fields. Romanians and ethnic Hungarians in neighboring countries traditionally filled many jobs in the agricultural and manufacturing sectors here, but now leapfrog Hungary to move farther west.



ENLARGE The terrace of the Ferenc Pince Csarda tavern in Tihany on Lake Balaton. PHOTO: MARGIT FEHER/THE WALL STREET JOURNAL

That has left members of DelKerTESZ, a cooperative of some 500 vegetable producers in Szentes, in southern Hungary, mustering friends and relatives to avoid losing harvests.

“We get family members to work on the fields or transport the produce on Saturdays and Sundays,” said Ferenc Ledo, the cooperative chief. “It’s impossible to find crop pickers.”

Hungary’s main association of entrepreneurs and employers, Mgyosz, has warned that the dearth of applicants in many sectors was endangering economic growth, which is expected to reach 2% this year. The association sides with government policy, though, saying that only migrant workers who “are skilled and could culturally fit in” are needed.

More than 150,000 non-European refugee seekers applied for asylum in Hungary last year. But nearly all of them continued their journeys to Germany or Scandinavia.

Those countries would like Budapest to repatriate any migrants who were first registered in Hungary upon their entry into the EU—as the bloc’s rules require—but Mr. Orban has refused their entreaties.

The government now lets about 30 migrants a day cross into Hungary through its heavily guarded border with Serbia. Almost none of them stay in the country, even if granted asylum protection, according to the Helsinki Committee, a human-rights group.

The government’s anti-immigration policy has been pilloried by the Two-Tailed Dog Party, a group founded by prankster artists that launched a mock billboard campaign.

“Did you know? Hungarians see more UFOs in their lifetime than migrants,” one of the recent billboards reads.

Yet a survey conducted in mid-September by polling agency Publicus suggests 61% of Hungarians will support Mr. Orban’s immigration stance on Sunday. The referendum, which is valid only if turnout surpasses a threshold of 50%, is largely symbolic, as it carries no legal bearing and Brussels has largely backed off trying to impose refugee quotas on bloc members.

At the Tihany tavern, Mr. Punk casts his support with the government, saying it has made Hungary a safer and more attractive place. “Some Germans have already moved here,” he said. “They can have a cozy life here.”

Vollverschleierung

Wo Burka und Nikab in Europa schon verboten sind

Erst zwei europäische Länder haben ein landesweites generelles Burkaverbot verhängt. In anderen europäischen Staaten wird darüber diskutiert. Deutsche Politiker sind sich in der Frage uneins – zu Recht?

30.09.2016, von INA PIRKMAYR



© DPABeides nicht gerne gesehen in Europa: links die Burka, rechts der Nikab.

Die Burkini-Debatte ist mit den letzten heißen Freibad- und Strandtagen zum Erliegen gekommen. Jetzt wird in vielen europäischen Ländern wieder über ein **Burkaverbot** diskutiert. Dabei zeigt ein Blick auf die einzelnen Länder, dass Europa sich sehr uneins ist in der Frage, ob ein Burkaverbot sinnvoll ist oder nicht. Bisher verbieten nur zwei europäische Länder die Vollverschleierung des Gesichtes in der Öffentlichkeit. In einigen weiteren Ländern gibt es lokale Verschleierungsverbote. Und nicht nur in Deutschland wird heftig darüber diskutiert.

In **Dänemark** und **Norwegen** etwa haben die nationalkonservativen Parteien schon mehrmals ein Vollverschleierungsverbot angeregt. Die dänische Volkspartei war damit bislang erfolglos. Ebenso die norwegische rechtspopulistische Fortschrittspartei der Integrations- und Migrationsministerin Sylvi Listhaug. Anfang September gab sie bekannt, dass ihre Partei und sie selbst ein Burkaverbot für sinnvoll erachten, alle anderen Parteien aber dagegen seien. Deswegen werde es zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Burkaverbot geben.

In Spanien nur lokales Vollverschleierungsverbot

In den baltischen Staaten **Estland**, **Lettland** und **Litauen** wird über ein Vollverschleierungsverbot des Gesichtes ebenfalls rege diskutiert. Ein erster Gesetzesentwurf ist aber auch in Lettland vergangenes Jahr an der Zustimmung im Parlament gescheitert. Ein zweiter liegt bereits vor, der lettische Justizminister regte vor Kurzem abermals die Debatte um ein mögliches Verbot an.

Vom Kopftuch bis zur Burka

Verschiedene Formen muslimischer Verschleierung



© DPA

In **Spanien** gibt es zwar kein landesweites Verbot, aber in großen Teilen Kataloniens gibt es ein lokales Verschleierungsverbot. Dazu zählt auch Barcelona, die zweitgrößte Stadt Spaniens. Welche Länder gehen weiter?

Frankreich und Belgien in der Vorreiterrolle

In **Frankreich** sind Burka und Nikab seit April 2011 verboten. Der Gesetzestext bezieht sich bewusst nicht auf den religiösen Schleier, um Diskriminierungsvorwürfen vorzubeugen: „Niemand darf im öffentlichen Raum ein Kleidungsstück tragen, das dazu dient, das Gesicht zu verhüllen“. Neben Bußgeldern von bis zu 150 Euro können Kurse in Staatsbürgerkunde verhängt werden. An Schulen ist darüber hinaus auch das Kopftuch, sowie jegliche weitere religiöse Kleidung, seit 2004 bereits verboten. Frankreich stellt allerdings aufgrund seines laizistischen Staatswesens eine Sonderrolle dar. Laizität bedeutet in Frankreich nicht nur die institutionelle Trennung von Staat und Kirche. Religion darf dort weder eine staatliche noch eine öffentliche Funktion haben. Sie gilt als Privatangelegenheit.

Belgien hat es Frankreich im selben Jahr gleich getan, dort ist die Burka seit Juli 2011 verboten. In Molenbeek, einer Gemeinde von Brüssel, ist die Vollverschleierung des Gesichtes bereits seit 2004 verboten. Einzige explizite Ausnahme: Karneval.

Die **Niederlande** sind schließlich das dritte europäische Land, in dem ein landesweites Burkaverbot gilt. Dieses beschränkt sich im Gegensatz zu Frankreich und Belgien allerdings auf den staatlichen Bereich, auf Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Verkehr. Auf der Straße sind verschleierte Gesichter nach wie vor geduldet. Die Strafe kann bis zu 405 Euro betragen.

Schweizer Initiative „Ja zum Verhüllungsverbot“

Chancenreichster Anwärter, in die Fußstapfen der drei Länder zu treten, ist die **Schweiz**. Der Schweizer Nationalrat hat sich am Dienstag mit einer knappen Mehrheit von einer Stimme für ein nationales Verhüllungsverbot ausgesprochen. Bislang ist die Vollverschleierung des Gesichtes nur im Kanton Tessin verboten. Sie kann dort mit einem Bußgeld von bis zu 10.000 Schweizer Franken geahndet werden. Ob ein landesweites Verbot folgt, hängt nun vom Ständerat ab. Dessen

staatspolitische Kommission hatte sich zuvor gegen ein solches Verbot im öffentlichen Raum ausgesprochen. Es ist daher fraglich, ob der Ständerat nun doch dafür stimmt. Allerdings: die Schweizer könnten selbst darüber entscheiden, denn die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ darf laut Umfragen auf großen Zuspruch hoffen. Bis zum 15. September 2017 müssen die Initiatoren 100.000 Unterschriften gesammelt haben – dann käme es zu einem Referendum.

Volksentscheide gibt es in **Deutschland** praktisch nicht. Aber auch hier ist die Debatte inzwischen weit fortgeschritten. Die Innenminister der Union haben sich bereits auf ein partielles Verbot der Vollverschleierung in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, im Straßenverkehr und bei Demonstrationen geeinigt. Vorreiter ist Bayerns Innenminister [Joachim Herrmann](#) (CSU), der im August erklärte: „Wir werden in Bayern diese Forderung so schnell wie möglich umsetzen. Und wir erwarten das gleiche vom Bund.“

Zahl der Trägerinnen von Burka und Nikab unverändert

Dabei sind sich in der Politik sowohl die großen etablierten Parteien sowie deren Jugendverbände uneins in der Frage über Sinn und Zweck eines Verbotes. Und Juristen diskutieren über die Machbarkeit eines entsprechenden Gesetzes. Während ein generelles Burkaverbot höchstwahrscheinlich für verfassungswidrig erklärt werden würde, ist ein Verbot in Schulen, an Universitäten und in anderen öffentlichen Einrichtungen chancenreicher.

Bleibt die Frage, ob wir ein solches Gesetz überhaupt brauchen. Was hat sich in Frankreich und Belgien in den letzten sechs Jahren verändert?

In Frankreich gibt es nach Schätzungen etwa 2000 Musliminnen, die ihren Körper und ihr Gesicht verhüllen. Jährlich werden seit Einführung des Verbotes zwischen 300 und 400 Bußgeldverfahren eingeleitet. Sowohl die Anzahl an vollverschleierten Frauen wie auch die Anzahl an Bußgeldbescheiden ist weitgehend konstant geblieben. Bei den Frauen, die belangt werden, handelt es sich häufig um Wiederholungstäterinnen, die sich offensichtlich von dem Bußgeld nicht abschrecken lassen.

Das liegt auch daran, dass die praktische Umsetzung des Verbotes für die Polizisten eine unangenehme und heikle Angelegenheit ist. Die Bilder der Frau am Strand von Nizza vom Sommer dieses Jahres, die von Polizisten gebeten wurde, sich zu entblößen, hatten weltweit Empörung ausgelöst. Nachdem mehrere französische Gemeinden ein Burkiniverbot verhängt hatten, erklärte das oberste Verwaltungsgericht in Frankreich Ende August ein solches Verbot für unrechtmäßig. Wobei auch das bereits bestehende Burkaverbot in der Praxis selten und inkonsequent angewandt wird. Französische Medien berichten, dass viele Polizisten lieber wegschauen als immer wieder die selben Frauen zu beten, sich auszuweisen und den Schleier abzulegen.

Sinn und Zweck von einem Burkaverbot

Molenbeek in Belgien, das Brüsseler Viertel in dem seit 2004 die Vollverschleierung des Gesichtes verboten ist, ist bekannt als Salafistenhochburg. In den letzten Jahren wurden dort immer wieder Razzien durchgeführt. Es dürfte wenige geben, die glauben, dass sich Extremismus durch Kleiderordnungen bekämpfen lässt. Bisher hat auch keiner der Terroristen oder Selbstmordattentäter eine Burka oder einen Nikab getragen. Ein langes Gewand wäre wohl eher hinderlich.

Häufig werden Gründe wie Integration und die Wahrung westlicher Werte angeführt. Vollscheier wie Burka oder Nikab werden als Zeichen der Unterdrückung der Frauen angesehen, als Zeichen einer patriarchalischen Gesellschaft, als Hindernis der Integration und des wechselseitigen Austausches. Das mag alles stimmen - und in der Tat ist es schwierig, mit einem Gegenüber, das als Individuum quasi unsichtbar ist, in Kontakt zu treten. Die Frage ist allerdings, inwiefern Kleiderverbote und Bußgeldverfahren kulturelle Differenzen aufbrechen sollen. Geschweige denn Wege der Integration öffnen.

Veröffentlicht: 30.09.2016, 12:43 Uhr

AfD-Chefin im „New Yorker“

Frauke Petry auf den Fersen

Der amerikanische Reporter Thomas Meaney hat Frauke Petry mehrere Wochen lang begleitet. In dem amerikanischen Magazin „The New Yorker“ beschreibt er die AfD-Vorsitzende anhand ihrer Vita - und einiger Zitate.

30.09.2016, von INA PIRKMAYR



© DPASpricht gut Englisch: AfD-Vorsitzende Frauke Petry

„Der neue Stern in Deutschlands politischer Rechten“. So nennt das amerikanische Magazin „The New Yorker“ **Frauke Petry** in einem Artikel, der ein detailliertes Porträt der AfD-Vorsitzenden zeichnet. Der Autor des Artikels, Thomas Meaney, hat sich mehrmals an die Fersen der AfD-Vorsitzenden geheftet, sie zu Wahlkampfauftritten und Veranstaltungen begleitet. Er hat mir ihr und früheren Weggefährten geredet. Und einige bemerkenswerte Zitate in den Artikel einfließen lassen.

„Sie könnten sagen, wir sind Merkels Kinder“ sagt Petry auf die Frage von Meaney, wie es zu dem Aufstieg der rechtspopulistischen Partei kam. Sie meint damit die historische Entscheidung Angela Merkels Anfang September 2015, die deutsche Grenze für hunderttausende Menschen aus Syrien und Irak zu öffnen. Die Bundeskanzlerin setzte das Dubliner Verfahren temporär aus und gab bekannt, alle Flüchtlinge aufzunehmen. Die Entscheidung brachte Merkel viel Kritik ein und gab der **AFD** Aufwind.

„Und ich dachte: das wird nicht funktionieren“

Als Folge dessen kamen viele **Flüchtlinge** in kurzer Zeit in Deutschland an. Und wurden in Asylunterkünften untergebracht, die in miserablen Zuständen waren. Frauke Petry besuchte selbst eine Flüchtlingsunterkunft und hat eine eigene Erklärung: „Ich sah Essen und Exkrememente auf dem Boden, ich sah wie sie sich benahmen. Und ich dachte: das wird nicht funktionieren.“

Funktionieren wird es - das Zusammenleben - ihrer Meinung nach auch nicht, weil viele Flüchtlinge weitere deutsche Tugenden wie Pünktlichkeit vermissen lassen. Asylsuchende seien oft ein bis zwei Stunden zu spät, wenn sie Termine bei Behörden hätten. „Wenn Sie als Deutscher fünfzehn Minuten zu spät dran sind für einen Gerichtstermin, dann war's das“, sagt sie zu Meaney.

Als der Reporter ihr die Frage stellt, ob die Flüchtlinge denn nicht dabei helfen könnten, den Mangel in Dienstleistungsberufen wie der Altenpflege zu beheben, entgegnet sie: „Um ehrlich zu sein, sehe ich nicht, dass junge muslimische Männer alten deutschen Rentnern den Hintern abwischen.“

Lucke sieht in Petry eine Opportunistin

Meaney sprach auch mit Lucke und schreibt, der ehemalige AfD-Gründer charakterisiere Petry nicht als Ideologin, sondern als Opportunistin. Petry hätte sich geweigert, so Lucke, ihm dabei zu helfen, krude Verschwörungstheorien aus der Partei zu verbannen. Aus Sorge, Wähler zu verlieren. Er habe dann realisiert, dass Petry alles dafür tun würde, um ihre Position in der Partei zu bewahren, auch wenn sie selbst nicht daran glaubte, sagt er Meaney.

Ob Petry selbst hinter ihren all ihren Argumenten steht, die sie in Flüchtlingsfragen nach außen vertritt, lässt sich natürlich schwer sagen. Jedenfalls geht sie darin so weit, Flüchtlinge für fremdenfeindliche Angriffe selbst verantwortlich zu machen. Zu dem Vorfall in Clausnitz, wo ein Bus mit Flüchtlingen von einem wütenden rechten Mob empfangen wurde, sagt sie: „Die ankommenden Flüchtlinge machten unansehnliche Gesten, obszöne Gesten.“ Wenngleich sie die Angriffe dadurch gewissermaßen rechtfertigt – zu tun haben will sie damit nichts. „Keine Mitglieder der AfD waren in die Attacken involviert, oder wie immer Sie die nennen wollen.“

„Die Guten, die waren immer der Anfang vom Ende“

Petry distanziert sich von gewalttätigen Attacken. Schließlich will sie ihre Partei weiter als demokratische Kraft etablieren. Sie distanziert sich aber auch in AfD-Manier von den „Gutmenschen“, die Deutschland durch ihre hochgehaltene Moral in den Ruin trieben. So die Meinung vieler AfD-Sympathisanten und der AfD-Vorsitzenden, die sich damit auch von **Merkels** Entscheidung vom September 2015 distanziert: „Es ist so moralisch, Menschen auf der ganzen Welt zu versprechen, dass sie nach Deutschland kommen und hier das Paradies finden.“ Ihre Ironie erklärend, fügt sie an: „Unsere Aufgeklärtheit und all die Erfolge der europäischen Geschichte diesem Bedürfnis, moralisch gut zu sein, unterzuordnen, finde ich extrem gefährlich.“

Hinter dieser Kritik offenbart sich die Ansicht, dass hierzulande „Moralisten“ – wie Merkel - ihre eigene Moral als einzig gültigen Maßstab ansehen und diesen Maßstab den realen Gegebenheiten überordnen. Daher resümiert Petry mit einem Zitat aus „Also sprach Zarathustra“: „Die Guten, die waren immer der Anfang vom Ende“.

PROFILES

OCTOBER 3, 2016 ISSUE

THE NEW STAR OF GERMANY'S FAR RIGHT

Frauke Petry is a mother, a scientist, and the leader of the country's most successful nationalist phenomenon since the Second World War.

By [Thomas Meaney](#)



Frauke Petry leads a new populist party that has become Germany's most significant right-wing force since the Nazis.

PHOTOGRAPH BY OLAF BLECKER FOR THE NEW YORKER

You can tell well in advance when Frauke Petry, the leader of Alternative für Deutschland, a burgeoning new right-wing party, is going to give a speech. AfD members put up posters all over a town's main streets declaring, "Frauke Petry Is Coming." As the appointed hour approaches, police assemble, and usually demonstrators, too, protesting against a woman known to her enemies as "Adolfina" and "die Führerin." At bigger events, hundreds show up bearing placards with slogans like "Voting AfD is so 1933," pelting Party leaders with cake. Occasionally, a few of them sneak into Petry's talks.

Petry, who is forty-one, with a pixie haircut and a trim, athletic build, frequently arrives late. She travels continually, often without any immediate electoral aim—the next federal elections won't be till the second half of 2017—but simply to publicize the Party and herself. Like most German politicians today, Petry observes the national moratorium on charisma, but her appearances have the feel of a celebrity tour. Her audiences seem awed, unsure whether it is appropriate to take photographs. But, once someone starts, the room fills with the soft clicks of phone cameras.

Petry sees the presence of protesters as an opportunity to score points. "We're not the sort of people who shut voices out," she tells her audiences. One evening in Landau an der Isar, a small town in Bavaria, she produced a

flyer that had been distributed outside and read it aloud, in the tone of a teacher who has intercepted a note being passed around a classroom: “You believe women should return to the kitchen? You’re against the protection of the environment? You have homophobic, xenophobic, and extreme right-wing tendencies? Then you’ve come to the right place. Thank you for your vote!” Silence filled the hall, and Petry gave a tight smile. “That must have been written by some very gutsy and well-informed citizens,” she said. “Maybe they should come forward and tell us where they got these ideas.” The audience cheered.

A nervous-looking sixteen-year-old with a mop of blond hair shuffled toward the platform. The audience jeered, but Petry motioned for silence and said to the boy, “I’ll give you the microphone for a bit and you can explain to us how you got the idea that women should return to the kitchen.”

“But of course I don’t believe that,” the boy muttered in a deep Bavarian accent. “It’s your people here who do.”

“Now you’re repeating your hypothesis,” Petry said, leaning over him from the stage. “But how do you justify it?” He hesitated in confusion, and other protesters joined him. A teen-age girl began to speak from prepared notes, saying that the AfD denied climate change. “You have to hold the mike closer to your mouth,” Petry interrupted, and then rocked from foot to foot, marking the slow tempo of the girl’s speech. “Your party claims that CO₂ is not dangerous, but how do you explain all the people dying from air pollution in China?” the girl asked.

“I’m a chemist,” Petry said. “The problem is not CO₂—it’s the nitrogen and sulfur oxides that make the smog. So many people make this mistake.” She went on, “Let me ask you a question. If you dissolve CO₂ in water and the temperature rises, will you have more or less CO₂?” It was a trick question that Petry often uses.

“More,” the girl said, meaning CO₂ in the atmosphere.

“Exactly wrong,” Petry said, meaning in the water. She made a dismayed face to the audience. “There’s a huge amount of misinformation out there,” she said. “When you see what’s in their school textbooks, it’s no surprise they believe these things.”

Petry spent half an hour more raking through the protesters’ arguments, expressing concern that Germany’s youth could be led so badly astray and exasperating the students with her pedantry. Both the protesters and the audience were relieved when she finally began her speech.

For decades, the German far right has been a limited force, with easily recognizable supporters—nicotine-stained ex-Nazis in the sixties and seventies, leather-clad skinheads in the eighties and nineties. Petry is something different, a disarmingly wholesome figure—a former businesswoman with a Ph.D. in chemistry and four children from her marriage to a Lutheran pastor. During a month I spent with her this summer as she drove around Germany giving speeches, she drew connections between politics and laboratory science, sprinkled her speech with Latin phrases, and steered discussions about German culture toward the cantatas of Bach.

Petry is not a gifted orator. Her speeches tend to be dull, with ornate sentences and technocratic talking points, and she is more comfortable citing economic studies than discussing the lives of ordinary people. Her manner belies the extremism of the AfD’s views. At the start of this year, Petry said that, in the face of the recent influx of refugees (many of them fleeing the war in Syria), the police might have to shoot people crossing the border illegally. In April, the Party said that head scarves should be banned in schools and universities, and minarets prohibited. Party members called for a referendum on whether to leave the euro; for the expulsion of Allied troops, who have been stationed in Germany since 1945; and for school curriculums that focus more on “positive, identity-uplifting” episodes in German history and less on Nazi crimes. Most contentious of all was the declaration “Islam does not belong in Germany.”

By American standards, especially in the age of Donald Trump, contemporary German politics is decorous and understated. But although Petry's crisp style is in many ways the opposite of Trump's, her rise has similarities to his. She, too, has come late to politics and relishes her outsider status. Like him, she often works by insinuation, fanning right-wing conspiracy theories not merely to stir up grievances but to bind members together with a sense of shared beliefs. Like him, she has been accused of financial improprieties. Like him, she castigates the media for liberal bias but also thrives on media attention. Petry and her colleagues have mastered the art of dominating the news cycle, to the point where a visitor to Germany listening to the radio or reading the newspapers could be forgiven for thinking that the AfD is the party in power.

Two years ago, the AfD won its first seats in regional parliaments. (Petry was elected to the parliament of Saxony, one of Germany's sixteen federal states.) Earlier this year, support for the AfD reached fifteen per cent in national polls, three times more than for any previous right-wing party, and well beyond the five-per-cent threshold required to enter the Bundestag after next year's national elections. In a recent election in Mecklenburg-West Pomerania, where Germany's Chancellor, Angela Merkel, has her constituency, the AfD got more than twenty per cent of the vote, edging Merkel's party—the center-right Christian Democratic Union—into third place. A week ago, the AfD won its first seats in the state parliament of Berlin, traditionally a social-democratic stronghold, in an election that brought the C.D.U.'s worst ever result in the city.

Populist parties have been flourishing across Europe, and are already in power in Hungary and Poland, but a far-right resurgence in Germany is uniquely alarming, both because of its history—the postwar constitution was designed to curb populist influence—and because of its dominant position on the continent. “It's my hope that the future will bring a Chancellor named Petry,” the leader of Austria's Freedom Party recently said. That hope is still far from fruition, but the AfD is already the most successful far-right phenomenon in Germany since the Second World War.

I first met Petry in April at her offices in the Saxony State Parliament, a gray modernist building, in the center of Dresden, which incorporates the ruins of a government office destroyed in the Allied bombing raid of 1945. She was in her pressroom, preparing for the AfD's annual convention and dictating posts for its Facebook page to two assistants. Behind her was a shelf of binders decorated with stickers that said, “Merkel Must Go.” Petry took me to her office, where a biography of Merkel that she'd been reading lay on the floor. “Like me, she's from the East and trained as a scientist, so I can relate with her to some extent,” Petry said. “You get the sense that she's a woman who just fell into things. When Merkel was young, she had no passions.”

When conversation turned to the AfD's rise, Petry said, “You could say we are Merkel's children.” She meant that the AfD owed its popularity to Merkel's announcement, in August, 2015, that Germany would take in anyone who was a refugee. (Last year, 1.1 million refugees arrived.) Merkel argued that Germany's history gave it a moral obligation to respond to the humanitarian crisis. “We can do this,” she said—a call for national solidarity that achieved the opposite. The phrase electrified the German right, which accused the Chancellor of selling out the country in order to burnish her cosmopolitan image abroad. Voters began to flock to the AfD, many of them from Merkel's own party.

Several events this year have exacerbated this rightward turn. On New Year's Eve, in Cologne, roving groups of Middle Eastern and North African men sexually assaulted and robbed hundreds of women as they celebrated in the city center. The German Federal Criminal Police Office drew an analogy with cases of group sexual harassment in the Arab world—the ones that occurred during the Tahrir Square protests are the most famous instance—and the crimes were quickly established in the public imagination as a specifically Islamic phenomenon. In July, there was a weeklong spate of violent attacks, unconnected with one another but involving perpetrators of Muslim heritage: a teen-age Afghan refugee pledging loyalty to ISIS wounded four people with an axe on a train near Würzburg; an Iranian-German gunman killed nine people at a shopping center in Munich; in Reutlingen, a small town near Stuttgart, a machete-wielding Syrian refugee murdered a

pregnant Polish woman at the kebab shop where they both worked; and a Syrian asylum seeker blew himself up outside a night club in the Bavarian town of Ansbach, injuring fifteen people.

The response of Merkel's government, and of most of the German press, has been measured, emphasizing the unique aspects of each attack: the Munich shooting turned out to be a case of right-wing, rather than Islamist, extremism; the kebab-shop murder a crime of passion; the Syrian asylum seeker a psychiatric case. When I spoke to Petry not long afterward, she was scornful of what she saw as a liberal tendency to suppress politically inconvenient truths. "Big German media are always careful about what they report," she said. "Our political opponents absolutely avoid acknowledging the factors of illegal migration and open borders in these attacks." For her, the attacks had a simple explanation: "These people coming into Germany are used to being in completely different social circumstances."

I asked Petry if she had ever met a refugee, and she told me about an official visit she had made to an asylum shelter. "It's true the quality of their rooms was not very good," she said. "But I saw food on the walls, excrement as well—I saw how they behaved. And I thought, This is not going to work." Most of the refugees, she said, were a threat to contemporary German values, such as the separation of church and state and the freedom of the media. Sometimes she justified her views with long discourses on the history of Islam and the European Enlightenment. At other times, she cited Muslim clerics who she claimed agreed with her, or opted for statistics about the failures of integration. But generally she hewed to a kind of populist folklore. "Asylum seekers must appear for appointments in order to have their status reviewed, but they are often late by one or two hours," she told me matter-of-factly. "If you're German and you're fifteen minutes late to a court date, that's it, it's over!" When I asked whether Germany wouldn't need younger workers to service its rapidly aging population—a common argument for a liberal immigration policy—she laughed and said, "To be frank, I don't see young Muslim men wiping the asses of old German pensioners."

Last week, Merkel publicly admitted that her original decision to let in so many immigrants had been a mistake. "If I could, I would rewind time by many, many years so that I could better prepare myself and the whole government," she said. She now believes that her "We can do this" slogan was "almost an empty formula," and sees that she gravely underestimated the challenges involved. This was the climax of months of backpedalling in response to the AfD's electoral momentum and to criticism within her own party. After the sexual assaults in Cologne, she expedited the deportation of refugees who commit crimes and cut a deal with the President of Turkey, Recep Tayyip Erdoğan, to reduce the number of Syrians crossing into Europe. After the recent attacks, Merkel's Interior Minister, Thomas de Maizière, called for a ban on burkas in a wide range of public contexts—an appropriation of the AfD's party line. The government also announced a new Integration Law, which gives the state the power to determine where refugees can live and requires them to learn German and to take classes on the country's history and culture. The underlying assumption—that immigrants don't want to learn the language—is a widespread belief in the AfD, and the C.D.U.'s embrace of it represents an about-face: such programs have been underfunded for years.

So far, this tack to the right has done nothing to halt the AfD's rise, and politicians in other parties have been alarmed at how much power the AfD now has to shape government policy. Kerstin Köditz, a representative for Die Linke, the main left-wing party, who has often clashed with Petry in the Saxony parliament, told me that she thought the Integration Law would prove counterproductive. "People are now under general suspicion until they prove otherwise," she said. "Migrants are deprived of all self-evident fundamental rights, such as the free choice of residence. The law provides them with jobs but pays them only eighty cents an hour. That's not even a tenth of the minimum wage. Second-class citizens are being created—a poor prerequisite for integration."

Some version of the law would have passed even without the AfD, Köditz thought, but the Party's influence had made it harsher. The outcome demonstrated the precariousness of Merkel's position, in a system where coalition governments are the norm. "Will the C.D.U. continue to be a moderate people's party, representing

broad sections of the population?” Köditz said. “If so, then there is a gap to the right, which the AfD can easily occupy. Or will the AfD push the C.D.U. to the right? Then the C.D.U. might start losing votes in the middle but take them away from the AfD. And yet the closer the parties move together, the more likely the AfD is to form some part of the government. It will be only a matter of time.”

One morning in May, at a thermal spa on the outskirts of Munich, I joined Petry as she relaxed before an event at a beer hall downtown. There was a drowsy atmosphere, with pensioners suspended in the pool, exercising in slow motion. Petry had changed into a dark-blue one-piece and a swimming cap. She lowered herself into the water, annexed a lane, and launched into an efficient breaststroke. I hung back, splashing around aimlessly with a businessman named Wilfried Biedermann, an AfDer who organizes Petry’s Bavarian appearances. His duties had somehow included bringing an extra Speedo for me to wear. After forty laps, Petry signalled that she had finished. As she got out of the pool, she pointed to a sign warning swimmers of the deep end—in German, French, English, Turkish, and Arabic. “Really, Arabic, too, now?” she said, smiling.

We made for the hot pools, and Petry positioned herself in front of a jet of water, while Biedermann fiddled with the controls. “That’s one thing they did right in the East,” he said. “They trained you to be real athletes.”

“No, I wouldn’t say that,” Petry said. “They wanted me to be a gymnast—I had the right body for it—but I wasn’t going to be in their circus.”

Petry was born in Dresden in 1975. Her mother was an industrial chemist, and her father was an engineer who was unhappy under Communism and tried to escape to West Germany three times, finally succeeding in 1989, just before the Berlin Wall fell. The rest of the family joined him soon after, settling in a small town near Dortmund. “There’s a cruel stereotype of Easterners coming to the West and taking advantage of everything,” Petry told me. “I pretty much fit that.” In her teens, she took after-school language courses and singing classes, and made extra money playing the organ in church on Sundays.

In high school, she met her future husband, Sven Petry, and played in his father’s church. “He comes from a line of something like four or five generations of pastors,” Petry said. “I fell in love with him for his brain. He wanted to study chemistry, like me, but I thought one chemist was enough for the family. We agreed he would study theology.” Keen to perfect her English, Petry got a bachelor’s degree in chemistry in the United Kingdom, and moved back to Germany in 1998. She and Sven pursued Ph.D.s in Göttingen, where their first two children were born. Later, Sven became a pastor in a small town near Leipzig, where they had two more.

In 2009, Petry won a competition for entrepreneurs and invested the prize money in a chemicals company she had just started with her mother. The company didn’t grow fast enough to repay its debts, and after five years Petry declared personal bankruptcy—which is far more uncommon in Germany than it is in the United States. She was sued by creditors of the business; the case was eventually settled, but journalists still delight in speculating about the state of her finances.

While the company was struggling, Petry’s mother read on the Internet about a new political party called Electoral Alternative 2013. “It was about the euro, family policies, and energy, and it demanded more direct democracy,” Petry recalled. The Party, which soon changed its name to Alternative für Deutschland, had been founded by a group of economists and journalists who felt betrayed when Merkel broke a promise not to bail out Greece. Petry contacted the founders and helped set up an office in Leipzig. The Party’s leader, Bernd Lucke, was a mild-mannered free-market economist, whose agenda was based on a conviction that the euro was unsustainable as a currency. Other Party founders, however, wanted stronger restrictions on immigration, and soon more people were joining for anti-refugee reasons than for euro-related ones. Petry felt that Lucke was failing to adapt to the concerns of the membership, and at last year’s Party conference she seized control.

Her accomplice was a Party leader from North Rhine-Westphalia named Marcus Pretzell, with whom she is now in a relationship. The pair, who have divorced their previous spouses, are inseparable, courting publicity at

every turn, and their relationship has become tabloid fodder in a way that is a novelty in German politics. The Petry-Pretzell phenomenon complicates Petry's long-established image as a figure of maternal wholesomeness; where she once bounced children on her knees at Party meetings, she is now more likely to be found on motorboats, in hotel bars, and at summits in the Alps. Her glamorous transformation has aroused suspicion and opprobrium among the Party's rank and file, but many forgive it. Several AfDers I spoke to expressed pride that the Party now had a clever, starchy member of the meritocracy who can take on the élites of the establishment parties.

At the conference, Petry and Pretzell filled the hall with their supporters, who shouted Lucke down when he exhorted the Party to shed its extremist image. Petry's faction then riotously applauded her speech, which asserted that the AfD existed beyond conventional political categories and should ignore what outsiders thought of it. A few hours later, a vote established Petry as Lucke's replacement.

When I met with Lucke, he characterized Petry not as an ideologue but as an opportunist. "A new party attracts all sorts of people who see a new professional future in an otherwise unsuccessful career," he said. He told me that he first suspected her motives when she refused to help him quell wild conspiracy theories that were circulating on the Party's fringes—for instance, that Germany was not actually a state but a registered company on the Frankfurt Stock Exchange. Petry didn't want to risk losing votes by disavowing the rumors. "I was starting to realize that she would do anything to keep her position in the Party, even if she didn't herself believe in it," Lucke said.

Petry's tendency to temporize may be a crucial asset, according to Hajo Funke, an expert on Germany's far right who has just published a book, "On Angry Citizens and Arsonists," about the AfD. The party she presides over, he explained, is fundamentally split. On one side there are moderate members, for whom the AfD is basically a protest vote; on the other is what he called a "dark core" of true believers—people like Björn Höcke, a former history teacher who has said that the "reproductive strategies" of Africans are diluting the ethnic-German population. Petry had been a link between the two wings, Funke said, but now she was vulnerable, because the dark core had succeeded in moving the AfD even further to the right. "The Party is in the hands of radicals now," he said.

Every Monday in the city of Dresden, a few thousand nationalist protesters take to the streets for what they call an "evening stroll." One week in April, I joined them. Skinheads marched alongside elderly people and gentle-looking fathers in fleeces trying to keep overtired children in line. Banners with Angela Merkel's face filled the streets: there was "Fatima Merkel," in a head scarf, and "Adolf Merkel," wearing a Nazi armband but with a euro symbol in place of a swastika. "Homeland, Freedom, Tradition!" the crowd chanted. "Ali Go Home!" The protest is the work of a movement called PEGIDA—an acronym that stands for Patriotic Europeans Against the Islamization of the West—which arranges similar demonstrations across Germany. It is not officially allied with the AfD, but the groups share many supporters.

I was puzzled to see among the placards a yellow pennant with a picture of a brown leather shoe. "It's the Union Shoe," an excited voice behind me said. "The symbol of the Peasants' War of 1524!" I turned to find a small blond man in his forties. He introduced himself as Andreas Kucharicky, and took me to meet the men holding the flag—colleagues of his at a construction-equipment firm where he is an engineer. I asked them if they joined in PEGIDA's strolls every week, and they said that Kucharicky did. We caught sight of a placard with Petry's face, beaming angelically. "That's Frau Doktor Petry," Kucharicky said. "That's who we want for our next Chancellor."

We marched out of the Old Market Square onto the main avenue in downtown Dresden. "This is where the Communists had their big parades," Kucharicky told me with satisfaction. I asked when he began to think of himself as a nationalist, and he told me about a protest in 1999, to commemorate the victims of the Allied

bombing of Dresden, half a century before. Police broke up the march, because of neo-Nazi involvement, and Kucharicky was appalled. “Germans trying to remember Germans being arrested by Germans—it made no sense,” he said.

As we marched, Kucharicky pointed to some teen-agers outside a McDonald’s and said, “They just sit there while the nation slips away from them.” He was disgusted that so many of his countrymen were immune to the tug of patriotism, and called Merkel “the Germany abolisher”—a newly popular term derived from a right-wing tract titled “Germany Abolishes Itself,” by Thilo Sarrazin, a member of the executive board of the German Bundesbank. The book, which appeared in 2010 and sold more than a million and a half copies, argues that everything from high immigrant crime rates to low test scores among Muslims could be partly traced to genetic factors.

The success of Sarrazin’s book revealed an important shift in public opinion. For decades, Germany was proud of not being proud—of confronting its past openly and of accepting the principle of collective guilt. It developed a political identity based on allegiance to the laws and norms of the state, rather than on any cultural or ethnic sense of Germanness. As a result, patriotic displays that would be uncontroversial in other countries, such as flying the national flag or saying that you love your country, were taboo in Germany. But, as the memory of the Third Reich recedes and the last generation of perpetrators and victims dies out, the nation has begun to see itself differently. The AfD is attracting voters, like Kucharicky, who want Germany to become a normal country again, with an unashamed sense of nationalism.

In the weeks that followed, I struck up a correspondence with Kucharicky. His e-mails gave me his nationalist perspective on current events: he used the word *Vaterland* without irony. In some ways, he seemed like a typical AfD supporter. On the other hand, as I discovered, there is no truly typical AfD supporter, because the Party attracts voters who have a wide range of concerns and grievances. At town-hall meetings, conferences, white-sausage breakfasts, dinners, and late-night carousels, I encountered many types. I met a doctor from Kiel who had come back to Saxony to reclaim ancestral land confiscated by the Communists; I met a middle manager for Mercedes who had had to seek medical attention for his heart when he learned of Merkel’s bailout of Greece; I met a Vietnamese-German man who joined the AfD because it was the only party that talked about the global influence of the C.I.A.; I met a trainee pilot for United Airlines who admired Trump and had decided that the AfD was the closest German equivalent; I met a quiet architect who thought that most of the Party was unhinged but still joined, because it was right about the economy. I met very few women. (The membership is eighty-five per cent male.)

In April, soon after the AfD issued its statement that “Islam does not belong in Germany,” Aiman Mazyek, the head of the Muslim Central Council, publicly compared the Party to the Nazis. He invited Petry to exchange views at a summit meeting in Berlin. Other Party leaders sensed danger, but Petry accepted.

Surrounded by the German press corps, Petry and Mazyek, a sturdy forty-seven-year-old former media consultant, met in a boardroom on the second floor of the Regent Hotel. The discussion escalated when Petry accused Mazyek of wanting to impose Sharia law on Germany, a popular but unfounded claim. In response, Mazyek produced what he said was a gift—a giant copy of the German Basic Law, which was drafted in 1949, under Allied supervision. Mazyek had put his signature next to Article 4, which guarantees religious freedom.

Petry was in a bind. If she rejected the gift, she would be disrespecting the German constitution; if she accepted it, her supporters would say that she was capitulating to the caliphate. She got up, rushed out of the room, and told reporters that she would hold a brief press conference in the hotel’s lobby. Mazyek held his own press conference, and journalists had to choose which one to attend. Most followed Petry. “I asked Mr. Mazyek whether he would approve of marriages between Christians or atheists with Muslims,” she announced. “He could not give me a guarantee that Islam does not dominate these relationships. We came here for guarantees and we got none.”

As damage control, Petry's words were more or less effective, but she clearly realized that the meeting had been a mistake. "On Facebook I said we taught him a lesson," she admitted to me afterward. "But no one was able to teach anyone a lesson. It was a good play on his part." Mazyek, when I asked him about it later, admitted to an element of showmanship. "We did not go into the meeting with any expectations but approached the AfD in the hope of raising awareness about its unconstitutional agenda," he said. The ploy had succeeded in showing that "the AfD is not capable of having democratic discussions."

He went on, "The AfD uses the refugee crisis to foment a propaganda of fear in the minds of its followers. Insults and daily Islamophobia have led to the desecration of houses of worship, and bullying in the streets." According to an estimate by the German Interior Ministry, violence against foreigners increased by more than forty per cent last year. There were six hundred and sixty-five assaults on asylum shelters—an average of almost two a day—including fifty-five cases of arson, and there were more than a hundred attacks on individuals.

The most notorious attacks have been in Saxony, Petry's state. At the start of this year in Chemnitz, neo-Nazis beat and trampled a thirteen-year-old Tunisian girl. In Bautzen, a small town close to the Czech border, a large crowd cheered when a refugee shelter went up in flames. In Clausnitz, another crowd attacked a bus transporting refugees to a shelter.

The attacks take place in a sinister atmosphere of municipal complicity. The police keep interventions to a minimum, and prosecutions are rare, in part because few witnesses come forward. In one town, after the home of an immigrant family was firebombed, a volunteer fireman who helped fight the blaze was later discovered to have thrown the Molotov cocktail that started it.

In the economically stagnant, mostly Eastern, towns where anti-immigrant feeling runs highest, hatred of the new arrivals has not prevented people from taking advantage of their presence. The government has invested millions of euros in housing for refugees, which local interests have welcomed as a rare form of economic stimulus. The Clausnitz attack was led by an AfD supporter named Frank Hetze, whose brother, another AfD member, turned out to be the director of the shelter. It later emerged that the Hetze family business, a metals factory, had sold shipping containers to a refugee center in Leipzig, which used them for temporary accommodations.

The day after the Clausnitz attack, Petry gave a press conference in which she blamed refugees on the bus for inciting the violence. "The incoming refugees were making unsightly gestures—possibly obscene gestures," she said. When asked about the involvement of AfD members, she said that the matter would "need to be further researched." Later, when I said that the AfD affiliation of the attackers was well established, she became flustered. "That's not true!" she kept saying. "There were no AfD members connected with any of the attacks, or whatever you are calling them."

When I asked if AfD rhetoric contributed to the violence, she said, "Typical German journalist question!" Her voice took on a steely hauteur. "The first question you have to ask is what is causing so many cases of breaking the law in Germany," she said. "Of course masses will get out of control. Most of the Saxon protesters stay peaceful, but these are never talked about." She began to speak faster and faster. "We have to distinguish between the causes and the symptoms," she said. "In order to get rid of the symptom, you have to get rid of the problem." After all, if there were no immigrants there would have been no protests.

Last winter, I took the first of a number of trips to Berlin's main center for processing refugees, not far from where I live. It is in Moabit, a former working-class neighborhood that is now gentrified. The center—called LAGESO, an acronym, in German, for State Office for Health and Welfare—is in a bureaucratic slab of concrete occupying a city block across from a small park. Next to the main building, there is an empty lot with two large makeshift tents where people wait for their appointments. There are guards out in front, but no one ever tried to stop me from going in.

Each tent had a wood-plank floor and benches around the perimeter. Berlin winters are very cold and damp, and families clustered near large white ducts that piped in warm air. The men paced back and forth, nursing giant plastic cups of tea or bottles of mineral water that had been handed out. The tents filled up throughout the day, as buses arrived with exhausted-looking asylum applicants from camps outside Berlin. My eyes were drawn to people's shoes. Some were nearly falling to pieces, from the journeys that had been taken to get this far. Others were new and shiny—recent purchases by those with connections in Berlin or access to a bank account.

I met a gangly eighteen-year-old from Aleppo named Muhammed Fateh. He was leaning against one of the warm-air ducts, drinking tea. He had braces on his teeth that had worked themselves crooked, and wore track pants and a sleeveless T-shirt. He told me that he and his father had left Aleppo during the Russian bombing campaign in January. Initially, they took cover in a nearby village. When they returned to their house, they found that it had been destroyed. "It was unbelievable," he said, sweeping his arm across the tent. "It was gone, gone, gone." But his tone was nonchalant, as if he were referring to something much milder, like a car accident. He didn't want to burden me with all the details.

Fateh spoke decent English, wincing when he thought he'd mispronounced something. He was impatient to begin learning German, and confident that he would find a place in a German school. Assimilation seemed to present few challenges for him. But his father appeared crushed. He lay on the floor, staring at the metal beams of the tent. A relative of theirs hovered nearby, looking warily around and examining the bottles of water to see if they had been tampered with. Fateh periodically glanced over at them with concern. When I asked him what their future in Germany might be, he shrugged.

I spoke to Cemile Giousouf, a politician who is a rising star of the C.D.U. and is well placed to understand the position of people like Fateh. Thirty-eight years old, she is of Turkish descent and the first Muslim member of the C.D.U. to enter the Bundestag. Looking around her office there—a shrine to multiculturalism, adorned with Islamic, Christian, and Jewish iconography—I wondered how she would defend her party's burka ban, which had been proposed a few days earlier. Her answer showed how valuable she is to a party that has traditionally had little in the way of multicultural bona fides. "When my parents came to Germany, in the seventies, my father worked in a factory," she said. "He never learned German. I still have to translate letters for him when I'm home. But German wasn't as necessary for the work he was doing as it is for the work we need immigrants to do now. I'm talking about nurses, I.T. programmers, and so on. You need to know German to do these jobs, and so we need people to integrate more quickly. We can't afford to wait a whole generation."

The last time I met Petry was in August, back at the Saxony State Parliament. When I arrived, she was standing in a glass atrium, speaking sternly to a group of advisers—all men, all much taller than she was, and most at least a decade older. She looked like a young Renaissance prince consulting with his courtiers. She was complaining about the latest machinations of one of her AfD rivals, a favorite topic. We moved to a pressroom, where Petry addressed a handful of journalists about the AfD's budget policy. Her speech was, as usual, boring, but its dullness muted the radicalism of her proposal—to defund asylum shelters and put the money into teachers' salaries.

Afterward, in her office, we talked about the AfD's connections to other populist movements. She has established close ties with Heinz-Christian Strache, the leader of Austria's Freedom Party, and has also met with Geert Wilders, the star of the Dutch far right. She told me that a colleague had recently met with Marine Le Pen, of France's Front National, and that over the summer she had spoken to various American Republicans, including the Iowa congressman Steve King, who has compared immigrants to dogs and suggested building an electric fence on the U.S. border with Mexico. When I asked her what she thought of Donald Trump, she said, "My impression is that Trump may become the American President, because the alternative to him, Hillary Clinton, is just so unconvincing. She is almost like a copy of someone like Merkel—someone who just keeps on with the same policies that led to the trouble in the first place." She admired the American willingness to take risks: "It might not be better under Trump, but at least with him there is the chance to change."

She thought that German politics was more weighed down by liberal pieties. “It’s so moral to allow these attacks to happen,” she said sarcastically. “It’s so moral to promise to people around the world that they can come to Germany and find paradise.” She found this outlook anti-democratic, disdainful of the views of ordinary Germans. “I myself am not morally good,” she said. “I’m just a human being. I try to stick to the rules. And I think there is a majority of Germans who agree with me. So, reducing the entire Enlightenment and all of the successes of European history down to this need to be morally good: I find that extremely dangerous. There’s this saying of Nietzsche”—she took out her phone and pulled up the quote almost instantly. “Here it is, in ‘Zarathustra’: ‘The good have always been the beginning of the end.’ ” ♦

Thomas Meaney, a writer and a historian, is working on a book about American thinkers and decolonization. Next year, he will be the Einstein Fellow in Potsdam, Germany.

This article appears in other versions of the October 3, 2016, issue, with the headline “Germany’s New Nationalists.”

148,71

Le Figaro.fr

vendredi 30 septembre 2016 - 19:16 UTC +02:00

Mon Figaro

Natacha Polony: «Identité: Mélenchon contre ses amis»

Polony, Natacha

LA CHRONIQUE DE NATACHA POLONY - En s'emparant du thème de l'identité, Jean-Luc Mélenchon s'est attiré les foudres de plusieurs personnalités de gauche.

C'est un sujet interdit, mais pourtant omniprésent. Il y a ceux qui le subissent et tentent de s'en dépêtrer. Alain Juppé, et son «identité heureuse», François Hollande et sa formule abstraite en forme de pirouette: «La France, c'est une idée bien plus qu'une identité.» Toute identité n'est-elle pas une idée, complexe et mouvante, somme de symboles et de récits? Peu importe, puisqu'il s'agit seulement de clore le débat à peine ouvert. Il y a ceux, enfin, qui sont plus cohérents. Prononcer le mot, c'est risquer l'excommunication. C'est aller sur le terrain de la «droite identitaire», s'engager sur la pente qui mène aux «années 1930» et autres «heures sombres de notre histoire».

Voyez Jean-Luc Mélenchon. Tout à coup, un homme de gauche décide de relever le défi lancé par Nicolas Sarkozy ou par la trop fameuse «ligne Buisson». Ou plus précisément, le défi du réel, depuis que l'assassinat de dessinateurs libres-penseurs par des jeunes Français à l'obscurantisme revancharde nous a rappelé qu'un tampon sur une fiche d'état civil ne résume pas une existence humaine. Débattre de l'identité? Chiche.

Mais les ligues de vertu médiatico-politiques veillent. Après Jean-Pierre Chevènement, après Michel Onfray, un nouveau banni. Jean-Luc Mélenchon n'est plus tout à fait de gauche! Aussitôt, le porte-parole du PCF, Olivier Dartigolles, publie un texte comme on lance un exorcisme. Et pas sur n'importe quel support. Sur Mediapart, là où Edwy Plenel dénonce le «racisme d'État» et explique que le burkini est un vêtement comme un autre. Olivier Besancenot, de son côté, joue l'air de la «pente fatale»: parler souverainisme, nation et frontière, conduit inévitablement à refuser la liberté de circulation et d'installation. Oui, à l'heure de Calais, des longues files de migrants et des milliers de navires fantômes en Méditerranée, on peut défendre les grandes migrations et croire que tout se passerait bien si les Européens n'étaient pas si frileusement attachés à rester maîtres de leur territoire.

Depuis la fin des années 1970, depuis que le PCF a cessé de dénoncer l'instrumentalisation de l'immigration par le patronat pour organiser le dumping social, on ne peut plus prononcer le mot nation, à gauche ou sur l'audiovisuel de service public, sans être taxé de fascisme. Ces gens-là croient qu'il peut y avoir fraternité des prolétaires quand ils sont fragilisés dans ce qu'ils ont de plus intime, leur culture et leur mode de vie. Ils ne comprennent pas qu'il n'y a plus de lutte sociale quand il y a des revendications communautaires, et qu'il n'y a plus d'émancipation quand on nie le substrat historique sur lequel s'appuie la lutte pour l'émancipation.

Interdit, donc, le débat sur l'identité de la France, sur le message qu'elle peut délivrer à ses enfants, venus d'ici ou d'ailleurs. Interdite, l'idée même d'un récit national. Pourtant, on objectera qu'il devrait être possible de porter un récit national qui ne soit pas celui d'une France uniquement chrétienne fondée par la monarchie de droit divin. Un récit national qui soit au contraire celui d'une France héritière de la Grèce et de Rome, passée, certes, par le christianisme médiéval, mais aussi par l'humanisme et les Lumières ; celui d'une France qui a lutté contre l'emprise du religieux sur la société jusqu'à communier joyeusement dans l'irrévérence et les «gauloiseries» ; celui d'une France ancrée territorialement, dessinée par ses paysages et ses climats, et pourtant

magistralement universaliste. La France des cathédrales, certes, mais aussi des jacqueries, celle de Valmy et de 1848, celle à la fois de Rabelais, de Racine et de Victor Hugo.

Mais ce récit-là ne plaît pas non plus à ces gens qui se prétendent de gauche. «Et celle des vagues d'immigration du XXe siècle?» vous répond-on. Oui, ce récit-là, fait de la Révolution française, de la République et du Front populaire, celui de la sublime chanson de Jean Ferrat *Ma France*, porte le même péché originel que le récit contre-révolutionnaire des nostalgiques d'une société d'ordre: il préexiste. Jean-Luc Mélenchon-Patrick Buisson: même combat. Vouloir transmettre à de jeunes Français venus d'ailleurs ce que fut la France pour qu'ils en perpétuent la grandeur, c'est déjà leur imposer un intolérable diktat, celui de s'intégrer, celui de respecter autre chose qu'eux-mêmes.

Chez les adeptes paradoxaux du métissage et de la diversité (concepts légèrement contradictoires...), certains sont «issus de la diversité» et d'autres non. La France, ce n'est pas la diversité. Ces gens-là n'ont jamais lu George Orwell et sa défense d'un patriotisme propre à préserver la culture des classes populaires de l'uniformisation culturelle et technologique, qu'il pressentait déjà. Ils détestent les récits, parce qu'ils détestent l'humain, sa complexité, ses aspirations. Ils lui préfèrent une idée. Pas même une idée de la France ou de l'Homme. Une idée d'eux-mêmes comme de gens bien. C'est si rassurant.

• [THE SATURDAY ESSAY](#)

Europe Needs Its Realist Past

The founders of the European Union were hardheaded pragmatists—and their wisdom could help today’s leaders handle Putin, migration and Brexit

By **WALTER RUSSELL MEAD**

Sept. 30, 2016 2:56 p.m. ET

As Europe’s troubles deepen and pose more of a threat to the vital interests of the U.S., Americans are recycling their tried and tested critiques of the European Union: It is too statist and bureaucratic. Its instincts are too protectionist. Its decision-making bodies are too slow and secretive. EU foreign policy is too naive, too feckless about defense and security. The problem with Europe, in a word, is that it is too European.

But the EU isn’t in trouble today because its leaders are “too European.” The EU is in trouble because its leadership isn’t European enough. It is time for the continent to return to the tradition of realist politics that gave rise to its modern union in the first place.

It is easy today to forget just how hardheaded the original architects of Europe’s postwar drive for integration actually were. Charles de Gaulle of France, Konrad Adenauer of West Germany and Alcide De Gasperi of Italy were conservative nationalists whose vision for Europe reflected the bitter experiences of two world wars and a failed peace.

In its origins, European unity was an unsentimental exercise in geopolitics. Germany and Italy saw it as a way to reintegrate into the world after the disaster of fascism. France saw a coalition with a defeated and partitioned Germany as a way to cement its power in Europe and to strengthen its global reach. All these governments saw European unity as a way to keep the Old World as independent as possible from both Moscow and Washington. “Europe will be your revenge,” Adenauer told de Gaulle after the humiliation of the Suez crisis in 1956, when the U.S. forced France and Britain to back down from a joint campaign with Israel against Egypt.

These leaders did not think that submerging their national histories and identities in a cosmopolitan, post-national Europe was either possible or desirable. They supported Europe because it seemed to be the best way forward for the peoples they led. For its part, the U.S. backed the project because a united Western Europe offered the best hope to stop communism in the short term and to prevent the recurrence of major European wars farther down the road.

It was a farseeing generation of European leaders, and their insights proved to be right. A stronger, more united Europe kept the Soviets at bay (and limited American power) while serving the national interests of the nations who founded it.

But none of these leaders thought that they were building—or wanted to build—a cosmopolitan superstate, the aspiration of many Europeans today. And each of them was deeply concerned about building up his own military forces (including, in de Gaulle’s case, nuclear weapons). The Soviet threat kept European minds concentrated on the hard facts of power.

Even after the passing of postwar Europe’s founding generation, hard power and hard thinking still played a role in the continent’s politics. West German Chancellor Willy Brandt’s embrace of Ostpolitik—that is, an “eastern policy”—in the 1970s was a classic example of subtle and visionary statesmanship. It entailed, among things, the opening of the Warsaw Pact and the U.S.S.R. to trade and exchanges with West Germany, thus helping to weaken Soviet power, undermine the East German Communist Party and shift Eastern European economies and societies toward the West. During the 1980s, two German chancellors—Helmut Schmidt and Helmut Kohl—resisted immense public pressure in order to back President Ronald Reagan on the deployment of short-range nuclear missiles to counter the Soviet buildup.

Europe’s distinctive history—of powerful, competitive states developing a common civilization—gave the continent a complex and subtle tradition of statecraft. That tradition provided de Gaulle, Adenauer and their peers with the political ideas and diplomatic skills to achieve their goals.



U.S. President Ronald Reagan and West German Chancellor Helmut Kohl pose for photographers after talks at Winfield House, London, June 7, 1984. *PHOTO: RON EDMONDS/ASSOCIATED PRESS*

European statesmen of this era scoffed at American optimists like Eleanor Roosevelt, with her postwar confidence in the swift approach of a terrestrial utopia regulated by international law. They chided such naifs for their superficial approach to world politics—for neglecting the realities of hard power, on the one hand, and for dismissing the fateful and decisive influence of national culture, on the other.

Since the end of the Cold War, these traditions of statesmanship have faded, and the continent that gave Machiavelli to the world has embraced instead the spirit of Woodrow Wilson. When Wilson proposed his Fourteen Points after World War I, the French Premier Georges Clémenceau mocked them, noting that “God himself had only 10.” Today, however, Wilson’s vision of a liberal world order regulated by global institutions has become the basis of European policy.

It isn’t working, and the EU is in the midst of its most serious crisis in a half-century. Beset by enemies abroad and rivalries within, buffeted by economic and cultural forces that its feeble institutions cannot master, riven by clashes of interest and values that pit north against south, east against west, the EU is being tested as never before.

To overcome these problems, Europe needs to return to its roots and recover the realistic statecraft for which it was once celebrated and esteemed.

The recovery must begin with geopolitics. With the demise of the Soviet Union, Europe’s leaders no longer saw themselves as building fragile structures of order in a dangerous world of rival powers. To their minds, the age of universal peace had come. For reasons of democratic idealism and European solidarity, they promoted the expansion of the EU into former areas of the Warsaw Pact and the U.S.S.R. But in the excitement of building a larger EU, few of them considered how these policies would affect the continent’s relationship to Russia.

De Gaulle or Adenauer would have known better. Since the time of Peter the Great, Russia has insisted on its right to influence key European decisions that affect its own economic and security interests. Any European leader of the last three centuries would have understood, without being told, that to attempt to exclude Russia from the most important economic and political questions in Europe was to invite war.

For the clueless technocrats who made European policy in the 1990s, however, Russia was inconsequential—economically moribund, still stunned by the Soviet collapse and ruled by the increasingly pitiable (and often drunk) Boris Yeltsin. Russia, they assumed, could do little more than protest against EU and NATO expansion in the 1990s. But stunned isn’t dead, and the inevitable Russian recovery began.

Russia is not (yet) the kind of power that the Soviet Union was, but today’s EU lacks the political, economic and military wherewithal (to say nothing of the determination and will) to impose its European vision on Russia. This isn’t just about Vladimir Putin. No Russian leader could quietly accept the existing European architecture, which is a standing challenge to a range of Russia’s historic interests.

During the Cold War, European leaders prided themselves on possessing a more sophisticated and nuanced reading of Soviet intentions than the Americans, but over the past decade, they have been as slow as President [Barack Obama](#) and Secretary of State [John Kerry](#) to grasp Russia’s intentions. On both sides of the Atlantic, leaders have been unable to understand that Mr. Putin sees the world through geopolitical, rather than liberal internationalist, spectacles. Mr. Putin has consistently outmaneuvered and outfoxed both the EU and the U.S. Even with its much weaker hand, Russia has forced NATO and the EU to conform to its movements and play the game on its terms.



President Charles De Gaulle and German Chancellor Konrad Adenauer leave the Cathedral in Reims, France, on July 8, 1962. *PHOTO: KEYSTONE-FRANCE/GAMMA-RAPHO/GETTY IMAGES*

A more credible European response to Russia would proceed on two fronts. In the first place, Europe must offer stiff resistance (from sanctions to security assistance) to Russian attempts to expand its influence and also reduce its own dependence on Russian energy. At the same time, however, Europe should open talks with Russia, inviting deeper participation in European institutions if (and only if) Russia moves closer to European values.

Another critical piece of the European legacy that the EU has discarded is the idea of the nation-state, one of the continent's greatest and most powerful political inventions. The nation-state emerged as a way to bind millions of people together into a moral and political community, based on bonds of culture; it was meant to create solidarities and loyalties that could transcend regional and class divides.

The post-nationalist leaders of post-Cold War Europe thought that they would strengthen the continent by marginalizing nationalism and embracing the goal of a pan-European superstate. They were wrong, and the result of their error is visible today in the resurgence of nationalist tensions in reaction to the EU's overreaching.

The original architects of European integration did not think that the nation-state was outmoded. For de Gaulle, Adenauer and De Gasperi, the nation-state (whatever its faults and limits) remained the indispensable foundation for European and world order. No other political entity possessed the necessary democratic legitimacy or effectiveness in action.

As de Gaulle would have predicted, a pan-European government conducted at a great remove from the peoples of Europe lacks the political support to be strong. Worse, it has lost sight of the importance of culture to policy-making, a failure that is visible, above all, in the single most disastrous European initiative since World War II: the euro.

Centuries of European history counseled against this experiment, but the proponents of the euro were technocrats who could only see the abstract logic of a single currency. They scoffed at the idea that money might play different roles across the continent's varied cultures—roles that, as we have seen, could not be easily eradicated.

Germans tend to think of money as an objective measure of worth; they recoil at the notion that government would interfere with the value of money to achieve political or economic goals. For the Italians and the French, by contrast, monetary adjustment is the obvious way to handle economic problems and to redress social inequities. The euro ignored these (and many other) profound national differences. As a result, it has inflicted monumental economic pain on much of the continent. Administered by an unelected, transnational committee, it also has undermined public confidence in all of the EU's institutions.

On migration, Europe has fumbled as badly as it has in managing its money. This is a colossal failure, brought about by a synthesis of cultural blindness and geopolitical fantasy.

Just as Europe's leaders have discounted the geopolitical dimension of their relationship with Russia, so too they have ignored the gathering storms to their south and east. The combination of demographic explosion, authoritarianism and state failure in much of the Middle East, North Africa and sub-Saharan Africa ensures that wave after wave of desperate people will knock on Europe's door for the foreseeable future. Syria is the tragedy of the moment, but developments in Turkey, Egypt, Pakistan and elsewhere could just as easily send new masses of refugees and migrants across the Mediterranean.

With anti-immigrant feeling growing across the continent, even as the wave of migrants threatens to grow, the EU is unable either to manage the flow or address its causes. Europeans are deeply and bitterly divided today about how to handle this unprecedented flow of refugees and migrants, but the problem isn't going away.

Europe must regain control of its frontiers; its citizens must believe that their union can prevent an unending flow of migrants across the sea and over land. This means more naval power in the Mediterranean and expanded surveillance of Europe's frontiers. It also means building up European hard-power capacities (including intelligence and military options) to better manage events in North Africa and the Middle East that affect vital European interests.

Taken together, these many challenges are formidable indeed, but the postwar architects of the continent's union faced worse. The European tradition of statecraft and diplomacy developed in a world of ideological strife and bloody warfare. An intelligent return to that tradition offers Europeans a way forward. But it won't be easy. Much of the European project as developed since the revolutions of 1989 needs to be rethought, and some of it needs to be dismantled.

In the first place, Europe must recover its traditional appreciation of hard power. No major European country spends anything like enough on defense. The bureaucratic-legalistic mind-set that now reigns in Brussels will have to be modified. In matters of diplomacy and security policy, today's permanent European councils and parliaments will have to yield to more flexible arrangements based on the prerogatives of national governments.

To recover its élan and continental identity, Europe needs to stop pretending that history is over—that the stark old realities of international politics have given way to irresistible liberal progress. Europe must instead embrace the national states and cultures at its historic heart and exploit their creative power; it must rebuild its military capacities; and it must proceed with a clear-eyed focus on European interests in a dangerous world.

Such an EU—decentralized and outward-looking—might persuade British voters to reconsider Brexit. At a minimum, it would command Britain's respect and draw it into deeper cooperation on military and political responses to the continuing crises to Europe's east and south.

None of this will tear Europe apart or make it less European. Europe will become stronger even as it becomes truer to its own roots. De Gaulle called it a "Europe of fatherlands" (*Europe des patries*), and it will be more capable, respected and durable than the papier-mache facade of power that the bureaucrats and jurists have labored so industriously, but so vainly, to build in Brussels.

Mr. Mead is a distinguished fellow at the Hudson Institute in Washington, D.C., a professor of foreign affairs at Bard College and editor at large of the American Interest.

Europe marches the wrong way on defence

Member states should meet the obligations of the club they are in



British servicemen take part in joint military exercise outside Tbilisi, aimed at training Georgia's military for participation in the Nato Response Force

European leaders are searching for a fresh spur to the EU's integration project in the wake of the Brexit vote.

Their most visible effort was on show at this week's meeting of defence ministers in Bratislava, where the bloc sought to revive the idea of forging a common military.

Grand visions of a [European "defence union"](#) are hardly new. But for all the bravado on display in the Slovak capital, the EU's plan is the wrong place to start.

A future in which a pan-European military protects the continent has been a dream of leaders for decades. If they have made scant progress towards that goal, it is in large part because of the British. The UK has long viewed any push for the union to have its own operational headquarters as an unnecessary distraction that would undermine the primacy of Nato.

Clearly, many Europeans now think the Brexit vote has created a [fresh opportunity](#). Federica Mogherini, the EU foreign policy chief, has said that recent events create "the political space today to do things that were not really do-able in previous years". This includes plans to set up a permanent EU headquarters to oversee the shared military assets of EU members, and a Franco-German proposal to integrate forces between willing countries.

Such plans are little more than gesture politics that will never see the light of day. There are three reasons for this.

First the eastern European states will never back them. As they contemplate Moscow's incursion into Ukraine and the unpredictability of Vladimir Putin, Russia's president, the EU's eastern states look first and foremost to the US and Nato's hard-edged military power to defend their interests. The creation of a common EU military force would needlessly duplicate Nato's activities.

A second reason why an EU military force would be of little value is that it would be too small to have any serious effect. As the Nato-led operation over Libya showed, even Europe's big military powers, France and Britain, cannot conduct a major operation without the US doing the heavy lifting.

The third reason is that the EU's member states have been too divided on too many policies to unite in an area as sensitive as military operations. Anyone who has studied the disagreements within the eurozone over recent

years could be forgiven for wondering how realistic it is to think member states will accept their troops being commanded from Brussels.

There are areas of defence policy where the EU can work with greater resolve. The bloc needs to do far more in what Nato calls “smart defence”, eliminating unnecessary duplication in procurement, filling capability gaps and pooling resources for research and development.

The EU also has a valuable role to play in areas of engagement where Nato’s interests are less pronounced, such as humanitarian work.

But what Europe does not need is another layer of centralised military. It is far more important that its members spend more on military capabilities. Russia spends 5 per cent of its gross domestic product on defence. By comparison, the [EU average](#) is 1.4 per cent, and is \$100bn below Nato’s annual target. More than 70 per cent of Nato’s bills are covered by Washington, a situation that US politicians are [justifiably concerned](#) about.

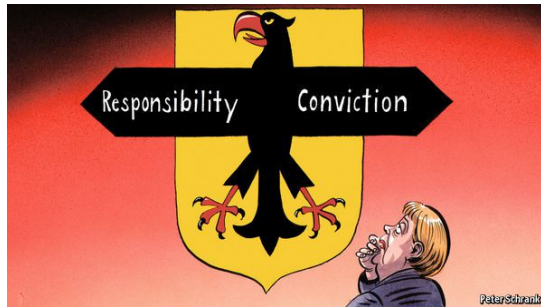
Nato, led by the US, remains the overwhelming guarantor of Europe’s territorial defence against Russia. There is valuable work that the EU can do to complement that role. But dreaming up a needless project for European militaries is a distraction from real challenges.

Charlemagne

A tale of two ethics

Why many Germans think impractical idealism is immoral

Oct 1st 2016 | From the print edition



THE phrases “ethic of conviction” and “ethic of responsibility” mean little to most English-speakers. In Germany the equivalent terms—*Gesinnungsethik* and *Verantwortungsethik*—are household words. Pundits drop them casually during television talk shows. Hosts use them as conversation-starters at dinner parties. The concepts draw on the opposition between idealism and pragmatism that runs through politics everywhere. But they also capture a specific moral tension that is “very German”, says Manfred Güllner, a sociologist and pollster. Anyone interested in understanding German politics, on anything from the euro to refugees, would do well to get a handle on them.

The terms come from the sociologist Max Weber, who used them in a speech he gave in January 1919 to a group of leftist students at a Munich bookstore. Germany had just lost the first world war. The Kaiser had abdicated, the country was in the throes of revolution and Munich was about to become the capital of a short-lived “Bavarian Soviet Republic”. Armed with only eight index cards, Weber gave a talk that would become a classic of political science. (“Politics as a Vocation” was published in English only after the second world war.) The lecture ranged broadly through history, but its main purpose was to curb the Utopian romanticism then gripping the ideologues fighting over the direction of the new Germany, including those sitting in front of him.

Weber described an “abysmal opposition” between two types of ethics. Those following their convictions wish to preserve their own moral purity, no matter what consequences their policies may have in the real world. “If an action of good intent leads to bad results, then, in the actor’s eyes, not he but the world, or the stupidity of other men, or God’s will who made them thus, is responsible for the evil.” By contrast, someone guided by responsibility “takes account of precisely the average deficiencies of people... (H)e does not even have the right to presuppose their goodness and perfection.” This sort of politician will answer for all the consequences of his actions, even unintended ones. Weber left no doubt about his sympathies. Ethicists of conviction, he said, were “in nine out of ten cases windbags”.

The prevailing view today, like Weber’s in 1919, is that “Germany has a surfeit of *Gesinnungsethik*,” says Wolfgang Nowak, who served as an adviser to Gerhard Schröder when he was chancellor. The postwar yearning of Germans to atone for their nation’s Nazi past through extravagant moral posing exacerbates the tendency. In general, the ethic of conviction is most prevalent among leftists and Protestants, and slightly less so among conservatives and Catholics, says Mr Güllner.

Thus the Social Democrats, who view themselves as crusaders for social justice, often give the impression that they are not only “unable but unwilling” to govern, lest they bear actual responsibility, Mr Güllner thinks. That

may explain why there has been a Social Democratic chancellor for only 20 years since 1949, compared with 47 years under the Christian Democrats. Many of Germany's most strident pacifists, meanwhile, are Lutherans. Margot Käßmann, the church's former leader, dreams of Germany having no army at all. She disavows force even to prevent or stop a genocide.

But an ethic of conviction also runs through the centre-right, which since the 1950s has approached the European project as an end in itself, a way for Germany to become post-national and dissolve its guilt along with its sovereignty. In the process, Germans deliberately overlooked the fact that most other Europeans never shared this goal. Once the euro crisis erupted, many conservatives opposed bail-outs out of an ethic of conviction, argues Thilo Sarrazin, a controversial pundit. They wanted to decry rule-breaking by crisis countries as inherently bad—even at the cost of letting the currency zone unravel.

The ethic of responsibility holds that such stances are not merely impractical but wrong, and that what will not work cannot be moral. Those governing Germany have mostly been of this camp. In the 1980s millions of Germans marched against the modernisation of NATO's nuclear arsenal, but Chancellor Helmut Schmidt let the missiles deploy, accepting the grim logic of deterrence. (His reward from his fellow Social Democrats was largely disdain.) In the euro crisis, Angela Merkel reluctantly agreed to bail-outs in order to hold the currency zone together.

Transports of joy

That is what makes Mrs Merkel's historic opening of Germany's borders to refugees on September 4th, 2015 so remarkable. "She galloped away with an ethic of conviction," says Konrad Ott, a professor of philosophy and author of a book on migration and morality. At the time this aligned her with a euphoric "welcome culture", as ordinary Germans volunteered to help refugees and the press celebrated the country's humanitarian example. Mrs Merkel refused to put a numerical limit on accepting human beings in dire need, a position she still maintains.

But as predicted by ethicists of responsibility (in whose ranks Mrs Merkel is usually found), the mood soon turned. Other Europeans accused Germany of "moral imperialism", the flip side of *Gesinnungsethik*. And many Germans felt that too much was being asked of their society. Some, in a development that would not have surprised Weber, turned xenophobic.

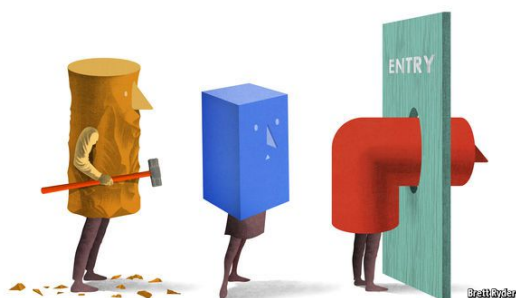
The history of the past year can thus be seen as Mrs Merkel's attempt to return to an ethic of responsibility without betraying her convictions. This includes biting her tongue as she deals with an increasingly authoritarian Turkey, whose cooperation she needs to reduce the migrant flows, and other moral compromises. Max Weber would have found her dilemma compelling. Even someone with an ethic of responsibility, he said, sometimes "reaches the point where he says: 'Here I stand; I can do no other.' That is something genuinely human and moving."

Migration

Needed but not wanted

Economic migrants are seen as a threat to jobs and the welfare state. The reality is more complex

Oct 1st 2016 | From the print edition



STOKE-ON-TRENT in northern England is home to the world's second-oldest professional football club, Stoke City FC. Founded in 1863, it enjoyed its heyday in the mid-1970s, when the club came close to winning the top division. The playing style was described by its manager, Tony Waddington, as “the working man’s ballet”. These days the flair is often provided by players from far afield. More than half the first-team squad comes from outside Britain, mostly from other parts of Europe. But that is about as far as Europhilia in Stoke goes. In June’s referendum on Britain’s European Union membership, the city voted strongly for Brexit.

A study by Italo Colantone and Piero Stanig of Bocconi University in Milan found that areas where jobs are vulnerable to competition from Chinese imports, mainly those in Britain’s faded industrial north, tended to be in favour of leaving. Stoke City FC are known as the Potters in tribute to the city’s once-great pottery industry. But Stoke also seemed predestined to be a Brexit supporter on another count. An analysis by *The Economist* earlier this year found that in places such as Stoke, where the foreign-born population had increased by more than 200% between 2001 and 2014, a vote to leave was almost certain.

Immigration of low-skilled workers has become an increasingly contentious political issue in both America and Britain. Voters in host countries often see a sudden influx of people from places with lower wages, poorer working conditions and a less generous welfare system as a threat to their livelihoods and living standards. In America the debate is about whether migrants hold down the wages of native workers. In Britain the main concern is that migrants put additional pressure on housing, public health services, schools and transport systems.

Along with trade, migration is one of the two main sources of public anxiety about globalisation. For the host economy, the gains and drawbacks are similar to those from trade. Immigration enriches the workforce, allowing for a more finely graded specialisation that raises average productivity and living standards. Diverse workforces are likely to be more productive, especially in industries where success depends on specific knowledge, such as computing, health care and finance. By easing labour bottlenecks, low-skilled migrants help to keep down prices of goods and services.

The fear factor

Net migration to Britain, '000



Source: National statistics

Economist.com

The drawback for native workers is competition for jobs and public services. In principle, an influx of low-skilled workers depresses wages for competing native workers, in the same theoretical way that opening up to trade with poor countries does. The balance of benefits and costs will depend on income: the rich are likely to do better out of the bargain. Economists dispute the extent of the overall gains and losses to hosts and labour-sending countries respectively.

Come pick my strawberries

Some benefits are uncontested. For immigrants from poorer countries moving to Stoke, or indeed to any part of Britain, there are clear gains. They can hope for a better job, a marked improvement in their quality of life and access to better public services such as health care. Economic migrants are by definition a mobile labour force. Migration helps to deal with labour shortages in low- or mid-skilled industries, such as mining or agriculture, and in remote places where it is difficult to attract native workers. Migrants are also often granted work visas on the strength of having scarce skills.

Many native workers see uncontrolled immigration as a break with an implicit contract: that the state will look after its own

Other elements of migration are more controversial. If host countries benefit from immigrants, then the countries that send them must be losing out on manpower, skills and tax revenue. The people who move are often the brightest and best—those with the get-up-and-go, the languages and the connections—so their country of origin may suffer a brain drain. A recent paper from the IMF puts a number on this. Between 1990 and 2012 almost 20m people moved from central, eastern and south-eastern Europe to richer countries in western Europe. This east-west migration accelerated after 2004 when eight eastern European countries, including Poland, the Czech Republic and Hungary, joined the EU. The IMF researchers reckon this exodus lowered cumulative population growth in labour-sending countries by eight percentage points. If those mostly young and skilled workers had stayed put, the gap with the EU in income per person would have been five percentage points narrower.

These results are open to dispute. Migrants typically move from places where economic prospects are poor, making it hard to establish whether weak growth is a cause or a consequence of their leaving. The chance of a better life elsewhere may also create a stronger incentive for those who remain to acquire new skills. Michael Clemens of the Centre for Global Development and Satish Chand of the Australian National University used a natural experiment provided by a military coup in Fiji in 1987 to study the effects of emigration on that country. The economy was split between indigenous Fijians and those of Indian origin. A large chunk of the second group, generally high-skilled, left after the coup. Most of them went to Australia and New Zealand, which admitted well-qualified migrants. It seemed the ideal opportunity to measure the effects of a brain drain.

What the researchers found was that the Indian Fijians who stayed behind started to acquire skills at a faster rate in order to be able to emigrate (or at least to have the option of doing so). They also concentrated on

disciplines that allowed them to meet the skills-based immigration criteria most efficiently. The increased investment in skills was large enough to raise the stock of human capital net of the first wave of emigration, in which a fifth of the Indian-Fijian population left. The brain drain was fully offset.

What about the impact on host countries? Many native workers see uncontrolled immigration as a break with an implicit contract: that the state will look after its own. It creates a tension between immigration and the welfare state. That tension, though, is mostly policy-related. Where migrants' employment rate is higher than that of natives (as is the case with migrants within the EU), fears that immigration will add to the welfare burden are largely unfounded, though much depends on how welfare policies are designed. In America, for instance, only those who have paid into the public Social Security (pension) scheme for at least ten years are entitled to benefits. A well-designed policy could make immigration and welfare provision complementary.

The trouble is that at local level there is often a mismatch between the extra resources that immigrants add and the extra demand they create. Additional pressures on local public services are a particular problem in Britain, where central government raises taxes and allocates spending. Centralised budgets make it difficult for local authorities to respond flexibly to changes in local conditions, and strict planning rules limit the construction of new homes when demand surges.

Some other European countries deal with economic migration rather better than Britain does. In Denmark a lot of budgetary policy is made at municipal level, says Jacob Kirkegaard of the Peterson Institute for International Economics. If an area has an influx of migrants, it receives more local tax revenues to expand public amenities, build more schools, hire more doctors and so on.

Another concern among natives has been that immigrants put downward pressure on wages. In theory they should, but empirical studies come to different conclusions. On one side is George Borjas, of Harvard University, whose study in 2006 found that although immigration did not depress overall wages between 1980 and 2000, it did hold down the pay of the low-skilled by 5-10%. On the other side, David Card, of the University of California, Berkeley, concluded that there was no effect. His view was based on a study of the "Mariel boatlift", an unexpected surge in Cuban migrants to Miami in 1980. Mr Card reckoned that Miami had become accustomed to handling large inflows of unskilled migrants. Mr Borjas has recently looked at Mr Card's analysis again and claims that high-school dropouts, a subset of the low-skilled native workers in Mr Card's study, did in fact suffer a material fall in wages.

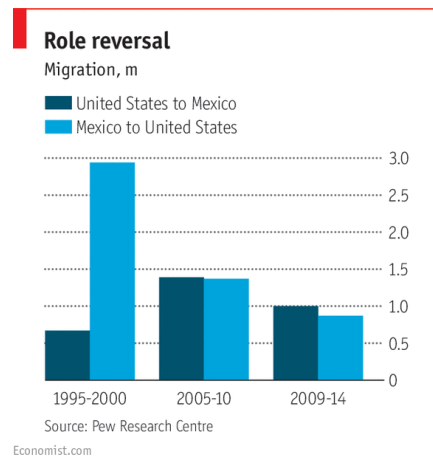
Until quite recently the academic literature treated migrants as substitutes for native workers. But what if they were complements; if low-skilled migrants helped to boost the productivity of low-skilled natives? Gianmarco Ottaviano, of the University of Bologna, and Giovanni Peri, of the University of California, Davis, find that for workers with at least a high-school qualification, the wage effects of low-skill immigration are positive if you drop the assumption that workers of the same age and education are perfect substitutes and that workers of one skill level, say cooks, do not affect the productivity of workers at other skill levels, say waiters or restaurant managers. The effect on the wages of high-school dropouts is only mildly negative. A paper by Marco Manacorda, Alan Manning and Jonathan Wadsworth, of the London School of Economics, similarly concludes that immigrants to Britain are imperfect substitutes for native-born workers, so they have little impact on natives' job prospects or wages. New immigrants tend to affect only the pay of recently arrived immigrants.

From these muddy waters, it is possible to draw two tentative conclusions about the broad impact of migration on wages. First, the effect on the bulk of low-skilled native workers has been fairly muted—perhaps because the way work is done changes in response to large-scale migration. However, the pay of some narrow categories of workers (say, farm labourers in Britain or high-school dropouts in America) may still be affected.

To deal with the tension between immigration and the welfare state, three rules suggest themselves. First, make benefits conditional on having paid into the system. Second, tie the funding of local public services to local tax

revenues to ensure an automatic response to an influx of migrants. Third, restrict migration to prime-age, skilled workers who are more likely to get jobs and less likely to lose them in a recession.

But this may not be as straightforward as it sounds. Almost two-thirds of the new jobs that will be added to America's economy in the next decade will be low-skilled or mid-skilled jobs, according to a projection by the country's Bureau of Labour Statistics. Care workers, kitchen staff, auxiliary nurses and builders will be in strong demand in Europe, too. Such demand may not easily be met by indigenous workers, even at higher wages.



Will these jobs be filled in a black market or in a formal labour market? This is a question America has faced before. In the 1980s the baby-boomers were moving towards middle age, causing a spike in demand for young, low-skilled labour. This coincided with a demographic bulge in Mexico. An overhaul of America's immigration rules in 1986 regularised those Mexican workers who had arrived before 1982. Henceforth work visas would be granted only to high-skilled migrants. The interplay of supply and demand created a black market, causing the number of illegal migrants to reach 12m in 2007, when policing of the border was stepped up. It was only quite recently that the flow of migrants was reversed (see chart).

Europe now faces a supply-demand dynamic similar to America's in the 1980s. It has an ageing population, whereas on its doorstep, in the Middle East and Africa, populations are young and growing rapidly. A lesson from America's engagement with Mexico is that a formal system for low-skilled immigration, perhaps with fewer entitlements than for skilled workers, is far preferable to turning a blind eye to informal migration.

Only within the EU's borders is the free movement of people tied to the free movement of trade and capital. For the most part, enthusiasts for globalisation have rooted only for freer trade and open capital markets, not migration. Yet many of them are now having second thoughts about the benefits of unfettered capital too.

148,85

EUROPE

Germany Sees Surge in Number of Refugees Receiving Benefits

Data is announced amid unease over stream of migrants into Germany



ENLARGE

Refugees arrive in Mannheim, Germany, after traveling by train on Dec. 8, 2015. PHOTO: ASSOCIATED PRESS

By [FRIEDRICH GEIGER](#)

Oct. 1, 2016 7:46 a.m. ET

[86 COMMENTS](#)

BERLIN—About half a million refugees in Germany received social security benefits in June, almost twice as many as a year earlier, potentially fueling tension among voters over the recent influx of refugees and heaping pressure on Chancellor [Angela Merkel](#).

The Federal Employment Agency said 469,403 immigrants from asylum seekers' eight most common countries of origin received benefits in June, a 93% increase from a year earlier. The number of Syrians tripled to 292,326 while the number of Iraqis rose by almost a quarter to 68,813.

The [influx of some 890,000 asylum seekers](#) into Germany last year has turned into a challenge for Ms. Merkel, who had initially welcomed them with open arms.

Unease among voters about public expenses for asylum seekers and criminal offenses committed by some immigrants has eroded support for her Christian Democratic Party in recent regional elections.

Refugees become eligible for social security benefits or permitted to work in many cases months after their arrival because they have to go through a bureaucratic process first, during which authorities decide whether they are allowed to stay in the country.

In total, 5.9 million people received social security benefits in June, of which 1.6 million were foreigners, according to the Federal Employment Agency. The number of refugees with regular employment rose by a third to 104,736 in July.

Most refugees struggle to find jobs because of insufficient German language skills, poor education and bureaucratic hurdles. The majority of job-seeking refugees qualify only for entry-level positions, but an advanced economy like Germany's needs mainly skilled staff.

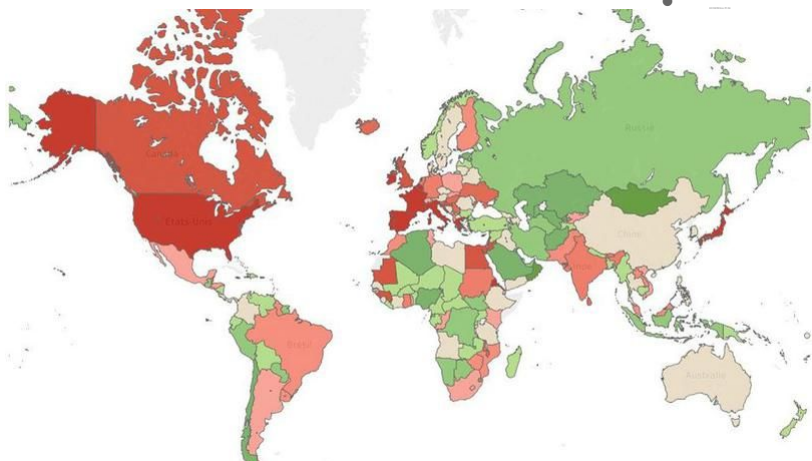
Numerous companies have [rushed to help integrate the immigrants](#) by offering internships and jobs, but some employers found it difficult to fill these openings. As the length of their stay in Germany is often uncertain, employers are sometimes hesitant to hire and train them.

The data on benefits recipients and employment was posted on the agency's website but came to notice only when newspaper Bild reported on it Saturday. The agency didn't specify whether its statistics on benefit recipients referred to asylum seekers.

148,86

INFOGRAPHIE

La carte du monde de la dette : 40 ans d'évolution en 30 secondes



LE SCAN ÉCO - Depuis les années 1990, les pays «en voie de développement» sont devenus les bons élèves de la planète sur le front de la dette. Tandis que les pays occidentaux s'enfoncent dans le rouge écarlate, particulièrement depuis la crise de 2008. Visualisation et explications.

1990-2015: en vingt cinq ans, le paysage mondial de la dette publique a complètement changé. Les pays dits en développement, dont la plupart sont passés par de féroces crises monétaires (Mexique en 1994, pays asiatiques en 1997, Russie en 1998, Brésil en 1998 et 1999, Argentine début 2000), croulaient sous des dettes abyssales dans les années 1990. Ils sont désormais redevenus les bons élèves de la planète en la matière, sous les conseils et la pression du Fonds monétaire international (FMI). À l'inverse, durant cette période les pays occidentaux n'ont cessé de creuser leur dette publique, qui a décroché depuis [la crise financière mondiale de 2007/2008](#).

Dans cette carte animée et interactive, voyez comment les économies développées sont devenues les bonnets d'âne de la dette publique, avec en tête des plus mauvais élèves le Japon, avec près de 250% du PIB de dette publique, suivi -de loin- de la Grèce, à près de 180%. En cliquant sur le menu déroulant, vous pourrez voir, année par année, depuis 1980 et jusqu'en 2021, les dettes, en pourcentage du PIB, compilées et estimées par le FMI.

Comparez désormais la dette des pays du monde selon qu'elle est exprimée en pourcentage du PIB, en montant (en milliards d'euros) et par habitant. Si les États-Unis sont le pays qui détient le record du monde de la dette publique en montant, à presque 19.000 milliards d'euros, le Japon a le taux de dette sur PIB le plus élevé du monde, mais aussi la plus grosse dette par habitant.

• Des taux anormalement bas sur les marchés financiers

Pour atténuer au maximum les effets de la crise financière de 2008, les Banques centrales des plus grandes puissances du monde (la Réserve fédérale américaine, la Banque centrale européenne, la Banque d'Angleterre et la Banque du Japon), ont fait chuter leur taux directeurs, pour relancer la machine du crédit et soutenir la croissance mondiale. Si bien qu'aujourd'hui, les taux sont sinon proches de zéro (États-Unis, Canada, Royaume-Uni, Israël, Danemark), carrément nuls (les 19 pays membres de la zone euro et le Japon) voire... négatifs (Suisse et Suède).

Mécaniquement, les taux des obligations d'État ont suivi la tendance. Ils sont même entrés en territoire négatif, pour des échéances courtes d'abord, dès 2012, puis au fur et à mesure, sur des échéances de plus en plus longues. Même le Bund allemand à 10 ans est passé sous 0%. Ce qui signifie que les investisseurs (banques, fonds, assureurs et autres États) paient pour détenir de la dette des États «avancés», et mettre dans leurs portefeuilles des titres qu'ils jugent non risqués.

• **Focus sur la France, où la dette se creuse (sans discontinuer) depuis... 1974**

Selon les chiffres de l'Insee dévoilés cette semaine, la dette publique française s'établit à 2170,6 milliards d'euros à la fin du deuxième trimestre 2016. Rapportée à la richesse nationale, cette dette de l'ensemble des administrations publiques, mesurée selon les critères de Maastricht, atteint 98,4% du PIB. C'est chaque trimestre -et chaque année- toujours un peu plus qu'avant. Forcément: la dette publique correspond à la somme des soldes des comptes publics enregistrés chaque année par un État. Or la France n'a pas affiché une seule année budgétaire positive depuis... 1975! Voilà donc bientôt 41 années consécutives que la dette publique française file de record en record.

148,88

October 3, 2016 1:47 pm

Theresa May walks into a Brexit trap



Gideon Rachman

The UK prime minister announces she will trigger an exit from the EU before getting any guarantees



Theresa May has one great advantage as a politician. She looks serious and responsible. But appearances can be deceptive. If you examine how the UK prime minister is handling [Brexit](#), a different sort of politician emerges.

By announcing that she will start the [formal negotiations](#) for Britain to leave the EU by March 2017, the prime minister has walked into a trap. She has given away what little leverage Britain has in the negotiations — without receiving any of the assurances that she needs to achieve a successful outcome.

The announcement of [the decision](#) about when the UK will trigger Article 50 — the process by which Britain gives formal notice that it intends to leave the EU — was made in a statesmanlike fashion. But the actual content of the decision is reckless and driven by politics, rather than Britain's national interest.

Once Mrs May triggers [Article 50](#), she has precisely two years to negotiate a new deal with the EU. Senior civil servants have told the prime minister that it is highly unlikely that the UK will be able to negotiate both the terms of its divorce and a new trade deal with the EU within the two-year deadline. As a result, they warned the prime minister that she must have assurances on what an interim trade agreement with the EU would look like in the long period between the UK leaving the bloc and a definitive new deal being put into place.

Mrs May has chosen to ignore this advice. In doing so, she has knowingly placed Britain at a massive disadvantage in the forthcoming negotiations.

As soon as Britain triggers Article 50, the EU can simply run the clock down — knowing that the UK will be in an increasingly difficult situation, the longer the negotiations drag on without agreement. At the end of two years, Britain will be out of the EU — and would face tariffs on manufactured goods and the loss of “passporting” rights that allow financial services firms based in the City to do business across the bloc. The economic damage from this kind of “hard Brexit” would be severe, blowing a hole in the government finances as tax revenues from the City shrink, ushering in a new period of austerity.

The most ardent Brexiters claim that this is all scaremongering. Why, they ask, would the EU contemplate the restoration of tariffs when this could be damaging to its own economic interests? The Leavers can answer that question by looking in the mirror. It is clear that the main motivation of the pro-Brexit camp in Britain is political, not economic. And the same will be true of the EU side in the negotiations.

In the British case, the political goal is to restore parliamentary sovereignty and to regain control of immigration. On the EU side, the goal will be to make sure that Brexit does not lead to the unravelling of a European project that has been built up over 60 years. That will mean making sure that the UK pays a clear and heavy price for leaving the EU. As a result, both sides will accept some economic damage rather than sacrifice their political goals.

The difficulty for the UK is that the [economic damage](#) the EU will sustain is likely to be smaller and more manageable than that borne by the British side. The fact is that the EU represents a far larger market for Britain than Britain represents for the rest of Europe. Britain sends 44 per cent of its exports to the EU, while the UK takes only about 16 per cent of EU exports.

The negotiation process itself is also likely to be stacked against the UK. While the British will need a quick deal to minimise uncertainty for investors, the EU can afford to spin things out. Even if this is not a deliberate strategy on the European side, the realities of trying to secure a common position among 27 nations — and then secure ratification in all 27 countries, plus regional legislatures and the European Parliament — will be long and laborious.

Some in Britain speak blithely of relying on the rules of the World Trade Organisation after Britain has left the EU. They ignore the fact that Britain is a member of the WTO under the auspices of the EU. Creating an entirely separate British WTO membership requires another set of complex negotiations.

[More video](#)

That is a much bigger problem for Britain than the EU, since the longer the process is dragged out, the longer Britain is likely to be suspended in a legal limbo that will discourage long-term investment. For that reason it was absolutely vital that Mrs May should get some clarity on what happens after two years of negotiations — if and when the EU and the UK have failed to reach a definitive new deal. The obvious solution would have been for Britain to remain inside the EU's single market, but outside the EU until such time as a new deal was struck. By failing to get that assurance, the British government has severely weakened its position — even before negotiations start.

So why has Mrs May been so reckless? The short answer is politics. If the prime minister had delayed triggering Article 50 any longer she might have faced a revolt from Conservative MPs, who would have feared that she was backsliding on Brexit. By making her announcement just before the Tory party conference, she has also guaranteed herself some favourable headlines and applause in the conference hall. She may have bought herself another couple of years in 10 Downing Street. But she has also significantly increased the chances that Brexit will cause severe damage to the British economy.

148,89

Trump, Le Pen, Brexit

Welche Wucht hat die populistische Revolte wirklich?

Wahlen in Amerika, Frankreich und Deutschland, Referendum in Italien: Nie zuvor gab es in kurzer Zeit so viele Volksabstimmungen in westlichen Schlüsselländern, die es in sich haben. Aber was wird aus dem Westen, wenn Trump und Le Pen gewinnen?

04.10.2016, von **KLAUS-DIETER FRANKENBERGER**



© REUTERS Immer weiter Richtung Weißes Haus? Donald Trump am Montag in Loveland, Colorado

Das hat es in der Form vermutlich auch noch nicht gegeben: In vier G-7-Staaten finden in einem Zeitraum von weniger als einem Jahr nationale Wahlen beziehungsweise Volksabstimmungen statt, die es in sich haben. Nicht ausgeschlossen ist, dass noch eine weitere hinzukommt. Den Anfang machen die Vereinigten Staaten: Am 8. November werden ein neuer Präsident und ein neuer Kongress gewählt. Die Entscheidung über die Nachfolge Barack **Obamas** ist der Höhe- und Schlusspunkt eines Dramas oder – je nach Laune – einer Tragödie oder Posse, das die Welt jetzt schon mehr als ein Jahr erstaunt, irritiert und schon mal in Zweifel stürzt.



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik.Folgen:

Am 4. Dezember wird dann in Italien eine Volksabstimmung über das politische Reformprojekt des Ministerpräsidenten **Matteo Renzi** abgehalten. Ihr Ausgang wird dessen weiteres politisches Schicksal nachhaltig bestimmen. Die Wahl eines neuen Präsidenten in Frankreich steht dann im kommenden Frühjahr auf dem Programm. Und im September wird ein neuer Bundestag gewählt.

Diese Ballung von Wahlterminen in Schlüsselländern des Westens ist, wie gesagt, außergewöhnlich, selbst wenn sie eine zufällige Folge demokratischer Normalität ist. Aber man muss nur einen kurzen Blick auf das Krisen- und Konfliktpanorama in Europa und in der Welt werfen, um zu erkennen, was dieser lange Prozess der Auswahl eines neuen Führungspersonals bedeutet. Die Regierenden sind abgelenkt, und wenn es zu einem Wechsel kommt, dann wird einige Zeit verstreichen, bis die neue Truppe Tritt gefasst hat und politisch handlungsfähig ist. Und womöglich kommt es dann wirklich zu grundlegenden Veränderungen.

Das gilt besonders für die Vereinigten Staaten von Amerika. Sollte der politische Hassprediger **Donald Trump** ins Weiße Haus einziehen, dann wäre wirklich hinreichend dokumentiert, welche Wucht die populistische Revolte hat, wie groß Wählerunmut und Anti-Eliten-Reflex in westlichen Ländern sind, zumindest dort, wo auf diese Stimmungslagen noch politisches Kerosin gegossen wird. Bemerkbar hat sich das alles schon bei der Brexit-Abstimmung im Vereinigten Königreich im Juni gemacht. Man müsste sich auf einen Kurswechsel der amerikanischen Politik hin zu Protektionismus, Nationalismus und Neoisolationismus einstellen, denn das ist ja Kern der die Globalisierung ablehnenden Botschaft des Kandidaten Trump.

Eine Kette potentiell dramatischer Entscheidungen

Sollte der Immobilienmogul, der seinen Wahlkampf großmäulig als Egotrip-Kreuzzug wider das politische Establishment inszeniert und zu Lügen ein enges Verhältnis hat, tatsächlich Nachfolger Obamas werden, dann dürfte die Anführerin des Front National, [Marine Le Pen](#), darin ein günstiges Omen für ihre Präsidentschaftsambition in Frankreich sehen. Das wiederum würde die Lage in Europa in einem Maße verkomplizieren, wie man sich das bislang nicht vorstellen kann, selbst nach dem Brexit-Schock nicht. Und das wiederum könnte sich unmittelbar auf die Bundestagswahl auswirken.

Es ist eine Kette potentiell dramatischer, weitreichender Entscheidungen. Von deren Ausgang wird abhängen, ob der Westen stark und geschlossen sein wird oder nurmehr ein Torso, nicht in der Lage, die großen außenpolitischen Herausforderungen gemeinsam und erfolgreich zu bewältigen.

Hier ist eine kleine Auswahl dieser Herausforderungen. Für die Europäer hat zweifellos der fragile Zustand der [EU](#) Vorrang. Hier geht es darum, den Zusammenhalt zu wahren – zumal, wenn die Brexit-Verhandlungen nun endlich im kommenden März beginnen sollen – und gleichzeitig Ergebnisse zu liefern, welche die Legitimität der Europäischen Union beim Wähler wieder mehrt. Sollten Kräfte an die Macht gelangen, welche die Auflösung der EU auf ihre Fahnen geschrieben haben, dann wird es bitterernst. Zudem ist die Nachbarschaft eine einzige Krisenlandschaft – die Stichwörter sind Ukraine, Nordafrika und die Todeszonen des Nahen Ostens. Von einer EU, der Zerfall und Abwicklung droht, wird man nicht viel an beherztem außenpolitischem Auftreten erwarten können.



Marine Le Pen.



© AFP Wird sie in Frankreich vielleicht sogar in den Elysée-Palast gewählt? Die Vorsitzende des rechtsradikalen Front National

Auch die Vereinigten Staaten sind berührt, wenn ihr wichtigster Partner, Europa, vor allem mit sich selbst beschäftigt ist, wenn die europäische Politik unberechenbarer wird, wenn vielleicht sogar Deutschland ins Strudeln kommt, „Europas Macht in der Mitte“. Sie haben es mit einem aggressiven Russland zu tun, das Washington mit Dreistigkeit begegnet. Und dann ist da China, der große Aufsteiger, der seine politischen Ziele, zumindest in der Region, mit wachsender Ruppigkeit verfolgt. Sowohl Moskau als auch Peking warten schon gespannt darauf, ob die neue amerikanische Regierung Zeichen der Ohnmacht sendet, planlos agiert oder wieder mit größerem machtpolitischem Selbstbewusstsein auftritt.

Deutschland war in den vergangenen Jahren, als andere Länder in den Abwärtsstrudel gerieten, die europäische Ankerkraft schlechthin, politisch wie wirtschaftlich. Die innenpolitische Landschaft war weitgehend stabil; Einfluss und Autorität der Bundeskanzlerin in der Europapolitik war, bei Anhängern wie Gegnern, unbestritten. Auch das scheint sich zu ändern: In der deutschen Innenpolitik ist, auch als Folge der Flüchtlingskrise, einiges ins Wanken geraten, die politische Mitte gerät in Bedrängnis, die Basis für solides außenpolitisches Agieren droht brüchiger zu werden. Einfacher wird es nicht, nach der Wahl 2017 eine neue stabile Regierung in Berlin zu bilden, die bereit und fähig ist, ihren Teil für das große Ganze zu leisten.

Die kommenden Wahlen und Abstimmungen haben es also in sich. Sie sind so brisant, weil die große Unruhe im Innern auf eine Vielzahl äußerer Krisen und Konflikte trifft, ohne dass es für die überzeugende Lösungsangebote gibt.

148,91

TGV

Frankreich kauft 15 Züge, die das Land nicht braucht

Für beinahe eine halbe Milliarde Euro bestellt Frankreichs Regierung neue Hochgeschwindigkeitszüge. Denn der Präsident will eine alte Lokomotiven-Fabrik erhalten.

04.10.2016



© AFP

Mitarbeiter der Lokomotiven-Fabrik im französischen Belfort haben vor zwei Wochen dafür demonstriert, dass ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Mit dem Kauf von 15 Hochgeschwindigkeitszügen der Marke TGV im Wert von rund 450 Millionen Euro will die französische Regierung verhindern, dass der Hersteller **Alstom** sein Werk in Belfort schließt. Damit soll der drohende Verlust von 400 Arbeitsplätzen in der im Jahr 1879 gegründeten Lokomotiven-Fabrik abgewendet werden. „Dank des Eingreifens des Staates und des Engagements aller Beteiligten ist das Alstom-Werk in Belfort gerettet“, verkündete Premierminister Manuel Valls nun über den Kurznachrichtendienst Twitter.

Die Entscheidung sieben Monate vor den nächsten Präsidentenwahlen ist die erste, mit welcher der französische Staat selbst Züge kauft, um Jobs zu erhalten. Staatspräsident **François Hollande** hatte den Arbeitnehmern versprochen, er werde „alles dafür tun“, dass das Werk in Belfort nicht schließt.

Gesichert zumindest bis 2020

Die staatlich kontrollierte Bahngesellschaft **SNCF** hat bisher stets erklärt, sie habe keinen Bedarf für die nun von der Regierung angeschafften Züge. Die neuen Hochgeschwindigkeitszüge sollen nach den Vorstellungen der Regierung „in Vorwegnahme des späteren Ausbaus“ auf Strecken eingesetzt werden, auf denen nur normales Tempo gefahren werden kann. SNCF soll sie betreiben.

Die Anschaffung der 15 Züge ist der wichtigste Teil eines Pakets, mit dem das Werk im ostfranzösischen Belfort zumindest bis zum Jahr 2020 gesichert werden soll. Im Staatshaushalt ist diese Investition nicht vorgesehen. Alstom wollte das Werk ursprünglich bis zum Jahr 2018 fast völlig schließen.

Aus einer Mitteilung von Industrie-Staatssekretär Christophe Sirugue geht hervor, dass SNCF sich ferner so rasch wie möglich mit Alstom über den Preis für die schon länger geplante Anschaffung von sechs TGV-Zügen für eine Strecke zwischen Paris und Mailand einigen soll. In Branchenkreisen wird das Auftragsvolumen auf etwa 200 Millionen Euro geschätzt. Zudem wird SNCF 20 Diesel-Lokomotiven bestellen, mit denen auch TGV-Züge abgeschleppt werden können. Alstom werde insgesamt bis zum Jahr 2020 rund 40 Millionen Euro in diverse Vorhaben in Belfort investieren, davon 30 Millionen Euro in eine neue Lokomotive.

Die Opposition kritisierte die Entscheidung. Senatspräsident Gérard Larcher von den Republikanern sprach von „wahltaktischem Flickwerk“: „Die eigentliche Aufgabe der Regierung sollte es sein, für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu sorgen.“

Der konservative frühere Premierminister François Fillon, der sich um eine Präsidentschaftskandidatur bemüht, sagte: „Wenn die SNCF diese Züge nicht braucht, dann wird sich ihre schon jetzt unbeherrschbare finanzielle Lage noch weiter verschlechtern.“

148,92

Alstom : l'État commande pour 700 millions d'euros de trains pour sauver Belfort

Publié le 04/10/2016 à 11:11

VIDÉO - Le secrétaire d'État à l'Industrie a annoncé ce matin aux élus locaux que l'État commandera 15 rames de TGV supplémentaires pour sauver le site. Alstom investira de son côté 40 millions d'euros.

Jour J pour le site Alstom de Belfort. Avant une réunion cruciale entre l'État, les représentants syndicaux et la direction d'Alstom, le secrétaire d'État à l'Industrie, [Christophe Sirugue](#), a confirmé le plan du gouvernement pour maintenir une activité à Belfort, où 400 emplois sont menacés. L'État commandera 15 rames de TGV supplémentaires à Alstom, et non pas la SNCF, comme envisagé ces dernières semaines.

À ces 15 rames TGV s'ajoutera par ailleurs la commande de six autres rames TGV pour la ligne Paris-Turin-Milan, ainsi que 20 locomotives dépanneuses diesel, pour le remorquage des trains en panne. Alstom devrait de son côté investir 40 millions d'euros à Belfort d'ici à 2020, en trois étapes. L'État espère en effet reconverter à terme le site de Belfort. Selon les mêmes sources citées par l'AFP, Christophe Sirugue a annoncé sa volonté de transformer l'usine en centre de maintenance européen. Au total, Alstom et l'État investiront 70 millions d'euros sur le site de Belfort. Henri Poupart-Lafarge affirme que ce plan de sauvetage «bénéficiera à l'ensemble des sites» du groupe.

Dans ce total, cinq millions seront investis par Alstom pour développer ce centre, qui emploiera à terme 150 salariés, a précisé le secrétaire d'État. Selon lui, 30 millions d'euros seront consacrés au développement du TGV du futur et Alstom débloquera 30 autres millions d'euros pour développer et industrialiser une nouvelle plateforme de locomotives de manœuvre. Enfin, cinq millions d'euros seront consacrés à la production d'un «nouveau type de véhicule sur le site de Belfort», a dit Christophe Sirugue. Un comité stratégique de filière sera organisé pour évoquer l'ensemble des problématiques du ferroviaire en France, a pour sa part dit le PDG d'Alstom.

La filière ferroviaire en difficulté

Les 15 rames de TGV Euroduplex commandées par l'État [équiperont les lignes Intercités](#) Bordeaux-Marseille, Bordeaux-Toulouse et Montpellier-Perpignan (le «corridor sud»), par anticipation de la transformation de ces deux dernières en liaisons à grande vitesse (LGV), ont précisé les mêmes sources. L'État est en effet l'autorité organisatrice des lignes Intercités - même si c'est la SNCF qui les exploite. Ces trains circulent à moins de 250 km par heure alors que les TGV roulent jusqu'à 320 km/h. D'ici à 2025, le gouvernement s'est engagé à renouveler entièrement le parc des trains Corails en fin de vie. Une première commande de trains est actuellement en cours de livraison.

Ce plan de sauvetage, âprement négocié après l'annonce fin septembre de l'arrêt de la production sur le site de Belfort en raison d'un carnet de commandes insuffisant, ne fait pas oublier les difficultés que connaît plus largement le secteur ferroviaire en France. Un comité stratégique aura lieu prochainement pour les évoquer plus en détail, a indiqué Henri Poupart-Lafarge.

148,93

Alstom Belfort : « Une volonté politique de sauver un symbole fort de l'industrie aise »

LE MONDE | 04.10.2016 à 14h50 • Mis à jour le 04.10.2016 à 16h32

JuLU : Est-ce qu'il n'y a pas une disproportion entre le nombre d'emplois à Belfort et l'argent dépensé pour acheter des trains ?

On ne peut que se réjouir pour les salariés d'Alstom Belfort. Ceci dit, la question se pose, d'autant plus que les 400 emplois menacés à Belfort devaient être relocalisés à Reichshoffen (Bas-Rhin). Initialement, il ne devait pas y avoir de plan social. C'est une volonté politique de sauver un symbole fort de l'industrie française. François Hollande l'a saisi alors que la campagne présidentielle va s'ouvrir

France Is Buying Faster Trains for Slow Tracks to Save Jobs

- OCTOBER 4, 2016, 10:07 AM EDT by [Reuters](#)

A pre-election bid to appeal to voters

The French government on Tuesday ordered 21 high speed TGV trains, most of which may never run on a suitable fast track, in a pre-election bid to preserve jobs at an historic locomotive plant.

Six months ahead of an election in which unemployment and a sagging economy are key issues, President Francois Hollande is fighting a rearguard action to win a second term, promising he can bring down a rising jobless rate that is above 10%.

The orders for trainmaker group Alstom, which is 20% government owned, are worth as much as 630 million euros (\$704 million), a source told Reuters.

Alstom—whose checkered history has symbolized French industrial decline for years—put Hollande’s pledge to the test last month, saying it would transfer 400 of the 480 jobs at its Belfort site in eastern France to another plant, ending over a century of manufacturing there due to a lack of orders.

Despite the relatively small number of jobs involved—joblessness in France rose by 50,000 in August—opposition politicians seized on Belfort’s symbolic significance and ministers quickly promised action.

Industry Minister Christophe Sirugue outlined the response in Belfort, a city of 50,000 people where Alstom started building steam engines in the late 19th century, saying the government would place a direct order for 15 high-speed TGV trains to run on lines in the south of the country.

There are plans to upgrade southern routes to accommodate TGV speeds, but there are also doubts about when, and even whether, this will happen. French senators last month called for a 15 year freeze on financing for new TGV lines.

On top of the 15, state rail operator SNCF is confirming a long-awaited order for six more TGVs for a future high-speed link between Paris and the Italian cities of Milan and Turin. Approval for that upgrade came in 2015 but work on it has yet to start in earnest.

Sirugue also promised a 70 million euro investment by Alstom to help transform the factory into a European train maintenance hub and plans for a research center on electrification, as well as confirmation of twenty orders for locomotives designed for recovering broken down trains and another 30 intercity trains.

Finance Minister Michel Sapin told Reuters he did not expect any state aid problems with European competition authorities, while Laurent Berger, leader of the CFDT labor union said the move was vital to protect jobs and would see Belfort through a rough patch.

But others accuse the government of waking up late to the issue for largely electoral reasons, and say putting expensive high-speed rolling stock onto a traditional rail system will also increase SNCF’s operating costs.

“You’re buying a Ferrari to drive up and down a country lane for 10 years,” economist Nicolas Bouzou said on BFM TV.

Alstom’s Presidential Past

Governments of both right and left in France have intervened to protect industrial champions from globalization and Alstom has already touched the careers of a number of next year’s potential presidential candidates.

When more than 12 years ago Alstom was struggling, Germany’s Siemens wanted to buy its power turbines division, but Nicolas Sarkozy, then the finance and economy minister and later French president, organized a 2004 state bailout.

Then, in 2014, Alstom was back in trouble as orders dropped.

This time the successful buyer of the power business was U.S.-based [General Electric](#) [GE 0.20%](#), putting Hollande and his then economy minister Arnaud Montebourg—also a candidate for next year’s presidential elections—in the firing line.

Alstom’s latest bombshell, on Sept. 7, came just months after Montebourg’s replacement, Emmanuel Macron, promised to protect the Belfort workforce.

Macron resigned from his post this summer to prepare for his own potential presidential campaign.

148,95

Alstom : pourquoi le plan de sauvetage est absurde

• Eric Verhaeghe

Publiée 04/10/2016 à 10:47

FIGAROVOX/HUMEUR - L'État français va acheter 15 rames de TGV, qui ne rouleront pas à grande vitesse. Pour Eric Verhaeghe, cette décision absurde masque la responsabilité des appels d'offres européens en matière de commande publique.



Eric Verhaeghe est fondateur de Tripalio, une start-up sur la vie syndicale. Cet ancien élève de l'ENA a occupé des fonctions dans le monde patronal et assumé divers mandats paritaires. Il fut notamment administrateur de la sécurité sociale. Son dernier livre, Ne t'aide pas et l'État t'aidera, est paru le 25 janvier dernier aux éditions du Rocher. Retrouvez ses chroniques sur son [site](#).

Amusant! Il paraît que, pour éviter aux ouvriers d'Alstom à Belfort de déménager dans une usine alsacienne, l'État va commander 15 rames de TGV à 500 millions d'euros entièrement inutiles (puisqu'elles ne rouleront pas sur une ligne à grande vitesse) et totalement payées par le contribuable (comme je l'avais annoncé, d'ailleurs). Et voici les fournisseurs de la SNCF sauvés par une cotisation obligatoire imposée aux clients du transporteur!

Qui a concocté cette décision totalement suicidaire pour l'économie française ?

Qui a concocté cette décision totalement suicidaire pour l'économie française? Le groupe des eurolâtres qui colonisent le pouvoir en nous expliquant jour après jour qu'il n'existe pas d'alternative à l'Europe, que l'Europe, c'est la prospérité, et que l'avenir de la France passe forcément par l'Europe.

Rien n'est plus amusant que cette homélie quotidienne en faveur du nouveau dieu européen qui pourvoit à tout, de notre naissance à notre mort, et qui compose notre horizon indépassable. Mais aucun des eurolâtres ne prend soin de préciser que **l'ensemble des problèmes rencontrés par Alstom aujourd'hui tient essentiellement aux procédures d'achat public imposées par cette fameuse Union européenne dont on nous dit tant de bien.**

L'idée de fermer Alstom à Belfort est venue après un appel d'offres européen lancé par Akiem, une filiale de la SNCF, qui a préféré des locomotives allemandes aux locomotives françaises.

Rappelons ici que l'idée de fermer Alstom à Belfort est venue immédiatement après les résultats d'un appel d'offres européen lancé par Akiem, une filiale de la SNCF, qui a préféré des locomotives allemandes aux locomotives françaises. C'est le jeu du marché unique européen, que nos eurolâtres passent savamment sous silence: tout achat public au-delà d'un certain montant doit faire l'objet d'un appel d'offres européen transparent.

Et voilà comment la religion de la construction communautaire entre en conflit avec la religion du «*Il faut sauver l'emploi en France*».

Au demeurant, on attend avec impatience que tous ces grands défenseurs de l'Europe, du peuple européen, de la conscience européenne, viennent expliquer aux ouvriers d'Alstom (et à l'opinion publique française) que, si l'on ferme leur usine, c'est parce qu'une autre usine du peuple européen a remporté le marché. Et qu'il faut donc se réjouir, nous qui sommes européens, de cette procédure qui conduit à produire dans l'entité européenne appelée Allemagne ce qu'on produisait avant dans l'entité européenne appelée France.

Incontestablement, la France vient de violer les traités en accordant une aide d'État à Alstom.

Au passage, Valls et consors, qui vont nous ressortir un grand poème jaculatoire sur les bienfaits de l'Europe, devront rapidement justifier auprès de la Commission européenne que l'État français vient, en dehors de toute procédure réglementaire, de procéder à un achat de 500 millions d'euros. Ce genre de commande, répétons-le, suppose un appel d'offres européen.

Incontestablement, la France vient de violer les traités en accordant une aide d'État à Alstom. La ficelle est tellement grosse qu'elle ne devrait d'ailleurs pas durer longtemps, et qu'elle relève d'un amateurisme politique confondant.

On peut penser ce qu'on veut du droit communautaire et de tout le tra-la-la qui l'entoure, l'attitude duplice du gouvernement français n'en reste pas moins confondante.

Dans une démocratie normale, un gouvernement qui prétend relancer l'Europe après le Brexit devrait expliquer aux syndicats français que la construction communautaire n'autorise plus la préférence nationale dans les commandes publiques. Et il devrait assumer son choix europhile devant l'opinion publique. Cette franchise éclairerait les Français sur ce que signifie réellement être européen aujourd'hui.

Si le gouvernement français continue à pratiquer la préférence nationale dans ses commandes, il prouve ainsi qu'il n'assume pas ses engagements européens, et il doit l'expliquer clairement.

Face à cette exigence de transparence, nos élus, une fois de plus, préfèrent mentir et ménager la chèvre et le chou. Et on s'étonne, après, du discrédit qui frappe la politique.

148,97

Nach dem Votum

Harter Brexit – aber für die EU

Politiker und Ökonomen warnten vor dem Brexit-Referendum vor einer Katastrophe. Wo ist diese denn? Londoner Aktienkurse eilen von einem Rekord zum nächsten, die Wirtschaft brummt. Ein Kommentar.

04.10.2016, von **HOLGER STELTZNER**



© REUTERS/Londons Finanzzentrum: Die Wirtschaft brummt

Wer meint, die Briten hätten sich bloß geirrt, eigentlich wollten sie in der **EU** bleiben, sollte der neuen Premierministerin besser zuhören. Theresa May hat angekündigt, Britannien reiche bis März das Austrittsgesuch ein, es werde zu einem harten Brexit kommen, das Vereinigte Königreich werde nach dem EU-Austritt ein völlig „souveränes Land sein“. Reflexartig fabulierten auf dem Kontinent wieder einige von Crash und Absturz, dabei fiel der Kurs des Pfunds gerade mal um ein Prozent. Da war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, so wie schon vor dem Referendum, als Politiker und Ökonomen vor der Katastrophe warnten. Wo ist diese denn? Londoner Aktienkurse eilen von einem Rekord zum nächsten, von einem konjunkturellen Einbruch keine Spur, die Wirtschaft brummt.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.Folgen:

Anstatt in Brüssel Gespräche über die Scheidung zu verbieten, sollte man sich auf eine Katastrophe für die EU vorbereiten. Denn nach dem Votum der Briten gegen die EU wird erstmals ein Mitglied den Klub verlassen. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU mit der drittgrößten Bevölkerung und der schlagkräftigsten Armee will raus und sich und Europa beweisen, dass man auch außerhalb der Union erfolgreich sein kann. Es geht um mehr als den Verlust des zweitgrößten Nettozahlers der Union. Sollten die Briten Erfolg haben, werden sich Nachahmer finden, da in vielen Ländern der Unmut über die EU wächst. In der Wirtschaft wird entschieden, ob das den Briten gelingen wird. Brüssel will den Zugang zum Binnenmarkt verweigern, falls London die Einwanderung aus der EU selbst steuern will, was May angekündigt hat.

Ohne ein neues Handelsabkommen gelten die Regeln der Welthandelsorganisation. Dann könnte die EU auf britische Exporte etwa niedrige Zölle wie auf Güter aus Amerika einführen. Das wäre zu verschmerzen, weil Großbritannien mehr in die Welt liefert als nach Europa. Wegen des hohen Defizits im Handel träfen Zölle die EU stärker als die Briten. Auch am größten Finanzplatz der Welt gingen bei einem harten **Brexit** nicht alle Lichter aus, da der Wettbewerb um Banken auch ein Wettlauf um die beste Regulierung ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU darüber diskutiert, wie sie ihr Wohlstandsversprechen wieder einlösen kann statt bloß zuzusehen, wie Britannien der Nachweis gelingt, dass ein mittelgroßes Land allein Erfolg in der globalisierten Welt haben kann.

Quelle: F.A.Z.

148,98

Alstom : un sauvetage baroque et coûteux

LE MONDE ECONOMIE | 04.10.2016 à 12h00 | Par [Philippe Jacqué](#)

En cette période préélectorale, François Hollande veut-il démontrer que le volontarisme politique peut avoir du bon ? En tout cas, l'usine Alstom de Belfort devrait poursuivre son activité au-delà de 2018, date initiale à laquelle la direction du constructeur ferroviaire souhaitait transférer la partie fabrication et bureaux d'études vers l'usine alsacienne de Reichshoffen.

Chez Alstom, après le choc de l'annonce début septembre, la solution présentée mardi 4 octobre est inespérée. Alors qu'Henri Poupart Lafarge, le PDG de la société, souhaitait lancer une première restructuration industrielle, le gouvernement lui a montré une autre voie. Personne ne peut reprocher cette fois-ci à l'Etat d'avoir lâché son constructeur national. Le plan alternatif concocté avec Bercy est large et massif. Les salariés du groupe, et notamment les 480 de Belfort, ne pourront pas dire que le gouvernement est indifférent à son sort.

Sécurisation du site de La Rochelle

Le sauvetage du site par le biais de deux commandes d'une vingtaine de rames de TGV est une bénédiction pour les salariés. La première vient de la SNCF pour six rames devant circuler entre la France et l'Italie, tandis que la seconde provient de l'Etat en tant qu'autorité organisatrice des transports des trains Intercités. En jouant cette carte, l'Etat a dans le même temps obtenu une certaine sécurisation du site de La Rochelle, qui assemble les voitures de TGV, Belfort se limitant à fabriquer les motrices avant et arrière de chaque rame.

Pour l'usine belfortaine, ces commandes se traduisent par de la charge supplémentaire pour les ateliers, mais aussi par un surplus de travail pour les bureaux d'études attenants, qui rassemblent plus de 150 personnes sur le site. Surtout, alors que la production française de locomotives de fret devrait s'éteindre d'ici 2018 malgré quelques commandes complémentaires de la part de SNCF Réseau, l'Etat et Alstom ont trouvé des moyens d'assurer une nouvelle orientation au site.

Quel impact sur les régions ?

Le site de maintenance ferroviaire est renforcé et devient un centre d'excellence au niveau européen, avec des investissements substantiels en parallèle : à la clé, 150 personnes, deux fois plus qu'aujourd'hui. Dans le même temps, Alstom va se lancer sur le très prometteur et très concurrentiel marché des bus électriques.

Cette débauche d'annonces, cependant, pose des questions. Tout d'abord, à quel prix sauve-t-on ce site de 480 salariés ? Les seules commandes de TGV vont coûter plus de 700 millions d'euros d'argent public, sans compter les commandes complémentaires. Sauver un seul site, fût-il historique et symbolique, risque d'alourdir le budget de l'Etat. Du moins si la puissance publique va au bout de ses commandes.

Les négociations s'ouvrent à peine et il faudra voir ce qu'il advient après l'élection présidentielle du printemps 2017. De même, l'Etat pourrait se défausser sur les régions desservies par ces nouveaux trains pour régler la facture.

Ces nouveaux TGV devraient desservir la transversale Sud, entre Bordeaux et Nice, par Toulouse, Montpellier et Marseille, comme l'indiquent *Le Figaro* et la lettre professionnelle *Mobilette*. A l'horizon 2021, certaines portions de cette voie seront des lignes à grande vitesse (LGV), notamment la LGV Montpellier-Marseille et le

contournement Nîmes-Montpellier qui ouvrira en 2017. Enfin, il faudra encore attendre pour voir une éventuelle LGV entre Bordeaux et Toulouse.

Faire rouler à 200 km/h du matériel capable de rouler à 320 km/h n'est pas très optimal et rationnel pour un opérateur. Une rame TGV coûte deux fois plus qu'un matériel classique. Les négociations entre l'Etat et Alstom seront donc rudes sur le coût des machines. De même, il faudra amortir ce matériel, ce qui pourrait se traduire in fine dans le prix des billets...

Cette commande directe pose également une question juridique. L'Europe ne risque-t-elle pas de s'agacer de voir un Etat venir en aide à son constructeur national en lui passant un contrat de commande de gré à gré ? L'Etat et Alstom disposent cependant d'une arme, les contrats-cadres existants d'achat de TGV. Pour ces derniers, l'Etat active simplement une option d'achat prévue.

Enfin, si Belfort et La Rochelle sont sortis de l'ornière, quid des usines d'assemblage de Valenciennes (RER, métro) et Reichshoffen (Intercités) ? Il faudra qu'Alstom remporte cette fois des appels d'offres, sans le soutien inconditionnel de l'Etat.

148,100

ÉDITORIAL

Quand l'État déraile

de Capèle, Gaëtan

Après des années de pratique, qui ont envoyé la plupart des entreprises publiques droit dans le mur, on pensait avoir tout vu des exploits de « l'État stratège ». C'était compter sans l'affaire d'Alstom à Belfort, véritable chef-d'oeuvre d'acrobatie industrialo-politique.

À quelques mois des élections, pour empêcher cette entreprise de se réorganiser - comme cela arrive tous les jours à ses concurrents dans tous les pays du monde -, le gouvernement s'est surpassé. Accrochez vos ceintures : lesté de 2 170 milliards d'euros de dettes, l'État va emprunter 450 millions pour passer une commande de TGV dont personne n'a besoin, destinés à rouler sur des lignes à petite vitesse, ce qui coûtera beaucoup plus cher que des trains classiques à la SNCF, laquelle croule déjà sous les pertes. Qui dit mieux ?

Cette idée lumineuse, enrobée dans un plan plus large, va permettre de maintenir provisoirement le site de Belfort en activité et d'éviter le transfert de ses 400 employés vers d'autres usines. Le tout pour la bagatelle de plus d'un million d'euros par tête, dans une entreprise, Alstom, qui fait par ailleurs des bénéfices !

Derrière son côté quasiment « gaguesque », cet épisode est évidemment désastreux à tous points de vue. Pour les finances publiques, bien sûr, qui n'avaient pas besoin de cela, mais aussi pour l'idée aberrante qu'il véhicule : l'État a les moyens, donc le devoir, de secourir les entreprises en difficulté, est-on désormais en droit de penser dans toutes les usines de France. C'est naturellement faux et de nombreux salariés, dont l'emploi se trouve menacé, risquent fort d'être déçus. Le gouvernement, qui s'offre aujourd'hui une victoire politique bien éphémère, pourrait en payer rapidement le prix. Rattrapé par la réalité, incapable de répondre, ici ou là, aux appels à l'aide qui ne manqueront pas de se multiplier, il alimentera chaque semaine les rancoeurs. Et gonflera encore un peu les rangs des électeurs du Front national.

Un million par salarié dans une entreprise qui fait des bénéfices !

148,101

Internet und Demokratie (1)

Die politische Räson der neuen Medien

Das Internet wurde als demokratischer Heilsbringer gefeiert. Heute gilt es als Vehikel von Populismus, Autoritarismus und Gleichgültigkeit. Lässt es sich zur Vernunft bringen? Auftakt einer neuen Serie.

05.10.2016, von THOMAS THIEL

Es heißt, man werde das Internet erst wirklich begreifen, wenn man seine Wirkungen am eigenen Leib spürt. Wer zur Zielscheibe von Hassbotschaften geworden ist, hat diese Erfahrung hinter sich. Für andere steht sie noch aus. Im abstrakten Maßstab der Demokratie ist aber die Zeit gekommen, in dem sich die politischen Folgen des Internets bewerten lassen. Vor fünfzehn Jahren blickte der amerikanische Politologe und Obama-Berater Cass Sunstein in die Zukunft des personalisierten Internets (Republic.com, [Harvard University](#) Press 2001), das von seinen Nutzern alles Unerwünschte fernhält und sie in die Komfortzone ihrer Vorurteile einschließt. Demokratie, schrieb Sunstein, gründe auf dem Interesse am Allgemeinen, an dem, was den Bürger nicht unmittelbar oder persönlich betrifft, aber über Gesetzgebung auf ihn einwirkt. Der Bürger sei im Internet nicht nur Nutzer und Kunde, sondern aktiver Gestalter des Gemeinwesens. Oder sein Totengräber: Wer sich in den digitalen Filterblasen nur mit sich und seinesgleichen beschäftige, werde intolerant gegenüber Widersprüchen und furchtsam vor der Welt da draußen.



Autor: Thomas Thiel, Redakteur im Feuilleton-Folgen:

Vieles von dieser Prognose hat sich bewahrheitet. Mit dem Aufstieg von Populismus und Autoritarismus verdichten sich die Anzeichen, dass das als demokratischer Heilsbringer gefeierte Netz in seiner heutigen Form und aufs Ganze gesehen dem Rückzug in verkapselte Gemeinschaften dient. Als politische Bewegung ist „das Internet“ gescheitert. Die frühe Utopie des herrschaftsfreien Paralleluniversums wurde von Unternehmen und Geheimdiensten vereinnahmt. Der Piraten-Traum eines digitalen Scherbengerichts war schon zerstoßen, als der Brexit seine unerwünschten Nebenfolgen aufdeckte.

Globaler Stammestanz im digitalen Dorf

Vor mehr als fünfzig Jahren entwarf Marshall McLuhan eine Mediengeschichte der politischen Vernunft, die das Druckmedium als Exponenten einer distanzierten und geordneten visuellen Vernunft bezeichnete, die die Grundlage des abstrakten und langwierigen Prozesses der repräsentativen Demokratie schuf. Mit dem sich erst schemenhaft abzeichnenden elektromagnetischen Zeitalter sah McLuhan diese Vernunft im multimedialen Affektstrudel verschwinden: im vielfach missverstandenen digitalen Dorf, das man sich nach McLuhan mehr als globalen Stammestanz denn als geordnete Mikrostruktur vorzustellen hat.

Die Orientierungsverluste im medialen Pluriversum fördern heute die Sehnsucht nach verbindlicher Autorität. Die Aussicht auf unmittelbare Befriedigung verändert die Interessen. Von daher der Anspruch, der Politiker müsse sich wie der Amazon-Lieferservice unverzüglich an Ort und Stelle um jeden einzelnen Bürger kümmern, anstatt Entscheidungen zu treffen, die alle gleichmäßig betreffen. Zum Vorteil des charismatischen Populisten, der eine verunsicherte Klientel von Individualisten um sich schart, die sich nach Gemeinschaft sehnt.

User und Bürger

Das Internet ist nicht nach dem Konzept des politischen Bürgers, sondern nach dem des selbstbestimmten Nutzers entworfen, dessen Selbstermächtigung im virtuellen Raum keine Grenzen haben soll. Individualität gibt

es in Reinform aber nicht, sie ist eingelassen in Rechtssysteme und Normen. Souveräne Kunden, die Geschäftsbedingungen bis zur letzten Zeile durchlesen und die Geschichte des erworbenen Produkts über Ländergrenzen zurückverfolgen, mag es geben. Man kann dies sogar als politischen Akt begreifen: Souverän ist, wer die Geschäftsbedingungen kennt. Aber auch das ist erst die Vorstufe zum politischen, am Gemeinwohl orientierten Bürger, der seine Individualität aus dem Bewusstsein seiner Bedingtheit gewinnt.

Nie gab es mehr Wissen als heute und nie eine vergleichbare Menge unstrukturierter Information. Die „sozialen Netzwerke“ ziehen den Content der Massenmedien in ihre Feeds, lehnen aber redaktionelle Verantwortung ab. Dass die britischen Jungwähler nach einem Bericht des „Guardian“ mehrheitlich den Brexit-Wahltag nicht kannten und ihr Stimmrecht verspielten, spricht nicht dafür, [Facebook](#) den Informationsauftrag zu überlassen.

Es lässt sich darüber streiten, ob schon Angela Merkels Diktum, „Dann ist das nicht mehr mein Land“ Ausdruck eines medial lancierten personalisierten Politikstils war oder erst die politikmüde Forderung Nigel Farages, er wolle sein Leben zurückhaben. Wer hatte es ihm gestohlen? Deutlicher drückte es Jean-Claude Juncker aus: Im Rhythmus der sozialen Medien sei keine weitsichtige Politik zu erwarten.

Das Gedächtnis des Internets ist inzwischen so verzweigt, dass die Konsistenzprüfung zu aufwendig wird. Wenn sich der öffentliche Raum in materielle und virtuelle Sphären aufsplittet, wird nicht einmal mehr klar sein, worauf sich die Rede von Öffentlichkeit bezieht. Das neue Misstrauen gegenüber ungeprüfter Information wirkt auf die Massenmedien zurück. Das mediale Korrektiv gerät zusätzlich mit dem Aufstieg des korporativen Journalismus unter Verdacht, der für seine Menüs aus Nachrichten, Human-touch-Geschichten und Produktwerbung auch vermeintlich unabhängige Blogger einspannt.

Demokratie nach Zuckerberg

Nicht nur in den Netzwerken lässt sich immer häufiger beobachten, dass berechtigter Widerspruch auf glattes Unverständnis stößt und nicht mit einer Erklärung rechnen darf. Die Multiplikation der sozialen Rollen in den Netzen begünstigt die Widerspruchstoleranz und führt dazu, dass auf die inhaltliche Konsistenz politischer Aussagen oft ganz verzichtet wird, obwohl deren Prüfung angeblich nie leichter war. So kommt es, dass ein Politiker wie [Boris Johnson](#) politische Gefolgschaft wie einen Facebook-Kontakt kündigt und trotzdem Außenminister wird. Die mediale Migration politischer Motive trägt dazu bei, dass aus zartbesaiteten jungen Männern binnen Wochen blutrünstige Gotteskrieger werden oder dass man von links wie von rechts Putins Beistand erfleht.

Auf den Diskurs über das Internet haben diese Erfahrungen nur teilweise eingewirkt. Die Ernte der Twitter- und Facebook-Revolution in den arabischen Ländern haben Diktatoren eingefahren. Unter den Betreibern virtueller Plattformen gilt aber weiter die geschäftstüchtige Devise, dass das Internet die Welt per se demokratischer mache. Die IT-Unternehmer präsentieren sich als Demokraten in globaler Mission. Wer weltweit kommuniziert und vernetzt ist, kann in China wie Luxemburg kein schlechter Mensch sein, ist aber unbedingt ein kosmopolitischer Demokrat. Chefdiplomaten aus Silicon Valley lassen sich um die Erde fliegen, um ausgewählten Jüngern die frohe Botschaft zu verkünden. Als [Mark Zuckerberg](#) in Berlin zu Gast war, waren die Zuhörer handverlesen und die Fragen vorgefiltert. Ist das der demokratische Diskurs, den Zuckerberg weltweit per Internet in Gang bringen möchte? Gleichzeitig schleifen die IT-Unternehmen unter dem Deckmantel der Disruption die demokratischen Institutionen, wie Uber den Sozialstaat.

Wie so oft lohnt sich der Blick auf Silicon Valley, wo sich die Lobby- und Diskursmacht über das Internet konzentriert und eine große Anhängerschar der libertären Vordenkerin Ayn Rand zu Hause ist. Die russische Immigrantin predigte einen radikalen Individualismus, wo jeder das Recht auf Anerkennung verliert, der es, gleich aus welchen Gründen, im Leben nicht ganz so weit gebracht hat. Der Erzfeind des IT-Libertarismus ist

der Staat, dem er das Internet und die Rechtssicherheit für dessen Betrieb verdankt. Demokratie heißt in diesen Zirkeln: Gehe, so weit man dich lässt und darüber hinaus, solange dich keiner aufhalten kann.

Voraussetzungen eines demokratiefördernden Internets

Die Behauptung, dass Regeln und Grenzen sinnlos sind, wurde im (Drogen-)Rausch des kalifornischen Hippietums geboren und schuf sich mit dem Internet ein Vehikel, in dem er eine Zeitlang Realität werden konnte, ohne größeren Schaden anzurichten, bis Unternehmen, Geheimdienste und Diktatoren die Regie übernahmen und die Grenzenlosigkeit zu ihrem Vorteil ausdeuteten. Die Souveränität des von allen Seiten ausgeleuchteten und gesteuerten Nutzers wurde zur Chimäre.

Besonders auf europäischer Ebene mehren sich die Anzeichen, dass man diese Ideologie aus politischer Einsicht und nüchternem Geschäftsinteresse nicht mehr schlucken will. Strukturierung auf multiplen Ebenen, Rechenschaftspflicht, Rechtssicherheit und zeitliche Rhythmisierung sind Voraussetzungen, damit aus dem Internet ein Medium der Demokratie wird - was es heute noch nicht ist.

Das Internet ist nicht das Naturphänomen und Fatum, als das es gehandelt wird, sondern eine von Interessen umlagerte, gestaltoffene und reformierbare Kommunikationsstruktur. Wie kann es mit der Demokratie versöhnt werden, und welche Korrekturen sind dafür vorzunehmen? Wir wollen diese Fragen in der Serie „Internet und Demokratie“ diskutieren. Die liberale Demokratie hat ihre Selbstverständlichkeit verloren. Kämpfen wir für sie.

Voile, burqa, niqab... ce que dit la loi en France

La rédaction avec AFP | Le 05 octobre 2016

Partager

Alors que le camp Sarkozy entretient le flou autour de son intention d'interdire le voile dans l'espace public, passage en revue de ce que les textes de loi français autorisent - ou non.

Après le burkini, cet été, c'est au tour du voile de revenir sur le devant de la scène politique. Nicolas Sarkozy a-t-il l'intention de l'interdire dans l'espace public, autrement dit la rue ? [Son camp entretient le flou autour de cette question](#). Que stipule la loi française ? Pas de burkini sur certaines plages, pas de voile à l'école, pas de burqa dans la rue, et des incertitudes sur le foulard en entreprise. Le droit en France impose diverses restrictions au port de vêtements religieux. Et si les textes adoptés ces dernières années concernent en principe toutes les religions, ils s'inscrivent en réalité dans le débat, souvent enflammé, sur [la place de l'islam en France](#).

En août 2016, [plusieurs municipalités du littoral français prennent des arrêtés](#) imposant sur les plages une tenue « correcte, respectueuse des bonnes mœurs et du principe de laïcité ».

Si le mot n'y figure pas noir sur blanc, ces arrêtés visent [le « burkini », tenue de bain couvrant le corps des chevilles aux cheveux](#).

Le [tribunal administratif de Nice a dans un premier temps validé ces initiatives](#), qui découlent du pouvoir de police des maires pour prévenir les troubles à l'ordre public. Le Conseil d'État, plus haute juridiction administrative, se saisit ce jeudi du dossier.

La France a été le premier pays européen à [interdire le voile intégral](#) avec une [loi de 2010](#) qui interdit « la dissimulation du visage dans l'espace public » (rues, mais aussi commerces, transports, mairies, etc.). Dans le viseur des législateurs : le niqab - un voile intégral sombre masquant le visage à l'exception des yeux - et la burqa, un voile intégral souvent bleu et doté d'une « grille » de tissu recouvrant les yeux.

[Validée par la Cour européenne des droits de l'Homme](#) (CEDH) en 2014, la loi de 2010 prévoit pour les infractions jusqu'à 150 euros d'amende. En cinq ans d'application, un peu plus de 1500 verbalisations ont eu lieu.

Le Parti socialiste s'était abstenu lors du vote. François Hollande avait affirmé ensuite, lors de la campagne présidentielle en avril 2012, qu'il « maintiendrait, bien sûr, la loi sur la burqa ».

Dans les établissements scolaires. « Dans les écoles, les collèges et les lycées publics, le port de signes ou tenues par lesquels les élèves manifestent ostensiblement une appartenance religieuse est interdit », en vertu d'une [loi de 2004](#). La laïcité de l'enseignement public est inscrite dans la Constitution, le texte doté de la plus grande autorité dans le droit français. Plus fondamentalement, la laïcité de l'État français a été consacrée par une loi de 1905, qui lie ce principe au respect de la liberté religieuse. L'adoption de la loi de 2004, qui interdit aussi les croix ou les kippas, faisait suite à quinze ans de débat souvent enflammé. [Tout avait commencé en 1989, dans un collège de Creil](#) (Oise), dont trois adolescentes avaient été exclues pour port du voile.

À l'université. [L'interdiction du port du voile en France ne concerne pas l'université](#), mais cela fait régulièrement débat. « Il faudrait le faire », a par exemple estimé, en juillet, le premier ministre Manuel Valls.

Dans les crèches. La justice française a validé en juin 2014 [le licenciement pour « faute grave » d'une femme voilée employée dans une crèche privée](#). Baptisé Baby Loup, l'établissement, basé à Chanteloup-les-Vignes (Yvelines) avait été contraint, à cause de la polémique, de déménager à Conflans. Dans la foulée, et forts de

cette « jurisprudence », les députés avaient voté, en mai 2015, une loi sur le principe de « neutralité religieuse » dans les structures accueillant des enfants de moins de 6 ans.

En entreprises. Si dans la fonction publique, la loi oblige les agents à respecter une « stricte neutralité », dans les entreprises la question du port du voile n'est pas définitivement tranchée sur le plan juridique. Rien ne l'interdit, en principe, au nom de la liberté religieuse ; mais certains employeurs s'y opposent toutefois, en particulier lorsque cela nuit à leur activité commerciale. C'est donc à la justice, et souvent aux hautes juridictions françaises (Cour de cassation) et européennes (Cour de justice de l'Union européenne à Luxembourg, Cour européenne des droits de l'Homme à Strasbourg), que revient la tâche de statuer au cas par cas.

148,106

Alstom: Un plan à 770 millions d'euros qui tient sur deux pages

LE MONDE ECONOMIE | 05.10.2016 à 10h55 • Mis à jour le 05.10.2016 à 10h56 | Par **Philippe Jacqué**



Le site d'Alstom Belfort produira des motrices et des locomotives après 2018, date prévue initialement pour le déménagement de cette activité vers Reichshoffen. Le 7 septembre, le groupe français avait annoncé sa volonté de concentrer son usine de Belfort sur la seule activité de maintenance. L'Etat en a voulu autrement. Mardi 4 octobre, le gouvernement et la direction du constructeur ferroviaire ont présenté leur plan alternatif. **Un projet qui tient en deux petites pages, mais qui représente un investissement de plus de 770 millions d'euros.**

Tout d'abord, Christophe Sirugue, le secrétaire d'Etat à l'industrie, a confirmé à Henri Poupart-Lafarge, le PDG du constructeur, des commandes en négociation depuis de long mois entre Alstom et la SNCF : six TGV seront commandés par l'opérateur public pour équiper la ligne Paris-Turin-Milan (soit 200 millions d'euros) et vingt locomotives de secours seront commandées par SNCF Réseau pour 30 millions d'euros. Il s'agit de locomotives prépositionnées afin de venir en aide à des trains qui tomberaient en panne.

L'annonce essentielle reste la commande par l'Etat de quinze TGV, à 30 millions d'euros pièce, soit 450 à 500 millions d'euros selon les spécifications. Ces rames desserviront la ligne Intercités Bordeaux-Marseille. Pour M. Sirugue, cela permettra d'anticiper la construction des lignes à grande vitesse (LGV) Bordeaux-Toulouse et Montpellier-Perpignan, qui verront le jour au plus tôt au milieu des années 2020. Et encore, si elles sont jamais construites. Un rapport du Sénat, rendu public la semaine dernière, demande le gel de tout financement public pendant quinze ans pour la ligne Bordeaux-Toulouse.

TGV de cinquième génération

Outre ces commandes, Bercy confirme l'investissement, par l'Etat, l'Ademe et Alstom, de 30 millions d'euros pour développer, ces deux prochaines années, un TGV de cinquième génération. Enfin, Alstom annonce un investissement de 30 millions d'euros d'ici à 2018 pour développer dans ses bureaux d'études de Belfort, et industrialiser une plate-forme de locomotive de manœuvre hybride ou diesel.

Dans le même temps, le groupe français va développer Belfort comme centre européen de référence de la maintenance des locomotives d'Alstom, soit un investissement de 5 millions d'euros sur le site d'ici à 2019. Les collectivités locales participeront à cet effort. L'objectif : employer à terme 150 salariés pour cette activité, contre moitié moins en 2015. Alstom va également consacrer 5 millions d'euros à sa diversification pour la production d'autres types de véhicules ferroviaires et routiers, en particulier le bus électrique.

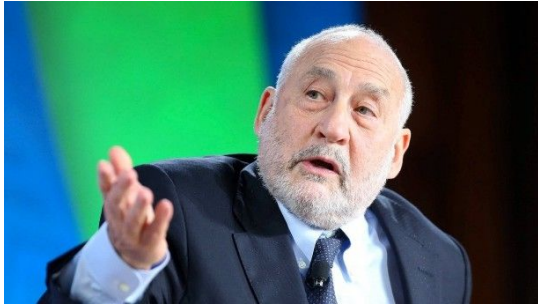
148,107

Eurokrise

Nobelpreisträger Stiglitz erwartet Zerfall der Eurozone

Dass die Währungsunion in zehn Jahren noch 19 Mitglieder haben werde, sei sehr unwahrscheinlich, sagt der frühere Chefökonom der Weltbank. Für die Zukunft malt Joseph Stiglitz ein düsteres Szenario – und weiß einen ersten Ausstiegskandidaten.

06.10.2016



© DPAWirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz rechnet mit einem Ausscheiden Italiens aus der Eurozone. Er glaube nicht, dass das Land künftig noch Teil des gemeinsamen europäischen Währungsraums sein werde, sagte der Volkswirt **der Zeitung "Die Welt"** laut Vorabbericht. "Wenn ich mich mit Italienern unterhalte, spüre ich, dass die Menschen dort zunehmend enttäuscht sind vom Euro", sagte er. "Den Italienern wird gerade klar, dass Italien im Euro nicht funktioniert."

Ohne weitere tiefgreifende Reformen werde die Währungsunion nicht weiter funktionieren, sagt Stiglitz, der die Eurozone **bereits in der Vergangenheit kritisiert** hat. Er erwarte nicht, dass die Politik die Währungsunion langfristig retten könne. Den Mitgliedsländern mangle es an Entschiedenheit, die notwendigen tiefgreifenden Reformen wie etwa die Schaffung einer Bankenunion oder einer gemeinsamen Einlagensicherung anzugehen. „Mir macht die Geschwindigkeit Sorgen, mit der die Entscheidungen in Europa ablaufen“, sagte der Ökonom. „Die Politik einigt sich darauf, was getan werden muss, aber dann wird blockiert, getrödeln und sich Zeit gelassen.“

In Europa fehle es an der nötigen Solidarität über Grenzen hinweg. Deshalb werde der gemeinsame Währungsraum vermutlich in den kommenden Jahren zerbrechen, sagte der Ökonom der Zeitung zufolge. So habe Deutschland schon akzeptiert, dass Griechenland die Eurozone verlassen werde. „Es wird in zehn Jahren noch eine Eurozone geben, aber die Frage ist, wie sie aussehen wird. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie immer noch 19 Mitglieder haben wird“, sagte der frühere Chefökonom der Weltbank. „Es ist schwer zu sagen, wer dann noch dazugehört wird.“

148,108

Le sauvetage du site Alstom de Belfort met-il en péril celui de Reichshoffen?

Publiée 05/10/2016 à 18:01



En annonçant notamment la commande de 15 TGV supplémentaires destinés aux lignes Intercité, le gouvernement a assuré l'avenir du site de Belfort pour quatre ans. Mais les syndicats sont désormais inquiets pour le site alsacien.

Le gouvernement a-t-il déshabillé Pierre pour habiller Paul? En annonçant hier la commande de 15 TGV supplémentaires destinés à circuler sur les lignes Intercité, ainsi que de 20 locomotives de dépannage, le gouvernement a assuré pour quatre ans l'avenir du site Alstom de Belfort, où le groupe avait l'intention d'arrêter la production. «Hier on était tous virés, aujourd'hui on reste à Belfort, on a gagné, mais j'espère que ça va durer», s'est réjoui auprès de l'AFP Hervé Demoulin, 48 ans, dont 32 ans chez Alstom. Les syndicats restent en effet vigilants pour l'avenir. «Pour le long terme, il n'y a rien de gagné, il faut qu'on reste prudents pour que la direction tienne ses engagements», a réagi dans la foulée Olivier Kohler, délégué CFDT du site.

Quid, cependant, du site de Reichshoffen, qui produit précisément des Intercités, ces trains en remplacement desquels les 15 TGV ont été commandés directement par l'État? Le gouvernement s'est en effet engagé à renouveler entièrement d'ici à 2025 le parc de ces trains en fin de vie. Les premières rames sont actuellement en cours de livraison, mais les suivantes seront remplacées par les rames de TGV fabriquées notamment à Belfort.

Un creux de charge en 2018

La sénatrice du Bas-Rhin, Fabienne Keller, redoute notamment que Reichshoffen pâtisse in fine de la décision du gouvernement de voler au secours de Belfort. «Cette décision est contre-productive car elle aura à terme un impact encore plus lourd sur l'emploi. En effet, cette commande qui vise à créer de la charge de travail à Belfort aura un impact négatif sur celle du site de Reichshoffen qui construit les rames Intercité», déplore-t-elle [dans un communiqué](#). Et la sénatrice Les Républicains de mettre en garde: «En voulant «sauver» les 500 emplois de Belfort, l'État pourrait bien fragiliser les 1000 emplois de Reichshoffen».

Une inquiétude relayée par certains salariés du site. Ainsi de Fabien, qui témoignait ce mardi sur RTL: «Ça ressemble plus à un tricotage un petit peu bizarroïde pour sauver absolument le site. Il y a une espèce de concurrence entre Reichshoffen et Belfort, parce que la charge n'est pas suffisante pour les deux sites», redoute le salarié. Reichshoffen, en effet, connaîtra à son tour un creux de charge en 2018, s'il ne reçoit pas d'ici là de nouvelles commandes.

Le gouvernement assure cependant que le site alsacien, non seulement ne pâtira pas de ces nouvelles commandes, mais au contraire en bénéficiera. «Ce plan ne bénéficie pas qu'à Belfort. Il bénéficie aussi la Rochelle, il bénéficie à Reichshoffen, il bénéficie à Ornans et au Creusot», a assuré Christophe Sirugue le secrétaire d'État au Transport ce mardi matin sur BFMTV. À moins que Reichshoffen, finalement en difficultés, ne se rappelle au bon souvenir... du prochain gouvernement.

148,109

WIRTSCHAFT

WACHSTUMSSCHWÄCHE

Star-Ökonom erwartet den Euro-Austritt Italiens

Von Tobias Kaiser | Stand: 05.10.2016 | Lesedauer: 3 Minuten

Der renommierte Volkswirt und Nobelpreisträger für Wirtschaft Joseph Stiglitz plädiert für eine Abschaffung des Euro. Nur so ließe sich Europas Wirtschaft noch retten.

Quelle: Die Welt

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz glaubt nicht, dass die Politik die Währungsunion in ihrer heutigen Form retten kann.

- Den Mitgliedsländern mangle es an Reformwillen, an Entschlossenheit und an der nötigen Solidarität über Grenzen hinweg.
- Überlebensfähig ist nach Ansicht des Star-Ökonoms nur eine kleinere Euro-Zone – in der Italien nicht mehr dabei wäre.

64

Starökonom Joseph Stiglitz glaubt nicht, dass Italien auf Dauer Teil der Euro-Zone sein wird. „Wenn ich mich mit Italienern unterhalte, spüre ich, dass die Menschen dort zunehmend enttäuscht sind vom Euro“, sagte der Nobelpreisträger im Gespräch mit der „Welt“.

Die Enttäuschung breite sich auch unter Wissenschaftlern und führenden Politikern aus. „Den Italienern wird gerade klar, dass Italien im Euro nicht funktioniert. Das ist für die Italiener emotional wirklich schwierig, und sie haben sich lange geweigert, diese Einsicht zu akzeptieren.“

Die italienische Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Die Banken des Landes kämpfen mit gewaltigen Beständen fauler Kredite und die Wirtschaft wächst seit fast zehn Jahren nicht mehr, während die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum stark gestiegen ist.

Joseph Stiglitz beklagt mangelnde Solidarität in Europa

Ohne weitere tiefgreifende Reformen werde die Währungsunion nicht weiter funktionieren, sagt Stiglitz. Der Amerikaner, der 2001 den Nobelpreis erhielt, erwartet aber nicht, dass die europäische Politik die immer noch kriselnde Euro-Zone langfristig retten kann. Den Mitgliedsländern gebreche es an dem Willen, die notwendigen tiefgreifenden Reformen wie etwa die Schaffung einer Bankenunion oder einer gemeinsamen Einlagensicherung anzugehen.



Joseph Stiglitz (73) lehrt an der Columbia University in New York und ist einer der bekanntesten Ökonomen der Welt

Quelle: picture alliance / Photoshot

„Die Entschlossenheit fehlt“, sagte Stiglitz. „Mir macht die Geschwindigkeit Sorgen, mit der die Entscheidungen in Europa ablaufen. Die Politik einigt sich darauf, was getan werden muss, aber dann wird blockiert, getrödeln und sich Zeit gelassen.“ In Europa fehle es an der nötigen Solidarität über Grenzen hinweg.

Die Euro-Zone in ihrer heutigen Form wird zerbrechen

Deshalb werde der gemeinsame Währungsraum vermutlich in den kommenden Jahren zerbrechen. Dann werde es die Euro-Zone in ihrer heutigen Form nicht mehr geben, sagte der Topökonom: „Es wird in zehn Jahren noch eine Euro-Zone geben, aber die Frage ist, wie sie aussehen wird. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie immer noch 19 Mitglieder haben wird. Es ist schwer zu sagen, wer dann noch dazugehört wird.“

Deutschland habe beispielsweise schon akzeptiert, dass Griechenland die Euro-Zone verlassen wird. In der Vergangenheit hatte Stiglitz bereits Portugal und Griechenland geraten, aus der Euro-Zone auszutreten.

Der Ökonom kann zwar eine ganze Reihe von Reformen aufzählen, die nötig wären, damit die Währungsunion tatsächlich funktioniert. Offenbar glaubt er selbst aber nicht daran, dass sich die Regierungen der Mitgliedstaaten zu diesen Schritten aufrufen werden. Die Auflösung der Gemeinschaftswährung oder der Bruch in einen Nord-Euro und einen Süd-Euro seien deshalb die einzig realistischen Optionen, die lahmende Wirtschaft des Kontinents wieder in Schwung zu bringen.

„Die Krise begann in den USA, aber die Wirtschaft dort erholt sich wieder, während die Euro-Zone vor sich hin dümpelt“, sagt der Ökonom, der in der Vergangenheit Chefökonom der Weltbank war. Beide Wirtschaftsräume seien ähnlich aufgestellt, verfügten über ähnliches Humankapital, ähnliche Bodenschätze und ähnliche Institutionen. „Der große Unterschied“, sagt Stiglitz, „ist der Euro.“

148,111

France politics

France to buy unneeded trains to save Belfort factory

President approves deal to buy 15 extra TGV trains from Alstom to keep 137-year-old facility open

OCTOBER 4, 2016

by: **Anne-Sylvaine Chassany** in Paris

France's government has intervened to prevent the closure of an Alstom train-making plant by placing a €600m order for equipment it does not immediately need.

Six months before presidential elections, the plan to protect the historic factory at Belfort highlights François Hollande's determination to avoid an outcome that would have tainted his pro-business agenda and [reignited criticism](#) from his own Socialist party that €40bn of tax breaks he has given to business have not translated into jobs.

The French state, which owns 20 per cent of Alstom, has agreed to push forward the purchase of high-speed trains to ensure the viability of the 137-year-old plant for the next four to five years and the retention of 480 jobs, Christophe Sirugue, industry minister, said on Tuesday.

"We have chosen to roll up our sleeves and listen to the distress calls of local politicians and unions," Mr Sirugue said. Some €70m will be invested in the plant to diversify its activities.

The new work for Belfort includes the power units for an extra 15 TGV high-speed trains that are due to operate on new lines still under construction, meaning the trains will initially run on slower parts of the French rail network.

Shutting down Belfort would have been seen as another sign of the president's helplessness to prevent job losses — even when the state is a shareholder of the company involved — and to curb unemployment of nearly 10 per cent of the workforce.

"Doing nothing wasn't an option given the weight of Belfort in the French collective psyche," said Jérôme Fourquet, head of political surveys at Ifop, a pollster. "Especially at a time when Hollande needs to win back working-class voters."

The plant in eastern France has long been regarded as a symbol of the country's industrial prowess. It produced its first steam locomotive in the 1880s and manufactured the *train à grande vitesse* — TGV — that helped France pioneer high-speed rail travel in Europe.

However, Alstom said last month it planned to shut down Belfort and move production to its plant in Reichshoffen, Alsace, after poor demand led to a 30 per cent fall in output at its French sites.

Belfort's last-minute reprieve is a reminder of the fragile state of France's industry, which is only now showing small signs of recovery after bleeding jobs since the financial crisis.

French industrial plants produce the same kind of products as Spanish plants but are 20 per cent more expensive

Patrick Artus, chief economist at investment bank Natixis

Plant shutdowns in the eurozone's second-largest economy have outnumbered openings by 605 since 2009, according to data compiled by Trendeo, a Paris-based consulting firm. In the past six months, new plants have marginally outnumbered closures, but with fewer jobs.

High labour costs and weak investment in automation and research and development have steadily eroded French competitiveness, according to economists. Mr Hollande's €40bn of fiscal incentives for companies has so far failed to reverse the trend.

"French industrial plants produce the same kind of products as Spanish plants but are 20 per cent more expensive," Patrick Artus, chief economist at the investment bank Natixis, said. "French companies' margins have improved but the products are the same. Businesses have not invested in technology and have not moved upscale in terms of quality or product sophistication. This means a slow, inevitable deindustrialisation."

The state's order placed with Alstom is unlikely to change these structural faults, Mr Artus noted. "The Russians make good freight cars cheaper," he said.

Unions have for years feared that Belfort could close and their worries intensified in 2014 after Alstom, which was bailed out by the state in 2004, sold its turbine manufacturing activities in the same town to [General Electric](#) in a €9.7bn deal.

Centre-right candidates' promises leave business leaders cold

This year Alstom missed out on a contract to build 44 trains when Akiem, a joint venture between the state-owned railway operator SNCF and [Deutsche Bank](#), awarded the deal to German company Vossloh. Local politicians called on the government to overturn that decision.

The French government has representatives on Alstom's board but claimed the company's plan to shut the plant had come as a surprise. Mr Sirugue described Alstom's decision as "brutal" and done "without due consultation".

Michel Sapin, finance and economy minister, said Mr Hollande had "given us a target: to make sure that Alstom's railway activities are maintained".

As presidential elections approach, Mr Hollande is struggling to fend off a threat from the far-right National Front. The anti-Brussels, anti-immigration party has sought to attract working class voters from the left — a strategy many analysts predict will allow Marine Le Pen, its leader, to qualify for the presidential run-off in May.

The similarly symbolic Hayange steel furnaces closed in the early days of Mr Hollande's presidency in 2013, after which the FN took control of the local town council. In Belfort, too, the FN has recorded steady electoral gains, coming first in the first round of regional elections last year.

148,113

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

Why the Fed Should Raise Rates Now

Unemployment is low, inflation is on the rise and asset prices are through the roof.



PHOTO: GETTY IMAGES

By MARTIN FELDSTEIN

Oct. 6, 2016 7:20 p.m. ET

[36 COMMENTS](#)

The Federal Reserve remains trapped in inaction by the success of its quantitative-easing strategy, despite increasing support among its 12 district-bank presidents for raising short-term interest rates. Its policy of buying long-term bonds and promising to keep short rates low has pushed asset prices to dangerously unsustainable levels. The time for debate has passed. With consumer prices on the rise and unemployment low, it's time for the Fed to normalize short-term rates.

Notwithstanding talk of a “nonrecovery,” rising asset prices have lifted household wealth to an [all-time high](#), leading to more consumer spending, faster GDP growth and lower unemployment. In 2013 household net worth increased by more than \$10 trillion, according to Fed data, causing real GDP to rise by 3.5% in the second half of the year and by 2.5% in 2014.

Although GDP growth slowed to about 2% in 2015, the unemployment rate stood at [4.9% in August](#)—essentially full employment. That is causing inflation to rise, with the core consumer-price index inflation rate at 2.3% between August 2015 and August 2016, up from 1.8% over the previous year. If the unemployment rate continues to decline, inflation is likely to accelerate further.

The Fed's policy of exceptionally low interest rates causes investors to reach for yield, continuing to raise the overvalued prices of equities, longer-term bonds, commercial real estate and other riskier assets. Consider:

- The price-earnings ratio of the Standard & Poor's 500 is now [around 25](#), about 60% higher than its historic average.
- A 30-year Treasury bond now has a yield of 2.3%, about equal to the current core CPI inflation rate. Historically the 30-year bond yield has exceeded the inflation rate by about 2%. If the bond yield rose to 4.3% from 2.3%, the price of the 30-year bond would fall by more than 30%.
- Commercial real-estate prices have been rising at around 10% a year for the past five years, according to [the Federal Reserve Bank of St. Louis](#), driving capitalization rates—the annual return of income-producing properties—down to less than 7%, from over 8% in 2011. Falling cap rates are considered a clear sign of rising prices.
- The prices of emerging-market bonds are up more than 40% since 2011, according to [the Federal Reserve Bank of St. Louis](#), driven by the lower interest rates in the U.S. and other developed countries.

Fed Chair [Janet Yellen](#) and Fed board members are rightly concerned that normalizing interest rates would cause the prices of overvalued assets to decline, pulling the economy down. But the longer they wait, the worse the problem of asset inflation will be and the more damaging the decline in asset prices.

Abnormally low interest rates are also inducing banks and other lenders to reach for yield by lending to lower-quality borrowers and granting loans with fewer restrictions. If an asset-price correction causes an economic decline, these high-risk loans will suffer and the banks and other lenders will be in trouble.

The current low bond rates have also removed the usual pressure on the government to deal with budget deficits. The debt-to-GDP ratio has more than doubled over the past decade, rising from 35% to 75%. Recently the Congressional Budget Office [forecast](#) that the debt ratio will rise to 86% a decade from now, even if there is no increase in the planned historically low spending on defense and nondefense discretionary programs.

The high level of government debt means the tax burden will grow. Future bond rates will rise and the cost of servicing the debt, more than half of which is held by foreign investors, will become more expensive. The current high debt-to-GDP ratio will also make it hard to persuade Congress to provide a fiscal stimulus if economic growth declines. Raising military spending in the face of an increased national-security threat will also become more difficult.

The Fed's reluctance to raise interest rates reflects not only the fear of destabilizing financial markets but also a desire to increase employment. Although there may be little room to lower the unemployment rate, total employment can be raised by inducing an increase in labor-force participation. Such gains in employment are clearly worth having, but the continued strategy of low interest rates may lead to a burst asset bubble, a sharp downturn and far higher unemployment rates.

I suspect that the Fed leadership would like to see the inflation rate rise above the target of 2%, reaching 3% or more. That would give the central bank the ability to raise the federal-funds rate to between 3% and 4%, putting it in a position to cut the rate if the economy softens.

The Fed could rationalize overshooting 2% by noting that its target is not a ceiling but a desired average over time. But if the bond markets reject that explanation, bond rates could rise rapidly, destabilizing financial markets.

Ms. Yellen, during a September press conference, [said](#) “We don't want the economy to overheat and significantly overshoot our 2% inflation objective.” This points to a willingness to allow the inflation rate to rise above the 2% target. So too does the FOMC's median projection that the unemployment rate will fall to 4.6% in 2018, below the Fed's projected long-term sustainable rate of 4.8%.

All of this suggests a willingness to continue the current dangerous policy of low interest rates—regardless of its effect on asset prices, inflation and financial stability. It is past time for the Fed to shift gears and normalize interest rates more rapidly.

Mr. Feldstein, chairman of the Council of Economic Advisers under President Ronald Reagan, is a professor at Harvard and a member of the Journal's board of contributors.

148,115

[Brexit](#)

Hollande demands tough Brexit negotiations

French president seeks to avoid contagion and protect fundamental principles of single market

François Hollande, French president, speaking in Paris on Thursday © Reuters

by: [Anne-Sylvaine Chassany](#) in Paris

Britain must suffer the consequences of leaving the EU in order to save the institution from an existential crisis, François Hollande said on Thursday.

Speaking in Paris at a dinner attended by Jean-Claude Juncker, EU commission president, and Michel Barnier, the EU's top Brexit negotiator, the French president urged the bloc to lead tough negotiations with the UK to avoid contagion and protect the fundamental principles of the single market.

“The UK has decided to do a Brexit, I believe even a hard Brexit. Well, then we must go all the way through the UK's willingness to leave the EU. We have to have this firmness,” President Hollande told 150 guests at the 20th anniversary of Notre Europe, the pro-EU think-tank founded by Jacques Delors, the former EU commission chief.

“If not, we would jeopardise the fundamental principles of the EU. Other countries would want to leave the EU to get the supposed advantages without the obligations.”

The Socialist leader insisted: **“There must be a threat, there must be a risk, there must be a price. Otherwise we will be in a negotiation that cannot end well.”**

President Hollande's warning comes as British Conservative prime minister Theresa May signalled that the UK might be heading for confrontational talks with the EU.

At the weekend, Mrs May said that she would seek to regain control of immigration and refuse to submit to rulings of the European Court of Justice, which would make it difficult for the UK to remain a member of the single market. Amber Rudd, home secretary, caused outcry throughout the continent with a plan for UK-based companies to draw up lists of foreign workers.

Under pressure from a resurgent far-right National Front, which also plans to hold a referendum on the EU if its leader Marine Le Pen reaches power, Paris has been an early advocate of a tougher line towards the UK. **A soft Brexit would embolden anti-EU populist parties across the bloc, France has argued.**

Berlin has gradually reached the same conclusion, diplomats say. Angela Merkel, German chancellor, has lately hardened her position, warning European business also on Thursday not to press for “comfortable” deals in the Brexit negotiations that could undermine basic single market principles, such as freedom of movement.

A normally diplomatic Mr Hollande did not mince his words. **Europe, he noted, “has always lived with crises. But this time, it's not another crisis. It is the crisis.”**

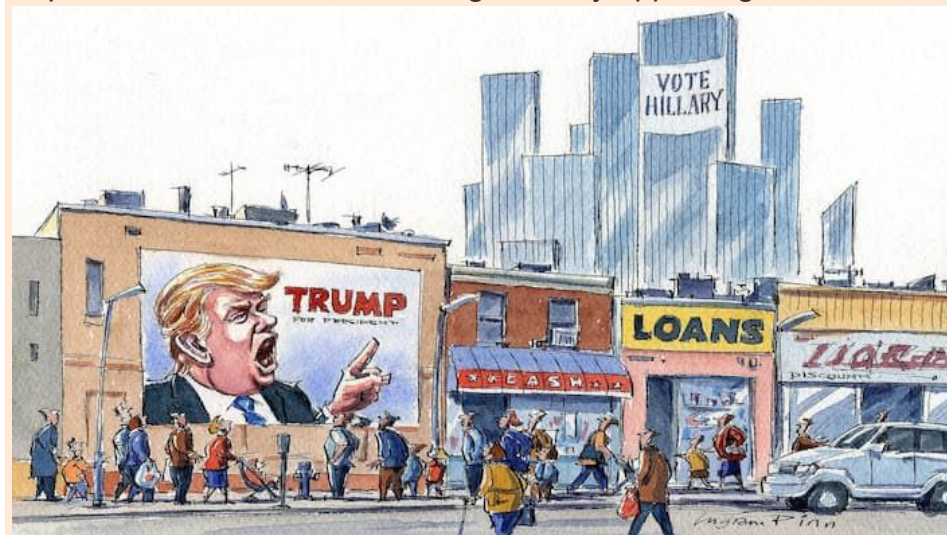
He recalled the time when Jacques Delors, Mr Hollande's mentor, had to deal with “a crisis triggered by the UK too” as commission president.

“Then Ms Thatcher wanted to stay in Europe, but she wanted a cheque in return,” the French president said. “Now, the UK wants to leave and pay nothing. It's not possible.”

Political Populism

Demagogues reach beyond the bigots

Populism has become a wrecking force by appealing to the decent but downcast



[Philip Stephens](#)

by: [Philip Stephens](#)

When Hillary Clinton consigned half of Donald Trump’s supporters to what she called a basket of deplorables — “racist, sexist, homophobic, Islamophobic, xenophobic, you name it” — she made an elementary political error. Attack your opponent’s prejudices but do not go after his or her supporters. You would not, after all, turn away their votes. Mrs Clinton quickly apologised for what she called a “gross generalisation”.

The [Democratic party nominee](#) is not the first to have made the mistake. Barack Obama once inveighed against small-town Americans clinging to “guns or religion or antipathy towards people who aren’t like them”. This during a 2008 primary contest against, well, Mrs Clinton. Mitt Romney, the Republican who ran against Mr Obama in 2012, was caught on tape telling rich donors that 47 per cent of Americans believed they were “victims” entitled “to healthcare, to food, to housing, to you-name-it”.

Anyone who has written [something disobliging](#) about the Republican candidate for the US presidency will understand where Mrs Clinton was coming from. Self-described Trump supporters do not pull any punches when it comes to expletive-laden invective. “Liberal bed-wetter” is a favourite epithet at the most courteous end of the spectrum. Occasionally you catch a glimpse of genuine despair. “What is the alternative?”

The populism [reshaping politics](#) on both sides of the Atlantic comes in different shapes and sizes. But, on the right at least, the movements share certain characteristics. Nationalism bleeds into nativism and old left/right dividing lines are replaced by new boundaries of identity, ethnicity and religion. The populists want to discredit democratic institutions and cast globalisation as a conspiracy of the elites. They share an authoritarian bent and prefer state capitalism to the unfettered market.

Take a look at Mr Trump’s campaign — or the populists threatening to upend the status quo in Europe — and it is fair to say they attract some unpleasant people. France’s National Front has added Islamophobes to its traditional anti-Semitic base, the [Alternative for Germany](#) party has its share of neo-Nazis, and Mr Trump, of course, has a strong following among white supremacists.

Democracies have always had their nasty corners. It is in the nature of free, liberal societies. These were the people, Mrs Clinton said, that Mr Trump has “lifted up” so that “websites that used to have 11,000 people now have 11m”. Once again, you can see what she means in the explosion of hate on social media and the proliferation of extremist websites. The digital age amplifies the worst as much as the best.

What distinguishes today's populist movements, though, is not that the numbers of racists and bigots have grown exponentially but rather that demagogues such as Mr Trump and Marine Le Pen have succeeded in reaching well beyond a natural constituency of bigots to the disenchanting and disillusioned. Arguments about the precise proportions are probably a wasted labour, but the essential truth is that populism has become a wrecking force by adding to the deplorable sizeable numbers of the decent but downcast.

Think about the bankers who brought the house down in 2008. How many have gone to jail?

Mrs Clinton acknowledged the fears and economic anxieties of a wider electorate but appeared to characterise them as dupes. For those serious about confronting populism, these concerns should be the starting point rather than an afterthought. The policies promoted by Mr Trump and the like are wholly illegitimate — as inimical to decency as they are certain to fail. Those drawn to the cause are often acting against their own interest. But such arguments can be made convincingly only when the ancien regime recognises the legitimacy of the grievances and acts accordingly. Until then, anger will displace reason.

The story here is familiar. The relative stagnation of real incomes among the working and middle classes as the riches of the richest have risen exponentially. The decline in social mobility and the employment insecurities thrown up by the combined forces of technological advance and liberalised global markets. The social and cultural upheaval wrought by migration and a perception that elites — whether in politics, business or the professions — are insulated against the vicissitudes of globalisation.

Boris Johnson looks more comfortable in the role of court jester than thoughtful policymaker

Then there is the charge — a potent one — that the wealthy have bought themselves legal immunity. Think about the bankers who brought the house down in 2008 and have since been shown to be guilty of all manner of illegal acts. How many have gone to jail?

There is no easy blueprint to rebuild trust. Reshaping capitalism, weakening the link between money and politics, compelling global corporations to pay a respectable amount of tax, dumping trade agreements written solely for the benefit of Silicon Valley technology businesses, re-establishing a link between boardroom pay and performance, and investing in decent education systems — these are projects for more than a single political term.

But, looking around, it is hard to see mainstream politicians even beginning to make the case. Mrs Clinton has bucketloads of policies but they scarcely add up to a convincing message of change nor a compelling answer to the dangerous question posed by the populists: whose side are you on? Yes, there are too many deplorables out there, but it is the disillusioned decent we should be worrying about.

philip.stephens@ft.com

148,118

Weniger syrische Flüchtlinge

Die Maßnahmen greifen

Die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus Syrien ist deutlich gesunken. Die Vereinbarung mit der Türkei zeigt Wirkung. Gelöst ist die Flüchtlingskrise damit noch nicht.

08.10.2016, von RAINER HERMANN

Die Zahlen der Bundespolizei zu den Flüchtlingen, die bei der Einreise aufgegriffen werden, zeigen zweierlei: Die Balkan-Route ist zu, und die Maßnahmen für die syrischen Flüchtlinge in der Türkei wirken. So sind im August erstmals in diesem Jahr weniger als 500 syrische Asylsuchende bei der Einreise nach Deutschland aufgegriffen worden, im Februar waren es noch 10 000.



Autor: Rainer Hermann, Redakteur in der Politik,Folgen:

Damit wurden im August mehr Afghanen und Eritreer aufgegriffen als Syrer. Nur noch wenige Flüchtlinge kommen über die Balkan-Route, denn nur noch findige Schleuser finden Lücken. Die Flüchtlinge, vor allem aus Afrika, weichen daher auf die Mittelmeer-Route aus.

Die führt nach Italien; dorthin gelangen noch immer so viele Flüchtlinge im Monat wie 2015. Weiter über den Brenner und nach Norden ziehen nur wenige. Auch das hat seine Gründe: Italien hält sie meist im eigenen Land, und wegen der Kontrollen an der deutschen Grenze zu Österreich ist die Brenner-Route weitgehend dicht, so dass mehr Flüchtlinge auf den Weg über die Schweiz ausweichen.

Auf einem anderen Feld zeigt sich ebenfalls, dass die Maßnahmen greifen: In der Türkei wird, auch dank der Finanzhilfe der EU, viel für die Flüchtlinge getan. Die Väter finden Arbeit, die Kinder gehen in die Schule, wer will, kann türkischer Staatsbürger werden. Der Druck ist genommen, weiterzuziehen.

Dazu kommen die Nachrichten von Landsleuten auf den griechischen Inseln, die von den prekären Lagerbedingungen dort berichten. Gelöst ist die Flüchtlingskrise damit nicht. Noch immer erreichen im Monat 14 000 Flüchtlinge Europa. Die jüngsten Zahlen zeigen aber, dass geeignete Maßnahmen den Flüchtlingsstrom stark eindämmen können.

148,119

Soupçonné de préparer un attentat en Allemagne, un fugitif syrien arrêté

En fuite depuis samedi, le fugitif syrien a été arrêté à Leipzig dans la nuit de dimanche à lundi. Un complice présumé a également été inculpé et arrêté.

Le Monde.fr avec AFP | 10.10.2016 à 06h58 • Mis à jour le 10.10.2016 à 08h07

Réagir Ajouter

La police allemande a annoncé lundi 10 octobre l'arrestation du fugitif syrien soupçonné de préparer un attentat. Depuis samedi, Jaber Albakr restait introuvable malgré une chasse à l'homme de grande ampleur et des contrôles renforcés dans tout le pays. « *Fatigués mais très heureux : nous avons capturé le terroriste présumé la nuit dernière à Leipzig* », a déclaré sur Twitter la police du Land de Saxe.

Dimanche, un complice présumé a également été inculpé et placé en détention. Faute de pouvoir mettre la main sur le suspect principal âgé de 22 ans qui leur a échappé de peu samedi, les enquêteurs se concentraient sur son entourage.

De nationalité syrienne, cet homme « *est soupçonné de complicité* » dans « *la préparation d'un attentat* », a rapporté à l'AFP un porte-parole de la police locale. Il avait été interpellé la veille pour vérifications et s'est révélé être « *le locataire en titre* » de l'appartement de Chemnitz, où a été retrouvée une importante quantité d'explosif samedi, a-t-il ajouté.

Une importante quantité de substance explosive découverte

La veille, la police avait découvert « *plusieurs centaines de grammes* » d'une « *substance explosive bien plus dangereuse que la TNT* » dans le logement occupé par le suspect et loué par le complice présumé.

Selon plusieurs médias allemands, il s'agit de 500 grammes de TATP, la substance prisée des djihadistes de l'organisation Etat islamique, qui peut être fabriquée avec des produits disponibles dans le commerce. C'est cette substance qu'avaient utilisée les kamikazes des attentats de Paris (130 morts en novembre 2015) et de Bruxelles (32 morts en mars).

Environ un kilo de produits chimiques, ainsi que des détonateurs et des ustensiles pouvant servir à la fabrication de bombes tuyau ont aussi été saisis, selon la Süddeutsche Zeitung. Le suspect était en contact via internet avec l'EI, selon ce journal.

Le parquet fédéral allemand, compétent pour les affaires de terrorisme, a annoncé se saisir de l'enquête. « *Tout indique que le suspect avait l'intention de commettre un attentat islamiste* », a-t-il annoncé.

148,120

Enfin, un corps de gardes-frontières européen

LE MONDE | 07.10.2016 à 11h53 • Mis à jour le 07.10.2016 à 12h12



Editorial. C'est une avancée remarquable, par ces temps de doute européen : l'Union est, depuis le 6 octobre, dotée d'un véritable corps de gardes-côtes et gardes-frontières commun, qui aura le pouvoir et les moyens d'assurer la surveillance de ses frontières extérieures.

Autre fait remarquable, il aura fallu moins d'un an à la Commission pour mettre en œuvre cette proposition formulée en décembre, sous la pression des événements et de l'explosion des flux migratoires. L'agence Frontex, chargée jusqu'ici de la gestion des frontières européennes, était de toute évidence sous-dimensionnée ; dépendante de la bonne volonté individuelle des Etats pour la mise à disposition d'un navire ou même d'une douzaine de gardes-frontières lorsqu'il fallait venir en aide à la Grèce ou à l'Italie, elle était institutionnellement inadaptée au défi que présente, dans la durée, la pression migratoire vers l'Europe.

Le rôle et les moyens de la nouvelle Agence européenne de gardes-frontières, qui succède à Frontex et garde son siège à Varsovie, vont être considérablement accrus, sous la houlette du Français Fabrice Leggeri, qui a fait progresser ce dossier explosif sans tapage et avec efficacité. Ses effectifs vont doubler ; elle disposera d'un corps d'intervention rapide de 1 500 gardes-frontières, susceptibles d'être déployés dans les meilleurs délais à la demande d'un Etat membre en situation de crise sur les frontières extérieures de l'UE. Elle disposera également de son équipement propre, sans avoir à dépendre du bon vouloir des Etats.

Une réponse aux critiques du régime de Schengen

Enfin, elle pourra intervenir d'autorité, sur décision du Conseil européen, sur les frontières extérieures de l'UE dans un Etat membre qui n'en aura pas fait la demande, mais dont les difficultés à assurer la protection de sa frontière menacent l'Union. Dans cette éventualité, l'Etat membre concerné pourra refuser d'accueillir les gardes-frontières de l'Agence, mais il se placera alors automatiquement en dehors de l'espace Schengen.

Concrètement, cela veut dire que des gardes-frontières allemands, espagnols ou polonais peuvent intervenir au nom de l'UE pour aider la Grèce, l'Italie ou la Bulgarie à gérer une situation de crise sur les frontières extérieures de l'Union. Il s'agit donc bel et bien d'une étape historique dans la gestion commune des frontières de l'Europe : elle devrait répondre aux critiques du régime de Schengen, pour lesquels la libre circulation au sein de l'Union ne peut être assurée que si les frontières extérieures sont protégées.

Il reste que, pour historique qu'elle soit, cette avancée ne résoudra pas à elle seule la crise migratoire. L'autre volet du plan de Jean-Claude Juncker, le président de la Commission, pour faire face à cette crise, est en panne. La solidarité européenne dans la répartition des réfugiés déjà arrivés sur le sol européen s'est effondrée. Les relocalisations sont au point mort, la réforme des règles de Dublin, qui prévoient le renvoi des migrants dans leur premier pays d'arrivée, est gelée. La dynamique des pays d'Europe centrale du groupe de Visegrad, les plus hostiles à l'immigration, l'a emporté.

Pour l'instant. Face à ce front du refus, Suédois, Finlandais, Grecs ou Italiens, en première ligne, lassés d'accueillir seuls les réfugiés, pourraient repasser à l'offensive. Il faut les soutenir. Les images insupportables des récents drames de la Méditerranée ne font qu'ajouter à l'urgence.

148,121

Alstom ou le « mentir-vrai »

LE MONDE | 05.10.2016 à 11h30



Editorial du « Monde ». Même *L'Humanité* n'est pas dupe. Au lendemain de l'annonce du plan Alstom, le quotidien communiste dénonce « *un sauvetage express, sans stratégie gouvernementale* » et se demande si les promesses faites aux ouvriers survivront aux échéances de 2017.

Alstom est un cas d'école des pathologies françaises. On comprend l'empressement du gouvernement à trouver une solution pour le site historique de Belfort, surtout à quelques mois de la présidentielle, après un quinquennat axé sur le redressement industriel. Manuel Valls se souvient de Lionel Jospin, premier ministre en 1999, et de cette expression qui lui fut sans cesse reprochée ensuite : à propos d'un plan social chez Michelin, il avait déclaré qu'« *il ne [fallait] pas tout attendre de l'Etat* ». Cette vérité reste indicible, et l'exécutif s'est donc employé à agir. Au risque de faire un peu n'importe quoi.

La solution retenue est notamment d'acheter à Alstom 15 rames de TGV pour un prix de 450 millions d'euros, afin de donner du travail jusqu'en 2020 à Belfort, qui fabrique les motrices. Ce choix est techniquement surprenant. La France va faire rouler à moins de 200 km/h des trains conçus pour une vitesse de 320 km/h sur la ligne intercités Bordeaux-Marseille. Ils n'auront pas d'utilité réelle avant 2025, date à laquelle les lignes à grande vitesse dans le Sud-Ouest sont censées être construites.

Un choix coûteux : un TGV se vend deux fois plus cher qu'un train normal et son exploitation coûte 30 % de plus. Tout cela pour éviter le déplacement de 400 salariés de Belfort sur le site de Reichshoffen, distant de 200 kilomètres.

Une aide d'Etat déguisée

Cette commande express tord les règles européennes de la concurrence : il s'agit d'une aide d'Etat déguisée et les cyniques ne manqueront pas de dénoncer « Bruxelles », lorsque la Commission demandera in fine le remboursement des aides perçues ou remettra en cause un contrat sans objet sérieux. « *Nous assumons le rôle de l'Etat stratège* », s'est défendu, à l'Assemblée, Manuel Valls. En effet, l'Etat se doit d'être stratège et de défendre l'intérêt collectif quand le marché est aveugle. Le premier ministre aurait pu lire l'enseignement du Prix Nobel 2014 d'économie, Jean Tirole (*Economie du bien commun*, PUF) sur les combats emblématiques dans les usines : « *Le biais de la victime identifiable, si humain soit-il, affecte les politiques publiques... Les médias couvrent le combat de CDI sur le point de perdre leur emploi ; ces victimes ont un visage. Ceux et celles, en bien plus grand nombre, galérant en période de chômage, emplois aidés ou CDD, n'en ont pas. Ils ne sont que des statistiques.* » Les statistiques, ce sont les 50 000 chômeurs en plus qu'a connus la France en août, qui signent l'échec de la politique de l'emploi du quinquennat. Si l'on avait dépensé autant pour eux que pour les Alstom – un million d'euro par déménagement évité —, l'addition aurait dépassé les 50 milliards d'euros.

Il n'est même pas certain que cette stratégie politique se révèle électoralement payante. Le Front national a viré en tête dans le territoire de Belfort aux élections régionales, avec plus de 34,8 % des voix. La direction d'Alstom, biberonnée à la commande publique, peut être satisfaite de son chantage à l'emploi, les ouvriers d'Alstom peuvent être soulagés, mais les autres ouvriers français seront sans illusions sur ce « mentir-vrai » de Manuel Valls, qui trahit celui qu'il appelle son mentor, Michel Rocard.

148, 123

Britain and Europe

The road to Brexit

Britain's prime minister must resist her party's dangerous instincts

Oct 8th 2016 | From the print edition



THE destination was decided in June, by simple majority: Britain is leaving the European Union. The journey, however, will be complex and perilous, beset by wrong turnings, chicanes and elephant traps.

With 64m Britons in the back seat, perhaps that is why Theresa May has avoided talking about the road ahead. But at the Conservative Party conference this week the new prime minister could delay no longer. In a speech that thrilled party activists, **she declared that she will invoke Article 50 of the EU treaty by the end of March, triggering a two-year countdown that should see Britain leave the union in early 2019.** She also hinted that she would be **prepared to steer Britain towards a harder sort of Brexit, involving a wide separation of labour, product and financial markets.**

Mrs May is at risk of putting her party before her country—with grave consequences. Brexit will determine Britain's fortunes in the decades to come. If it is to be done at all, it must be done right.

Hard, soft or half-baked?

Mrs May faces an inevitable tension. Domestically, if she is not to be overwhelmed by the politics of Europe, as so many Tory prime ministers have been before her, she needs to convince those who voted to leave that their victory will be honoured. That is why her speech conveyed urgency and, **when it came to immigration, sovereignty and the jurisdiction of the European court in Luxembourg, she took a hard line.**

In Europe, however, this domestic rhetoric will impede Mrs May's task of negotiating the best possible form of Brexit. To maximise her bargaining power, Mrs May needs time. To get the best deal, she needs to be flexible on immigration.

The centrepiece of the deal ought to be to secure maximum access to Europe's single market. Brexiteers say that, once outside, Britain would eventually negotiate low or no tariffs on its trade with the EU. Yet, even if it did, tariffs are less than half the problem. **Without harmonised regulations, British firms will discover that their products do not meet European requirements, and vice versa.** And it is unlikely that a trade deal between

Britain and the EU would cover services, including the financial sort that are among Britain's biggest exports. A study by the Treasury before the referendum estimated that the hit to GDP within two years of Brexit would be nearly twice as large if Britain left the single market than if it remained a member.

Mrs May seems to want to carve out a special deal with the EU, in which Britain limits immigration and determines product standards—on, say, food-labelling—while still operating fully in the single market. Perhaps the negotiations will show that this is possible. **However, the signs are that she is overestimating the EU's willingness to give ground.** Each country has a veto over Britain's status. On almost every issue, from immigration to financial services, at least one of them will be reluctant to surrender its advantages.

If that means Mrs May must give ground on immigration, remember that such “concessions” actually benefit Britain. **The supply of workers and students from the EU has helped Britain grow faster than any other member state in recent years.** To avoid suffocating industry, ministers have already indicated that they may let in financial-services employees, as well as seasonal agricultural workers. There are sure to be more exceptions as bottlenecks emerge.

The second ingredient of a good Brexit is a sensible transition to the new regime—especially if Britain is about to walk away from the single market. The bureaucracy and cost of a sudden imposition of tariffs and non-tariff barriers would lead to a brutal dislocation. Separation from the EU will involve divvying up EU-owned assets, pensions and much else. **Everything from fishing rights to aircraft-landing slots are agreed on at an EU level; these rules must be redrafted and re-regulated.**

Amid **the world's most complex divorce**, Britain's diplomats also have another vital task. **Through its membership of the EU, Britain is a member of the World Trade Organisation (WTO) and party to free-trade deals with 53 other countries. When it leaves, it will lose all that.** So Britain must urgently prepare to rejoin the WTO as an individual country—which, again, requires the consent of every other member.

Mrs May seemed to acknowledge the benefits of a smooth transition this week. Her proposed “Great Repeal Bill”, which will get rid of all existing EU law from the statute book, will in fact merely translate it into British law, to be chipped away later at leisure if desired. **She should likewise negotiate an interim trade deal—through temporary membership of the European Economic Area, say, of which Norway is part.** This would mean paying into the EU budget and accepting free movement but, in return, Britain could take as long as it needs to line up WTO accession and trade agreements with the EU and other countries, while still under the shelter of the single market.

Ardent Brexiteers worry that, ensconced in such a halfway house, Britain would stay put for ever. That is indeed a possibility, and there is no reason it should not be: with half the population having voted to Remain and many of those who voted to Leave reluctant to quit the single market, a majority might favour such a “soft” Brexit.

Open all hours

The final ingredient of the approach Mrs May put forward was her broad agenda to open Britain to the world beyond the EU—which she calls **“Global Britain”**. In theory this should entail a willingness to welcome international capital and labour, which would benefit the country whatever its relations with the EU. Sadly, the reality looks less rosy. The home secretary, Amber Rudd, this week complained that some companies were employing too many foreigners and talked about “flushing out” the worst offenders. **Likewise, Mrs May's conference rhetoric was strikingly interventionist, putting the state at the heart of the economy. A flirtation with industrial policy sounds worryingly as if it is designed to keep foreigners out.**

A Brexit of some sort looms and Mrs May will determine its course. If Britain is not to suffer a car crash, she must ignore the back-seat drivers and fix her eyes firmly on the road ahead.

148,125

Jean-Marie Le Pen

Un prophète

The National Front's founder thinks he, not his daughter, deserves credit for populism's success

Oct 8th 2016 | PARIS | [From the print edition](#)



FROM his ridge-top mansion in Saint-Cloud, a suburb west of Paris, Jean-Marie Le Pen commands a sweeping view of the French capital. The 88-year-old founder of the far-right National Front (FN) keeps an antique telescope mounted on a tripod by the window, as if to watch for the hordes of migrants he fears are on their way to "submerge" Europe. Mr Le Pen believes himself to be equally far-sighted when it comes to politics. Donald Trump, he suggests, is benefiting today from his prescience in sensing the nationalist mood decades ago. "Public opinion that once thought we were extremists," he declares, "now realises that Le Pen was right."

Today, the FN's founder surveys the rise of populist nationalism in the West with a mix of self-satisfaction and regret. His brand of xenophobic outrage has toxic anti-Semitic roots, and last year he repeated an old claim that the gas chambers were a mere "detail" of the second world war. In response Marine Le Pen, his daughter and the current FN leader, evicted the former paratrooper from his own movement and stripped him of the title of honorary president—a decision that on October 5th Le Pen *père* challenged in court.

Yet 60 years after Mr Le Pen was first elected to the French parliament, his anti-immigrant, anti-establishment discourse has moved from the margins to the mainstream in liberal democracies from America and Britain to Poland and Hungary. This is cause for much self-congratulation in the mansion in Saint-Cloud. With a laugh that has lost its former throatiness, he compares his role to that of a military advance scout, who "lights the way" and clears a path for others. In a tweet earlier this year, he announced that he backed Mr Trump for the American presidency; he predicts that he will win. Indeed, in a single breath, the FN founder applauds Mr Trump, the Russian president, Vladimir Putin, and Brexit.

If history, in his telling, has finally shifted his way, however, any sense of triumphalism is tempered by the dynastic fall-out with his daughter. At a time when many of his ideas have taken hold, Mr Le Pen himself is out in the cold. This is because Ms Le Pen has wholly different ambitions, and judged that her father was obstructing them. Whereas Mr Le Pen revelled in provocation and flirted with the law on racism, periodically ending up in court, Ms Le Pen is bent on securing respectability and power. To this end, she has distanced herself from her father's thuggish cronies, built a team of number-crunching policy wonks and a network of local offices, and shed much of the imagery linked to her father. Her most recent campaign poster does not even mention the FN or display its logo.



Economist.com

This strategy of *dédiabolisation* ("de-demonisation") seems to be working. Polls of voting intentions for the presidential elections next spring show Ms Le Pen reaching the second-round run-off, whoever the Socialists or centre-right Republicans field. If Nicolas Sarkozy, a former president, wins the Republicans' primary next month, she would win the first-round vote, with 27% to his 23%. This far exceeds the 17% her father achieved when he shocked France by securing a second-round place in 2002. Ms Le Pen has turned the FN from a national embarrassment into a fixture of the French party political set-up. More voters want an "important role" for the party (see chart). And she has established it—remarkably—as the top choice for both working-class voters and the young. At regional elections in December 2015, fully 51% of workers and 28% of under-25s voted for the FN, according to Ifop, a polling group. The drama of the Le Pen family fall-out periodically captivates French media. Mr Le Pen still grumbles that his daughter's rejection of him is "scandalous" and calls her Brutus. ("Rather than Brutus," he adds, in case the reference is lost, and laughs thunderously at his own joke.) He also thinks it a strategic error. Ms Le Pen has become "too moderate", he argues. By "evacuating" the ground on the nationalist right, she has opened the way for Mr Sarkozy, the most right-wing contender, to outflank her.

Mr Sarkozy recently called, for example, for the detention of those suspected of jihadism by the intelligence services, regardless of whether charges have been brought against them. By contrast Ms Le Pen, with improbable restraint, has dismissed such calls and urged respect for the law. This week Mr Sarkozy promised an outright ban on the Muslim veil in France; Ms Le Pen has been careful to cloak her disapproval in secular rules that in theory target all religions, not only Islam.

Identity politics is fast becoming France's new campaign ground. The summer has been occupied with a frivolous argument over banning the "burkini" on beaches. But serious concerns persist about terrorist networks and the appeal of jihadism. The risk is that these will lead to widespread fear and the targeting of Muslims. Mr Le Pen may be banished from his daughter's campaign in 2017. But, when it comes to the battle for ideas, his legacy will be lasting.

148,126

Kommentar

Geld aus Deutschland

Wenn es nach dem Internationalen Währungsfonds geht, soll Deutschland mehr Geld für die öffentliche Infrastruktur ausgeben. Doch seine Empfehlung basiert auf fragwürdigen Analysen.

10.10.2016, von WINAND VON PETERSDORFF

Irgendwann einmal möge der Tag kommen, da der [Internationale Währungsfonds](#) (IWF) die Demut entdeckt. Er wird dann vielleicht immer noch dasselbe sagen, was er jetzt sagt: Deutschland müsse mehr Geld für die öffentliche Infrastruktur ausgeben, um die Weltwirtschaft anzukurbeln. Doch der Währungsfonds wird dann in aller Demut vorsichtig hinzufügen, dass die Modelle, auf denen diese Empfehlungen fußen, ziemlich kompliziert sind und voller vereinfachender Annahmen stecken.

Der Fonds wird die große Unsicherheit, die in den Modellen steckt, offen zeigen. Auch werden die IWF-Ökonomen nicht verschweigen, dass sich die wirtschaftliche Realität schon ziemlich häufig ihren eleganten Modellrechnungen verweigert hat. Und sie werden zugeben, dass es schon deshalb riskant ist, eine zu große Lippe zu riskieren. Die Präsidentin des [Währungsfonds](#), Christine Lagarde, wird fürderhin kleine Croissants backen und nicht mehr Deutschland herauspicken, sondern alle Länder unisono zu Anstrengungen auffordern, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Doch dieser Tag der Demut ist noch nicht angebrochen: Aktuell gibt der Währungsfonds Deutschland schlecht durchdachte Empfehlungen mit fragwürdigen Effekten auf der Basis einer ebenso fragwürdigen Analyse.

60 Milliarden Dollar in vier Jahren

Das hindert den Währungsfonds aber nicht, die Konjunkturspritze – 60 Milliarden Dollar in vier Jahren – als quasimoralische Verpflichtung zu verpacken, die Deutschland zu tragen habe aus Verantwortung für die Weltkonjunktur und den politischen Frieden. Und das, obwohl klar ist, das selbst eine solche Summe nicht viel bewegen würde.

Gewöhnlich verschreibt der Arzt Medizin, wenn der Mensch krank ist. Der Währungsfonds verordnet Konjunkturlösungen, wenn Volkswirtschaften dahinsiechen. Deutschland allerdings zeigt sich gerade putzmunter mit einem Arbeitsmarkt nahe der Vollbeschäftigung und einer Beschäftigungsquote weit über dem amerikanischen Niveau.

Die Unternehmen arbeiten an der Kapazitätsgrenze, die Löhne und selbst die Preise steigen. Gerade werden in Deutschland sogar die Konjunkturprognosen nach oben angepasst. Nie wurde in einer solchen Situation einer Regierung eine kreditfinanzierte Konjunkturspritze empfohlen oder ein Milliardenprogramm zur Ertüchtigung der Infrastruktur.

Selbst Keynes hätte dem IWF widersprochen

Natürlich sind nicht wenige Straßen schlecht in Deutschland, und auch ein paar Brücken wackeln bedenklich. Nur: In guten Zeiten wie diesen finanziert man solche Infrastruktur-Investitionen durch Umschichtungen im öffentlichen Haushalt. Das hätte selbst [John Maynard Keynes](#), dessen Ideen durch die jüngeren Ökonomieanalysen des Währungsfonds hindurchschimmern, nicht anders gewollt. Dass das Abstraktionsniveau, auf dem die IWF-Ökonomen agieren und ihre Vorschläge entwickeln, womöglich eine gewisse Denkfaulheit begünstigt, zeigen die konkreten Vorschläge.

Das vom IWF empfohlene Investitionsvolumen ist grob doppelt so groß wie der im Bundeshaushalt für Infrastruktur reservierte Budgetposten, dessen Größe übrigens nicht nur durch fiskalische Enge und Sparwillen limitiert wird. Viele Projekte müssen in Deutschland jahrelange Genehmigungsverfahren durchlaufen.

Gelegentlich werden Gelder des Bundes, die er Kommunen zur Ko-Finanzierung anbietet, nicht einmal abgerufen mangels geeigneter Projekte. In Deutschland stoßen Infrastruktur-Investitionen also an technisch-administrative Grenzen. Das ist vielleicht nicht wünschenswert, aber es ist die Wirklichkeit, die auch der Fonds zur Kenntnis nehmen sollte.

Seine Vorschläge haben Konsequenzen. Mit seiner notorischen Betonung der Notwendigkeit lockerer Geldpolitik und dem Hinweis, in Deutschland gebe es fiskalisch noch was zu holen, wird dem Rest der Welt signalisiert, er könne sich mit eigenen Reformen zur Erlangung oder Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Zeit lassen. Und dies durchaus mit Erfolg, wie angesichts der Reformscheu vieler Regierungen bitter zu ergänzen ist.

Laxe Geldpolitik schadet mehr als sie nutzt

In der Wirklichkeit sind Geld- und Fiskalpolitik fast überall an die Grenze ihrer Wirksamkeit gestoßen. Selten hat es einen geeigneteren Zeitpunkt gegeben, auf Strukturreformen zu pochen. Stattdessen verwässert der Fonds seine bisherigen Aussagen dazu und deutet auf fiskalische Spielräume, die sich schnell als Fiskal-Illusion erweisen könnten.

Denn gerade die vom Internationalen Währungsfonds geforderte laxer Geldpolitik begünstigt ein Zinsniveau, das auf mittlere Frist auch Banken, Versicherungen und Pensionsfonds in bedrohliche Situationen bringt und sie sogar in ihrer Existenz gefährdet. Das gilt auch für Finanzinstitute, die von den Fachleuten des Fonds nicht eigens namentlich herausgepickt und angeprangert werden wie die Deutsche Bank auf dem diesjährigen IWF-Jahrestreffen. Vor diesem Hintergrund tut Deutschland ohnehin sehr gut daran, sein Pulver trocken zu halten.

Eines Tages aber wird ein IWF-Ökonom sein Kunstlicht-Büro an der 19. Straße in Washington verlassen und in ein tiefes Schlagloch fallen. Für ein Land, welches sich immer stark an der Fiskalphilosophie des Währungsfonds orientiert hat, haben die Vereinigten Staaten davon nämlich verblüffenderweise auffällig viele und tiefe. Und in diesem Schlagloch könnte die neue Demut entstehen. Eventuell. Oder auch nicht.

Quelle: F.A.Z.

148,127

Le Figaro, no. 22447

Le Figaro Économie, mardi 11 octobre 2016, p. 22

Économie

Augmenter l'âge de la retraite a un impact positif sur l'économie et l'emploi

Reculer d'un an l'âge légal de départ dope la croissance de 0,7 point et permet de créer 200 000 postes à terme.

Renault, Marie-Cécile

SOCIAL Augmenter l'âge de départ en retraite aura des effets positifs sur l'économie... bien plus importants qu'une simple baisse des pensions ou qu'une hausse des cotisations sociales employeur. C'est ce qui ressort d'une très officielle étude de la Direction du Trésor réalisée pour la prochaine séance du Conseil d'orientation des retraites (COR), dont *Le Figaro* a eu connaissance, dédiée aux effets macroéconomiques du report de l'âge légal.

Ce document apporte de l'eau au moulin des candidats à la primaire de la droite et du centre qui proposent tous, dans leur programme, de relever l'âge de départ à la retraite : de 62 à 64 ans pour Nicolas Sarkozy, et même 65 ans pour Alain Juppé, François Fillon ou encore Bruno Le Maire. L'étude conduit aussi à nuancer l'autosatisfecit de Marisol Touraine qui, après s'être félicitée un peu vite de « *la fin du trou de la Sécu* », a jugé que « *la question de l'âge du départ en retraite n'a plus aujourd'hui de raison d'être posée pour des raisons financières* ».

Le Trésor, en tout cas, a fait tourner ses puissants logiciels (« Aphrodite » pour les retraites et « Mésange » pour l'économie) pour mesurer précisément l'impact sur l'économie d'un relèvement à 63, 64 ou 65 ans de l'âge de départ à la retraite. Résultat ? Une telle mesure constituerait un « *choc d'offre positif* », car chaque année cotisée en plus augmente le PIB de 0,7 point et crée pas moins de 200 000 emplois à long terme. Une telle réforme, similaire dans l'esprit à celle portée par Éric Woerth en 2010 qui avait relevé de deux ans l'âge de départ à la retraite, permet aussi de faire des économies : la diminution du nombre de retraités et la hausse de l'activité réduiraient le poids des pensions versées de 0,2 à 0,6 point de PIB entre 2025 et 2035.

Et les effets favorables de long terme se manifesteront d'autant plus vite que le rythme de recul de l'âge de départ sera rapide, estime le Trésor qui a simulé les scénarios de relèvement d'un mois, de trois mois ou de six mois par année. Ainsi, le passage de l'âge de départ de 62 à 65 ans, à raison d'un recul de trois mois par an (ou un an tous les quatre ans) aura un effet maximal en 2032 sur la génération née en 1967.

Seul bémol, mais de taille, à ce beau tableau : une telle réforme risque de provoquer une hausse temporaire du taux de chômage, à court et moyen terme. En effet, le report de l'âge de départ va accroître mécaniquement la population active, de 0,8 % à 2,4 % environ entre 2025 et 2035 selon le scénario retenu. Le chômage augmentera donc si la vitesse d'absorption du surplus de main-d'oeuvre sur le marché du travail est insuffisante, avec une hausse de 0,2 à 0,9 point du taux de chômage dans les années 2020.

Une mauvaise passe qui ne durera pas, estime le Trésor. Et la direction de Bercy d'expliquer que la hausse du chômage entraînera parallèlement une modération des salaires réels, qui permettra à son tour d'augmenter progressivement l'emploi (le coût du travail baissant, la demande de travail des entreprises augmenterait) et d'absorber ainsi la hausse de population active.

Embaucher des seniors

Alors que les Français se demandent souvent comment ils pourront travailler jusqu'à 65 ans alors que le chômage frappe durement les seniors, le Trésor répond en partie à cette inquiétude en soulignant l'importance de ce qu'il appelle, pudiquement, « l'effet horizon ». En cas de report de l'âge de départ à la retraite, les entreprises sont ainsi plus promptes à embaucher des seniors qu'elles peuvent garder plus longtemps. Et les seniors eux-mêmes sont plus enclins à se maintenir dans l'emploi sachant qu'ils devront travailler plus longtemps. Une situation idyllique qui, toutefois, ne se retrouve pas totalement dans la réalité.

Le Trésor va enfin un peu plus loin pour **battre en brèche d'autres idées reçues. Sur les trois curseurs existants de réforme des retraites - recul de l'âge, baisse des pensions et hausse des cotisations -, seul le premier peut avoir des effets positifs sur l'économie.** Selon ses simulations, une hausse des cotisations - variable retenue en 2014 par Marisol Touraine - a un effet défavorable sur le PIB et l'emploi. Quant à la modération des pensions, elle constitue un « *choc de demande négatif* », entraînant là encore une réduction du PIB et de l'emploi, ainsi qu'une légère hausse du chômage à court terme.

148,128

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

Europe Flounders to Fill the Void Left by America

Washington's absence gives European leaders free rein to indulge their worst foreign-policy instincts.



ENLARGE America's role in the world isn't an easy one to fill. PHOTO: ALAMY STOCK PHOTO

By JOHN VINO CUR

Oct. 10, 2016 3:15 p.m. ET

[20 COMMENTS](#)

In interviewing [Barack Obama](#) in July 2010 for his book “Obama’s Wars,” Bob Woodward asked the president, “You can’t lose a war or be perceived to lose a war, can you?”

Mr. Obama answered: “I think about it not so much in the classic, do you lose a war on my watch? I think about it more in terms of do you successfully prosecute a strategy that results in the country being stronger rather than weaker at the end of it.”

Six years later, after Iraq, Afghanistan and Libya, the U.S. still isn’t winning—this time, against Islamic State’s slaughterhouse ideology. And by ducking under the couch in the face of Russia’s successful engagements in Syria and Ukraine.

The newest loss is unconscionable. Russia and Syria’s bombing of Aleppo is an abomination, a siege of humankind’s moral sense. And Mr. Obama’s failing response is a dismal one: an evasion of reality by a U.S. president, projecting the image of a defeatist America at the edge of nihilism.

The result among American allies in Europe isn’t a sudden assertion of their own responsibility. Instead, there’s a burst of heightened nationalism, opportunism and anti-Americanism. Or pro-Russian accommodation, including reports last week of hard-line German right-wingers jeering at Chancellor [Angela Merkel](#) with shouts of “Merkel to Siberia, Putin to Berlin.”

In France, *Le Figaro* has written of America’s “impotence” and its “humiliation” by Russia. Last week, Germany’s *Sueddeutsche Zeitung* ran a commentary with the headline: “The World’s Policeman Quits the Job.”

“The U.S. president,” the commentary said, “once the sheriff in the Middle East, is there but only with a pocketknife. That fills no one with respect or fear. The American world power has nothing more to say in the Middle East. Its allies don’t take it seriously, and its opponents even less.”

That’s a marker of considerable contempt.

If you consider Mr. Obama’s 2010 articles of faith on judging the success of American power in relation to his action in Syria, Ukraine or against Islamic State—rejecting the country’s “classic” win/lose report card in favor of his notion of “successfully prosecuting” conflicts in vague, intellectualized terms—then he misled both Americans and their European friends.

The evidence comes from his 2006 book, “The Audacity of Hope,” where the would-be president made this promise:

“So long as Russia and China retain their own large military forces and haven’t fully rid themselves of the instinct to throw their weight around . . . there will be times when we must again play the role of the world’s reluctant sheriff. This will not change—nor should it.” Mr. Obama added that he opposed the idea that the United Nations Security Council “should have a veto over our actions.”

Now, while Germany pushes to set up a European Union military headquarters distinct from NATO, Germans there argue to its allies in Brussels that this inept U.S. has lost too much trust for the EU to ignore, a European official told me. As the argument goes, there is no America to intervene where it is needed, and too much of an overbearing U.S. where it is unwanted.

For America-taunters, here’s a free-fire zone. Last week, Sigmar Gabriel, the Social Democrat vice chancellor in Mrs. Merkel’s government, visiting Iran with 100 German businessmen, chose to “remind” the White House of “the United States commitment to get an effective dismantling of its sanctions” handicapping Iran. **This without a word from the vice chancellor about the Iranian combat role as Russia’s cohort in Syria.**

New sanctions against Russia for its criminal assault on Aleppo? The German government’s special Russia representative, Gernot Erler, also a Social Democrat, spoke of such sanctions as “acts of desperation” that must be avoided.

This kind of ignominy metastasizes when it is not met with real push-back from America.

France sees no prospect of any meaningful Obama administration in-your-face beyond some marginal gesticulation. It has expressed resentment about being excluded from the collapsed U.S.-Russia Syrian cease-fire talks. And it has made clear, not incorrectly, that it considers Mr. Obama’s fade on bombing Syria in 2013 to be precipitous to the rise of Islamic State and the involvement of Russia and Iran in Syria.

As a response to Russia’s veto last week of France’s Security Council motion to stop Russian aircraft savaging Aleppo—Moscow’s fifth concerning Syria—President François Hollande should call off his invitation to Vladimir Putin for a visit to the French capital on Oct. 19.

The cancellation would be a small sign of solidarity among allies without much determination or leadership.

Most of all, it would deny Mr. Putin a symbolic victory lap in Paris—and spare France for the sake of the West from having to give a respectable podium to a man who intends to tear the transatlantic relationship even further apart.

148,130

Les Européens et la question migratoire



19/09/2016

Résumé :

La question de l'immigration n'a jamais été autant à l'agenda politique des démocraties européennes que depuis que la crise migratoire, sensible dès le début des années 2010, a explosé sous le coup de l'accentuation des flux de réfugiés syriens venant de Turquie et du Liban et de l'aggravation des conflits en Libye, en Érythrée, en Afghanistan et au Kurdistan. Cette crise, dans ses prémices comme dans son épanouissement, semble avoir un effet sur l'opinion publique européenne ainsi que sur le renforcement politique et électoral des nationaux-populismes en Europe. [\[1\]](#)

La montée de la préoccupation migratoire dans les opinions publiques européennes

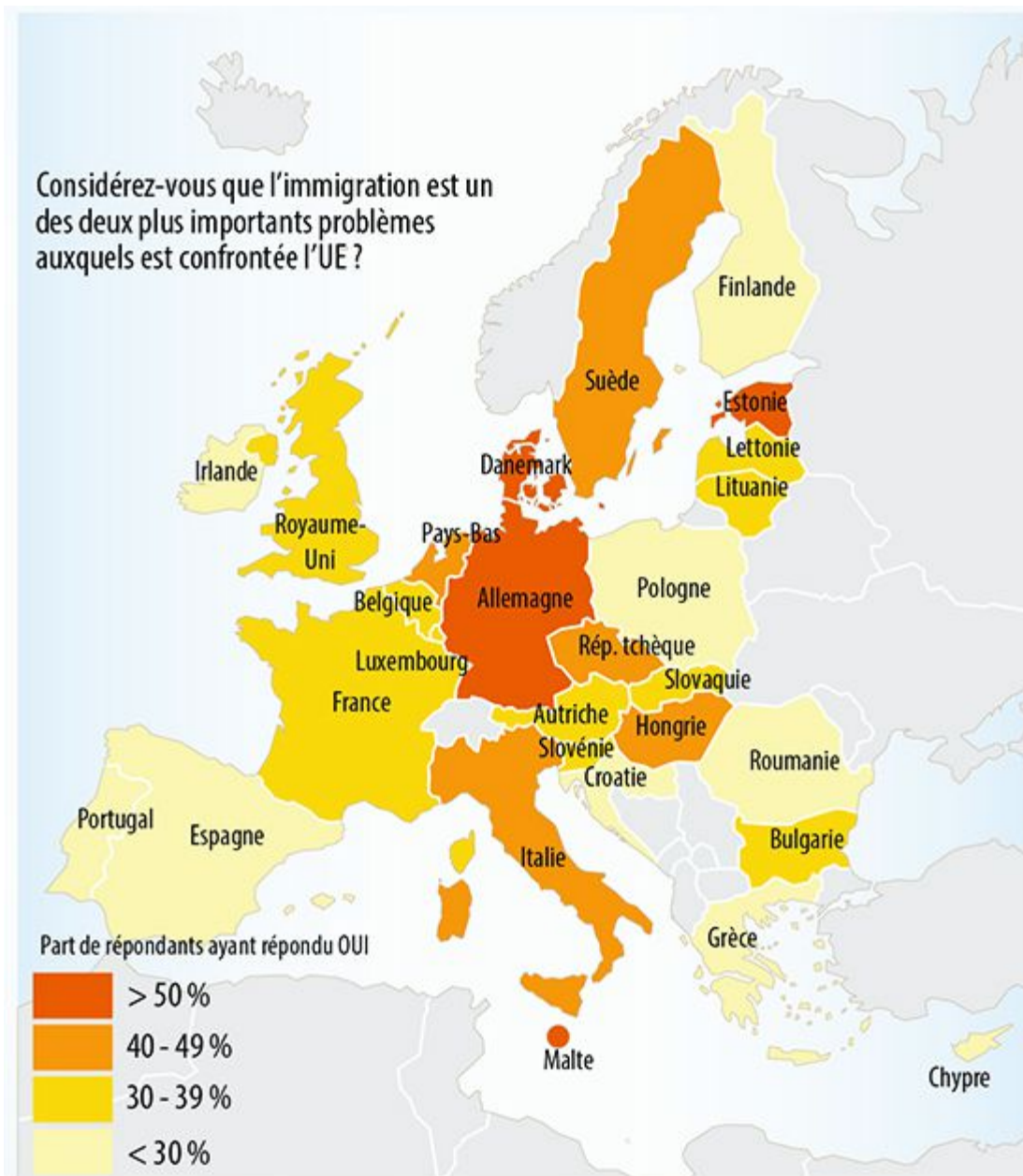
La pression migratoire qui n'a cessé de s'accroître depuis le début de l'année 2015 et l'impression d'autorités européennes et nationales largement dépassées par la gestion de celle-ci ont entraîné un retour important de la préoccupation liée à l'immigration [\[2\]](#). Lorsqu'on interroge les citoyens sur leurs principales préoccupations, l'immigration vient désormais en tête des thèmes les plus fréquemment cités à l'échelle de l'Union européenne.

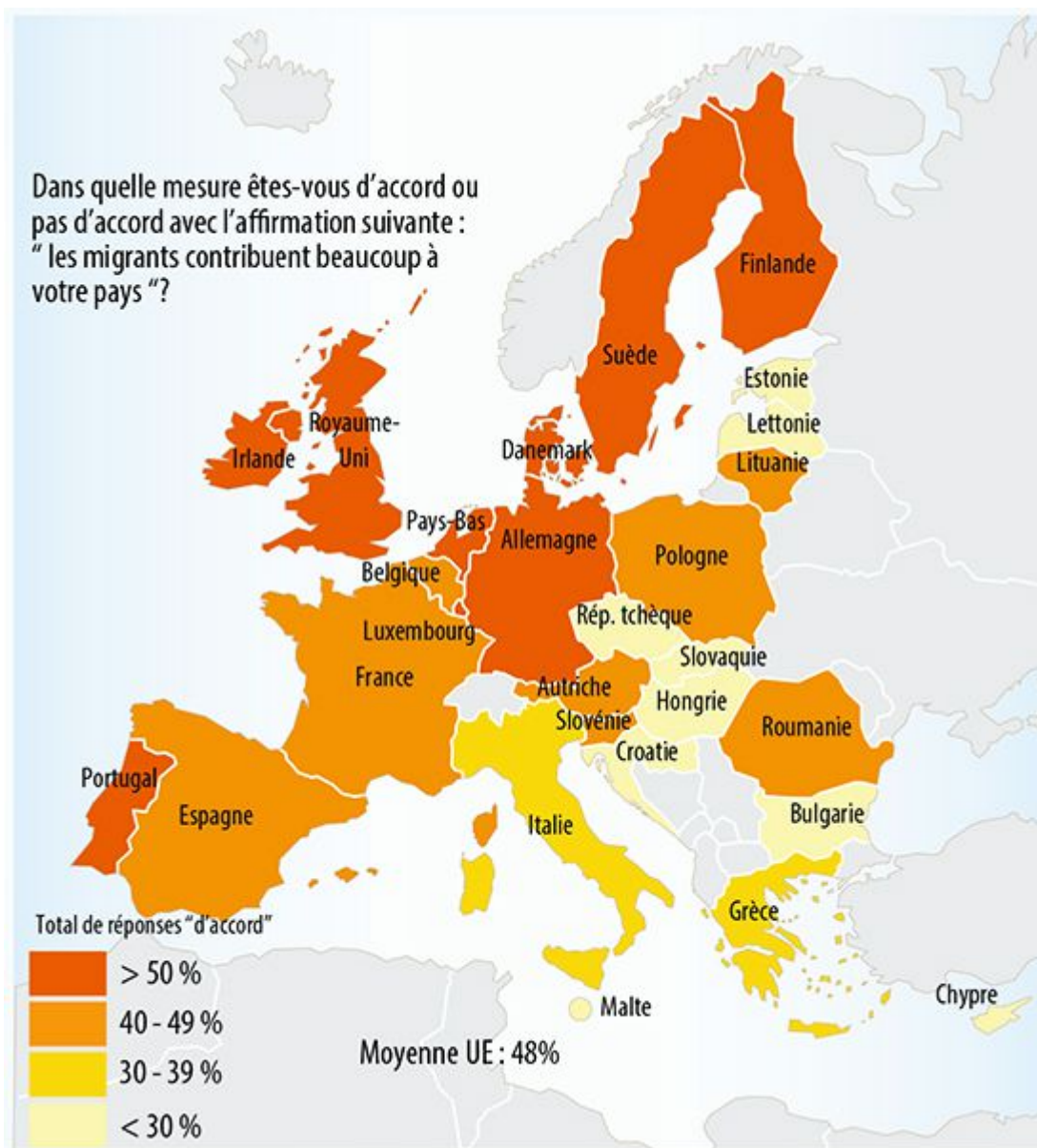
Avec 48 % en mai 2016 (-10 points par rapport à novembre 2015), elle devance le terrorisme (39%) (+14 points depuis l'automne 2015) et de loin la situation économique (19 %, -2 points), le chômage (15 %, -2 points) et les finances publiques des États membres (16 %, -1 point). Elle est la préoccupation la plus fréquemment citée dans 20 États membres, avec des records en Estonie (73 %) et au Danemark (71 %).

L'inquiétude suscitée par le terrorisme au niveau de l'Union européenne a également augmenté de manière significative depuis novembre 2015 et se situe à la 2e place. En revanche, les enjeux économiques et sociaux (situation économique, chômage, finances publiques, hausse des prix) sont en baisse sensible et constante depuis 2012. Jamais en plus de vingt ans de mesure, l'enjeu de l'immigration n'avait été aussi haut en tant que pré-occupation pour chacun des pays composant l'Union européenne.

Sur la courte période des cinq dernières années, l'immigration en tant qu'enjeu important pour l'Union est passée de la quatrième place à la première. En 2015, l'enjeu de l'immigration par rapport à l'Union européenne a connu une évolution de +20 points.

Dans certains pays (Lettonie, République tchèque, Hongrie), l'évolution est même très vigoureuse (67 %). Dans plusieurs pays de l'Union européenne, l'immigration est même devenue un problème important pour une majorité absolue de la population : Malte, Pays-Bas, Slovaquie, Suède, Allemagne, Bulgarie, Slovénie, Lituanie, Pologne et Royaume-Uni.





Sources : Eurobaromètre EB 83 mai 2015 et "Europeans in 2014", Eurobaromètre spécial, juillet 2014. Pascal Orcier pour la Fondation Robert Schuman, janvier 2016, © FRS.

Cependant, cette explosion de la préoccupation migratoire doit être relativisée. Si elle est très forte par rapport à l'Union européenne, elle reste légèrement plus retenue vis-à-vis de chaque système national et nettement plus modeste au plan du ressenti individuel. En mai 2016, 28 % des Européens interrogés considéraient que l'immigration faisait partie des deux problèmes les plus importants auxquels leur pays était confronté, ils étaient 12 % en 2011. En mai 2016, neuf États membres considéraient que l'immigration faisait partie des deux problèmes les plus importants auxquels elles devaient faire face actuellement (11 États membres pour le chômage). Si la question migratoire semble donc devenir dominante au plan de l'Union européenne, elle occupe une place importante mais seconde par rapport à l'enjeu du chômage au plan national et elle n'arrive qu'en position subalterne au plan des problèmes auxquels sont confrontés les individus, loin derrière la hausse des prix, le système de santé, le chômage, les retraites ou encore le système éducatif. L'enjeu migratoire est donc un enjeu majeur pour l'Union européenne, un enjeu important pour nombre de pays mais un enjeu périphérique au plan individuel. Il n'y a là aucune contradiction puisque, depuis de nombreux mois et même années, les citoyens de l'Union européenne sont confrontés à une relative impuissance de l'Union européenne à prendre en charge cet enjeu. Après l'Union, ce sont ses États membres qui sont montrés du doigt particulièrement certains d'entre eux où l'immigration est en 2016 le premier enjeu national (Malte, Allemagne, Danemark). L'Union européenne est ainsi face à un problème important où elle a pu donner l'impression de flotter ou de ne pas avoir la puissance suffisante pour imposer ses règles ou, au moins, une vision commune aux diverses parties prenantes. Faute de cela, la question migratoire est en train de devenir un facteur structurant au sein de l'opinion publique européenne. La politisation de cette question qui est parfois ancienne dans certains pays européens (France, Autriche, Danemark) peut s'étendre à d'autres pays peu touchés par des courants nationaux-populistes où la figure de l'immigré sert souvent de "bouc émissaire".

Le défis migratoire et la dynamique électorale des nationaux-populismes en Europe

Lors de récentes élections, les forces nationalistes et populistes ont connu de fortes dynamiques se nourrissant, entre autres, d'inquiétudes par rapport à la question migratoire. En France, 16 listes du Front national ont obtenu 27,73 % des voix lors du 1^{er} tour des élections régionales en décembre 2015, devançant les listes UDI- Les Républicains (26,65 %) et nettement devant les listes du PS (23,12 %).

Lors des dernières élections législatives dans nombre de pays européens, les forces nationalistes et populistes sont à la hausse : au Danemark, le parti du peuple (Dansk Folkeparti, DF) est passé de 12,3 % des suffrages exprimés en 2011 à 21,1 % en 2015 ; en Suède, les Démocrates suédois (SD) ont progressé de 5,7 % en 2010 à 12,9 % en 2014 ; en Hongrie, le mouvement Jobbik qui avait rassemblé 16,7 % des suffrages en 2010 en a attiré 20,3 % en 2014 ; l'UKIP britannique est passée de 3,1 % en 2010 à 12,6 % en 2015 ; en Pologne, le parti Droit et Justice (PiS), mouvement national-conservateur a remporté les élections législatives d'octobre 2015 avec 37,6 % des suffrages contre 29,9 % quatre ans plus tôt. En Autriche, le candidat du FPÖ s'est qualifié pour le 2^e tour de l'élection présidentielle avec 35,1 %.

La poussée de ce type de forces est sensible dans la plupart des pays européens même si certains pays (Allemagne, Irlande, Espagne) semblent être plus à l'abri que d'autres. Cette dynamique s'enracine dans toute une série de facteurs : économiques avec le passage difficile et coûteux pour certains groupes sociaux de la société industrielle à la société post-industrielle ; sociaux avec l'affirmation de l'ouverture économique, politique et culturelle de nos sociétés qui suscite nombre de réactions défensives de la part de certains groupes sociaux ; politiques avec la désaffection et la colère croissante de nombre de citoyens européens qui nourrissent un sentiment antipolitique que savent exploiter les formations de type national-populiste [3].

À ces facteurs de fond, s'ajoute désormais le défi de la question migratoire. La projection de la question migratoire au premier plan des préoccupations des Européens est un élément qui favorise la dynamique des partis nationalistes et populistes dans la mesure où ceux-ci ont souvent été ou sont souvent apparus sur les différentes scènes politiques nationales comme des "partis anti-immigrants" [4]. Trois universitaires néerlandais, Wouter Van der Brug, Meindert Fennema et Jean Tillie ont mis en oeuvre un modèle explicatif basé sur un vote en faveur de ces partis qui serait guidé par les politiques proposées par ceux-ci (au sens de "policies") et des raisons plus idéologiques que protestataires [5]. Les évolutions socio-structurelles des sociétés européennes sont assez similaires et ne peuvent pas expliquer les implantations électorales inégales des partis anti-immigrants. Il faut prendre au sérieux les préoccupations et les demandes des électeurs sur le terrain de l'immigration, les proximités idéologiques qu'ils déclarent ainsi que l'état de concurrence sur ces thématiques qui existent entre les différents partis en compétition. Quand un nombre significatif d'électeurs se placent à l'extrémité droite du spectre idéologique, qu'ils expriment de fortes inquiétudes et attentes sur l'enjeu de l'immigration et qu'un parti anti-immigrant ne connaît pas de concurrence importante d'autres partis, la probabilité pour ce parti de rassembler un électorat important est élevée. Tel semble être le cas dorénavant en France, au Danemark, aux Pays-Bas ou en Autriche. En revanche, quand tel n'est pas le cas (Espagne, Irlande, Portugal), la performance électorale des partis anti-immigrants est modeste.

Récemment, la poussée forte de la préoccupation migratoire, l'enracinement dans le paysage politique de partis anti-immigrants structurés et pérennes, ainsi que la droitisation idéologique sensible dans nombre de pays européens ont constitué autant d'éléments favorables à une dynamique de ces partis sensible au plan des élections législatives les plus récentes ainsi que dans les enquêtes d'intentions de vote pour les élections à venir (par exemple l'élection présidentielle de 2017 en France [6]).

Les partis anti-immigrants et leur discours sur l'immigration

Une étude comparée de certains programmes de ces partis montre le rôle central joué par la thématique de l'immigration. Certes, tous ces partis au cours de leur évolution et de leur implantation dans leurs systèmes politiques respectifs ont élargi leur offre politique et idéologique à des questions économiques, sociales et politiques, mais les thématiques centrales de leurs débuts (immigration et sécurité) sont restées au cœur de leurs programmes.

L'immigration y est présentée la plupart du temps comme une menace et nombre de partis dénie à leur pays une vocation d'accueil d'étrangers. Marine Le Pen, dans son discours à l'Université d'été du Front national à Marseille le 6 septembre 2015, déclare : " L'immigration n'est pas une chance, c'est un fardeau ". Dans le programme du Dansk Folkeparti, on peut lire : "Le Danemark n'est pas un pays d'immigration et ne l'a jamais été. Nous ne pouvons donc accepter une transformation multithnique du pays" [17]. Même affirmation dans le programme du Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) : "L'Autriche n'est pas un pays d'immigration. C'est pourquoi nous prôtons une politique familiale basée sur les naissances " [18].

En harmonie avec ce refus de fonder une politique démographique sur un solde migratoire vigoureux, ces partis préconisent des mesures pour restreindre drastiquement l'immigration légale et pour supprimer l'immigration clandestine. Par exemple, le programme du Front national prévoit "d'abaisser en cinq ans l'immigration légale, de 200 000 entrées par an à 10 000", de réduire drastiquement le nombre de demandeurs d'asile et de ramener l'immigration clandestine à zéro en expulsant systématiquement les clandestins" [19]. En Suisse, l'Union démocratique du centre (UDC) ou le Schweizerische Volkspartei (SVP) qui vient de rassembler 29,4 % des suffrages exprimés lors des dernières élections d'octobre 2015 (+ 2,8 % par rapport à 2011) propose de "freiner l'immigration " et d'arrêter toute forme de soutien et de légalisation des immigrants clandestins [10]. Selon l'UDC, "faute d'un contrôle de l'immigration, il y aura dans moins de 50 ans en Suisse plus d'étrangers que de Suisses ". Le parti des Vrais Finlandais (Perussuomalaiset, PS) propose d'abandonner la conception dominante des 25 dernières années où "l'immigration et le multiculturalisme étaient des concepts nécessaires et désirables" [11]. Cela justifie à leurs yeux que la Finlande devrait refuser de partager le fardeau d'accueil des réfugiés que l'Union européenne a mis en oeuvre car, selon eux, la procédure d'asile est "devenue le modus operandi le plus important pour des migrants dont le profil de persécution est souvent loin d'être évident".

Cette immigration contre laquelle ces partis appellent à se mobiliser est également dénoncée en raison du coût qu'elle ferait peser sur les budgets publics. Le Front national estime ce coût à 70 milliards C par an. Les Vrais Finlandais dénoncent le coût des personnels engagés par l'État et les pouvoirs locaux pour encadrer les populations immigrées. L'UDC stigmatise " les profiteurs et autres parasites sociaux " et dénonce la " hausse constante des charges liées à l'asile".

Indépendamment de la question du coût, tous ces partis insistent sur le péril que l'immigration fait peser sur les identités nationales. Le FPÖ autrichien insiste sur "les valeurs européennes du christianisme, du judaïsme et du siècle des Lumières" qui ont besoin d'être défendues contre " le fanatisme et l'extrémisme ". Le Dansk Folkeparti affirme : "Le christianisme trouve une consécration séculaire au Danemark et est inséparable de la vie du peuple. La signification d'hier et d'aujourd'hui de la foi chrétienne est infinie et marque le mode de vie des Danois". L'UDC précise que "le régime légal et les valeurs chrétiennes et occidentales marquant la Suisse doivent être respectées dans la collectivité " et refuse "toute concession, aussi modeste soit-elle en apparence, qui pourrait encourager, ne fût-ce que de manière vague, l'établissement de conceptions parallèles du droit". Bien sûr, derrière ces recommandations se dessine un rejet de l'islamisme et de ses revendications au cœur des sociétés européennes. Comme le déclare Oskar Freysinger, conseiller national UDC : "En admettant la ségrégation des groupes, notamment de la population islamique par le biais de droits d'exception comme les cimetières séparés, les dispenses générales des cours de natation, les mariages forcés, nous les empêchons d'approcher notre patrimoine culturel si bien que l'intégration si souvent vantée n'est qu'un exercice-alibi".

Enfin, le flux migratoire récent est d'autant plus dénoncé qu'il est perçu comme le vecteur de la pénétration terroriste. Marine Le Pen s'attaque ainsi, dans son discours de Marseille au " fondamentalisme islamiste qu'on accroît par cette immigration hors contrôle". Quant au leader du Partij voor de Vrijheid (PVV) néerlandais, Geert Wilders précisait en mai 2015 que "si tous les musulmans ne sont pas terroristes, presque tous les terroristes sont musulmans".

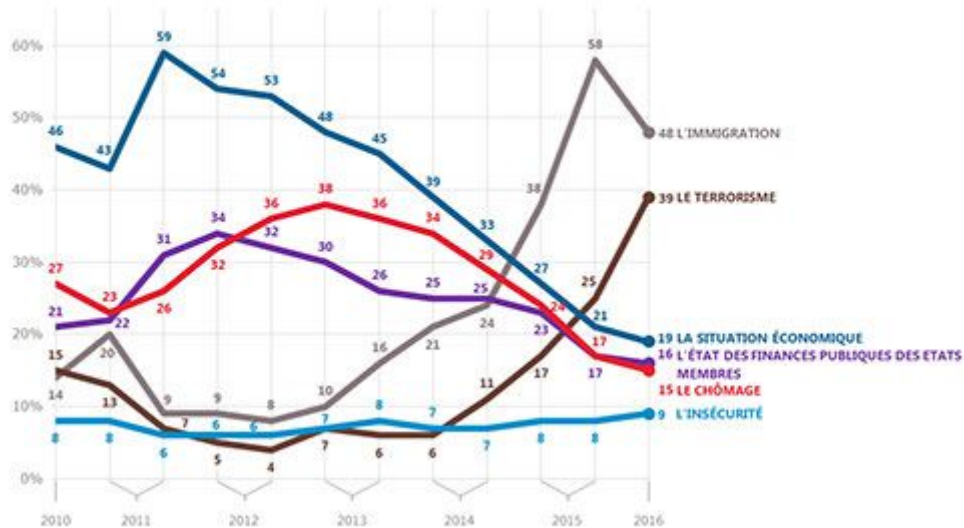
Le marqueur de l'islamisme radical

On voit bien ici comment une offre politique et idéologique sur la question de l'immigration – et particulièrement de l'immigration musulmane – s'est constituée au fur et à mesure des années et a, peu à peu, rencontré une demande électorale auprès de citoyens de plus en plus préoccupés par la question migratoire et le développement d'un islamisme radical. Ce dernier, en hausse constante depuis une décennie, a interpellé de manière de plus en plus directe les diverses sociétés européennes (attentats en France, en Espagne, au Royaume-Uni, en Belgique, au Danemark, aux Pays-Bas) et a rencontré, depuis quelques mois, le défi d'un choc migratoire dont l'épicentre réside au cœur d'un Proche-Orient musulman déchiré par les affrontements inter-religieux et le fanatisme.

Ces deux éléments conjoncturels ont activé ou réactivé des partis anti-immigrants dont l'offre politique et idéologique s'articule sur de réelles attentes de segments importants de l'électorat. Par exemple, en France, l'enquête Fractures françaises montre que 49 % des personnes interrogées considèrent que le Front national est "un parti utile", 34 % qu'il " propose des solutions réalistes" [12]. Dans le même temps, 41 % des personnes interrogées partagent l'opinion selon laquelle " même s'il ne s'agit pas de son message principal, l'islam porte malgré tout en lui des germes de violence et d'intolérance ", 54 % des mêmes personnes pensent que la " religion musulmane n'est pas compatible avec les valeurs de la société française", 67 % pensent qu'il y a " trop d'étrangers en France", 71 % qu'il n'est pas normal " que les cantines scolaires servent des plats différents selon les convictions religieuses des élèves", 72 % que la religion musulmane "cherche à imposer son mode de fonctionnement", 81 % que "la question de l'intégrisme religieux est un problème de plus en plus préoccupant dont il faut s'occuper sérieusement".

On voit bien comment, sur de telles bases, les partis anti-immigrants ont un potentiel de recrutement électoral important surtout à l'heure où la politique traditionnelle est entrée en crise et libère un espace pour des forces qui se portent sur un nouveau clivage caractéristique de nos sociétés ouvertes, celui entre " nationaux" et "cosmopolites" [13]. La figure même de l'immigrant, symbole de la mobilité et de l'érosion des frontières, devient dans ce contexte l'objet de la cristallisation des inquiétudes et des réticences de pans entiers de nos sociétés par rapport à la globalisation d'autant plus qu'à l'altérité de l'immigrant s'ajoute parfois l'altérité culturelle d'une religion considérée, à tort ou à raison, comme lointaine et porteuse d'une dénonciation de la culture d'accueil définie parfois comme celle des "mécrites ("kāfir") et des croisés ".

QAS A votre avis, quels sont les deux problèmes les plus importants auxquels doit faire face l'UE actuellement ? (% - UE)



Tableau

Les opinions publiques européennes et l'immigration

Considérer que l'immigration est un des deux plus importants problèmes auxquels est confrontée l'UE ?

	2011	2016	Évolution
Union européenne	20	48	+12
Belgique	28	41	+13
Danemark	26	71	+45
Allemagne	21	57	+36
Grèce	15	40	+25
Espagne	14	34	+20
France	27	35	+8
Irlande	6	44	+38
Italie	27	44	+17
Luxembourg	21	43	+22
Pays-Bas	20	62	+42
Autriche	21	48	+27
Portugal	3	17	+14
Finlande	13	48	+35
Suède	14	59	+45
Royaume-Uni	24	51	+27
République tchèque	12	67	+55
Estonie	17	73	+56
Chypre	21	46	+25
Lettonie	19	67	+48
Lituanie	20	53	+33
Hongrie	10	67	+57
Malte	44	64	+20
Pologne	10	51	+41
Slovénie	13	54	+41
Slovaquie	10	59	+49
Bulgarie	20	57	+37
Croatie	13	44	+31
Roumanie	14	42	+28

Source : Eurobaromètres mai 2011, mai 2016

[1] : Une première version de ce texte a été publiée dans le " Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union 2016 " ; éditions Lignes de Repères, mars 2016

[2] : Voir le dossier sur " L'Union européenne au défi des migrations et de l'asile " dans le " Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union 2016 " op. cit.

[3] : Cf. Pascal Perrineau, " L'extrême droite populiste : comparaisons européennes ", p. 25-34 in Pierre André Taguieff, dir., Le retour du populisme. Un défi pour les démocraties européennes, Paris, Universalis, 2004

[4] : Wouter Van der Brug, Meindert Fennema, Jean Tillie, "Anti-immigrant parties in Europe : Ideological or Protest Vote ? ", in European Journal of Political Research, 37, 2000, p. 77-102.

[5] : Wouter Van der Brug, Meindert Fennema, Jean Tillie, Why some anti-immigrants parties fall and others succeed ? A two- step model of aggregate electoral support, Paper, University of Amsterdam, 2005

[6] : Dans un sondage IFOP réalisé du 9 au 10 octobre 2015 pour le Journal du Dimanche auprès d'un échantillon national représentatif de 1003 personnes représentatif de la population française âgée de 18 ans et plus, 31 % des personnes interrogées se disent prêtes à voter en faveur de Marine Le Pen.

[7] : Cf. Le programme de principe sur le site du Parti du peuple danois

[8] : Cf. Programme du Parti FPÖ adopté lors du Congrès à Graz en juin 2011.

[9] : Cf. le projet de Marine le Pen sur le site du Front national

[10] : Programme du Parti 2015-2019, UDC Le parti de la Suisse ; Document de fond : L'Islam et l'État de droit (par Oskar Freysinger) UDC pour une Suisse forte ; L'intégration n'est pas un libre-service, Document de fond de l'UDC, août 2013.

[11] : The Finns Party's Immigration Policy, The Finns Party ; The Finnish Parliament Elections of 2015.

[12] : Gérard Courtois, Gilles Finchelstein, Pascal Perrineau, Brice Teinturier, Fractures Françaises (1), Paris, Fondation Jean Jaurès, 2015.

[13] : Pascal Perrineau, dir., Les croisés de la société fermée. L'Europe des extrêmes droites, La Tour-d'Aigues, Éditions de l'Aube, 2001.

148,135

Flüchtlingskrise

213.000 Asylsuchende kamen 2016 bislang nach Deutschland

In den ersten neun Monaten des Jahres sind mit rund 213.000 Flüchtlingen deutlich weniger Menschen nach Deutschland gekommen als noch im letzten Herbst. Der Berg unerledigter Asylanträge wird indes immer höher.

12.10.2016



© DPA/Flüchtlinge mit akademischem Hintergrund in einem Hörsaal an der Universität Bremen

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sieht eine Trendwende bei den Flüchtlingen: In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres seien **213.000 Schutzsuchende nach Deutschland gekommen**, sagte der Minister am Mittwoch in Berlin. **Im gesamten Jahr 2015 hatte die Zahl mit 890.000 deutlich darüber gelegen.** Es sei gelungen, die Zahlen deutlich zu reduzieren und Ordnung in die Verfahren zu bringen, sagte de Maizière.

Bis Ende September stellten demnach knapp **660.000 Personen einen Asylantrag**. Das waren 117 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Hierbei handele es sich zum großen Teil um Personen, die schon im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen seien.

Der Berg unerledigter Asylanträge wird unterdessen immer höher. Ende September waren nach den Angaben 579.000 Verfahren anhängig. Das waren gut 100.000 mehr als zur Jahresmitte.

Minister **Thomas de Maiziere** verwies aber darauf, dass **in den ersten neun Monaten 462.314 Asylentscheidungen getroffen worden seien.** Dies sei ein Anstieg um rund 165 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraums. Allein im September seien knapp 70.000 Entscheidungen getroffen worden und damit so viele wie noch nie in einem Monat. **Laut de Maiziere wurden in der letzten Septemberwoche zudem erstmals mehr Entscheidungen getroffen als Anträge gestellt. Daran lasse sich eine Trendwende erkennen.** Der Abbau der Altfälle habe begonnen.

Der CDU-Politiker sagte zudem, auch die Rückführungen derjenigen, die kein Bleiberecht hätten, werde fortgesetzt. **In den ersten drei Quartalen hätten mehr als 60.000 Person aufgrund einer geförderten freiwilligen Ausreise oder einer Abschiebung das Land verlassen.** Allerdings müsse man hier noch besser werden.

148,136

Flüchtlingsfrage

Die Zeit der AfD

Die AfD dürfte in den nächsten Bundestag einziehen, vielleicht sogar mit einem zweistelligen Ergebnis. Deutschland zahlt einen hohen Preis dafür, dass es den politischen Wettbewerb in der Flüchtlingsfrage faktisch ausgesetzt hat.

12.10.2016, von NIKOLAS BUSSE

Die etablierte Politik verfolgt die Grabenkämpfe in der **AfD** in der Hoffnung, der ungeliebte Neuzugang im Parteiensystem möge sich gleich wieder selbst den Garaus machen. Das ist jedoch unwahrscheinlich. Der Aufstieg der AfD in den vergangenen Monaten zeigt, dass nichts stärker ist als eine Partei, deren Zeit gekommen ist. Die AfD und ihr ungeübtes Führungspersonal haben seit der Trennung vom Lucke-Flügel so viele Skandale produziert (und inszeniert) wie keine andere Partei.



Autor: Nikolas Busse, Verantwortlicher Redakteur für die Frankfurter Allgemeine Woche und stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik (F.A.Z.). Folgen:

Trotzdem hat die AfD einen Wahlerfolg nach dem anderen errungen. In Baden-Württemberg ist es ihr nun sogar gelungen, eine offene Spaltung zu überwinden, die das Potential hatte, weit über diesen Landesverband hinaus Schaden anzurichten. So ist aus heutiger Sicht damit zu rechnen, dass die Partei in den nächsten Bundestag einziehen wird, womöglich sogar mit einem zweistelligen Ergebnis.

Deutschland, zu dessen großen Stärken eine gemäßigte politische Kultur gehörte, zahlt einen hohen Preis dafür, dass Regierung und Opposition den politischen Wettbewerb in der Flüchtlingskrise faktisch ausgesetzt haben.

148,137

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

Germany's Trade Surplus Signals Trouble Ahead

Rather than boosting domestic consumption, the economy needs to be more attractive to investors to reduce the trade surplus.
By MICHAEL HEISE

Oct. 11, 2016 3:52 p.m. ET

[3 COMMENTS](#)

Opinion on the German economy is deeply divided. Is it a drag on Europe due to Berlin's resistance to greater spending in the name of budget balance, or is it an economic locomotive whose efficient industries support European growth? Leading economic-research institutes predict a golden autumn for the German economy and growth of 1.9% in 2016, while the International Monetary Fund forecasts 1.7% growth. But behind these agreeable growth numbers are blemishes that call for action.

For a number of years now the main driver of the German economy has been consumption—not net exports and certainly not investment. Inflation-adjusted output will likely end 2016 at around 8% higher than its precrisis 2008 level. Around 90% of this growth came from private and public consumption. External trade contributed only one percentage point. Gross investment has given no push to demand whatsoever since 2008.

So why is the German current-account surplus brushing 9% of gross domestic product, or €280 billion (\$312.8 billion), the highest figure in the world? It's too simplistic to pin the blame on squirrellike savers and overly tight fiscal policy.

Three factors have fueled this massive surplus. One is commodity prices. The increase in the foreign-trade surplus in recent years was largely due to the slump in commodity prices that sharply improved the terms of trade between exports and imports. The foreign-trade surplus would currently be around €75 billion lower if export and import prices were still at their 2012 level.

Improvements in competitiveness played a major role from 2000 to 2007. During that spell the contribution of net exports to growth amounted to around eight percentage points, and the growth of unit wage costs in Germany was well below the eurozone average. Price competitiveness improved.

Finally, German domestic demand suffers from weak investment, which weighs on imports of capital goods and their intermediate components. In inflation-adjusted terms, spending on machinery and equipment this year is still lower than what it was in 2008. If Germany's investment as a percentage of GDP were still at its 2000 level, domestic investment would be more than €120 billion higher than it actually is. That would boost import demand and rein in the foreign-trade surplus.

To the extent that Germany's trade balance is problematic, investment is the place to start. Further stoking already-brisk private and public consumption instead, as many commentators demand, would make little sense. For demographic reasons alone, Germany's high propensity to save shouldn't be undermined: Aging German savers need to safeguard their retirement funds.

How to boost investment? Companies optimize their investment activity according to their operational targets. If they conduct a substantial portion of their investment abroad, it's because the earnings outlook there is rosier than at home. To boost investment, policy makers must adjust this reality. The scale of domestic investment hinges on the conditions created by the state.

Of primary importance are the extra wage costs of social security, the tax framework and the quality of public infrastructure. Few would dispute that, in many areas such as roads, schools or digital networks, German

infrastructure is badly in need of fresh investment. But there is also a need for tax reform, such as reducing the heavy burden on lower and middle incomes and fairer treatment of the different forms of company financing. And due to new spending decisions, social-security contributions are at 40% of gross wages despite fairly strong growth of the economy. In view of the aging of the society, they may well hit 50% by 2030 as the advisory board of the German economics minister has just calculated. All of these factors weigh in various ways on potential profitability, and therefore on corporate-investment decisions.

Germany's yawning external surplus boils down to a weakness of Germany as a location for investment. This is important for economic policy. To increase wages faster than productivity, a common recommendation, wouldn't make companies increase their capital expenditures at home. Further lowering the retirement age would be counterproductive as well, as it increases wage costs and reduces the availability of labor. The same is true for more restrictive regulations on temporary work contracts that have been enacted.

We shouldn't be lulled into a feeling that the German economy is fine anyway and structural reform is an issue for other countries. The weakness of investment and with it also of labor-productivity growth are clear warning signs for prosperity in the future.

Mr. Heise is chief economist of [Allianz SE](#) in Munich.

<http://www.lefigaro.fr/vox/politique/2016/10/12/31001-20161012ARTFIG00264-marcel-gauchet-pourquoi-la-primaire-de-la-droite-laisse-les-francais-perplexes.php>

148,138

Le Figaro, jeudi 13 octobre 2016, p. 20

Opinions

Marcel Gauchet :

« Pourquoi la primaire de la droite laisse les Français perplexes »

Gauchet, Marcel, Perrault, Guillaume

LE FIGARO. - Quelle est votre appréciation générale sur la primaire de la droite jusqu'ici ?

Marcel GAUCHET. - Pour l'heure, cette primaire sème le trouble dans les esprits plus qu'elle ne clarifie les choix politiques qui s'offrent au pays. Le recours à cette procédure s'est imposé en fonction d'une crise de leadership. Elle était censée remédier à l'absence d'un chef de file à l'autorité incontestée. Or elle ne fait que la mettre davantage en lumière.

En outre, les quatre principaux candidats ont exercé des fonctions de premier plan dans la même équipe gouvernementale de 2007 à 2012. Ils ont été solidaires de décisions majeures, même si la responsabilité principale en revient à Nicolas Sarkozy. Par exemple, c'est bien Alain Juppé qui a mis en musique, sur le terrain diplomatique, l'intervention militaire française en Libye en 2011, qui s'est révélée particulièrement désastreuse. Difficile de penser qu'une vraie différence politique sépare deux hommes qui ont mené ensemble une entreprise aussi lourde de conséquences. Nous sommes entre compères. Du coup, la compétition donne le sentiment d'un jeu de rôles, d'une concurrence des ambitions plus que d'une confrontation de programmes. Qui plus est, étant donné les positions antérieurement occupées par ces personnalités, le débat tend à se concentrer sur les moyens de mener à bien, cette fois-ci, la fameuse « rupture » promise en 2007 et non réalisée. Ce n'est pas le scénario optimal pour être crédible.

Tirer les leçons de ses échecs passés, est-ce un mal ?

Mais voilà justement ce qui n'est pas fait ! Les raisons de fond qui ont inhibé la droite en 2007 ne sont jamais réellement explorées. Elles ne se résument pas aux défaillances de la volonté des uns et au conservatisme foncier des autres. Elles tiennent à la situation de la société française. On ne peut pas se contenter d'incriminer les conservatismes catégoriels. La vérité est que la droite n'a pas su offrir un horizon positif et des perspectives collectives au pays. La résistance acharnée d'une majorité de la société française au changement puise son origine dans la hantise du déclin individuel. Faute de conjurer cette inquiétude par un programme donnant du sens au mouvement, les candidats à la primaire en sont réduits à un concours d'imagination sur les moyens de faire avaler la pilule des réformes aux Français avant qu'ils n'aient le temps de réagir. Dans ce contexte, il n'est pas surprenant que la modération affichée de Juppé paraisse plus crédible que l'ultra-volontarisme de Sarkozy ou les divers plans de blitzkrieg qui nous sont proposés. L'opinion est lasse de ces annonces mirifiques dont on sait d'avance qu'elles seront suivies

de demi-réformes frustrantes.

La primaire de la droite était censée permettre le renouvellement. Or les favoris sont deux vieux briscards. Comment expliquer ce paradoxe ?

Le renouvellement passe par le fond et par le style. Or ni François Fillon, ni Bruno Le Maire, ni Nathalie Kosciusko-Morizet, ni Jean-François Copé ne paraissent cristalliser le sentiment d'une vraie nouveauté. Ils ne portent pas un discours sur la situation du pays tranchant avec ce qu'on entend partout dans leur camp. Ils s'inscrivent en fait, chacun à leur façon, dans le cercle d'une orthodoxie dont les deux têtes d'affiche restent, après tout, les meilleurs représentants. Comparez avec une authentique figure d'outsider comme celle de Ségolène Royal en 2006. Son discours était transgressif par rapport à l'orthodoxie socialiste et son style tranchait avec celui des barons socialistes qu'elle a bousculés. Nous n'en sommes pas là.

N'est-il pas étrange qu'on en soit à s'interroger sur la participation d'électeurs de gauche ou du Front national à la primaire de la droite ?

Non, dès qu'on y réfléchit un peu. Dans la configuration qui se profile, la primaire à droite est la clé de l'élection de 2017, tous les électeurs l'ont compris. Celui qui la remportera a toutes les chances de devenir président de la République. La gauche n'a pas de candidat qui paraisse en mesure d'accéder au second tour. C'est la tragédie du vide qui double la farce du trop-plein à droite. Le candidat de la droite modérée investi au terme de la primaire affrontera vraisemblablement Marine Le Pen au second tour, avec de très fortes chances de l'emporter. Aussi est-ce à bon droit que les Français ont le sentiment que le choix du prochain président de la République se joue maintenant, lors de la primaire de la droite. Il n'est pas surprenant, dans ces conditions, que cette procédure, censée ne concerner que les sympathisants de droite, intéresse des électeurs venant de la gauche ou du Front national. Les uns veulent peser en faveur de ce qu'ils considèrent comme un moindre mal - Juppé plutôt que Sarkozy - les autres veulent favoriser celui qui leur paraît le moins éloigné de leurs préoccupations - Sarkozy à défaut de Marine Le Pen.

Cette situation singulière pèsera-t-elle sur la légitimité du vainqueur de la primaire ?

Je ne le pense pas, car cette situation hors norme est bien identifiée dans l'opinion. Dans tous les cas, il est sûr que les électeurs de droite ne pardonneraient pas à des candidats battus à la primaire de saper la légitimité de leur champion. C'est un puissant facteur de dissuasion.

L'Europe semble absente, pour le moment, des sujets qui « accrochent » dans les médias. Trop ardu ? Les candidats évitent-ils d'en parler ?

Tout orateur le sait : l'Europe est le sujet qui vide la salle. La matière fatigue et décourage. On peut être convaincu que l'Union européenne est nécessaire, que c'est le sujet essentiel, mais de là à s'y intéresser... Surtout, traiter sérieusement le sujet reviendrait à aborder ce point douloureux qu'est le déclassement de la France en Europe. Angela Merkel s'inquiète-t-elle de savoir qui sera le prochain président de la République ? Il est probable que non. Le prétendu « couple franco-allemand » n'est plus qu'une fiction au regard de la réalité qu'est l'hégémonie allemande. Nous n'en sommes pas à la regarder en face. C'est le grand non-dit de notre vie politique qui jette d'avance son ombre sur ce qui se passera après 2017.

** Directeur d'études à l'École des hautes études en sciences sociales, au Centre de recherches politiques Raymond-Aron, et rédacteur en chef de la revue « Le Débat ». Dernier ouvrage paru, en collaboration avec Éric Conan et François Azouvi : « Comprendre le malheurfrançais »*